

PLAN COLOMBIA



Bill Clinton - Plan Colombia



Einleitung

Mit der Veröffentlichung dieses Readers zum „Plan Colombia“ beabsichtigt das FDCL mit Hilfe weitgefächerter und differenzierter Dokumentation eine objektive und profunde Diskussionsgrundlage zu diesem umstrittenen Thema beizutragen.

Die für die Arbeit verwendeten Artikel und Dokumente behandeln das Thema aus unterschiedlichen Gesichtspunkten: Menschenrechte, Chronologie der Gewalt, Zwischenschritte im Friedensprozess, Verhandlungen zwischen der Regierung und der Guerilla der FARC ebenso wie den Einfluss der Drogenkartelle in der kolumbianischen Zivilgesellschaft und ihre Verbindungen zur Politik, u.a. zu den Paramilitärs.

Ohne jeden Zweifel zeigt Kolumbien im Moment ein soziales Panorama von großer Komplexität und unvorhersehbaren Konsequenzen. Zentraler Gegenstand dieses Konfliktes ist die „Omnipräsenz“ der USA und ihre Einmischung von außen. Ein kolumbianischer Journalist sagte bereits zu einer Gelegenheit „Wir befinden uns an der Schwelle zu einem zweiten Vietnam“. Sicherlich hat er reichlich Argumente, um diese Angst zu untermauern.

Die Existenz unterschiedlicher Versionen des „Plan Colombia“ trägt dazu bei die Unruhe, die er sowohl innerhalb des Landes als auch im Ausland hervorruft, zu vergrößern. Deshalb ist es notwendig, kurz auf seine Geschichte einzugehen. Der Ausdruck „Plan Colombia“ entstammt einer Rede zur Friedenspolitik des kolumbianischen Präsidenten Andrés Pastrana Arango, die im Dezember 1998 in Puerto Wilches veröffentlicht wurde, damals noch ohne große Verbreitung. Bei dieser Gelegenheit sagte Pastrana: „...die Guerilla wird an der Vorbereitung, Gestaltung und Durchführung der Projekte des Plan Colombia teilnehmen können“.

Vieles hat sich inzwischen geändert bis zu dem, was heute unter „Plan Colombia“ verstanden wird. Ein Blick auf die Entwicklung der Beziehungen zu den USA in den letzten Monaten dienen dazu die Gründe für diesen Wechsel zu verstehen.

Kolumbien hat sich innerhalb weniger Monate zu einem der Hauptangelpunkte der nordamerikanischen Außenpolitik entwickelt. Zwei Elemente waren dafür verantwortlich: das Problem des Drogenhandels und die Einschätzung Kolumbiens als Sicherheitsrisiko der Region im Falle eines Übergreifens des Konflikts auf die Nachbarländer.

Diejenige Version des „Plan Colombia“ - vorgeschlagen von den republikanischen Senatoren Coverdell, Dewine und Glaseley - die den Gesetzesentwurf S1758, den sogenannten Alianza Act, unterstützt, besitzt einige Besonderheiten bezüglich der Drogenbekämpfungsstrategien, die sich zu unterstreichen lohnt: Bei der Ausarbeitung des Plans wurden Veränderungen vorgenommen. Er beginnt mit einem Überblick über die Wirtschaft und fährt fort mit den Strategien zur Drogenbekämpfung. Der dritte Teil bezieht sich auf die Reform des Justizsystems und den Schutz der Menschenrechte, der vierte auf die Demokratisierung und die soziale Entwicklung um, im fünften Kapitel, im Friedensprozess zu gipfeln.

Die strategischen Hauptpfeiler des Plans, reduzieren sich auf zwei: Wirtschaft und Drogenbekämpfung. Wirtschaftlich betrachtet liefert der „Plan Colombia“ ein Stabilisierungsprogramm, das - sehr ähnlich den „Strukturanpassungsmaßnahmen“ - kurzfristig gesehen schwerwiegende Folgen in den ohnehin schon schwierigen Bedingungen der Einkommensverteilung und auf dem Arbeitsmarkt haben wird.

Diese Opfer, versucht die Regierung zu erklären, würden zukünftig dem Wachstum und der besseren Einkommensverteilung dienen. Auch wenn dies wahr wäre, so tragen, objektiv betrachtet, die wirtschaftlichen Maßnahmen weder auf kurze noch auf mittelfristige Sicht zu friedlichem und sozialem Zusammenleben bei, selbst wenn ein Kompromiss zwischen den bewaffneten Akteuren des Krieges erreicht werden sollte.

Insgesamt soll der Plan 7,5 Milliarden Dollar kosten, wovon Kolumbien 4 Milliarden einzahlen will, die restlichen 3,5 Milliarden sollen über die Beiträge der Internationalen Gemeinschaft „zu den Friedensbemühungen der derzeitigen Regierung“ beitragen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Vorschläge des „Plan Colombia“ zu noch mehr Spannungen führen: noch mehr Verschuldung, noch mehr Militarisierung, noch mehr Umweltzerstörung durch noch mehr gewaltsame Zerstörung der Pflanzungen, noch mehr Menschenrechtsverletzungen, noch mehr nordamerikanische Einmischung, noch mehr Konflikte im Namen von Frieden, Wohlstand und dem Erstarben des Staates.

INHALTSVERZEICHNIS

Titelbild

Enleitung S.2

Kolumbien: Versuch einer Konfliktanalyse

Kolumbien: Versuch einer Konfliktanalyse, Teil 1-3
Bruno, Rüttsche. In: Kolumbien Monatsbericht Nr. 1/Januar/2000 S.4-15

50 Jahre Gewalt in Kolumbien.
Suhner, Stephan und Villamizar, Héctor
In: Kolumbien Monatsberich Nr. 3/März/1998 S.16

Marquetalia - Symbol des Widerstandes.
In: Resistencia Nr. 00 Sonderausgabe Januar 2000 S.24

Ein neues Vietnam in Kolumbien?
Stirnemann, Peter. In: Kolumbien Monatsbericht Nr. 5/Mai/1998 S.26

Analysen und Hintergrundberichte

Good morning Colombia. Editorial.
In: Lateinamerika Nachrichten Nr. 315/316 September/2000 S.30

Gegen den Kontinentalen Sturm
Mondragón, Héctor. In: Correos de Centroamérica. Nr. 122 29/Juni/2000 S.32

Der Zugang zum „schwarzen Gold“
Klare, Michael T. In: Kolumbien-Rundbrief Nr.50/51 August/2000 S.35

Der Plan Colombia und seine Kritiker.
Petras, James. In: (npl) Nachrichten pool S.36

Plan Colombia: Chronik eines angekündigten Krieges
Stirnemann, P. In: Kolumbien Monatsbericht Nr. 6/7 Juni/Juli/2000 S.40

All right bei Albright: Milliardenhilfe aus den USA.
Ramm, Tommy. In: Lateinamerika Nachrichten Nr. 308 Februar/2000 S.48

Der „Plan Colombia“
Hörtner, Werner. In: Lateinamerika Anders Nr.3 /Mai/2000 S.50

Clinton wirbt für Plan Colombia Malcher, Ingo. In: Taz 03/September/2000	S.53
Die Intervention hat schon begonnen. Leonhard, Ralf und Hörtnner, Werner In: Lateinamerika Anders Nr. 11-12 Dezember/1999	S.54
Kolumbiens Kampf gegen Koka. San Vicente del Caguan (ips) In: Taz 24/Juli/2000	S.57
USA forcieren eine militärische Lösung. Zelik, Raúl. In: Lateinamerika Nachrichten Nr. 296 Februar/1999	S.58
Pastrana in Bedrängnis Leonhard, Ralf. In: Lateinamerika Anders Nr. 5-6 Juni/1999	S.60
Estados Unidos acentúa su presencia militar en Colombia In: El País, 30/Julio/1999	S.61
Pastrana hat noch keinen Plan Ramm, Tommy. In: Lateinamerika Nachrichten Nr. 310 April/2000	S.62
Der verlogene Krieg. Pilger, John. In: Correos de Centroamérica Nr. 119 02/Dezember/1999	S.64
Die USA haben Kolumbien den Krieg erklärt. In: Resistencia Nr. 01/Mai bis August 2000	S.66
Kolumbien bewegt sich wieder. Hörtnner, Werner. In: Lateinamerika Anders Nr.4 Juli/2000	S.68
Frieden - für wen ? In: Resistencia Nr. 01 Mai bis August 2000	S.70
Ein Diktat auf Englisch. Der US- „Plan Colombia“ und die Souveränität Lateinamerikas. Pickert, Bernd. In: Taz September/2000	S.71
Kolumbien : Konfrontation statt Friedensgespräche? Ziegler, Kathy. In: Matices Nr. 23 Herbst 1999	S.72
Kolumbien : Internationale Unterstützung Ziegler, Kathy. In: Matices Nr. 26 Sommer/2000	S.73
Kolumbien : FARC knüpfen massive Forderung an Waffenstillstand DW Monitor - Dienst In: (El País, El Espectador) 16/11/1999	S.74
Welche Agrarreform schafft Frieden? Suhner, Stephan. In: Kolumbien Monatsbericht Nr. 5 Mai/1999	S.76

Kundgebungen für den Frieden in Kolumbien (cer) In: Neue Zürcher Zeitung 26/10/99	S.80
Kolumbiens Friedensdialog in der Krise (cer) In: Neue Zürcher Zeitung 29/30 April 2000	S.81
Das Schiff ohne Besatzung. Ramm, Tommy. In: Lateinamerika Nachrichten Nr. 312 Juni/2000	S.82
Kolumbien auf der Traktandenliste Suhner, Stephan. In: Kolumbien Monatsbericht Nr. 5 Mai/1999	S.86
Sie sehen weiter rot. Smyth, Frank. In: Correos de Centroamérica Nr. 113 15/September/1998	S.94
US-Milliarden gegen die Guerrilla Rupp, Rainer. In: Neues Deutschland 14/Januar/2000	S.97
Schwarzes Jahr für Menschenrechte. Leonhard, Ralf. In: Lateinamerika Anders Nr. 1/Februar/2000	S.98
Acht Tote bei Attentat in Bogotá. Karnofsky, Eva. In: Süddeutsche Zeitung Sa/So 13/14 November 1999	S.99
Drogenkrieg und Frieden. Rütsche, Bruno (Übersetzung) und Stirnimann, Peter (Redaktion) In: Kolumbien Monatsbericht März/1999	S.100
Zwischen Paramilitärs und Guerilla. Leonhard, Ralf. In: Lateinamerika Anders Nr. 5-6 Juni/1999	S.108
Paramilitärs erschießen 24 Zivilisten in Kolumbien In: Frankfurter Rundschau (Bogotá) 9.April 2000	S.111
Massaker in Armenviertel in Kolumbiens Bogotá (epd/afp) In: Süddeutsche Zeitung 8/9 April 2000	S.111
21 Tote bei einem Massaker in Kolumbien Bogotá, (ap) In: Neue Zürcher Zeitung 8/9 April 2000	S.111
Pilze gegen Coca. Jelsma, Martin. In: Kolumbien-Rundbrief Nr.50/51 August/2000	S.112
Pilz soll Koka-Plantagen vernichten. In: Süddeutsche Zeitung 10/März/2000	S.115
Die Fäden im Drogenhandel. Zelik, Raúl. In: Lateinamerika Nachrichten Nr. 315/316/ Sept-Okt/2000	S.116
Kein konkreter Beschluß. Sepúlveda, Roberto. In: Junge Welt Sa/So 29/30/Juli/2000	S.119

Eine Regierung sieht rot. Smyth, Frank. In: Kolumbien-Rundbrief Nr.50/51 August/2000	S.120
Plan Kolumbien. Plan für Frieden, Wohlstand und Stärkung des Staates. Presidencia de la República de Colombia.	S.122
Adressen	S.156

***KOLUMBIEN: VERSUCH
EINER
KONFLIKTANALYSE***

Januar 2000

No. 1/2000

Kolumbien: Versuch einer Konfliktanalyse

von Bruno Rüttsche

„Gravierende Zunahme der Gewaltopfer in Kolumbien“, titelte die Neue Zürcher Zeitung anfangs Januar 2000. Tatsächlich hat die Gewalt in Kolumbien seit Jahren ein dramatisches Ausmass angenommen. Doch woher kommt diese Gewalt? Wer übt sie aus und welche Ziele werden damit verfolgt? Der Versuch einer Analyse ist nicht einfach, drängt sich aber auf. Dabei muss der internationale Kontext mit berücksichtigt werden. Diesem ist dieser 1. Teil der Analyse gewidmet. Im 2. Teil - der im Februar folgt - behandeln wir den spezifisch kolumbianischen Kontext.

Teil 1: Der internationale Kontext

Die Ebene der Wirtschaft: Die Globalisierung der Wirtschaft

Die Globalisierung der Wirtschaft ist eine Tatsache, die vielfache Auswirkungen auf die Nationalstaaten, deren Gesellschaften und die Politik hat. Generell kann man sagen, dass die globalisierte Wirtschaft dort produziert, wo es am kostengünstigsten ist und dass sie höchst mobil ist. Die Landesgrenzen gelten für die transnationalen Konzerne nicht mehr, sondern die nationalstaatlichen Bedingungen (Steuern, Arbeitsrecht, Umweltauflagen, politische Stabilität, etc.) sind nur noch Faktoren eines internationalen Wettbewerbs um Standortvorteile. Dies führt einerseits zu einer verschärften Konkurrenz unter den Multis selber (Übernahmen, Kartellabsprachen) und andererseits zu einem verschärften Kampf um den Zugang und die Kontrolle über die Rohstoffe (Erdöl, Mineralien, Wasser, Biodiversität, etc.). Bei dieser Auseinandersetzung um die Kontrolle über die strategischen Rohstoffe wird mit harten Bandagen gekämpft: Bestechung von Entscheidungsträgern und damit die Förderung von Korruption ist an der Tagesordnung, aber auch immer mehr der Zugriff oder die Nutzbarmachung von mafiösen und/oder parastaatlichen Strukturen, oft unter dem Vorwand, die staatlichen Autoritäten seien „schwach“, ihre Macht sei beschränkt und sie könnten die Sicherheit nicht garantieren.

Beispiele dafür lieferten im Fall von Kolumbien u.a. die deutsche Mannesmann und der englische Erdölmulti BP. Mannesmann vereinbarte mit der ELN-Guerilla die Zahlung von mehreren Millionen Dollar und konnte im Gegenzug ungestört eine Erdölpipeline bauen. Mannesmann kassierte aufgrund der raschen Fertigstellung von Kolumbien eine Bonifikation, die einiges über der Zahlung an die ELN lag. Es profitierten also Guerilla und Multi, auf Kosten des „Staates“, d.h. letztlich der SteuerzahlerInnen. BP leistete Direktzahlungen an die kolumbianische Armee, um so die Sicherheit ihrer Förderanlagen im Casanare zu garantieren, war aber auch beim Aufbau und der Finanzierung paramilitärischer Verbände beteiligt.

Auch die „Erpressung“ gehört mit zu den gängigen Praktiken im Kampf der Multis um Vergünstigungen und Vorteile. Die kürzliche Auseinandersetzung um Steuererleichterung für Ebners/Blochers Alusuisse im Wallis und die Drohung von Novartis, bei der Annahme der Gentechnologie-Initiative die Forschung einige Kilometer weit auf französischen Boden zu verlegen, sind wohl nur kleine, vergleichsweise harmlose Musterchen, was damit gemeint ist.

Das nationale Kapital sieht sich durch die Globalisierung bedroht und sucht den Ausweg darin, günstige Investitionsbedingungen zu schaffen, die Infrastruktur für Konzerne bereitzustellen und selber konkurrenzfähiger zu werden. Aufgrund der enormen Zunahme des Warenflusses in

der globalisierten Wirtschaft, bekommen international normierte, schnelle und sichere Abfertigungs- und Transportmöglichkeiten strategische Bedeutung. Flugplätze, Häfen, Schnellstrassen und Pipelines mit all der zugehörigen Infrastruktur (Informatik, Energieversorgung, High-Class-Hotels, etc.) werden zu entscheidenden Kriterien im Kampf um Standortvorteile. Die Erstellung der für diese Megaprojekte notwendigen Infrastruktur führt oft zur offenen Verletzung der Grundrechte breiter Bevölkerungsteile. Das Drei-Schluchten-Projekt in China, das Bakun-Kraftwerk in Malaysia oder der Bau des Narmada-Staudammes in Indien sind Beispiele, die auch hier die Öffentlichkeit bewegen. Auch in Kolumbien müssen Indigenas, Schwarze und Kleinbauern dem Bau von Staudämmen, Kraftwerken, Strassen, Häfen und der Ausbeutung von Rohstoffen weichen¹. Im Bereich der Landwirtschaft bedeutet dies Konzentration von Land, hochtechnisierte, wenig arbeitsintensive agroindustrielle Produktion². Die Folgen für die kleinen und mittelgrossen Bauern sind uns auch in Europa bekannt, in Kolumbien bedeutet es die gewaltsame Vertreibung.

Fazit: Die globalisierte Wirtschaft stellt eine offene Bedrohung der Rechtsstaatlichkeit allgemein dar, potentiell auch im Norden, weit mehr aber im Süden und Osten. Sie unterläuft staatliche Regelungen, fördert Korruption, mafïöse und parastaatliche Strukturen und hebelt die komplizierte, demokratische Gesetzgebung aus.

Die Ebene der Politik: Die Bedrohung der Rechtsstaatlichkeit

Im Norden: Angriff auf soziale Errungenschaften und Ausschlusstendenzen

In den hochindustrialisierten Ländern des Westens (Europa, USA, Kanada, Japan) werden aufgrund des Drucks der Multis und ihrer Drohung der Standortverlegung die von der Arbeiterschaft erkämpften Errungenschaften zunehmend in Frage gestellt. Es erfolgt ein Abbau des Sozialstaates in Richtung einer sogenannten Zweidrittelgesellschaft, d.h. ein Drittel wird als Sozialhilfebezügler auf tiefem Niveau „über Wasser gehalten“. Es ist klar, dass diese Ausschliessungstendenzen die Schwächsten des Systems zuerst treffen: Ausländer, Arbeitslose, Behinderte, Kranke und Betagte. Auf diesem Boden gedeihen denn auch die Forderungen rechtspopulistischer Kreise, die die Leistungen des Sozialstaats nur mehr den eigenen Bürgern zugute kommen lassen und MigrantInnen und Flüchtlinge davon ausschliessen wollen. Auch dies ein Frontalangriff auf die Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte. Selbst im vergleichsweise prosperierenden Norden erleben wir eine Relativierung und eine potentielle Gefährdung des Rechtsstaates (z.B. Sondergesetze im Asylbereich), die zunehmende Konditionierung der Politik durch die Wirtschaft und den versuchten Abbau von sozialen Errungenschaften bis an die Grenze zur politischen Instabilität.

Im Süden: Der Rechtsstaat als pure Fiktion

Viel schwieriger sieht es im Süden aus. Die folgenden Aussagen sind auf Kolumbien -als Beispiel - bezogen, haben aber in der einen oder anderen Form für viele weitere Länder Lateinamerikas, Afrikas, Asiens und des Ostens Gültigkeit.

Aufgabe der Politik und der politischen Klasse Kolumbiens war und ist es einerseits gegen aussen zu repräsentieren, sich also an die formalen Gepflogenheiten der Politik zu halten, andererseits der kleinen und mächtigen Wirtschaftselite möglichst günstige Bedingungen zu schaffen und zu garantieren. Die politische Klasse hat die Aufgabe gegen innen und gegen aussen

¹ Angeführt sei hier nur ein Beispiel: Seit Jahren führen die U'wa einen Kampf gegen die Erdölausbeutung auf ihrem traditionellen Territorium und drohten mit kollektivem Selbstmord. In Verletzung des Artikels 167 der Internationalen Arbeitsorganisation ILO und der kolumbianischen Verfassung, erteilte der Umweltminister am 21. Sept. 1999 dem Erdölmulti OXY die Lizenz für Probebohrungen im Gebiet der U'wa.

² Die Landkonzentration in Kolumbien hat jedoch nur wenig mit veränderten Produktionsmethoden zu tun. Der Grossteil der Latifundien wird kaum genutzt. Der Kauf von Land erfolgt meist wegen seines strategischen Wertes: Rohstoffvorkommen, geplante Grossprojekte oder wichtige geografische Lage.

ein System des Ausschlusses zu legitimieren. Für diese Aufgabe - die Wahrung des status quo, die Ermöglichung der Ausbeutung von Ressourcen und Arbeitskraft und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaftselite - kassiert sie ihre Rente. Korruptionszahlungen kommen zu den hohen legalen Renten dazu.³ Die politische Klasse verfolgt demnach kein eigenes politisches Projekt, sondern garantiert eine notwendige Fassade, wofür sie kräftig absahnt. Die politische Klasse hat die Mentalität von „Rentiers“ (Rentenbezügern), d.h. sie lässt sich für ihre „Dienstleistungen“ hoch entschädigen.

In Kolumbien - und den Ländern des Südens allgemein - ist die Zweidrittelgesellschaft schon lange eine Realität, jedoch gehören zwei Drittel zu den Ausgeschlossenen. Deren Grundrechte - Bildung, Gesundheit, Wohnen, Ernährung und Arbeit - sind nicht garantiert und werden vielfältig verletzt. Das bedeutet, dass de facto die Menschenrechte keine Gültigkeit haben, weder die politisch-bürgerlichen, noch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte. Der Rechtsstaat ist eine reine Formalität: es werden periodisch Wahlen abgehalten; es gibt eine Verfassung und eine Unzahl von Gesetzen - auch im sozialen Bereich - die jedoch bloss auf dem Papier existieren. Selbst ihre Einforderung durch Basisorganisationen wird mit Repression, willkürlicher Verhaftung, Anklagen vor der Sonderjustiz, Verschwindenlassen oder politischem Mord sanktioniert. Politische Gewalt geschieht in aller Regel in diesem Kontext: Gewaltsam werden legitime Forderungen (meist geht es um die Einforderung verbriefter Rechte!) unterdrückt, die Exponenten ermordet und die Basisbewegungen kriminalisiert.

Der Rechtsstaat als Fassade und Fiktion muss jedoch um jeden Preis aufrecht erhalten werden. Nur er garantiert Legitimität gegenüber der sogenannten internationalen Gemeinschaft. Nur die Aufrechterhaltung eines fiktiven Rechtsstaates ermöglicht andererseits den Regierungen des Nordens den ungestörten Handel und eine normale Geschäftsabwicklung mit den Regierungen des Südens. Norden wie Süden sind essentiell daran interessiert, die Fiktion des Rechtsstaates auch dann aufrecht zu erhalten, wenn selbst allen Beteiligten - wie im Fall Kolumbiens - klar ist, dass es bestenfalls eine höchst prekäre Rechtsstaatlichkeit gibt.

Die Rolle der Menschenrechte

In dieser Situation wird die Einforderung der Menschenrechte zu einem zentralen Angelpunkt. Die Rechtsstaatlichkeit zwingt zur Garantierung der Menschenrechte. Die Durchsetzung, Respektierung und der Schutz der Menschenrechte ist Bedingung für die staatliche Legitimität. Dies gilt sowohl gegen innen wie gegen aussen. Die Basisbewegungen, die Ausgeschlossenen, die gewaltsam Vertriebenen, die politisch Verfolgten und die Menschenrechtsorganisationen haben damit einen entscheidenden und wichtigen Poker in der Hand: die Einforderung der Rechtsstaatlichkeit, d.h. die volle Gültigkeit der politisch-bürgerlichen, der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte. Die permanente, systematische Verletzung des elementaren Rechts auf Leben - wie es in Kolumbien täglich der Fall ist - entzieht dem Staat seine Legitimität sowohl als Garant seiner eigenen Gesetzgebung wie auch als Unterzeichnender und Vertragspartner internationaler Menschen- und Völkerrechts-Abkommen. Diese Deslegitimierung ist einer der Hauptgründe, weshalb der Staat Zuflucht zu parainstitutionellen Strukturen nimmt, diese schafft, fördert, toleriert, unterstützt, deckt und teilweise legalisiert. Es sind dann parainstitutionelle Strukturen - so z.B. paramilitärische Verbände - , die mit der Schmutzarbeit beauftragt werden und diese im Namen des Staates und im Rahmen einer überlegten, geplanten Strategie ausführen. Der Staat erscheint dann nicht nur mit „reiner Weste“, sondern kann sich selber als Opfer der Gewalt von links (Guerilla) und der Gewalt von rechts (Paramilitärs) darstellen. Die paramilitärische Gewalt erscheint als ein „unabhängiger, dritter Akteur“ mit der

³ In Kolumbien hat die Korruption in den letzten Jahren astronomische Ausmasse erreicht. So haben bei der Privatisierung der Häfen höchste Politiker Gelder in der Höhe von rund 3,1 Mrd. US\$ veruntreut. (Quelle: Kolumbien-aktuell, No. 275, 27. Okt. 1999)

Funktion, dass der Staat seine fiktive Rechtsstaatlichkeit aufrecht erhalten kann.⁴ Dies erklärt auch, weshalb der Staat (mit der lobens- und anerkennenswerten Ausnahme einzelner staatlicher Funktionäre und selbst Militärs) nie den Kampf mit dem Paramilitarismus aufgenommen und es bei verbalen Verurteilungen belassen hat. Unzählige Zeugenaussagen, Dokumente, Geständnisse und Untersuchungen belegen glaubwürdig und nachweislich die Verbindung von staatlichen Strukturen mit dem paramilitärischen Projekt.

Diese herausragende Rolle, die den Menschenrechten als ein Instrument der Ausgeschlossenen zur Einforderung der Menschenwürde zufällt, bedeutet potentiell eine Gefahr für das Establishment, sowohl im Süden wie im Norden. Der Ausschluss, wie er im Süden Tatsache ist, spottet letztendlich jedem Rechtsstaat und den Menschenrechten in ihrer Gesamtheit und entzieht diesen „formalen Demokratien“ zunehmend ihre scheinbare Legitimität. In den Ausgeschlossenen offenbart sich der wahre Charakter der vielgepriesenen neoliberalen Deregulierung. Die USA haben die Gefahr, die in der Einforderung der Menschenrechte steckt - wohl angesichts ihres Hinterhofes Lateinamerika - erkannt. In einer offensiven Vorwärtsstrategie versuchen sie den Menschenrechtsdiskurs für ihre politischen und wirtschaftlichen Zwecke zu instrumentalisieren; bewaffnete Interventionen werden angeblich zum Schutz der Menschenrechte durchgeführt und erhalten damit eine vermeintliche Legitimität. Demokratie, Menschenrechte und der Kampf gegen Drogen- und Terrorismus müssen nach dem Ende des Kalten Krieges zur Rechtfertigung anderer Ziele hinhalten.

Die Ebene der Gesellschaft: Macht und Ohnmacht nicht-staatlicher Institutionen

Zückerchen für die NGO's im Norden, Peitsche für die Basisorganisationen im Süden

Im Norden gibt es gewisse, wenn auch beschränkte Möglichkeiten zur Einforderung der Rechte und zum Kampf gegen den Abbau des Sozialstaates. Allerdings findet auch hier eine Polarisierung statt und die wachsende Unzufriedenheit kann leicht rechtspopulistisch ausgenutzt und zur Durchsetzung von Entsolidarisierung und Sozialabbau eingesetzt werden. Der Vormarsch der SVP in der Schweiz, die enormen Gewinne von Haider in Österreich und die Macht von Le Pen in Frankreich sind nur Zeichen davon. Die Gewerkschaften, in der Schweiz lange gehätschelt und ohne Kampftradition, sind zutiefst verunsichert und finden sich mit der neuen Situation kaum zurecht. Trotzdem, ganz aussichtslos ist es nicht, zu gross ist (noch) das Interesse der Regierungen, der Bevölkerung und vielleicht letztlich auch der Multis an politischer Stabilität und sozialem Frieden. Europa scheint im Moment damit zu experimentieren, wie weit der Abbau des Sozialstaates - ohne Verlust von politischer Stabilität - möglich ist. In diesem Kontext ist der Widerstand der NGO's wichtig.- und es gelingt hie und da auch Siege zu erringen.

Anders sieht die Lage im Süden aus. Hier haben es Basisbewegungen schwer und werden nicht selten mit repressiven Mitteln bekämpft. Insbesondere starke Bewegungen, die für elementare Rechte eintreten, werden gewaltsam bekämpft. Beispiele sind die Bewegung der Landlosen in Brasilien, der Kokapflanzer in Bolivien oder der Indigenas in Kolumbien. Ihr Erfolg ist zu einem wesentlichen Teil von internationaler Unterstützung abhängig, d.h. davon, ob es ihnen gelingt, internationale Aufmerksamkeit für ihre Anliegen und Kämpfe zu erlangen. Nur dies bedeutet einen gewissen Schutz und gibt den notwendigen Rückhalt.

Teil 2: „Der kolumbianische Kontext“ im Februar „Kolumbien-Monatsbericht“

⁴ Die Statistik über die Verantwortlichkeit für Menschenrechtsverletzungen zeigt dies mit aller Deutlichkeit auf. 1993 waren für 43% der Menschenrechtsverletzungen staatliche Sicherheitskräfte verantwortlich. 1995 waren die staatlichen Sicherheitskräfte noch für 16,68% der Menschenrechtsverletzungen verantwortlich und die paramilitärischen Verbände für 46,03%. 1998 sank der Anteil der Sicherheitskräfte auf 3,72%, jener der Paramilitärs stieg auf 78,59%. Der Anteil der Guerilla sank von 38,29% im Jahr 1995 auf 17,59% im Jahr 1998. (Quellen: Comisión Colombiana de Juristas und Justicia y Paz, Vol. 6, No. 4)

Kolumbien: Versuch einer Konfliktanalyse

von Bruno Rüttsche

Nachdem in einem 1. Teil der internationale Kontext kurz beleuchtet wurde, wird in dem 2. Teil auf den kolumbianischen Kontext eingegangen. Beide Teile sind gekürzte Fassungen eines umfangreichen Dokuments (16 Seiten). Dieses kann gegen sFr. 5.- in Marken bei ASK, Postfach 7004, CH-6003 Luzern 7 bestellt werden.

Teil 2: Der kolumbianische Kontext

Kolumbien rühmt sich, die stabilste Demokratie Lateinamerikas zu sein. Kolumbien konnte seine rechtsstaatliche Fassade praktisch ununterbrochen wahren. Die Frage drängt sich auf, wie das möglich ist, zumal Kolumbien seit Jahren die höchste Zahl politischer Morde in Lateinamerika, eine der weltweit höchsten Mordraten und eine offene militärische Auseinandersetzung mit einer starken Guerilla führt. Wie hat es die politische Klasse geschafft, das demokratische und rechtsstaatliche Mäntelchen zu wahren, gleichzeitig aber jegliche politische Opposition systematisch und radikal auszuschalten, die Forderungen der Basisorganisationen zu ignorieren und die Guerilla zu bekämpfen?

Ein Blick hinter die Fassade

Ein erster Blick zeigt uns, dass die demokratische Fassade tatsächlich nur gegen aussen gerichtet war: Kolumbien lebte seit den 40er Jahren praktisch dauernd unter Ausnahmezustand. Dies erlaubte die Entwicklung einer repressiven „Ausnahme-Gesetzgebung“, die von der Exekutive erlassen und später von der Legislative in die normale Gesetzgebung aufgenommen wurde. Ziel dieser Ausnahme-Gesetzgebung war die Bekämpfung der politischen Opposition und der sozialen Protestbewegungen. Inspiriert war dieses Vorgehen in der Doktrin der nationalen Sicherheit. Der Armee wurde weitgehend freie Hand gegeben, um alles, was nach „Agent des internationalen Kommunismus“ galt, zu verfolgen.

Von der institutionalisierten zur paramilitärischen Gewalt

Diese zentralisierte und institutionalisierte politische Repression erreichte unter Präsident Turbay Ayala (1978-82) ihren Höhepunkt mit Zehntausenden von politischen Gefangenen, die meist systematisch der Folter unterworfen wurden. Internationale Proteste brachten diese direkte staatliche Gewalt in Schwierigkeiten, was zu einer Revision des Modells führte.

Unter der Regierung von Belisario Betancur (1982-86) kam es zu einem neuen politischen Diskurs, der die ersten Friedensgespräche zwischen der Regierung und der Guerilla möglich machte. Aber zur gleichen Zeit, in der sich eine demokratische Öffnung anzudeuten schien, wurde im Geheimen ein weiterreichendes Repressionsmodell geschaffen: als „Hilfskräfte“ der Armee wurden die paramilitärischen Organisationen gebildet und vervielfacht. Sie sollten fortan die Aktionen durchführen, die durch keinerlei Gesetze gerechtfertigt werden konnten. Waren im vorherigen Repressionsmodell die willkürlichen Verhaftungen, die Folter und summarische Prozesse vor Militärgerichten die gängigen Methoden der Repression, so wurden jetzt das gewaltsame „Verschwindenlassen“ und die Ermordung von politisch Oppositionellen und AktivistInnen von Basisorganisationen zu üblichen Praktiken.

Ab Mitte der 80er Jahre steigt diese Art der Gewalt zu einem skandalösen Ausmass an, dies dank der Allianz zwischen einigen paramilitärischen Strukturen mit Sektoren des Drogenhandels und der Armee. Der Drogenhandel finanziert in dieser Zeit den Kauf moderner Waffen, von Transport- und Kommunikationsmitteln und heuert internationale Söldner zur Ausbildung mächtiger paramilitärischer Verbände an. Im Gebiet des mittleren Magdalena wird ab 1988 das erste paramilitärische Pilotprojekt umgesetzt. Es soll die Region von der Guerilla „säubern“ und die Zivilbevölkerung fest in das paramilitärische Aufstandsprojekt einbinden. Der bäuerlichen Bevölkerung bleiben drei Möglichkeiten: mit den Paramilitärs zusammen zu arbeiten, die Region zu verlassen oder umgebracht zu werden. Die gewaltsame Vertreibung und der zwangsweise Miteinbezug der Zivilbevölkerung werden zu zentralen Bestandteilen dieses Modells. Die Zusammenarbeit mit den Paramilitärs, das Schweigen über die von diesen verübten Verbrechen und die völlige Unterwerfung unter ihr autoritäres System wird zur einzigen Überlebensemöglichkeit. Die-

ses Modell wurde später von der Regierung und der Armee als ein spontaner Ausdruck der Zivilbevölkerung dargestellt, die sich so gegen Erpressungen und Übergriffe der Guerilla wehrte. Dieses Modell sollte fortan in verschiedenen Varianten in anderen Regionen des Landes zur Anwendung kommen. Zehntausende sind ihm zum Opfer gefallen, Hunderttausende von Familien wurden zu internen Vertriebenen - ihre Zahl beträgt heute mehr als 1,7 Mio.! - und verloren nicht nur ihr Land, sondern auch ihre Existenzgrundlage und ihre Perspektive .

Doch zurückkehrend zur Ausgangsfrage: Wer übt die Gewalt aus und welche Ziele werden damit verfolgt? **Eine erste Schlussfolgerung drängt sich auf:**

Der Staat hat zur Aufrechterhaltung und Verteidigung des status quo, zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit (insbesondere gegen aussen) und zur Bekämpfung politisch oppositioneller Basisbewegungen zu einem parainstitutionellen Repressionsmodell Zuflucht genommen. Er hat quasi einen „unabhängigen Dritten“ geschaffen, der die „Drecksarbeit“ übernimmt. Der Staat muss seine Verantwortung für die Schaffung, Ausbildung, Unterstützung, den Schutz und die Duldung paramilitärischer Strukturen übernehmen. Der Paramilitarismus ist sein Werk, für das er die Verantwortung trägt. Der Paramilitarismus ist kein Kontrahent des Staates, sondern sein Geschöpf und kann daher auch nicht Teil von Friedensverhandlungen sein. Tausende von Zeugenaussagen, Indizien, Berichten und Untersuchungen belegen glaubwürdig und fundiert die Zusammenarbeit zwischen Armee, Paramilitärs, politischen Zirkeln, Grossgrundbesitzern, Finanz- und Unternehmerkreisen. Es ist ihr Modell zur gewaltsamen Wahrung des status quo, zur Aufrechterhaltung und zum Ausbau ihrer Privilegien. Das paramilitärische Projekt umfasst die gesamte Gesellschaft. Es könnte kurz so skizziert werden: Gewaltsame Befriedung mit allen Mitteln, Ausrottung jeglicher alternativer Kräfte, Terrorisierung und erzwungener Miteinbezug der Zivilbevölkerung in ihr Projekt in offener Verletzung des humanitären Völkerrechts, Legalisierung der gewaltsam erworbenen Besitztümer, Anerkennung ihrer mit Gewalt erworbenen Macht und Garantierung der Straffreiheit. Dieses parainstitutionelle Projekt ist in wirtschaftlich und/oder strategisch wichtigen Regionen weitgehend umgesetzt. Es ist darauf ausgerichtet, auf nationaler und internationaler Ebene Einfluss und Macht zu erlangen und sich als unumgänglicher Teil in den Entscheidungen um Krieg, Frieden und der Wirtschaft aufzudrängen. Es ist ein Modell, das die Modernisierung Kolumbiens unter Ausschluss und auf Kosten der Bevölkerung gewaltsam vorantreiben und sichern will.

Die Rolle des Staates und der Regierungen

Der Staat und die verschiedenen Regierungen haben sich nie eindeutig von diesem Modell distanziert. Im Gegenteil, sie haben auf der legalen Ebene Gesetze eingeführt, die dieses parastaatliche Modell absicherten. Erwähnt sei an dieser Stelle nur die Schaffung der „Sonderjustiz“, mit der soziale Protestbewegungen kriminalisiert wurden, und die Bildung von „privaten Sicherheitskooperativen“, die eine Form der Legalisierung paramilitärischer Strukturen darstellte. Unzählige weitere Vorkommnisse könnten hier aufgezählt werden. Eins nur noch sei erwähnt: Das Parlament nahm 1999 ein Gesetz über die Bestrafung des „Verschwindenlassens“, des Genozids, der Folter und der Vertreibung im 6. Anlauf an. Präsident Pastrana schreckte anfangs Jahr Kolumbien mit seinem Veto gegen die Gesetzesvorlage...

Andrerseits hat die Regierung versucht, den zunehmenden internationalen Druck durch die Schaffung zahlreicher staatlicher Institutionen zum Schutz der Menschenrechte abzuwehren, ihren „guten Willen“ und die Rechtsstaatlichkeit unter Beweis zu stellen. Dessen ungeachtet sind die verschiedenen Regierungen den wiederholten, seit Jahren insistent erhobenen internationalen Empfehlungen im Menschenrechtsbereich bis heute nicht nachgekommen.

Fazit: Der Staat hat - um seine Legitimität zu wahren - parastaatliche Repressionsformen geschaffen, welche den „schmutzigen Krieg“ führen. Auf deren Konto gehen unzählige Verbrechen und der Grossteil der politischen Gewalt. Gleichzeitig hat er auf der legalen Ebene die Straffreiheit dieser Verbrechen garantiert.

Die Rolle der Guerilla

Die Guerilla in Kolumbien hat eine lange Geschichte, auf die wir hier nicht eingehen können. Was uns hier interessiert, ist die Frage, welche Ziele die Guerilla mit ihrer Gewaltausübung verfolgt.

Sicher haben sich die Ziele der Guerilla im Laufe der Zeit gewandelt. Grundsätzlich kann aber gesagt werden, dass die Guerilla - insbesondere die beiden grössten Gruppen, die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens FARC und die Nationale Volksbefreiungsarmee ELN - heute tiefgreifende politische, soziale und wirtschaftliche Reformen verlangen. Es soll ein demokratischer Staat mit sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden, in dem die Grundrechte respektiert und politische Opposition möglich ist, ohne mit dem Tod bestraft zu werden. Dies ist auf einen einfachen Nenner gebracht die politische Zielsetzung der Guerillaführung.

Zunehmende Diskrepanz zwischen Führung und Basis und zwischen Diskurs und Praxis

Andrerseits zeigt die Basis der Guerilla immer weniger ideologische, sondern immer pragmatischere Motivationen. Der Eintritt in die Guerilla ist oft ein Schutz vor militärischen und paramilitärischen Kräften, die Folge von Gewalterlebnissen oder die einzige Zukunftsperspektive. Die Guerilla wird als legitime Kraft gegenüber der staatlichen und parastaatlichen Gewalt gesehen. Die Guerilla hat sich in den letzten 10 Jahren praktisch verdoppelt. Dieses Wachstum dürfte der Guerilla selber einige Probleme bereiten.

Einige Methoden der Guerilla sind mit dem humanitären Völkerrecht unvereinbar, so die aussergerichtlichen Hinrichtungen; die Entführungen; gewisse Angriffsmethoden oder der Gebrauch von Minen und anderer unkontrollierter Sprengsätze.

Die paramilitärische Logik des gewaltsamen Miteinbezugs der Zivilbevölkerung in militärische Aufgaben, führt auf der Seite der Guerilla zu einer zunehmenden Intoleranz gegenüber Zivilpersonen und sozialen Gruppen, die ihre Unabhängigkeit gegenüber der Guerilla einfordern. Ungeklärt ist z.B. die Ermordung von drei UmweltaktivistInnen aus den USA durch die FARC im März 1999. Bis heute ist nicht klar, wer den Entscheid für diese Verbrechen gefällt hat. Die FARC hat stets ihre klaren Entscheidungsstrukturen und die Einheit der Führung betont. Warum funktionierte sie in diesem Fall nicht?

Im Rahmen ihrer Strategie, Einfluss in den Städten zu erlangen, forcierten FARC und ELN die Bildung sogenannter „Milicias“. Diese Milizen degradierten in vielen Fällen zu Verbrecherbanden und sind für zahlreiche Verstösse gegen das humanitäre Völkerrecht verantwortlich. Die Verantwortung dafür muss die Guerilla übernehmen, denn sie hat diese Milizen ins Leben gerufen. (Wie analog dazu die Verantwortung für die paramilitärische Gewalt vom Staat übernommen werden muss.)

Die Guerilla setzt fast ausschliesslich auf militärische Gewalt, wobei sie auch vom humanitären Völkerrecht geächtete Methoden anwendet, um so den Staat zu Konzessionen zu zwingen. Hauptziele sind Armee, Polizei und die paramilitärischen Gruppen. Die Zivilbevölkerung kommt auch von Seiten der Guerilla immer mehr unter Druck, Partei zu ergreifen. Die Guerilla ist mit einem schweren inneren Widerspruch konfrontiert: mit autoritären Methoden soll eine demokratische Gesellschaft entstehen. - Es muss aber klar festgestellt werden, dass trotz der Degradierung des Konfliktes die Guerilla zu einem wesentlich kleineren Teil als die Paramilitärs für die politisch motivierte Gewalt verantwortlich zeichnen: 1998 waren es 78,69% (Paramilitärs) gegenüber 17,59% (Guerilla).

Fazit: Die Guerilla übt eine gegen den Staat und seine Institutionen gerichtete Gewalt aus. Damit will sie ein demokratisches und sozial gerechtes Staatsmodell durchzusetzen, das die Grundrechte - Arbeit, Wohnen, Ernährung, Bildung und Gesundheit - aller BürgerInnen deckt. Die Guerilla ist in den letzten Jahren enorm gewachsen und hat an militärischer Stärke gewonnen. Sie wendet auch Methoden an, die das humanitäre Völkerrecht verletzen. Ihr Kampf droht aufgrund der Dynamik des Krieges immer mehr zu degradieren und es kommen Methoden zur Anwendung, die die eigenen Ziele in Frage stellen.

Die Rolle des Drogenhandels

Der Drogenhandel hat die Gewalt in Kolumbien potenziert. Er ist wesentlich an der Qualifizierung der paramilitärischen Einheiten - nicht deren Bildung - beteiligt. Auf der anderen Seite ist die „Besteuerung“ des Kokaanbaus und der Kokainproduktion für die Guerilla eine wichtige Finanzquelle. Der Drogenhandel verfolgt aber kein eigenes Projekt. Grundsätzlich ist er Alliiertes der Vertreter des status quo. Die Verbindungen der Armee zum Drogenhandel sind vielfältig und Teile der Armee sind selber in den Kokahandel verwickelt. Als 1989 der Staat den Drogencapos den Krieg erklärte, erklärte das damalige Medellinkartell unter Pablo Escobar ihm den Krieg. Es kam zu den berüchtigten Autobombenanschlägen.

Fazit: Der Drogenhandel und die enormen Gelder aus diesem illegalen Wirtschaftszweig haben die Gewalt in Kolumbien dynamisiert und potenziert. Der Drogenmafia kommt eine enorme Verantwortung in der Eskalation des Konfliktes, in der Zerstörung sozialer Netze und der „Veralltäglichen“ der Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung zu. Grundsätzlich ist der Drogenhandel Verbündeter der Verfechter des status quo. Er tritt nicht (mehr) als eigener Akteur auf. Seine Verbindungen zum Paramilitarismus und zur Armee sind vielfach belegt. Drogenhandel ist meist eng mit dem Waffenhandel verknüpft, dessen Abnehmer sind sowohl Paramilitärs wie Guerilla. Die Guerilla profitiert ihrerseits vom Drogenhandel durch die Besteuerung der Produktion.

Kriminelle Banden

Die kolumbianische Ombudsstelle machte in ihrem jüngsten Bericht „nicht identifizierte bewaffnete Banden“ für 43% der Morde an 1863 Personen, die bei den insgesamt 402 im Jahr 1999 verübten Massakern getötet wurden, verantwortlich. Was bedeutet dies? Wer steht hinter diesen Banden?

Kriminalität ist in einem Land, das zu Arbeitslosigkeit und zu Armut ohne jegliche Zukunftsperspektiven verurteilt, ein naheliegend scheinender Ausweg. Insbesondere in einem Land, das keine funktionierende

Justiz kennt und in dem die gewaltsame Lösung von Konflikten das „Normale“ scheint, ist die Verlockung des schnellen Geldes im Drogenhandel oder in der Kriminalität gross. Es entstehen in den städtischen Armenvierteln Banden, die von Raub, Erpressung und Überfällen leben. Diese kriminelle Gewalt fordert in Kolumbien jährlich Tausende von Toten. Sie übersteigt die politische Gewalt um ein Mehrfaches. (10-25% aller Morde sind politisch motiviert.) Im täglichen Leben der Bevölkerung ist die Kriminalität praktisch stets präsent und bedeutet unmittelbar eine grössere Bedrohung als andere Formen der Gewalt.¹

Das Verwirrspiel mit den Gewaltakteuren

Trotzdem lässt diese Darstellung aufhorchen und muss mit äusserster Vorsicht aufgenommen werden. Oft stehen hinter diesen Banden klare Auftraggeber, Grossgrundbesitzer, Unternehmer und die Paramilitärs. Es ist eine bekannte Tatsache, dass mächtige Hintermänner, aber auch Polizei und Armee Banden und bezahlte Killer für ihre Zwecke instrumentalisieren. Mehrere Morde an wichtigen Führungspersonen wurden von bezahlten Killern durchgeführt, von denen einige nach der Tat selber ermordet wurden. Wer aber gab den Auftrag und welche Interessen standen dahinter? In Kolumbien - so ist zu befürchten - wird dieses Versteckspiel, das vom Staat selber mit der Schaffung der paramilitärischen Verbände begonnen wurde, immer verwirrlichere Formen annehmen. Diese Aufsplitterung ist zudem sehr funktional, es „relativiert“ die Gewalt der einzelnen Akteure und die Konturen des Konflikts werden immer mehr verwischt. Eine solcherart mürrische gemachte Bevölkerung, die genug hat von der täglichen Gewalt und die keinen Ausweg mehr sieht, ist wohl eher bereit, einen Frieden um jeden Preis zu akzeptieren und auf ihre legitime Forderung nach Aufklärung der Verbrechen, Gerechtigkeit, Bestrafung der Verantwortlichen und Wiedergutmachung zu verzichten.

Fazit: Die gewöhnliche Kriminalität ist im Alltagsleben der Bevölkerung das grössere Problem als die politische Gewalt. Kriminelle Banden werden häufig für bestimmte Aktionen instrumentalisiert. Sie sind ein Mittel zur Verschleierung der wahren Hintermänner und zur Sicherung der Straflosigkeit. Sie sind kein politischer Akteur, sondern handeln ausschliesslich im Eigeninteresse.

Die Rolle der Zivilgesellschaft

Nachdem die Rolle bewaffneter Akteure behandelt wurde, nun eine kurze Einschätzung der so genannten Zivilgesellschaft. Unter dem Begriff Zivilgesellschaft werden alle nicht-staatlichen Organisationen, Verbände, Interessenvertretungen etc. subsumiert. Der Unternehmerverband, die Gewerkschaftszentrale, die Vereinigung der Viehzüchter und die Basisorganisationen - sie alle erscheinen unter diesem Begriff plötzlich als eine Einheit. Dass es diese Einheit im Sinne einer gemeinsamen Interessenvertretung nicht gibt, muss nicht erst erläutert werden. Das einzige einheitliche Kriterium ist, dass sie alle nicht den formellen staatlichen Institutionen angehören. Diese Vorbemerkung erklärt die tatsächlich widersprüchlichen Äusserungen und die schiere Unmöglichkeit der Zivilgesellschaft, ein eigenes Projekt zu präsentieren.

Am 24. Okt. 1999 brachten weit über 10 Mio. KolumbianerInnen öffentlich unter dem Motto „No más!“ - Es reicht! - ihre Kriegsmüdigkeit und den Wunsch nach Frieden zum Ausdruck. Die Sehnsucht nach Frieden, die zweifellos in diesen Massenkundgebungen zum Ausdruck kam, wurde von einflussreichen Medien und gesellschaftlichen Sektoren einseitig dafür ausgenutzt, die Entführungen durch die Guerilla anzuklagen, während andere Formen der Gewalt wie das Verschwindenlassen, die Vertreibungen, die Massaker der Paramilitärs und die politischen Morde kaum zur Sprache kamen. Man könnte sagen, dass der Oligarchie nahestehende, zivilgesellschaftliche Sektoren versuchten, diese Kundgebungen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Ähnliches geschieht - in vermindertem Mass, aber mit der gleichen Logik - auch von Seiten der Guerilla. - Teile der Zivilgesellschaft haben sich in Bezug auf die Forderung nach einer politischen Lösung des bewaffneten Konfliktes zu wichtigen Initiativen zusammen geschlossen. Die „Permanente Friedensversammlung der Zivilgesellschaft“ hat substantielle Beiträge bezüglich einer Friedenslösung formuliert. Trotz dieser und anderer wichtiger Initiativen, hat es die Zivilgesellschaft bis heute nicht geschafft, von der Regierung und von der Guerilla als unabdingbarer Partner in Bezug auf den Friedensprozess wahrgenommen zu werden.

Fazit: Diese Heterogenität der so genannten Zivilgesellschaft gilt es insbesondere bei der Unterstützung durch staatliche und private Entwicklungszusammenarbeit zu beachten. Um demokratische Prozesse zu unterstützen und die wenigen vorhandenen Spielräume der Basisorganisationen aufrecht zu erhalten, sollten Unterstützung und Hilfe ausschliesslich von der Repression bedrohten, verfolgten sozialen Bewegungen, die für ihre verfassungsmässig verbrieften Rechte und die Einhaltung der Menschenrechte in ihrer Gesamtheit kämpfen, zufließen.

¹ Aufsehen erregte im Oktober 1999 das Geständnis eines Mannes, 140 Kinder missbraucht und ermordet zu haben. In einem Land, wo die wenigsten Verbrechen angezeigt und 97% der angezeigten Verbrechen straffrei ausgehen, kann sich Kriminalität leicht breit machen.

März 2000

No. 3 / 2000

Kolumbien: Versuch einer Konfliktanalyse, 3. Teil
Hoffnung und Perspektiven
 von Bruno Rüttsche

In den letzten zwei Kolumbien-Monatsberichten versuchten wir eine Analyse des Konfliktes in Kolumbien zu machen. Es ist aber auch notwendig, Hoffnung und Zukunftsperspektiven aufzuzeigen, darum dieser 3. Teil.

Einleitung

Eine Analyse soll mithelfen, Handlungsmöglichkeiten und Perspektiven heraus zu arbeiten. Die Schlüsse sind aber oft vieldeutig und geprägt durch den eigenen Hintergrund und die politische Ausrichtung. Darum soll hier auf mögliche Perspektiven aus unserer Sicht eingegangen werden. Zuerst gilt es aber ein grundsätzliches Dilemma kurz zu erläutern.

Das Dilemma: An wen sich wenden, wenn der Rechtsstaat fiktiv ist?

In der Konfliktanalyse wird mit Nachdruck auf die Fassadenhaftigkeit, die prekäre und gar fiktive Rechtsstaatlichkeit Kolumbiens hingewiesen. Hier stellt sich ein prinzipielles Dilemma: Wenn dieser Rechtsstaat fiktiv ist, nur dem Schein nach existiert und kein politischer Wille erkennbar ist, die Menschenrechte zu respektieren, dann stellt sich die Frage, wie mit diesem Staat zu verfahren ist. An wen appellieren, wenn die grundlegendsten Bedingungen für eine Rechtsstaatlichkeit fehlen? Was tun, wenn keine funktionierende Justiz besteht, ja die Justiz selber ein Instrument der Willkür ist? Dies ist ein reales Dilemma in Kolumbien. Nicht selten sind Ankläger zu Angeklagten geworden. Zudem ist der Schutz von Zeugen nicht gesichert.

Verzicht auf formelle Anklagen

Einige Menschenrechtsorganisationen erheben deshalb keine formellen Anklagen mehr, d.h. sie reichen keine individualisierten Anklagen mehr bei den staatlichen Justizbehörden ein. Sie machen aber eine öffentliche, nationale und internationale Anklage, worin Fakten und Ereignisse detailliert aufgelistet werden. Menschenrechtsorganisationen betonen die absolute Notwendigkeit von Anklagen wie auch die Forderung nach Gerechtigkeit und Wiedergutmachung. Die Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen ist unter den kolumbianischen Menschenrechtsorganisationen ein kontroverses Thema. Die Debatte dreht sich dabei um den Punkt, ob man diesen Staat *a priori* ignorieren will, da es kein Rechtsstaat ist und von ihm keine Lösungen zu erwarten sind, oder ob man in konkreten Einzelfällen, gezielt und im Rahmen fester Abmachungen, eine Art Zusammenarbeit anstreben soll. Die Meinungen gehen in diesem Punkt auseinander. Einigkeit besteht jedoch darin, dass eine Zusammenarbeit klare und überprüfbare Ziele haben muss und zu keiner Instrumentalisierung der NGO's führen darf.

Mögliche Schlussfolgerungen

Die Feststellung, dass Kolumbien ein prekärer Rechtsstaat ist, kann zu Schlüssen verleiten, die nicht in meiner Absicht liegen. Eine Schlussfolgerung könnte sein, dass mit diesem Staat „aufgeräumt“ werden müsse, also die objektiven Bedingungen für eine Revolution erfüllt seien und nur durch einen Umsturz die herrschenden Verhältnisse verändert werden können. Eine andere Schlussfolgerung könnte sein, dass das interne „Chaos“, bzw. die unvereinbaren Widersprüche oder die fehlende Handlungsbereitschaft der politischen Führungsklasse eine Interven-

tion von aussen praktisch aufdrängen.¹ Beide Schlussfolgerungen halte ich für falsch. Revolutionen haben in Kolumbien erstens keine Chance der Realisierung, sind zweitens, nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen in anderen Ländern, mit grösster Vorsicht zu betrachten, und haben drittens in der jetzigen globalisierten Wirtschaft und unipolaren Welt keine Überlebenschance.²

Hoffnung und mögliche Perspektiven

Die Menschenrechte ernst nehmen und gezielt einfordern

Es gibt ein „revolutionäres Instrument“, dessen Möglichkeiten noch kaum erkannt oder gar ausgeschöpft werden: die universalen Menschenrechte. Praktisch alle Staaten der Welt haben die Menschenrechtserklärung unterzeichnet und müssen sich verbindlich daran halten. Dies gibt den Menschen das unveräusserliche Recht, die Respektierung der Menschenrechte in Berufung auf die Rechtsstaatlichkeit legitim einzufordern und die staatlichen Institutionen bindend darauf zu verpflichten. Dieses Recht ist zudem international anerkannt und kann auch von internationalen Organisationen eingefordert werden (*Universalität*). Zu Recht kann eingewendet werden, dass die Menschenrechte weltweit in gravierender Weise verletzt und deren Schutz kaum je effizient eingefordert werden konnte. Zudem gibt es noch keinen ständigen internationalen Gerichtshof für Menschenrechtsverletzungen. Dies stimmt und trifft im Fall Kolumbien auf eklatante Weise zu: Seit Mitte der 80er Jahre machen nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen insistent auf die dramatische Menschenrechtslage aufmerksam, bisher mit sehr geringem Erfolg. Trotzdem scheint mir die konsequente Einforderung der Menschenrechte der einzige gangbare Weg zu sein. Allerdings könnte er durch verschiedene Massnahmen potenzialisiert werden, u.a. durch entschiedene internationale Stellungnahmen.

Einforderung der Rechtsstaatlichkeit von unten

Ausgehend davon, dass in Kolumbien die Rechtsstaatlichkeit praktisch fiktiv ist, muss es darum gehen, diese Rechtsstaatlichkeit von unten her aufzubauen und zu sichern. Was ist damit gemeint? An drei Beispielen mit unterschiedlichem Ausgang möchte ich erläutern, wie dies zu verstehen ist.

Beispiel 1: Der Rückkehrprozess der Vertriebenen des Cacarica-Flusses

Die in Turbo, Bocas de Atrato und Bahia Cupica provisorisch untergebrachten Vertriebenen des Cacarica-Flusses haben - begleitet von NGO's - einen beispielhaften Organisationsprozess vorangetrieben. Drei strategische Ebenen waren dabei wichtig: 1. Die konsequente Anklage jeglichen Unrechts und die nicht verhandelbare Einforderung der Aufklärung der Verbrechen und der Hintergründe der Vertreibung (Wahrheit), der Bestrafung der Schuldigen (Gerechtigkeit) und der ganzheitlichen Wiedergutmachung (Reparation). 2. Die konkrete Einforderung des Rechtes auf Rückkehr in Sicherheit und Würde, garantiert durch zivile Institutionen des Staates und die Präsenz internationaler Organisationen und Beobachter, und 3. die Ablehnung jeglicher Präsenz von Bewaffneten (Armee, Paramilitärs, Guerilla) in ihrem Territorium. Dieser Druck von unten, verbunden mit klaren Vorstellungen über das Vorgehen, hat einen Prozess in Gang gebracht, in den auch verschiedene staatliche Institutionen involviert sind und von denen die Erfüllung klar ausgehandelter Vereinbarungen eingefordert wurde. Es scheint, dass nun nach drei Jahren in den Flüchtlingslagern die Vertriebenen schrittweise in die zwei geplanten Rückkehresiedlungen zurückkehren können. Ihr Land wurde titulierte und die Abkommen letztendlich von den staatlichen Behörden unterzeichnet, wenn auch nur zum Teil erfüllt. Gelingt diese Rückkehr in Würde und Sicherheit, ist es die erste kollektive Rückkehr von Vertriebenen unter klaren Bedingungen und ohne den Verzicht auf Anklage, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung.

Dieser Prozess war und ist enormem Druck von Seiten der Armee, der Paramilitärs und an der Ausbeutung der Bodenschätze und des Holzes interessierten Unternehmen ausgesetzt. Ver-

¹ In Kolumbien wird seit Jahren immer wieder über den Einsatz von UNO-Truppen diskutiert.

² Nicht einmal dem demokratisch gewählten Präsidenten Aristide wurde gestattet, das arme Haiti in Würde zu regieren. Dies lässt eine Vorstellung darüber zu, was im Fall des an Ressourcen reichen Kolumbien geschehen würde.

leumdungen, Übergriffe und Morde konnten trotz der internationalen Präsenz - u.a. der Friedensbrigaden PBI - nicht verhindert werden. Trotzdem konnte von den staatlichen Behörden durch den nationalen und internationalen Druck ansatzweise die Erfüllung ihrer Aufgaben eingefordert werden, d.h. ihr rechtmässiges, rechtsstaatliches Funktionieren. Dies meint Einforderung der Rechtsstaatlichkeit von unten. Nur so kann aufgrund konkreter Tatsachen, d.h. der Einhaltung von Abkommen, wieder Vertrauen in die staatlichen Institutionen wachsen, wobei diese aber den Tatbeweis ihrer Vertrauenswürdigkeit liefern müssen.

Fazit: Konsequenter, qualifizierter Druck von unten mit der Unterstützung nationaler und internationaler Organisationen und Beobachter ermöglicht die partielle Einforderung elementarer Rechte und die konkrete In-Pflicht-Nahme staatlicher Institutionen.

Beispiel 2: Abkommen mit dem regionalen Friedensarbeitstisch des Magdalena Medio

Am 4. Oktober 1998 unterzeichnete Präsident Pastrana ein Abkommen mit dem regionalen Friedensarbeitstisch des Magdalena Medio, Ergebnis eines langwierigen Verhandlungsprozesses mit rund 12'000 internen Vertriebenen des Südens des Dep. Bolívar. Das Abkommen sah u.a. Garantien für das Leben und die Sicherheit der Vertriebenen vor, umfasste einen regionalen Entwicklungsplan und den integralen Schutz der Menschenrechte wie auch die Bekämpfung der Paramilitärs. Aufgrund des Abkommens kehrten die 12'000 Vertriebenen wieder auf ihr Land zurück. Doch dann folgten weitere Massaker und die Ermordung von Sprechern der Vertriebenen. Heute ist die Situation schlimmer als je zuvor. Im Oktober 1999 wurde bekannt, dass rund 3'500 Personen, mehr als die Hälfte davon Kinder, vor den Angriffen der Paramilitärs in die Wälder flohen und sich dort versteckt hielten.

Ein Jahr nach der Unterzeichnung der Abkommen richteten zahlreiche europäische NGO's einen eindringlichen Appell an die Regierung Kolumbiens und fragten u.a.: „Wo ist die Einhaltung der Abkommen über den Schutz des Lebens, der Integrität, der Freiheit und des Rechtes auf Gerechtigkeit geblieben?“ Der Aufruf fand kein Echo.³

Fazit: Ein detailliertes, vom Präsidenten unterzeichnetes Abkommen ist vom Staat in allen Punkten verletzt worden. Führungsleute der Vertriebenen wurden umgebracht, verschleppt oder bedroht. Die Situation der Region ist dramatischer denn je. Schlussfolgerung: Ein Abkommen ist nur so viel wert wie konsequenter Druck von unten, verbunden mit nationalem und internationalem Druck aufgebaut werden kann. Entscheidend ist vor allem die internationale Begleitung und Beobachtung. Diese konnte im Fall des Magdalena Medio nicht genügend gesichert werden.

Beispiel 3: Der Aufstand des Südwestens Kolumbiens

Im Herbst 1999 blockierten Bauern-, Schwarzen- und indigene Gemeinschaften der Dep. Cauca und Nariño während 26 Tagen die *Panamericana*, die wichtigste Verbindung zwischen Kolumbien und Ecuador. Sie forderten die Erfüllung der 1991 und 1996 von der Regierung unterzeichneten Abkommen. Gleichzeitig zu den Versuchen, den Protest gewaltsam zu beenden, wurden die Manifestanten beschuldigt, von der Guerilla manipuliert zu sein. Die Hartnäckigkeit und der Zustrom weiterer Manifestanten zwang die Regierung schliesslich zu Verhandlungen. Erneut wurden regionale Entwicklungspläne verabschiedet und Gelder von insgesamt 53 Mio. US\$ in Aussicht gestellt. Die Basisorganisationen werteten das Abkommen als Erfolg.

Fazit: Dieser vorläufige Erfolg wurde dank der guten Organisation der Basisbewegungen, ihrer Vernetzung untereinander und ihrer Hartnäckigkeit, aber auch dank der Unterstützung durch nationale und internationale Organisationen möglich. Doch die Abkommen sind nur soviel wert, wie konkreter regionaler, nationaler und internationaler Druck zu deren Umsetzung aufgebaut werden kann.

Ansatzpunkte zum Aufbau des Rechtsstaates von unten

In Kolumbien gibt es - trotz systematischer Unterdrückung und Bekämpfung - gut organisierte, fähige, national und international vernetzte Basis- und Menschenrechtsorganisationen⁴. Nach

³ Am 28. Nov. 99 wurden der Bauer Gildardo Fuentes und Edgar Quiroga, Sprecher der Vertriebenen, zum Verschwinden gebracht. Tage zuvor hatten sie die Übergriffe und die Nichteinhaltung der Abkommen eingeklagt.

⁴ Mit Basisorganisationen meine ich sämtliche Bewegungen, die sich organisiert für ihre Grundrechte einsetzen: Indigenas -, Schwarzen-, Bauern-, Vertriebenen-, Frauen-, Stadtteil-, Studenten- und Gewerkschaftsorganisationen.

wie vor gibt es viele ausgezeichnete Führungspersonen und ein enormes akkumuliertes Wissen. Zudem gibt es Forschungsinstitute und AkademikerInnen, die über ein immenses Wissen über Menschenrechte, humanitäres Völkerrecht und Organisationsprozesse verfügen und es auch in den Dienst von Basis- und Menschenrechtsorganisationen stellen.

Es gibt auf verschiedenen Ebenen konkrete Ansatzpunkte: Soziale Organisationen; zivile Widerstandsformen; Netzwerke; Intellektuelle; Forschungsinstitute und fortschrittliche kirchliche Basisstrukturen. Diese funktionierenden Basisstrukturen könnten durch eine internationale Begleitung und den expliziten internationalen Schutz ihre Arbeit potenzieren. Hier liegt ein breites Wirkungsfeld brach. Kolumbianische Organisationen setzen immer mehr auf diese direkte internationale Begleitung und Unterstützung ihrer Arbeit. Die Anfragen an die internationalen Friedensbrigaden PBI bestätigen dies eindrücklich.

Warum auf die Basisorganisationen setzen?

Die Situation Kolumbiens ist durch den bewaffneten Konflikt geprägt. Die Guerilla begründet ihren Kampf u.a. damit, dass nur bewaffnete Aktionen einen gewissen Schutz gewähren und nur auf diese Aktionen letztlich gehört wird. Sozialen Protestaktionen fehlt dieser Schutz. Die Führungsleute und die TeilnehmerInnen setzen sich einem erheblichen Risiko aus, kriminalisiert oder im Rahmen des schmutzigen Krieges umgebracht zu werden. Wenn verhandelt wird, werden nebst der Gefährdung der Sprecher der Protestbewegungen die Abkommen nicht eingehalten. Der Staat begründet sein gewaltsames Vorgehen damit, dass die Basisbewegungen von der Guerilla „infiltriert“ seien oder diese hinter den Protesten stehe. Die Präsenz der Guerilla liefert dem Staat quasi die Rechtfertigung seines gewaltsamen Vorgehens gegen zivile Protestbewegungen.

Die Guerilla ihrerseits begründet die Legitimität ihres Kampfes wesentlich mit der Unmöglichkeit von zivilem Widerstand und politischer Opposition. Nur dank ihrer Präsenz werde überhaupt auf soziale Bewegungen gehört. Aus dieser Logik heraus schreibt sie auch die Erfolge von Basisorganisationen sich selber zu.⁵

Die Kriminalisierung der Basisbewegungen und die Ignorierung ihrer Forderungen durch den Staat bilden einen wichtigen kriegsfördernden Faktor. Der Staat zeigt durch sein Vorgehen gegen die Basisorganisationen, dass er nicht gewillt ist, auf friedlichem Weg Konzessionen zu machen und sich an rechtsstaatliche Normen zu halten. Er gibt damit der Begründung der Guerilla für ihren Kampf recht. Die Subsumierung der Basisbewegungen als soziale Basis der Guerilla, wie sie von staatlicher Seite her gemacht wird, schwächt die zivilen Bewegungen und stärkt gleichzeitig die Guerilla. Der Staat legitimiert durch sein gewaltsames Vorgehen gegen zivile Basisorganisationen die „revolutionäre Gegengewalt“. Damit ist der Teufelskreis der Gewaltspirale - in dem wir uns in Kolumbien bewegen - perfekt.

Den Teufelskreis der Gewalt durchbrechen

Diesen Teufelskreis der Gewalt gilt es zu durchbrechen. Es gilt die Basisbewegungen in ihrer Autonomie zu stärken und ihnen Schutz und Sicherheit zur Einbringung ihrer legitimen Forderungen zu bieten. Vom Staat muss strikte verlangt werden, zivile Organisationen nicht zu kriminalisieren und als Verhandlungspartner anzuerkennen. Kann dies durchgesetzt werden, so wird nicht nur der Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen von unten möglich, sondern gleichzeitig die Legitimität der Guerilla in Frage gestellt. Die Guerilla hat wiederholt versichert, dass ihre Waffen nur deshalb Berechtigung haben, weil nur so „auf die Forderungen des Volkes gehört wird“. In einem demokratischen Rechtsstaat hätten ihre Waffen keine Berechtigung mehr. Die zivilen Basisorganisationen werden so zum Angelpunkt für den Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates. Hier kann sich auch eine positive und ergänzende Arbeit von internationalen NGO's und engagierten Regierungen entwickeln. Positive Erfahrungen solcher Zusammenarbeit gibt es bereits in Urabá und dem Chocó. In diesem Sinne ist die internationale Präsenz in Kolumbien dringend gefragt und von den Basisorganisationen her auch erwünscht.

⁵ Raul Reyes, der Verhandlungsführer der FARC-EP, meinte kürzlich: „Waffen sind die Garantie dafür, dass die Opposition gehört wird.“ (NZZ, 11. Febr. 2000) Anzumerken wäre, dass die Waffen der Guerilla weder die Tausende politischer Morde verhindern, noch den Forderungen der Basisbewegungen zur Durchsetzung verhelfen konnten.

50 Jahre Gewalt in Kolumbien

von Héctor Villamizar und Stephan Suhner

FDCL e.V.
Forschungs- und
Dokumentationszentrum
Chile - Lateinamerika
Giesenaustraße 2 a · 10961 Berlin
Tel. (030) 693 40 29 · Fax (030) 692 65 90

In wenigen Tagen jährt sich zum 50. Mal ein Ereignis, das Kolumbien seither in einen ununterbrochenen Strudel von Gewalt und Gegengewalt trieb: die Ermordung des liberalen Caudillo Jorge Eliécer Gaitán. Nebst der Kontinuität verschiedenster Formen der Gewalt über 50 Jahre hinweg gibt es auch eine Vielzahl von Parallelen zwischen der Violencia (1948-53) und der soziopolitischen Gewalt der 90er Jahre: die Motive (Einsetzung eines neuen Wirtschaftsmodells, Rückeroberung der politischen Macht auf Lokalebene, Unterdrückung sozialer Forderungen, persönliche oder kollektive Bereicherung, Absicherung wirtschaftlicher Interessen etc.); die Methoden (Kontrolle ganzer Regionen durch die gezielte Verbreitung von Terror, selektive Morde und Massaker, Verstümmelung und Zurschaustellung der Opfer zwecks Abschreckung, Zusammenarbeit zwischen Regierungsinstanzen und illegalen bewaffneten Gruppen oder mindestens Duldung letzterer etc.); die Folgen für die Opfer (gewaltsame Vertreibung, Verlust von Hab und Gut, Flucht in Städte und Kolonisationszonen, Neutralität ist schwer möglich etc.). Zudem ist die soziopolitische Gewalt auch heute noch mehrheitlich ein ländliches Phänomen, Zonen kürzlicher Besiedlung oder mit starkem Einfluss von Gewerkschaften und linker Opposition sind besonders betroffen. Seit den 80er Jahren kam das Gewaltpotential der illegalen Drogenindustrie und der Anstieg der allgemeinen Gewalt (Delinquenz, Gewalt in Familie, persönliche Rache etc.) verschlimmernd dazu.

Die historische Epoche der Violencia

Meistens wird der 9. April 1948, Tag der Ermordung Gaitáns und Beginn wochenlanger Unruhen, als Beginn der Gewaltepoch, der *Violencia*, angesehen. Dabei sind die Ereignisse jener Tage vielmehr der Höhepunkt einer ersten Gewaltwelle, die spätestens 1946 begann, ihre Wurzeln aber in den 20er Jahren hat. Die 20er Jahre waren geprägt durch rasante soziale und wirtschaftliche Veränderungen, steigende Unzufriedenheit und soziale Forderungen verschiedener Bevölkerungskreise, wobei die Agrarkonflikte wohl am bedeutendsten waren. Die konservativen Regierungen reagierten darauf mit immer mehr Repression, die 1928 im Massaker an Bananenarbeitern, das in *Hundert Jahre Einsamkeit* von García Márquez verewigt wurde, ihren Höhepunkt fand. Nach dem Regierungswechsel von der konservativen zur liberalen Partei 1930, und v.a. unter Präsident Alfonso López Pumarejo (1934-38), wurde versucht, die dringenden sozialen Reformen¹ in Angriff zu nehmen (*Revolución en marcha*). Der Reformeifer López Pumarejos, so bescheiden er auch gewesen sein mag, stiess bei den Konservativen, aber auch in den eigenen Reihen, auf erbitterten Widerstand, sodass er 1938 selbst eine *Reformpause* ankündigte. In seiner 2. Amtszeit (1942-45) konnte er nicht mehr an die Erfolge der *Revolución en marcha* anknüpfen, obwohl er weiterhin die Unterstützung der Gewerkschaften genoss.

¹ U.a. wurden Massnahmen zur Modernisierung des Staates getroffen; ein erstes Agrarreformgesetz, das nie umgesetzt wurde, verabschiedet; die Gewerkschaften wurden unterstützt und sonstige soziale Verbesserungen für die Arbeiterschicht in Angriff genommen. V.a. die Zusammenarbeit mit oder Kooptation der Gewerkschaften und linken Oppositionsgruppen brachte die Regierung in den Verruf, kommunistisch unterwandert zu sein.

Inzwischen tauchte aber eine neue Führungsfigur in den liberalen Reihen auf: Jorge Eliécer Gaitán. Nachdem er in den 20er Jahren noch eine unabhängige Partei anführte, die UNIR², integrierte er sich in den 30er Jahren wieder völlig in der liberalen Partei und setzte sich in den 40er Jahren für die Reformtradition der Liberalen ein. Mit seiner Gegenüberstellung des *Pais político* und des *Pais nacional* brachte er die oligarchische Struktur des kolumbianischen Regimes zum Ausdruck und denunzierte die offensichtlichen Beziehungen zwischen den wachsenden sozialen Ungleichheiten und dem sichtbaren Aufstieg der Plutokratie. Basierend auf der Analyse des Widerspruchs zwischen sozialer Produktion und individueller Aneignung, verurteilte er die Existenz einer Oligarchie, die nichts produzierte aber einen Grossteil des Nationaleinkommens abschöpfte. Gaitán wollte den Kapitalismus demokratisieren, die grossen privaten Monopole kontrollieren und den armen, landlosen Bauern Besitzrechte über die von ihnen bearbeiteten Parzellen geben. Als erster Politiker wandte er systematisch die Technik der Massenmobilisierung an. Mit seinem Schlagwort *el pueblo es superior a sus dirigentes* (das Volk ist den Führern überlegen) öffnete er Tausenden von Kolumbianern das politische System. Die Gefahr Gaitáns für die dominante Machtelite lag nicht so sehr in seinem moderaten Reformprogramm, sondern in der politischen Beteiligung der Massen, was die alte oligarchische Kontrolle über die kolumbianischen Gemeinden bedrohte.

Da die liberale Partei zwischen Reformern und Bewahrem gespalten war, gelang es den Konservativen, die politische Initiative zu ergreifen und 1946 mit Ospina Pérez die Präsidentschaft zurückzuerobern. Mit präsidialer Unterstützung verstärkten sich ab 1947 die gewalttätigen Bestrebungen³ der Konservativen, auch die lokale Macht mit *Blut und Feuer* zurückzuerobern. Die Drohungen, Attentate und Morde an politischen Führern, die Brandschatzung von Zeitungsredaktionen und Häusern von Politikern, begannen zuerst in den grösseren Städten, um sich dann rasch aufs Land auszubreiten. Die überaus starke Identifikation der Bevölkerung mit *ihrer* Partei machte eine Manipulation durch politische Führer einfach. So trugen Bauern einen Bürgerkrieg aus, der in keiner Weise ihren Interessen entsprach, sondern von nationalen politischen Führern angezettelt wurde. Ganze Dörfer wurden nach sektiererischen parteipolitischen Gesichtspunkten von Mitgliedern der gegnerischen Partei gesäubert, eine riesige Anzahl Ländereien wechselten ihre Besitzer, Ernten, Vieh und Höfe wurde gestohlen oder zerstört. Erst mit einiger Verzögerung reagierten die liberalen Bauernschaften auf die Massaker der konservativen *Chulavitas* - eine Art Vorläufer paramilitärischer Gruppen - und der politisierten Polizei und schufen *Selbstverteidigungsgruppen*, ebenso auch die Kommunisten.

Obwohl es keine genauen Zahlen der Opfer der *Violencia* gibt, wird sie meist mit 300'000 angegeben. In jener Gewaltphase gab es sehr wenig Opfer bei Kämpfen zwischen Guerillagruppen und Banden einerseits, der Armee, Polizei und den Konterguerillas andererseits. Es entstand ein Typ von legalen oder illegalen Gruppen, die ein Territorium unter ihre Kontrolle brachten und die Bevölkerung ihren Gesetzen unterwarfen. Die Opfer fielen in einer Kette von Gewalt- und Racheaktionen. Die Opfer waren mehrheitlich männlich (4/5), arm und Analphabeten, wurden entstellt, geköpft, mit der Machete zerstückelt, ihre Körper zur Schau gestellt. Oft wurden ganze Familien ausgelöscht. Die Gewalt war primär ein ländliches Phänomen, die Betroffenen flüchteten in die Anonymität der Städte, die einen gewissen Schutz boten.

Die kapitalistische Modernisierung kam in Begleitung der Gewalt, ohne dass aber dabei eine direkte Kausalbeziehung bestehen würde wie zwischen Gewalt und autoritärem Regime. Der Autoritarismus drückte sich im kolumbianischen Rechtsstaat durch den permanenten Ausnahmezustand

² Unión Nacional de Izquierda Revolucionaria

³ Während einige Autoren die kolumbianische Gewaltkultur betonen, heben andere die friedliche Phase vom Ende des Kriegs der 1000 Tage (1899-1902) bis 1946 hervor. Tatsächlich war aber auch in jener Phase die staatliche Repression gegenüber sozialen Forderungen gebräuchlich, und die politische Gewalt, die nach 1946 in ihrer ganzen Macht hervorbrach, war seit den 20er Jahren in jeder Wahl präsent. Meistens ergab sich der Regierungswechsel nur auf nationaler Ebene, die lokale Macht blieb in der Hand der gegnerischen Partei, sodass immer wieder versucht wurde, diese Macht mit Gewalt zurückzuerobern.

aus. Dies war (und ist) eine juristische Waffe, um die politischen und sozialen Effekte der verstärkten Präsenz der urbanen Massen, die durch die liberale Partei als Meinungs- und Wählerbasis mobilisiert wurden, zu neutralisieren. Die Gewalt war in Kolonisationszonen wesentlich stärker verwurzelt als in traditionellen Kleinbauernzonen. Langfristig wurden der sich entwickelnde Justizapparat und die Polizei degradiert und das moralische Fundament der Politik begann zu bröckeln. Bei der *Violencia* handelt es sich zu einem grossen Teil um eine Reaktion konservativer Kreise, um die Reformen der *Revolución en marcha* rückgängig zu machen oder mindestens zu stoppen. Die Gewalt war Teil eines politischen Prozesses, der in den Städten mit der Repression des *Gaitanismo* begann, um dann auch das Land zu erfassen. Die Regionen, die seit den 20er Jahren starke Bauernbewegungen hatten, wie z.B. der Huila und der Tolima, bekamen die Gewalt der politisierten Polizei und der kriminellen Banden der Rechten als erste zu spüren, verbunden mit der Rache der *Latifundisten* für die bäuerlichen Erfolge. Schnell breiteten sich dann die Massaker auf viele weitere Dörfer aus und führten zu einer zunehmenden Polarisierung und Radikalisierung der liberalen Bauernschaften und schliesslich zu deren Bewaffnung.

Die konservativen Regierungen unterstützten die „modernen“ Industrieinteressen, förderten die Kapitalakkumulation, die Bildung von Oligopolen und die Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten. Der Schutz der Interessen der Grossgrundbesitzer war notorisch, gleichzeitig stieg aber auch der Druck, dass sich das *Latifundium* modernisierte. Um den Aufstand des 9. April 1948 zu dämpfen, erliess die Regierung Ospina einige reformistische Massnahmen⁴, trotzdem verbesserte sich die soziale Situation der Bevölkerung nicht, u.a. wegen der agrarischen Repression, der Unterdrückung der Arbeiterbewegungen und der Gründung einer neuen Gewerkschaft durch die Regierung, womit die Arbeiterbewegung gespalten und die Löhne tief gehalten wurden.

Die Folgen der *Violencia* waren eine beschleunigte soziale Differenzierung in der bäuerlichen Wirtschaft, die Zerstörung oder Aufweichung der hergebrachten sozialen Beziehungen und die Landpreise sanken. Es wurden billige Arbeitskräfte für die kommerzielle Landwirtschaft freigesetzt, auch die Industrielöhne sanken und die Migration in die Städte und in neue Kolonisationszonen verstärkte sich. Zusammengefasst förderte es die Kapitalakkumulation und verschlechterte die Lebensbedingungen für Millionen von KolumbianerInnen. Politisch die offensichtlichsten Folgen waren die bis heute anhaltende Niederwältung der demokratischen Bewegungen und die Kontinuität des wirtschaftsliberalen Regimes, wenn auch mit höherer Staatsintervention und Sozialausgaben. Sämtliche sozialen Konflikte, die sich während drei Dekaden schneller kapitalistischer Entwicklung aufgestaut hatten, explodierten mit der *Violencia*. So war die *Violencia* eine katastrophale „Lösung“ für die Konflikte, die durch die vereitelten Reformprojekte der *Revolución en marcha* und des *Gaitanismo* nicht gelöst wurden.

Politik, Reformversuche und Gewalt von den 50er bis Anfang der 80er Jahre

Unter der konservativen Regierung von Laureano Gómez (1950-53) nahm die Repression und die Gewalt zu, die liberale Partei und die Fraktion um Ospina waren nicht an der Regierung beteiligt⁵. Zudem verfolgte Gómez ein korporativistisches Staatsprojekt nach spanischem Vorbild. Dies führte zu einem Militärputsch unter General Rojas Pinilla, der die Unterstützung der Liberalen und Ospinisten genoss. Rojas sollte als Übergangsregierung das Land befrieden und den Parteien die Bedingungen für eine friedliche Machtausübung ermöglichen. Die Friedenserfolge Rojas waren zu

⁴ Den Unternehmen wurde befohlenen, übermässige Gewinne breiter zu verteilen, was nie verwirklicht wurde, eine schüchterne Agrarreform ohne Budget wurde geplant und die Sozialversicherung, 1946 gegründet, sollte die Deckung auf die bäuerliche Bevölkerung ausdehnen, was bis heute nicht geschah. 1950 wurden zudem Mindestlöhne festgelegt, die der Ausbeutung der Arbeiter Grenzen setzen sollten.

⁵ Zu Beginn seiner Regierung und nach der Ermordung Gaitáns liess Ospina die Liberalen in Regierungen der Nationalen Einheit teilnehmen, um die Gewalt zu reduzieren.

Beginn erstaunlich, was ihm hohe Sympathie brachte. Er erliess eine Amnestie, die von der liberalen Guerilla der Llanos angenommen wurde, nicht aber von der kommunistischen Guerilla. Die erneut zunehmende Gewalt auf dem Land, die steigende Repression in den Städten und die Pressezensur, die chaotische Wirtschaftslage und der Versuch Rojas, sich an der Macht zu verewigen, waren die Faktoren, die ein Überwinden der Feindschaft zwischen den beiden Parteien und schliesslich den Pakt der *Nationalen Front* ermöglichte.

Ein Generalstreik, organisiert von der *Zivilen Front*⁶ und unterstützt von der Wirtschaft zwang Rojas Anfang Mai 1957 zum Rücktritt, eine Militärjunta übernahm die Funktion der Übergangsregierung. Der Pakt, der zur Entstehung der Nationalen Front führte, gab den beiden Parteien ein Maximum an Garantien bezüglich Machtbeteiligung, um ihr gegenseitiges Misstrauen zu überwinden. Der Kongress, alle Gemeinderäte, die ganze Verwaltung, alles ausser dem Kabinett, wurden paritätisch zwischen der konservativen und der liberalen Partei aufgeteilt, und alle vier Jahre musste die Präsidentschaft der anderen Partei zufallen, dies während 16 Jahren. Obwohl z.B. die kommunistische Partei wieder legalisiert wurde, konnten Drittparteien nicht für Parlament und Präsidentenamt kandidieren, ausser auf den Listen der Liberalen und Konservativen⁷. Trotz dieser kleinen Türe war das politische System so geschlossen, dass man generell von der „beschränkten Demokratie“ spricht, und dies mit ein Grund für die Entstehung radikaler, linksgerichteter bewaffneter Gruppen war. Die „Väter“ der Nationalen Front gingen von einem eingeschränkten Konzept der *Violencia* aus: ihm Vordergrund stand die politische Gewalt zwischen den beiden Parteien, und wenn diese Frieden schlossen, war dies gleichbedeutend mit Frieden für das ganze Land.

Zu Beginn der Nationalen Front, und Angesichts der Hartnäckigkeit verschiedener Gewaltphänomene, wurden Versuche unternommen, diese Phänomene zu verstehen. Studienkommissionen brachten die sozialen und wirtschaftlichen Gründe zu Tage und die Regierung erarbeitete einige Rehabilitationsprogramme. Zudem zeichnete sich die Nationale Front durch einen schüchternen Reformismus aus, genährt durch die Modernisierungstheorie, den Eindruck der kubanischen Revolution und die *Allianz für den Fortschritt*. Andererseits liess die Art des politischen Regimes keine grossen Reformsprünge zu, sodass alle grossen Transformationen, die nach Einsicht der Führer der Nationalen Front notwendig waren, um den armen Massen eine Perspektive zu bieten und die Demokratie zu retten, nicht zustande kamen oder auf halbem Wege stehen blieben. Das Beispiel der Agrarreform verdeutlicht dies klar. Zudem wurde die Diskussion über die Gewalt schon bald in die Richtung von mehr Repression gelenkt. 1965 weilte eine US-Militärdelegation in Kolumbien, um die Armee in Aufstandsbekämpfung und der *Doktrin der Nationalen Sicherheit* zu unterweisen. So wurde 1964, nach wochenlangen Militäroperationen und der Bombardierung mit Napalm, die *unabhängige Republik Marquetalia*⁸ ausradiert, die Bauern mussten flüchten, die Selbstverteidigungsgruppen die Strategie ändern. Zudem gewannen die Militärs grosse Autonomie in der Handhabung der internen Sicherheit⁹, da es die zivilen Instanzen der Regierung unterliessen, eine Sicherheitsdoktrin zu entwerfen. Zusammen mit dem Bild des *inneren Feindes* und den fehlenden sozioökonomischen Reformen führte dies zu einer immer schärferen Repression gegen

⁶ Sammelbewegung der Opposition gegen Rojas, angeführt v.a. durch Alberto Lleras Camargo und Guillermo León Valencia, die später Präsidenten der Nationalen Front wurden.

⁷ So war z.B. das MRL, *Movimiento Revolucionario Liberal*, von Alfonso López Michelsen als deutlich links stehende Opposition zur Nationalen Front eine Dissidenz der offiziellen Linie des Liberalismus. Auf den Listen des MRL kandidierten auch einige Kommunisten und ehemalige Guerilleros der *Violencia*.

⁸ *Unabhängige Republiken*: In der *Violencia* entstanden, als Gegenreaktion auf die konservativen Mordkommandos, die liberale und kommunistische Guerilla. Während sich die liberale Guerilla durch die Amnestie Rojas 1954 kooptieren liess, misstrauten die Kommunisten und blieben bei den Waffen. So sicherten sie ihre traditionellen bäuerlichen Einflussgebiete (z.B. im Sumapaz, Viotá) gegen die „Rückeroberungsversuche“ der Regierungen und Grossgrundbesitzer ab (z.B. 1954-56 unter Rojas). In einer Parlamentsdebatte 1961 über Agrarreform, Gewalt etc. geisselte Alvaro Gómez Hurtado, Sohn des Ex-Präsidenten Laureano Gómez, die Existenz dieser Gebiete als *unabhängige Republiken* und unzulässigen Souveränitätsverlust des Staates, zugleich aber kannte er die Gründe, noch unter den Waffen zu stehen.

⁹ Der Verteidigungsminister war bis 1992 immer ein General im aktiven Dienst.

Basisorganisationen, Gewerkschaften, Bauern-, Eingeborenen- und Studentenorganisationen und Oppositionsparteien, die als unbewaffneter Arm der Subversion angesehen wurden.

Im Rahmen dieses autoritären Dominationsmodells, der verunmöglichten politischen Teilnahme und den fehlenden demokratischen Lösungskämen für soziale Forderungen und Konflikte, entstanden im Laufe der Zeit verschiedene politisch-militärische Organisationen: 1964 entstanden aus den kommunistischen Bauernselbstverteidigungsgruppen die *FARC*, 1965 entstand das *Nationale Befreiungsheer ELN*, 1966 das *Volksbefreiungsheer EPL*, 1973 die *Bewegung 19. April M-19*, 1982 die *Revolutionäre Arbeiterpartei PRT*, 1980 die Eingeborenenbewegung *Quintín Lame*.

Carlos Lleras Restrepo (1966-70) versuchte als Vater der Agrarreform diese wieder aufzugreifen und gründete die Kleinbauernvereinigung ANUC, um die Bauern in den Reformprozess einzubinden. Gleichzeitig etablierte er aber mit dem Gesetz Nummer 48 von 1968 auch die Möglichkeit, Selbstverteidigungsgruppen unter der Kontrolle und Orientierung der Armee zu gründen. Nach 10 Jahren Landreform war der Landbesitz 1970 noch konzentrierter als 1960, die landlosen oder vertriebenen Bauern emigrierten in die Städte, wo sie Grundstücke besetzten und neue Invasionsviertel errichteten. Obwohl gegen Ende der Amtszeit Lleras Restrepos und zu Beginn der Präsidentschaft Pastranas die höchsten Verteilraten der Agrarreform erreicht wurden, war der Reformprozess trotzdem so langsam, dass die ANUC die Geduld verlor und massiv Land besetzte. Die Regierung entzog darauf der „rebellischen“ ANUC die Unterstützung, verschärfte die Repression gegen die Bewegung und erstellte schwarze Listen mit Campesinos, denen kein Land zugeteilt werden durfte, nämlich den Anführern der Besetzungen. Im *Pakt von Chicoral* von 1972 wurde die Agrarreform als „erfolgreich abgeschlossen“ erklärt und mit verschiedenen Gesetzen begraben. Die Bewohner der Invasionsviertel mussten sich gegen urbane Grossgrundbesitzer und Spekulanten wehren, ihr Kampf wurde als *Movimiento viviendista* bekannt. In den 70er Jahren nahmen auch die Arbeiterproteste zu. Bürgerinitiativen, die Infrastruktur und Dienstleistungen forderten, entstanden nebst weiteren Sozialbewegungen. All diese Bewegungen und Proteste wurden als *Movimiento cívico* bekannt und gipfelten im Generalstreik von 1977. Die Antwort war wiederum mehr Repression. Diesmal unter der Regierung des früheren MRL-Chefs López Michelsen (1974-78), in den nach der Nationalen Front grosse Hoffnungen auf eine demokratische Öffnung gesetzt wurden.

Einen qualitativen und quantitativen Sprung nahm die staatliche Repression unter Turbay Ayala (1978-82). Am 6. Dezember 1978 wurde das *Sicherheitsstatut* erlassen, das den Militärs *carte blanche* bei der Bekämpfung des *inneren Feindes* erteilte. Gestützt auf dieses Statut wurden Tausende von Personen verhaftet, viele davon gefoltert, der Subversion beschuldigt und von Militärgerichten verurteilt. Im ersten Regierungsjahr Turbays wurden über 60'000 Personen verhaftet. Erst 1987 wurde die Militärgerichtsbarkeit über Zivilpersonen abgeschafft.

Das neue paramilitärische Projekt

In den 80er Jahren erfährt das Repressionsmodell neue Anpassungen, die mit den politischen Veränderungen durch den Friedensprozess Betancurs ausgelöst wurden. Belisario Betancur (1982-86) erkannte die Nutzlosigkeit der Repressionsstrategie Turbays und anerkannte die politischen und sozioökonomischen Ursachen der politischen Gewalt. Auf dieser Basis nahm er Friedensdialoge mit der Guerilla auf, aber ohne klare Konzepte, wohin die Gespräche führen sollten und ohne die nötige politische Unterstützung. Die Militärs waren von Anfang an offen dagegen und sabotierten den Friedensprozess, aber auch die Wirtschaftsgremien wandten sich davon ab, ebenso Teile der Parteien. Die Armee bediente sich in ihrem Widerstand gegen einen Frieden, der nicht auf ihrem militärischen Sieg beruhen würde, illegaler Methoden, die in den Aufstandsbekämpfungsanleitungen als *verdeckte Operationen* beschrieben sind. Zu dieser Strategie gehört auch die Förderung von sogenannten Selbstverteidigungs- und paramilitärischen Gruppen, von Privatjustiz und Aktionen von Geheimagenten. An dieser Entwicklung sind in hohem Masse auch die US-Militärhilfe

und die *Escuela de las Américas* mitverantwortlich¹⁰. Die Selbstverteidigungsgruppen erhielten so eine neue qualitative und quantitative Dimension. Seit 1968 (teilweise schon 1965) existierte die legale Basis für die Bildung solcher Gruppen in der Bevölkerung, damit sich diese militärisch organisieren, um sich gegen die Aktionen der Guerilla zu schützen und die Arbeit der Armee zu unterstützen.

Auf dieser legalen Basis wurden 1984/85 in Puerto Boyacá die ersten „neuen“ paramilitärischen Gruppen gebildet. Entgegen offiziellen Darstellungen handelt es sich dabei aber nicht um spontane Zusammenschlüsse von bedrängten Grundbesitzern und Bauern, um sich zu verteidigen und mit der Armee zu kooperieren. Diese Gruppen wurden vielmehr von lokalen politischen und wirtschaftlichen Führungspersonen in Zusammenarbeit mit den regionalen Armeekommandanten ins Leben gerufen und der Bevölkerung aufgezwungen. Die Grundbesitzer mussten diese Gruppen mit Geld, Naturalien und Personal unterstützen, und so wurden diese Gruppen bald zur selben Belastung, wie es die Guerilla mit ihren Schutzgeldforderungen war. Gleichzeitig begannen Mitte der 80er Jahre die Drogenhändler massiv Ländereien aufzukaufen, deren Sicherheit sie mit Privatarmeen garantierten. Da war ein Zusammenspannen mit den bestehenden paramilitärischen und Selbstverteidigungsgruppen naheliegend, und die Finanzierung durch die *Narcos* kam wie gerufen, um nicht durch überraschende Unterstützungszahlungen den Widerstand der Landwirte zu provozieren. Den Drogenhändlern gab dies die Möglichkeit, Akzeptanz für ihre illegalen Aktivitäten zu schaffen. Hinter Gruppen mit dunklen Namen wie *El Justiciero (der Rächer)*, *MAS (Tod den Entführern)*, *Muerte a Revolucionarios del Nordeste (Tod den Revolutionären des Nordostens)* oder in den letzten Jahren die *Autodefensas Campesinas de Córdoba y Urabá - ACCU (Selbstverteidigungsgruppen Cordobas und Urabás)*, steckt wesentlich mehr als Vereinigungen bedrängter oder rechtsextremer Viehzüchter und Grossgrundbesitzer. Diese Gruppen sind Teil der Aufstandsbekämpfungsstrategie der Armee und der verdeckten Operationen der Nachrichtendienste, die sich gegen alles wendet, was in der Sichtweise der Doktrin der Nationalen Sicherheit nach innerem Feind riecht.

Mit der Beteiligung der Drogenmafia an diesen Gruppen wurden teilweise deren Ziele verändert. Die Aktionen richteten sich nicht mehr nur gegen soziale Führer, Bauern, Lehrer und Gewerkschafter, die sich den Expansionsgelüsten dieser neuen Geldelite oder dem Machtmonopol der Oligarchie in den Weg stellten, sondern auch gegen staatliche Institutionen und Funktionäre wie Richter, Staatsanwälte und Politiker, die den Drogenhandel verbal oder juristisch bekämpften. 1989 erreichte diese Etappe des *Narcoparamilitarismus* ihren Höhepunkt. Die Ermordung des Präsidentschaftskandidaten Galán brachte das Fass zum Überlaufen. Präsident Barco erklärte der Drogenmafia von Medellín und ihren Mordkommandos den *totalen Krieg*, und v.a. nach der Exekution des militärischen Chefs des Medellínkartells, Rodríguez Gacha, ist 1991/92 teilweise ein momentaner Rückzug des Paramilitarismus zu verzeichnen.

¹⁰ Die *Escuela de las Américas* wurde 1946 vom Pentagon in der Kanalzone Panamas gegründet, 1984 aber nach Fort Benning auf US-Territorium verlegt. In dieser „Schule“ sollten lateinamerikanische Militärs im demokratischen Geist und in der Eindämmung des Kommunismus ausgebildet werden. Innerhalb der *Doktrin der Nationalen Sicherheit* wurde gelehrt, wie der *innere Feind* zu bekämpfen ist, nämlich mit der Bildung paramilitärischer Gruppen, die für die Armee die schmutzige Arbeit erledigen, mit Folterung und Verschwindenlassen von Oppositionellen, Gewerkschaftsführern usw. Kolumbien ist das Land, das am meisten Armeeingehörige zur Ausbildung an die *Escuela* schickte, allein zwischen 1984 und 1992 insgesamt 6'894. Zwischen 1988 und 1995 gaben die USA 13 Millionen USD für die Ausbildung kolumbianischer Militärs aus. Viele der kolumbianischen Armeeführer, die schwerster Menschenrechtsvergehen angeklagt sind, wurden weiterhin als Lehrer oder Konferenzteilnehmer an die *Escuela* eingeladen, u.a. General Farouk Yanine Díaz, verantwortlich für das Massaker von La Rochela, Mayor Alirio Urueña, Verantwortlich für das Massaker von Trujillo im Jahr 1989 und General Harold Bedoya, Gründer von paramilitärischen Gruppen wie *Triple A* und aktueller Präsidentschaftskandidat. Seit 1992 führen Menschenrechtsorganisationen eine Kampagne, in der sie die Schliessung der *Escuela de las Américas* verlangen, da die Mehrheit ihrer „Schüler“ aus Lateinamerika Militärs sind, denen schwere Menschenrechtsvergehen angelastet werden.

Unter Samper erfuhr der Paramilitarismus - auch durch die Gründung der *Convivir*, der ländlichen Sicherheitskooperativen - einen erneuten Aufschwung ungeahnten Ausmasses.¹¹ Dieser Aufschwung kennzeichnet sich durch eine starke Ausdehnung der Operationsgebiete und die Bestrebung, eine nationale Einheit zu bilden. Tatsächlich kam es 1997 zur Bildung der *Autodefensas Unidas de Colombia AUC (Vereinigte Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens)*. Im Hinblick auf eventuelle Friedensverhandlungen wollen die AUC politischen Status erlangen. Ohne Zweifel kann von einer neuen Etappe des paramilitärischen Projektes gesprochen werden.

Bei der Analyse des paramilitärischen Phänomens gibt es drei Positionen:

1. Der **Paramilitarismus ist eine Staatspolitik** in dem Sinne, dass es seitens der Armee Unterstützung, Beziehungen und Einverständnis für das paramilitärische Projekt gibt. Diese Politik ist aber nicht nur Verantwortung der Armee, sondern auch der Exekutive und Judikative. Der Exekutive, weil es ihr am politischen Willen fehlt und sie keine effektiven Massnahmen ergreift, um die Struktur der *Paras* zu zerschlagen. Die Judikative ist insoweit mitverantwortlich, als sie die Verbrechen der *Paras* auf eine zweitrangige Ebene delegiert und so die Mechanismen der Straflosigkeit stärkt. Die Kriminalpolitik und die Fahndungsmethoden fördern die Straflosigkeit ebenfalls.

2. Es handelt sich um eine **Allianz krimineller Interessen zwischen politischen und wirtschaftlichen Akteuren** (lokale Elite, Grossgrundbesitzer, Drogenhändler) **und staatlichen Instanzen**, v.a. der Armee. Das militärische Interesse in dieser Allianz besteht darin, Repressionsmassnahmen gegen die Zivilbevölkerung durchzuführen und ein Modell der Aufstandsbekämpfung zu implementieren, wo der Paramilitarismus und der schmutzige Krieg effiziente Instrumente sind. Die lokalen Eliten schliessen sich dieser Allianz an, um die Hegemonie der Macht zu bewahren oder als leichten Weg, diese zurückzuerlangen. Dieses Ziel erreicht man mit der physischen Beseitigung, dem Verschwindenlassen oder der gewaltsamen Vertreibung der Führer und ihrer sozialen Basis. Für agroindustrielle Sektoren hat das paramilitärische Projekt die Funktion als gewalttätiger Mechanismus zur „Lösung“ von Arbeitskonflikten durch die Terrorisierung und Gewaltausübung gegen landwirtschaftliche Arbeiter und Gewerkschafter zu dienen. Grossgrundbesitzer und Viehzüchter, z.T. mit Beziehungen zum Drogenhandel, haben wiederholt ihre Unterstützung für die Paramilitärs und Selbstverteidigungsgruppen zum Ausdruck gebracht. Wegen der Unfähigkeit des Staates sei dies der einzige gangbare Mechanismus, um die Sicherheitsprobleme auf dem Land zu lösen, die „öffentliche Ordnung“ aufrecht zu erhalten und so die landwirtschaftliche Entwicklung des Landes mittels einer Gegenlandreform möglich zu machen.

3. Einige Beobachter und staatliche Funktionäre versuchen, den Staat von der Verantwortung für die paramilitärischen Gruppen zu befreien und präsentieren diese als „störender Dritter im Bunde“. **Der Staat wäre also Opfer des Kreuzfeuers zwischen der linken Guerilla und diesen rechts-extremen bewaffneten Gruppen**, wobei er sich auf eine Position des ohnmächtigen Zuschauers zurückzog. Der Paramilitarismus ist demzufolge auch das Resultat einer Leere, die der Staat in der Aufstandsbekämpfung hinterliess und die zur Bildung dieser politisch-militärischen Bewegung führte.

Das paramilitärische Projekt ist aber nebst einer effizienten Aufstandsbekämpfungsstrategie auch ein Projekt mit klaren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Komponenten, das man als ländliche Modernisierungsstrategie autoritären Charakters bezeichnen könnte. Im Zusammenhang mit der Durchsetzung des neoliberalen Entwicklungsmodells wird auch versucht, den Widerstand der

¹¹ Damit wurde die Tradition der Selbstverteidigungsgruppen von 1968 wiederbelebt, nachdem ihnen unter Barco die Rechtsgrundlagen entzogen wurden. Dieses Dekret ermöglicht es Zivilpersonen, sich zu organisieren, Waffen zu erhalten und für die Armee nachrichtendienstliche Aufgaben zu übernehmen. Diese Kooperativen wurden aus verschiedenen Gründen kritisiert: einige halten sie für eine Legalisierung des Paramilitarismus; es bindet Zivilpersonen in den Krieg ein und verletzt so das Humanitäre Völkerrecht; die *Convivirs* werden ein militärisches Ziel der Guerilla; die Bewaffnung von Zivilpersonen verwässert das Gewaltmonopol des Staates noch mehr. Kürzlich anerkannte das Verfassungsgericht die Rechtmässigkeit der *Convivir*, jedoch mit strengeren, aber schwer zu realisierenden Kontrollbestimmungen.

Gewerkschaften zu brechen, wobei in den letzten Jahren rund 2000 Gewerkschaftsmitglieder ermordet wurden.

Das Land steht also der Herausforderung durch eine bewaffnete, parainstitutionelle extreme Rechte, die mit der strukturellen Unterstützung des Staates zählt und auf dem Hintergrund der Krise des politischen Regimes und der Fraktionierung der Gesellschaft eine autoritäre Lösung verfolgt, gegenüber. Die Akteure dieser extremen Rechten können folgendermassen klassifiziert werden: die eigentlichen paramilitärischen Gruppen, die Todesschwadronen, die Gruppen „sozialer Säuberung“ und die Berufskiller. Die Expansion dieses autoritären, parastaatlichen Modells gewalttätiger Konfliktlösung folgt zudem einer klaren Logik: es verfolgt die absolute Kontrolle über strategisch und/oder wirtschaftlich wichtige Regionen. So dehnte sich das paramilitärische Projekt seit 1985 von Puerto Boyacá entlang dem Magdalenafluss und der angrenzenden Gebiete aus, griff auf Córdoba und später Urabá über, dehnt sich heute im Chocó und entlang der Atlantikküste aus, in die Llanos und in den Südosten.

Kolumbien registrierte auch 1996 die höchste Mordrate der Welt: 74 Morde pro 100'000 Einwohner, ein Durchschnitt, der seit 1988 in etwa konstant blieb. Fast 13% dieser Morde sind Folge der soziopolitischen Gewalt. Seit 1996 sterben durchschnittlich täglich 10 Personen als Folge von Übergriffen staatlicher Agenten, aufgrund politischer Motive oder der Diskriminierung sozial marginalisierter. Täglich werden durchschnittlich 4 Personen ermordet, weil sie politische, gewerkschaftliche oder kleinbäuerliche Aktivisten waren, 3 sterben täglich in Kämpfen zwischen Armee und Guerilla, jeden zweiten Tag wird eine Person verschleppt und jeden dritten Tag wird eine Person ermordet, weil sie sozial marginalisiert ist (Obdachlose, Strassenkinder, Prostituierte, etc.) In Bezug auf die Verantwortlichkeit für die politische Gewalt lässt sich seit 1993 eine starke Abnahme der den staatlichen Ordnungskräften zugeordneten Fälle und eine starke Zunahme der paramilitärischen Täterschaft feststellen¹²:

Jahr	staatliche Agenten	paramil.Gruppen	Total	Guerilla
1993	54,26%	17,91%	72,17%	27,48%
1994	32,76%	35,33%	68,09%	31,91%
1995	15,68%	46,03%	61,71%	38,29%
1996	10,52%	62,69%	73,21%	26,79%
1997 (Jan.-Sept.)	7,1 %	75,7 %	82,8 %	17,2 %

Entwicklung der Prozentanteile der Täterschaft der verschiedenen bewaffneten Akteure in den Fällen von aussergerichtlicher Hinrichtung und Mord.

Diese Zahlen stärken die Hypothese, dass die beiden Phänomene, Abnahme der staatlichen und Zunahme der paramilitärischen Täterschaft, zusammenhängen. Die Gesamtzahl der Opfer der soziopolitischen Gewalt ist in etwa stabil geblieben. Die Summe der Fälle, die staatlichen Agenten und paramilitärischen Gruppen zugeordnet werden, ist 1997 erneut gestiegen, während der Anteil der Guerilla leicht fiel. Dies bedeutet eine erneute Verschlechterung der Menschenrechtssituation. Hervorzuheben ist dabei, dass insbesondere vermehrt MenschenrechtsaktivistInnen zu den Opfern gehören.

Wie schon angetönt ist die soziopolitische Gewalt Teil des allgemeinen Gewaltphänomens in Kolumbien, das enorme Ausmasse angenommen hat. Zwischen Oktober 1995 und September 1996 wurden 26'142 Personen Opfer von vorsätzlicher oder absichtlicher Tötung, 71 Personen täglich. Dies ist drei Mal mehr als 1980 (9122 Opfer). Seit 1988 liegt die Zahl der Opfer jährlich über 20'000.

¹² Diese Ziffern beruhen auf den Fällen, wo die Täterschaft bekannt ist. Diese war von 1993 bis 1995 nur in 28% der Fälle bekannt. 1996 stieg die Anzahl der Fälle mit bekannter Täterschaft auf 65%, dies vor allem wegen der Zunahme der paramilitärischen Täterschaft, die zwecks Einschüchterung offensichtlich ein Interesse an der Bekanntmachung haben.

Marquetalia – Symbol des Widerstandes

In Kolumbien bestand schon lange vor der Erhebung der Guerilla eine große Unzufriedenheit unter der ländlichen

Bevölkerung mit ihrer sozialen Lage. Unter dem Kommando von Oberst Hernando Correa Cubides, Kommandeur der sechsten Brigade der kolumbianischen Armee, wurde daher vor 35 Jahren der Plan LASO (Latin American Security Operation) gegen die Gebiete ländlicher Selbstverteidigung in Kolumbien in die Praxis umgesetzt. Dieser Plan – auch bekannt als »Doktrin der Nationalen Sicherheit« – beinhaltete die konkrete Umsetzung des Programms zur militärischen Hilfe der USA für Lateinamerika und charakterisierte die Rahmenbedingungen der neuen militärischen Strategie der Vereinigten Staaten in den siebziger Jahren. Ausgangspunkt war die Militärschule »de las Americas« mit Hauptsitz in Panama. Der Plan stellte eine Ergänzung der sogenannten »Allianz für den Fortschritt« zwischen den Vereinigten Staaten und einigen lateinamerikanischen verbündeten Regierungen dar. Das erste militärische Ziel hieß Marquetalia.

Die Besetzung des Ortes begann mit der Bereitstellung von 16 000 bewaffneten Männern, ausgestattet mit modernem Kriegsgerät wie Hubschraubern, unterschiedlichen Aufklärungs- und Kriegsflugzeugen, die von den Vereinigten Staaten zur Verfügung gestellt wurden. Auch führten sie Ausrüstung mit, um die Belagerung in den Ge-

genden der Verwaltungsbezirke Huila, Valle del Cauca und Sur del Tolima auszudehnen, mit dem Ziel, den Belagerungsring bis zur Eliminierung der ländlichen Oppositionszentren einzuziehen.

Die Marquetalianos arbeiten für ihren eigenen Lebensunterhalt. Um ihre Lebensbedingungen zu verbessern, belieferten sie zudem die Ortschaften in der näheren Umgebung, wie z.B. Gaitania, Planadas und Neiva. Einige Marquetalianos gehörten der Verwaltung zur Verbesserung des öffentlichen Lebens an, andere arbeiteten in der Kommission für die Vorbereitung zum Bau öffentlicher und geistlicher Bauten.

Alles, worum sie zu jener Zeit die Regierung baten, war materielle Hilfe für den Fortschritt in der Region, Kredite zum Wohle der gesamten Gemeinschaft und Garantien gegen die Aktionen regionalen Machthaber und ihrer »pájaros« (Auftragskiller, wörtl.: »Vögel«), die die Aggressionen gegen die Bewohner dieser Zone nicht einstellten.

Trotzdem entschied sich die Regierung durch Waffengewalt das zu liquidieren, was sie als »kommunistischen Herd von Marquetalia« beurteilte. Für sie war das, was dort existierte, Subversion, fremde Ideen und Banditen, die es galt, im Namen der »Demokratie« und der »Verteidigung der Institutionen« zu vernichten. Diese Entscheidung teilten Parlamentarier, unter ihnen Alvaro Gomez Hurtado, ein Führer während der großen Auseinandersetzungen gegen die selbstdeklarierten »Unabhängigen Republiken«, die der Rechtfertigung der Aggression dienten.

Verschiedene demokratische Gruppen

und Persönlichkeiten des Landes wandten sich gegen die Operation »Maquetalia«; Kurz vor Ausbruch des Konfliktes bot sich der Priester Camilo Torres als Vermittler für eine friedliche Lösung an, aber die militärischen Führer und die Hierarchie der Kirche stellten sich dem entgegen. Die Landbewohner verschiedener Regionen formierten sich, um einen anderen Ausweg, als die Konfrontation zu finden.

Eine Gruppe französischer Intellektueller unter Führung von Jean Paul Satre, Jaque Duclos und Simon de Beauvoir wendeten sich mit einem Brief an die Regierung und solidarisierten sich mit den angegriffenen Bauern.

Trotzdem rief die Regierung den Krieg offiziell aus.

Die höchsten Militärs wurden umgehend autorisiert, die Gebiete um Marquetalia, Riochiquito und El Paro zu besetzen und all die Bewohner zu eliminieren, die der offiziellen Politik nicht folgten. In der Nähe von Planadas, in El Dorado, wurden Hunderte von Bauern, unter dem Vorwurf des »Banditentums« erschossen.

Die ursprünglich für drei Wochen geplante militärische Operation wurde zu einem Krieg, der nun über drei Jahrzehnte anhält.

Mit dem in die Aggression investierten Geld gegen die sogenannten »48 Männer von Marquetalia«, hätte die Regierung die Lebensbedingungen der Bewohner dieser Region verbessern können und den Ortschaften Gaitania, Planadas, Sur de Ata, Santa Rita, Praga, Chapinero, San Luis, Aipesito, Organos, La Estrella und anderen Hilfe leisten können.



Marquetalia: Militäraktion gegen eine kleine Gruppe von Bauern.

Aber sie folgte den reaktionären Kräften und begann ein neues Kapitel der Gewalt, die wir heute in jedem Teil des nationalen Territoriums erleben.

Doch bald mußten sie das Ausmaß der Operationen erkennen. Die bewaffneten Verbände bereiteten ihre Antwort vor, sie evakuierten Frauen, Kinder und Greise und alle Familienmitglieder der Bauern, die nicht in der Lage waren zu kämpfen, in den Dschungel.

Währenddessen versuchten sich die Männer und Frauen in dieser Region zu einer mobilen Guerilla zu organisieren. Zur Unterstützung dieser Bewegung schickte die kommunistische Partei Jacobo Arenas, Mitglied des Exekutiv-Komitees, als politischen Kommissar, der sich zuvor zu einem der höchsten Führer der FARC entwickelt hatte, und Hernando Gonzáles, Student an der Freien Universität und Mitglied der Kommunistischen Jugend, der ein Jahr später in der Region von Ríochiquito in einem Hinterhalt fiel.

Am 20. Juli 1964 entwarfen die

Kämpfer von Marquetalia unter Kampfbedingungen in einer beratenden Versammlung die ersten taktischen und strategischen Linien der mobilen Guerilla und entwickelten konkrete Pläne zur Weiterführung des Kampfes und des Beginns der Ausweitung in der Region. Gleichzeitig verabschiedete die Versammlung den »Agrarplan der Guerilla«, der sich über die Jahre zu unserem heutigen Agrarprogramm entwickelte.

In diesem Programm ist der Kampf für eine revolutionäre Agrarreform verankert, die die Grundlagen des Eigentum der Latifundistas beseitigt, das Land den Bauern überträgt und dabei die Bedingungen für die ökonomische Nutzung garantiert. Außerdem wurde die Notwendigkeit des Schaffens einer einheitli-

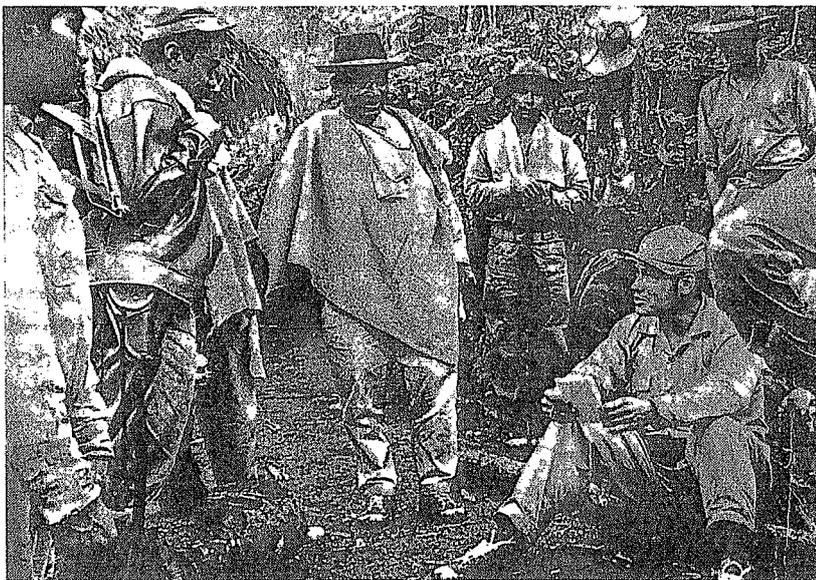
chen Front aller demokratischen, progressiven und revolutionären Kräfte des Landes, um demokratische Veränderungen herbeiführen zu können, aufgezeigt.

Die Operation Marquetalia – gegen eine kleine Gruppe von Bauern, die zu den Waffen griffen, um sich zu verteidigen und mit Hilfe der Massen Bedingungen für eine Auseinandersetzung auf gleicher Ebene zu schaffen – entwickelte sich für die Herrschenden und die Regierung zu einem völligen Desaster.

Marquetalia wurde zur Bestätigung, daß es in unserem Land notwendig war, sich gegen solche Verbrechen der Zweiparteien-Regierung aus Liberalen und Konservativen zu organisieren und sich bewaffnet zu erheben, um so die Ziele eines demokratischen Zusammenlebens zu erreichen.

Inzwischen sind die fundamentale Bastion der politischen Opposition gegen das oligarchische Regime die von der Guerilla kontrollierten Berge. In diesen letzten Jahren wurden zwei ganze Generationen von populären Führern, die ihr Streben nach sozialen Wechsel und Veränderungen manifestierten, vom bewaffneten Apparat des Staates, der bei seiner schmutzigen Mordtätigkeit keine Waffenruhe gewährte, umgebracht.

Eben aus diesem Grunde bleibt der revolutionäre Guerillakampf ein wertvolles Instrument des Kampfes um demokratische Veränderungen in unserem Land. Und solange die Regierungen die Politik des »internen Krieges« weiter betreiben, wird er auch die einzige Möglichkeit bleiben.



Anfang der 50er in Marquetalia (sitzend: FARC-EP-Kommandant Manuel Marulanda)

FDOL e.V.
Forschungs- und
Dokumentationszentrum
Chile-Lateinamerika
Gneisenaustraße 2 a · 10961 Berlin
Tel. (030) 693 40 29 - Fax (030) 692 65 90

Ein neues Vietnam in Kolumbien?

Drogenreport XI

„Der Krieg um Drogen und durch Drogen finanziert bringt die Zukunft Kolumbiens und die Stabilität der ganzen Region in Gefahr. Unser nationales Interesse steht auf dem Spiel. Die beängstigende Möglichkeit eines Narco-Staates nur gerade 3 Flugstunden von Miami entfernt kann nicht länger abgetan werden!“ Mit diesen Worten eröffnete Benjamin Gilman ein internes Hearing des US-Räparlamentarhauses über die US-Antidrogenpolitik gegenüber Kolumbien am 31. März. Der Drogenkrieg in Kolumbien wird seit eh und je nicht in Bogotá sondern in Washington geplant. Das Hearing wollte die US-Regierung zwingen, sofort Spezialhelikopter (Blackhawk, Huey II), DC-3 Flugzeuge, weitere Kriegsmaterialien und

militärische Unterstützung für den dortigen Drogenkrieg zur Verfügung zu stellen. Die kolumbianischen Sicherheitskräfte seien, so General Charles E. Wilhelm, Kommandant des US-Südkommandos, nicht mehr in der Lage, die wachsende Stärke der „Narcoguerrilla“ und die allgemeine Sicherheit für die Hemisphäre in den Griff zu bekommen. Die Spannung wurde nach der Entführung von 4 US-Bürgern noch zusätzlich durch die Erklärung der Guerillagruppe FARC angeheizt, nach welcher alle MitarbeiterInnen von US-Sicherheitsbehörden in Kolumbien militärische Ziele seien. „Wenn das eine Kriegserklärung ist, dann ist es notwendig, dass wir eine kriegs-ähnliche Antwort darauf geben,“ beschwor der Republikaner Gilman die HearingsteilnehmerInnen. Die Möglichkeit einer US-Intervention in Kolumbien wurde hinter verschlossenen Türen studiert. Die Alarmglocken sowohl in den USA wie in Kolumbien läuteten Sturm. Das kolumbianische Politmagazin SEMANA fragte mit Grosslettern auf der Frontseite: „Ein neues Vietnam?“

In diesem Monatsbericht:

- Ein neues Vietnam in Kolumbien?
- Eine Welt ohne Drogen - machen wir sie möglich!
Anmerkungen zur UNO-Generalversammlung zu Drogen im Juni 98
- NGO-Manifest: Für eine gerechte und wirksame Drogenpolitik

Steht in Kolumbien ein Drogenkrieg bevor, der die bisherige „niedere Intensität“ solcher Kriege übersteigt und die Dimensionen eines Vietnamkrieges erreichen könnte? Die Antwort ist nicht einfach, wie es auch die Realität Kolumbiens nicht ist. Sicher aber gilt auch hier die Analyse des US-amerikanischen Sprachphilosophen und Menschenrechtskämpfers Noam Chomsky:

dieser weitere Krieg gegen die Drogen, wie heftig er auch immer eskalieren wird, hat „praktisch nichts mit den Drogen selber zu tun, sehr viel jedoch mit sozialer und politischer Kontrolle sowie mit dem Ziel, das herrschende sozio-ökonomische System zu erhalten.“

Kolumbien: Land der Gewalt

Kolumbiens herrschendes sozio-ökonomisches System basiert auf der permanenten Anwendung von Gewalt. Kolumbien ist zur Zeit das Land mit den höchsten Gewaltziffern. Die politische Gewalt hat kaum anderswo erreichte Dimensionen erreicht. Exakt in dem Moment, wo in Kolumbien des Beginns der Epoche der „Violencia“ eines brutalen Bürgerkrieges zwischen den Konservativen und Liberalen mit über 300'000 Gewaltopfern vor 50 Jahren gedacht wird, zeichnet sich ein weiterer Bürgerkrieg mit internationalen Dimensionen ab. Dieser neue Bürgerkrieg wird wie US-Repräsentant Gilman richtig feststellte, durch Drogengelder finanziert. Alle Konfliktparteien angefangen von der kolumbianischen Regierung über die Militärs und die mit ihnen eng liierten paramilitärischen Gruppen bis hin zu den Guerillagruppen leben direkt oder indirekt von Drogengeldern. Damit bestätigt sich auch in Kolumbien, dass die meisten regionalen Konflikte wesentlich mit Drogengeldern finanziert werden.

Kolumbien: Drogenpanorama der 90er-Jahre

Das Drogengeschäft in Kolumbien hat in den 90er-Jahren wichtige Veränderungen erfahren. Zum ersten tauchten anfangs der 90iger an verschiedenen Orten Mohn-Anpflanzungen auf. Dies war neu, denn bis zu diesem Zeitpunkt kannte man die Heroinproduktion nicht. Kolumbien zählt heute zu den vier bedeutendsten Ländern in der Heroinproduktion. Neben der Neuanpflanzung von Mohn erlebte die Marihuanaproduktion eine bedeutende Renaissance. Spielte Kolumbien in den 80-er-Jahren im Kokageschäft in Zusammenarbeit mit den beiden anderen Andenländern Perú und Bolivien vornehmlich die Rolle des Kokainproduzenten und -händlers, veränderte sich dieses Panorama in den 90igern. Kleinere, regionale Drogensyndikate begannen immer mehr den Kokaanbau in Kolumbien selbst zu fördern, da die Rohmate-

rial-Zulieferungen zur Kokainproduktion aus Perú und Bolivien zusehends unterbunden wurden. Heute ist Kolumbien nach Perú mit mehr als 165'000 Hektaren das zweitgrösste Koka anbauende Land der Welt und für 80% der Kokainlieferungen verantwortlich. Diese Anbauexplosion hat aber auch wesentlich mit der zunehmend sich verschlechternden Situation im Agrarsektor zu tun. Die im Rahmen der neoliberalen Globalisierung verbundenen Prozesse, z.B. die Marktöffnung für landwirtschaftliche Produkte, lassen die Kleinbauern immer mehr verarmen. Kolumbiens Landwirtschaft deckt heute trotz fruchtbarsten Böden nicht einmal mehr die interne Nachfrage. Mit den agroindustriell, subventionierten und deshalb billigen Importprodukten können die Kleinbauern nicht konkurrieren. Ihre bald einzige Überlebenschance ist der Einstieg in den illegalen Anbau von Pflanzen zur Drogenproduktion. Die Drogenökonomie ist aber kein gangbares Modell nachhaltiger Entwicklung für Kleinbauern der 3. Welt. Es ist bloss eine Notlösung für fehlende Alternativen. Diese Alternativen ernsthaft zu entwickeln hat der kolumbianische Staat seit Jahrzehnten ebenso vernachlässigt und verhindert, wie die Durchführung einer wirklichen Agrarreform. Mehr noch: die Drogenökonomie macht in Kolumbien alle diesbezüglichen Anstrengungen zunichte, denn Drogengelder werden durch den massiven Aufkauf von fruchtbarstem Land gewaschen. Diese Narco-Bodengegenreform, welche sehr gewaltsam abläuft, hat seit Ende der 80iger-Jahre mehr als 6 Millionen Hektaren Boden konzentriert. Zum Vergleich: die staatliche Agrarreform hat in mehr als 35 Jahren nur 5,8 Millionen Hektaren Land verteilt!

Eine weitere wichtige Veränderung im Drogenpanorama Kolumbiens hat mit der Auflösung der Grosstrukturen des Drogenhandels zu tun, welche durch die aussergerichtliche Hinrichtung von Pablo Escobar (Medellín-Kartell) und die Einkerkelung der wichtigsten Köpfe des Cali-Kartelles erreicht wurde. Diese Grosstrukturen wurden aber sofort durch kleine Produzenten- und Händlergruppen ersetzt. Das Geschäft kam nie auch nur in Ansätzen zum Erliegen. Diese Neustrukturierung des kolumbianischen Drogenhandels hatte aber Auswirkungen auf die Situation in Perú und Bolivien. Dort nahm verständlicherweise die Kokaproduktion ab, da die ehemaligen Käufer aus Medellín und Cali ent-

weder tot sind oder in Gefängnissen sitzen. Diese Anbaureduktion in Perú und Bolivien wird aber von den Drogenkontrollbehörden als Sieg gefeiert. Dabei ist es eine längst bekannte Tatsache, dass Zerstörungsaktionen nicht eine Angebotsreduktion zur Folge haben, sondern deren Verlagerung. Dieser Prozess hat jährlich die verheerende Abholzung Tausender von Hektaren wertvollsten Regenwaldes zur Folge.

Neuorientierung der Drogenkämpfung

Die aufgezeigten Veränderungen brachten auch eine Neuorientierung der Drogenbekämpfung für Kolumbien mit sich. War das Ziel der Drogenbekämpfung in den 80igern, die Drogenbarone und ihre Organisationen schachmatt zu stellen, ist das Ziel der Drogenbekämpfung in den 90igern und sicher auch im 21. Jahrhundert (vgl. Kasten), die Drogenanpflanzungen (vorallem Mohn, Koka) zu zerstören.

Diese Zerstörungsaktionen mit hochgiftigen Pestiziden aus der Luft werden aber nicht flächendeckend und systematisch über alle Koka-stauden und Mohnblumenfelder vorgenommen, was logistisch kaum möglich wäre. Das zerstörerische Gift aus der Luft fällt gezielt nur in jenen Gegenden vom Himmel, wo die Guerilla ihre traditionellen Stammlande haben: vorallem im Amazonastiefbecken Kolumbiens. Und auch in diesen Gebieten werden nach Aussagen betroffener kleiner KokaproduzentInnen eher selektiv Kleinparzellen besprüht als grossflächige Anpflanzungen des Drogenhandels.

Der Drogenkrieg in Kolumbien dient immer mehr der Aufstandsbekämpfung. Kommt dazu, dass vonseiten des kolumbianischen Militärs seit längerem eine Kampagne läuft, welche versucht, die Verbindung des Drogenhandels mit der Guerilla, vorallem mit der FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia) aufzublauen. 1996 gaben hohe kolumbianische Militärs ein Buch heraus mit dem Titel „Das Kartell der FARC“. Die USA reagierten prompt auf diese Kesseltreiberei: 1997 setzten sie die FARC und das ELN (Ejército de Liberación Nacional) auf die Liste der terroristischen Organisationen, welche die nationale Sicherheit der USA gefährden. Der bald 40 Jahre dauernde interne bewaffnete Konflikt Kolumbiens erlangte so internationale Dimensionen.

Drogenkrieg im 21. Jahrhundert

„Der Drogenkrieg ist weder verloren noch hats ihn überhaupt je einmal gegeben. Im Gegenteil: er wurde nie begonnen,“ sagte *El Niño* anlässlich einer Pressekonferenz. So wird der Exekutivdirektor des UNO-Drogenkontrollprogrammes UNDCP Pino Arlachi in den Wandelhallen des UNO-Gebäudes genannt. Seinen Übernamen hat er in Anlehnung an das bekannte Wetterphänomen „El Niño“ erhalten, das für Sturm und Zerstörung in weiten Teilen der tropischen Hemispäre verantwortlich ist. Auch Sturm und Zerstörung wird der von Pino Arlachi ausgearbeitete 10-Jahresplan SCOPE über die gleiche Hemispäre bringen. SCOPE steht für „Strategy for Coca and Opium Poppy Elimination“ (Strategie zur Eliminierung von Koka und Opium-Mohn). Dieser Drogenkriegsplan sieht die Totalausrottung des Mohn- und Kokaanbaus in allen Kontinenten bis ins Jahr 2008 vor. Die Zerstörungswut der DrogenkriegerInnen nimmt auch in Kauf, dass die Durchführung des Planes Menschenrechtsverletzungen gegenüber der involvierten Bevölkerung mit sich bringen wird und mit gewaltsamen Gegenreaktionen des Drogenhandels gerechnet werden muss. Im Klartext: man plant einen Krieg, der wohl die „niedere Intensität“ bisheriger Drogenkriege überschreiten wird. Der Trost für diese Regionen und ihre Menschen, nach dem eventuellen Überleben des Krieges dann „alternative Entwicklung“ betreiben zu dürfen, ist schwach. Was sollen sie auf der durch Pestizideinsätze verbrannten Erde noch anpflanzen?

Paramilitarisierung des Drogenkrieges

Diese Internationalisierung des Konfliktes macht die ganze Angelegenheit immer brisanter. Kommt dazu, dass die Paramilitärs Kolumbiens, organisiert als AUC (Vereinigte Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens) unter der Führung von Carlos Castaño dazu übergegangen sind, traditionelle Stammlande der Guerillas mit starker Präsenz von illegalen Anpflanzungen streitig zu machen. „Ich setzte mich mit 40 oder 45 bedeutenden Kokaproduzenten zusammen. Ich sagte zu ihnen, wenn ihr mir die Hälfte dessen gebt, was ihr der Guerilla bezahlt habt, dann antworte ich für euch. Wir wollen Schluss machen mit der Guerilla! Die Stunde ist gekommen, um mich zu unterstützen, sagte ich ihnen. Ich muss den Feind von der

ökonomischen Seite her angreifen und meine Organisation finanzieren...Früher bezahlten sie monatlich 500'000 Franken der Guerilla. Heute sind es 90'000 an mich!" Mapiripán, eine kleine Gemeinde des Departements Meta am Flussufer des Guaviare-Flusses, wird als Beginn dieses anderen Drogenkrieges in die Geschichte eingehen.

Das Dorf lebte nach Aussagen seiner BewohnerInnen bis zur Nacht des 14. Juli 97 in Frieden. Dann kam eine grössere Gruppe von Paramilitärs, um während 5 Tagen unbehindert ein gigantisches Massaker zu begehen. Alle Hilferufe des ansässigen Richters blieben von den Militärbehörden unbeantwortet. Man liess die Mörder ruhig gewähren. Die Öffentlichkeit erfuhr von diesem Massaker erst am 21. Juli, als 200 Personen in Bussen und einem Flugzeug in Villavicencio ankamen. Sie waren alle niedergeschmettert von dem was geschehen war: nach und nach erschienen enthauptete und zerstückelte Körper mit Folterspuren. Die Leichen wurden brutal in den Fluss geworfen. Die Zahl der Massakrierten überstieg 30 Personen. Nach dem Massaker an Zivilpersonen folgte ein tagelanges Gefecht zwischen den AUC und den FARC, welches weitere Menschenleben auf beiden Seiten forderte. Erst als es klar wurde, dass die Paramilitärs der Guerilla unterlegen sind, schaltete sich das Militär ein und flog mit Kampfhelikoptern ihre Freunde aus. Das Internationale Rote Kreuz IKRK kam in die Zone, um den Abzug von BewohnerInnen zu garantieren, welche wegziehen wollten. Die Vertriebenen von Mapiripán lassen die bereits 1,2 Mil-

lion interner Flüchtlinge im Land durch die paramilitärische Gewalt weiter anwachsen. Der Richter, welcher in einem Interview in einer Zeitschrift die Beteiligung der Militärs durch aktives Gewährenlassen der Paramilitärs anklagte, wurde anschliessend mit dem Tode bedroht und musste mit seiner Familie ins Ausland flüchten.

An die angekündigten Massnahmen der Regierung Samper, gegen den Paramilitarismus vorgehen zu wollen, glaubt eigentlich niemand. Zu eng sind die Verflechtungen mit den Militärs. Und viele akzeptieren den paramilitärischen Narcoterrorismus, da er „höheren“ Zielen dient: der Bekämpfung der „Narcoguerrilla“

Aus diesem Grund ist es nicht verwunderlich, dass im Verlaufe des Hearings des US-Repräsentantenhauses in Washington über die „beängstigende Möglichkeit eines Narco-Staates“ in Kolumbien mit keinem Wort die Narco-Paramilitärs als Problem erwähnt wurden. Der Narco-Staat ist in Kolumbien schon seit Jahren Realität wie auch in den meisten anderen Ländern der Hemisphäre. Das „Drogenproblem“ Kolumbiens ist, dass sich hier eine politisch-militärische Kraft auch mit Drogengeldern finanziert, welche historisch nicht das herrschende sozio-ökonomische System erhalten, sondern grundlegend verändern will. Die einmal gelieferten US-Blackhawk-Helikopter, werden dies zu verhindern suchen. Die Eskalation des militärischen Konflikts ist geplant!

Peter Stimimann



***ANALYSEN UND
HINTERGRUNDBERICHTE***

Zehn Jahre sollte es dauern, bis ein US-amerikanischer Präsident wieder Kolumbien einen Besuch abstattete. Ende 1990 war es George Bush, der an einem Drogenbekämpfungsgipfel teilnahm, dieses Mal der scheidende Präsident Bill Clinton, der die Drogenbekämpfung in einem militärischen Feldzug gipfeln lassen will: Mit seiner achtstündigen Kurzvisite Ende August gab Clinton als Bestandteil des *Plan Colombia* den Startschuss für eine der umfangreichsten US-Militärhilfen, die je ein lateinamerikanisches Land erhalten hat. Knapp zwei Milliarden Mark sollen der kolumbianischen Armee in den kommenden zwei Jahren zur Verfügung gestellt werden, um es mit neuester Kriegstechnologie auszurüsten und neue Bataillone auszubilden. Offizielle Zielsetzung: die Bekämpfung des Drogenanbaus und -handels.

Doch Washington verfolgt noch ganz andere Ziele. Anstatt, wie noch in den achtziger Jahren, den düsteren Weltkommunismus, bemüht man heute die Gefahr des Drogenhandels, um sich in Kolumbien einzumischen und die militärischen Kräfteverhältnisse im jahrzehntelangen Bürgerkrieg zu verschieben. Zu alarmierend war wohl die Pentagon-Einschätzung vor einiger Zeit, die kolumbianische Guerilla könne mit ihrem Potenzial in fünf Jahren die Macht erobern. Der Friedensprozess und besonders die entmilitarisierte FARC-Zone liefern der Hegemonialpolitik in Washington von vornherein zuwider. Für die Propaganda zu Hause kommt Washington zugute, dass die FARC-Guerilla den Drogenhandel in ihrem Einflussgebiet besteuert und somit an den Gewinnen profitiert. Kommunistische Drogendealer also. Perfekt!

Die Auswirkungen dieser Entwicklung sind fatal, zudem wurden weder die kolumbianische Öffentlichkeit noch das Parlament an seiner Ausarbeitung beteiligt. Der Plan ist offensichtlich ein Produkt kolumbianischer und US-amerikanischer Militärstrategen. Dem ohnehin stockenden Friedensprozess wird jedwedes Ver-

trauen entzogen. Während man in San Vicente halbherzig verhandelt, beginnt auf beiden Seiten das Wettrüsten.

Zudem wirft der Plan das militärische Gleichgewicht auf dem Kontinent und das Verhältnis zu den Nachbarländern aus der Bahn. Brasilien und Ecuador haben ihre Grenztruppen in den letzten Wochen bereits verstärkt, um riesige Flüchtlingsströme und ein Überschwappen der Kämpfe zu verhindern. Die befürchtete Internationalisierung des Konflikts hat sich somit schon längst vollzogen.

In dieser Entwicklung lassen sich einige Parallelen zu den Bürgerkriegsszenarien in Zentralamerika während der achtziger Jahre erken-

nen. Einige Beobachter gehen auf Grund der zunehmenden US-Präsenz gar von einer „Vietnamisierung“ des Konflikts aus. Würde Kolumbien aber ein zweites Vietnam, bedeutete dies

ein Debakel für die US-Armee. Um solch ein Resultat zu vermeiden, lassen sich heute jedoch ganz andere Methoden anwenden. „Es gibt nichts, was man nicht outsourcen kann“, meinte vor einiger Zeit der Antidrogenchef der USA, General McCaffrey. Gemeint sind damit private und von Ex-US-Militärs geleitete Militärfirmen wie MPRI, die neben mehreren hundert offiziellen Ausbildern eigene Söldner nach Kolumbien schicken werden. Wenn man also die Kriegsführung privatisiert, kann man bei etwaigen Fehlschlägen und Gräueltaten formal eine weiße Weste bewahren.

Dabei sind die FARC seit einiger Zeit bereit, über einen – lange Zeit tabuisierten – Waffenstillstand zu verhandeln. Pastrana offiziell auch – aber nicht mehr die Armee. Die sieht sich durch die üppige US-Militärhilfe wieder im Aufwind und vergrößert ihren Einfluss. Sie ist damit der eigentliche Gewinner des *Plan Colombia* – und die USA, die aufgrund ihrer Militärhilfe noch mehr Einfluss in Kolumbien bekommen, als sie bisher schon hatten. Good Morning, Colombia – keine gute Aussicht für den Frieden in Kolumbien.

Good morning, Colombia

1 B i t o r i a
E d i t o r i a

*Der Plan Kolumbien:
Projekt zur Aufrechterhaltung des Status Quo*

GEGEN DEN KONTI- NENTALEN STURM

1.8 Millionen Menschen in Kolumbien sollen sich innerhalb des Landes auf der Flucht befinden; die meisten vor den von Armee und Paramilitärs verübten Massakern. Seit einem halben Jahr wird in der EU und den USA die finanzielle Unterstützung eines sogenannten "Plan Kolumbien" diskutiert. Der US-Senat wird in diesem Zusammenhang noch im Juni über eine vor allem militärische Hilfe von über 1 Mrd. Dollar für die kolumbianische Regierung befinden, trotz laufender Friedensgespräche. Dass der Krieg dabei das extrem brutale Mittel einer sozioökonomischen "Modernisierung" "unterentwickelter" BäuerInnen und Indígenas zugunsten der transnationalen Elite darstellt, analysiert Héctor Mondragón, Uni-Professor in Bogotá. Der US-Stratege Samuel Huntington hatte schon die Massenflucht der kleinbäuerlichen VietnamesInnen vor dem US-Bombenterror nazistisch als mobilisierende Innovation begriffen. Die Wehrdorfstrategie in Guatemala in den 80er Jahren gegen die indigene Gesellschaft gehört zu dieser Vernichtung durch Modernisierung wie jetzt in Kolumbien der sogenannte Drogenkrieg. In diesem Sinne ist es absolut richtig, dass mit dem US-"Drogenzar" Gen. Barry McCaffrey ein ehemaliger Vietnamveteran für die Kriegseskalation in Kolumbien zuständig ist, dem gerade Massaker an irakischen Kindern und Soldaten nach dem Waffenstillstand im Golfkrieg von 1991 nachgewiesen worden sind.

Von Héctor Mondragón

Die Analytiker des von der Regierung des Präsidenten Andrés Pastrana vorgelegten Plan Kolumbien unterlassen es nicht, darauf hinzuweisen, wie er je nach potentielltem Geldgeber und Publikum variiert wird.¹⁾ Eine Sache ist die Version für die USA, welche den Antidrogenkampf²⁾ betont, eine andere der Diskurs vor der EU über soziale Investitionen.³⁾ Jedoch sind allen Varianten gewisse zentrale Elemente gemein:

a) "Die Umsetzung von Massnahmen zur Anziehung ausländischer Investitionen und Förderung des Handels"⁴⁾, bei gleichzeitiger Stärkung der Investitionsschutzabkommen und der Verordnungen der WTO für ungehinderten Import.

b) Die Zerstörung der illegalen Pflanzungen im Putumayo und in anderen Zonen des Südens und ihre Substitution durch

"produktive Projekte, vor allem permanente Kulturen ... durch strategische Allianzen" zwischen Investoren, grossen und kleinen Grundbesitzern, welche "Gelegenheit einer alternativen Beschäftigung und soziale Dienstleistungen" für die lokale Bevölkerung offerieren. "Der Plan würde sich in den folgenden Phasen 2 und 3 auf andere Zonen des Landes ausweiten."⁵⁾

c) Die Wiederherstellung der militärischen Kontrolle in diesen Zonen und die "Modernisierung der Streitkräfte".⁶⁾

d) Allgemeine institutionelle Reformen, einschliesslich des Kampfes gegen die Korruption und für die Verteidigung der Menschenrechte.

e) Die Reaktivierung der Wirtschaft

Ein erster grosser Widerspruch in diesem Programm existiert zwischen der Stärkung der Freihandelsverträge und Investi-

onsschutzabkommen und den Alternativplänen für illegale Pflanzungen und die Narkoökonomie. Genau diese Pflanzungen und Ökonomie wurden dank der Liberalisierung von Handel und Wirtschaft gestärkt. Sie in diesem Rahmen zu bekämpfen, ist schlicht widersinnig.

Um Pläne für eine alternative Entwicklung umzusetzen, bedürfte es einer substantiellen Modifizierung der Handelsverträge, vor allem, wenn das Kokain weiterhin illegal bleibt. Es ist unmöglich, ohne sichere Absatzmärkte für andere Produkte mit der Rentabilität von Coca oder Mohn konkurrieren zu wollen.

Die Zerstörung illegaler Pflanzungen hat in diesen Jahren weder zu ihrer Reduktion geführt noch wird sie es je tun. Im Gegenteil produziert sie ihre Vermehrung: Die offiziellen Angaben selbst belegen, dass trotz des Besprühens mit Herbiziden und anderer Methoden der gewaltsamen Ausrottung die angepflanzte Fläche zwischen 1992 und 1999 um 200% zunahm; allein im Laufe dieses Jahres kamen 20'200 ha dazu.⁷⁾ Der Grund dafür liegt darin, dass es sich meistens um bäuerliche Pflanzungen handelt. Die bäuerliche Wirtschaftseinheit⁸⁾ sucht keine Rentabilität im Sinne des kapitalistischen Unternehmers, sondern sie versucht in erster Linie, die familiäre Subsistenz zu garantieren. Die Reaktion des mit Herbizid besprühten Bauern besteht darin, seine Melioration einem Reichen zu verkaufen (manchmal einem Narko) und weiter weg Coca (oder Mohn) anpflanzen zu gehen. Die Kostensteigerung kompensiert er mit einer grösseren Saatfläche.

Die Wälder des Südens sind sehr weitläufig und in Amazonien bleiben 650 Millionen ha, die von sich verzweifelt auf sie stürzenden Colonos (Pächtern) gefällt werden können. Der Plan Kolumbien denkt riesige Gebiete nicht ab. Die Pflanzungen werden sich in den Wäldern ausdehnen und, statt sich um 50% zu reduzieren, wie der Plan es vorsieht, dank ihm zunehmen. Es handelt sich um den gegenteiligen Effekt, den eine Legalisierung der Anbauten bewirken würde. Dies ist der zweite grosse Widerspruch, der den Plan lächerlich macht, wenn seinen Zielvorgaben geglaubt wird.

Eine andere Sache wäre es, wenn der Plan das Ziel hätte, "die Beziehungen zwischen den bewaffneten Gruppen und der Unterstützung, die sie von der Industrie des Drogenhandels erhalten, zu zerschlagen" und "die Regierungskontrolle über die Schlüsselzonen der Drogenproduktion wieder herzustellen."⁹⁾ In diesem Sinne hatte General Roca Machel vor einigen Jahren der kolumbianischen Luftwaffe befohlen,

Laboratorien der Drogenhändler in Gebiete ausserhalb der Kontrolle durch die Guerilla zu fliegen. Wenn der Plan Colombia so funktionierte, handelte es sich um einen Krieg um die Kontrolle der Cocaproduktion. Dies wäre der dritte grosse Widerspruch im Plan, zu seinen Antidrogen-Zielen.

Die vorgeschlagene alternative Produktion ist nichts anderes als das malaiische Modell des Dr. Murgas Guerrero, des ehemaligen Agrarministers der jetzigen Regierung und heutigen Präsidentenberaters. Sogenannt strategische Allianzen unter dem Kommando der Grossgrundbesitzer. Eine Alternative, die bedeutete, dass in jenen Zonen, in denen der illegale Anbau eliminiert wäre, den Campesinos und Indígenas keine andere Möglichkeit bliebe, als sich in grossem Ausmass den Teilpachtverträgen (aparcería) für die Produktion von Ölpalme, Nutzhölzern, Caucho, Kakao oder für die Viehzucht zu unterwerfen.

Es geht um eine Gegenagrarreform, in welcher die bäuerliche Produktion durch die Herrschaft grosser Pflanzler ersetzt würde, die von der bäuerlichen und indigenen Arbeitskraft unter erneuerten und "modernen" Formen der Leibeigenschaft profitieren würden.

Die am vergangenen 28. März versammelten Indígenas des Cauca versicherten, dass es sich dabei um eine Wiederauferstehung des terraje handelt. Soviel Kampf für das Land, um es am Schluss den grossen Viehzüchtern, Bananen- und Palmenpflanzern zu übergeben. Wie im Lied von Silvio Rodríguez "Ich kämpfe mit Schlangen": "Ich töte sie und es kommt eine grössere."

Es handelt sich um das Resultat der Kombination der obsoletesten Struktur mit dem letzten Wort der neoliberalen Globalisierung und ihrer Vernutzung der "komparativen Vorteile": Gewalt und Zerstörung erneuerbarer natürlicher Ressourcen, Bereicherung für die Multis, die grossen PromotorInnen der Plantagen (etwa der afrikanischen Palme), das komplexe Netz der Narkoökonomie und die Spekulanten des wieder eingeführten Grossgrundbesitzes, welche verwertbare Ländereien rund um die Investitionsprojekte konzentrieren.

Angesichts der Perspektive einer wirtschaftlichen Reaktivierung ist die Stärkung dieser Struktur sehr wahrscheinlich. Die Verbände der Palmen-, Bananen- und Viehzuchtunternehmer (Fedepalma, Augura, Fedegan) fördern dieses Programm. Diese Gremien sehen im Plan Kolumbien einen lukrativen Katalysator dieses Prozesses, in dessen Verlauf sie sich die Zonen der Kolonisierung angeeignet

haben.

Sie blicken auf den Putumayo und andere Departemente, in denen der illegale Anbau verbreitet ist. Das Besprayen mit chemischen Herbiziden und Pilzen würde durch die Substitution der illegalen Pflanzungen durch solche ersetzt, wo der Grossgrundbesitzer/Unternehmer 80% und die Bauern und Indígenas 20% besitzen würden. "Allianzen" zwischen Reiter und Ross.

In der Diktion der Regierung: "Es werden land- und forstwirtschaftliche Produktionskerne voran getrieben, wo sich die Anstrengungen der staatlichen Unterstützung für die ländliche Entwicklung fokalisieren würden. Darunter sind sozioökonomische Prozesse zu verstehen, die um eine Hauptaktivität herum entstehen, in welchen sich die ländlichen Gemeinschaften in strategische Allianzen mit dem Privatsektor integrieren, innerhalb von schon angelaufenen erfolgreichen oder mit hoher Wahrscheinlichkeit auf Wettbewerbsfähigkeit zählen könnenden produktiven Projekten. ... Diese Strategie rechnet zudem mit den Ressourcen des Privatsektors, mit öffentlichen Fonds oder mit im Friedensfonds und der internationalen Zusammenarbeit generierten Mitteln."

"In den Regionen, wo dies möglich ist, wird auch, mittels Finanzressourcen oder Ländereien für die Verbesserung des [Markt-?]Zugangs die Verbindung von Privatkapital mit der Ressource der landlosen Arbeiter gesucht, unter der Modalität eines Programmes produktiver Allianzen für die nachhaltige Reaktivierung der Landwirtschaft unter Führung des Ministeriums für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung."

"Diese Politik bezweckt, das Agrarland mittels der Förderung von dezentralen Investitionsprojekten zu einem für alle produktives Geschäft zu wandeln..."¹⁰⁾

Die "Hauptaktivität" bezieht sich auf die grossen Investitionsprojekte, die "strategischen Allianzen" auf die Teilpacht in grossem Ausmass.

Prioritär für die Plantagen ist das aus Malaysia, Thailand und Indonesien entnommene System, wo es zu schrecklichen ökologischen Wirkungen geführt hat, zur Zerstörung von Wäldern, massiver Luftverschmutzung mit Rauch und überdies, im Namen der "Entwicklung", zur kulturellen und ethnischen Zerstörung der indigenen Bevölkerungen.

Zur Abrundung des Bildes ist noch anzuführen, dass in der jetzigen Situation Märkte wie der für afrikanische Palmen keine gesicherte Zukunft haben. Zum Beispiel haben im ersten Trimester 1999 die

Produktion um 24% und der Export um 12% zugenommen, aber die internationalen Preise sind im gleichen Zeitraum um 25% und die landesinternen Preise um 31% gesunken¹¹⁾.

Der Preiserfall hat mehrere Ursachen. Es zeichnet sich in den USA gegenüber 1998 eine Erhöhung um 1.8 Mio. t Sojabohnen ab. Ebenso rechnet man mit einem grösseren Angebot an Soja- und Sonnenblumenöl, aufgrund der Rekordernten in Argentinien und Brasilien. Die Weltproduktion von Palmenöl liegt um 1.3 Mio. t über jener des Vorjahres. Andererseits stellen die massive Abwertung der brasilianischen Währung, die Reduktion der Exportzölle in Indonesien und die geringeren Aufkäufe durch China, das in den letzten drei Jahren mit Indien zusammen für 50% des Zuwachses der Gesamtnachfrage nach Öl und Fetten gesorgt hatte, zusätzliche Faktoren dar, die zu einem Preissturz führten.

Aber als wichtiger als die Diskussion der ökonomischen Perspektiven der afrikanischen Palme ist die Perspektive der agroindustriellen und Viehzüchtergrosgrundbesitzer einzuschätzen: Jetzt, wo die Staatskassen wegen der Fiskalkrise und der politischen Korruption der Führer der traditionellen Parteien leer sind, werden sie den Plan Colombia, das Geld der "internationalen Gemeinschaft", benutzen, um ein historisches System der Herrschaft und der Konzentration des Bodenbesitzes sowie der Wirtschaft fort zu setzen.

Dem ist die Perspektive der ausländischen Investoren beizufügen, welche jene der Grossgrundbesitzer ergänzt und leitet. Die Perspektive mehrerer dieser Investoren wie z.B. der Ölgesellschaften ist, den Plan Kolumbien als "Knüppel" zu benutzen, um ihre Aktivitäten "frei" auszuweiten¹²⁾. Unsere Angst rührt aus der Erfahrung, dass solche Freiheit bedeutet, die Rechte der lokalen Gemeinschaften zu ignorieren; die Notwendigkeit, Umwelt und Ökosysteme zu verteidigen zu missachten und die staatlichen Einnahmen und Beteiligungen zu reduzieren.

So gesehen, erscheint der Plan Colombia als das, was er ist: ein Mechanismus, um das historische kolumbianische System auf den Süden und die Herrschaft der Grossgrundbesitzer auf Zonen, die sie noch nicht kontrollieren, auszuweiten, welche sie, wie die Statistiken über Landkonzentration ausweisen, in schnellem Schritt besetzen. Diese "soziale" erweist sich als schlimmer als die militärische Investition und erklärt diese in gewisser Weise. Sie gibt der Wahrung des Status Quo via Ausweitung der historischen

Herrschaft des Latifundienschemas der Kaziken [gamonales] ihren vollen Sinn.

Über die Entwicklung ihrer Rolle als Grossgrundbesitzer würde das System der Kaziken durch ihre traditionelle Funktion als Agentur der ausländischen Investition immens gestärkt, welche aufgrund der "Globalisierung" eine fundamentale Bedeutung angenommen hat. Die Kaziken bieten sich im Plan Kolumbien dafür an, das Land den ausländischen Investoren und ihrem Handelsregime mehr zu öffnen.

Die Pilotzone des Plan Kolumbien ist von strategischem Interesse:

1. Sie umfasst unterbrochlos Projekte der Ölexploration.

2. Sie stellt das Eingangstor und den Kontrollpunkt für das Amazonas-Gebiet dar mit seiner Schlüsselrolle für den Planeten punkto Biodiversität und Vielzahl natürlicher Ressourcen.

3. Dort kommen die Megaprojekte der Kommunikationswege via Fluss von Südamerika und der am Urwald entlang verlaufenden Strasse (carretera marginal) zusammen.

4. Es handelt sich um eine Grenzregion mit Ecuador, einem Ölland in Krise, wohin die USA einen Teil ihrer vorher in Panamá befindlichen Militärinstallationen transferiert haben.

Innerhalb dieses, den Putumayo aus strategischen Gründen priorisierenden Kontextes ging Präsident Pastrana mit seinen Offerten an die nationalen und internationalen Privatsektoren noch weiter: Er traf mit den Öl- und Stromunternehmen in Houston zusammen und verkündete am 11. Februar 2000 den im Qualitätskongress versammelten kolumbianischen Unternehmern, dass er den Eintritt in NAFTA (Freihandelszone USA/Kanada/Mexiko) beantragen und eine Verfassungsreform für mehr Investorenfreiheit vorschlagen werde. In Mexiko hatte diese Reform mit der NAFTA-Aufnahme zur Eliminierung des nicht-veräusserbaren Charakters der Gemeindeländereien und dem folgenden bewaffneten Aufstand der zapatistischen Indígenas geführt.

Die Priorität für ausländische Investitionen, speziell der Ölgesellschaften, wurde in der Tat in den USA im Amendment der Senatoren Dewine, Grassley und Coverdell zum Plan Kolumbien verlangt.¹⁴ Letzterer behauptete zudem, dass die Notwendigkeit, die Ölinteressen in Venezuela zu verteidigen, die Hilfe an Kolumbien rechtfertige.¹⁵ Er stimmte damit mit der Vision des Vizepräsidenten von Occidental Petroleum überein, der von der Notwendigkeit

der Duplikation des Plan Kolumbien im Norden von Santander ausging¹⁶ (an der Grenze zu Venezuela), wo sich die Ölförderung von Catatumbo und der Bohrkanal von Gibraltar im Territorium der U'wa befindet.

So artikuliert sich das strategische Interesse der USA mit der Aufrechterhaltung des historischen kolumbianischen Systems. Existieren europäische, japanische und kanadische Interessen, die in dieses Schema einfließen können? Möglicherweise einige Interessen, grundsätzlich private. An erster Stelle haben Ölunternehmen wie BP und Shell, Repsol, Elf und mehrere kanadische Unternehmen in Kolumbien investiert. An zweiter Stelle die in die Privatisierung der Stromwirtschaft (Endesa, Iberdrola), der Telekommunikation (Telefónica) oder der Rentensysteme (BBV, Banco Santander) verwickelten europäischen Unternehmen. Die kanadischen Ölfirmen sind in der Exploration im Putumayo wichtig. Das Geschäft des Helikopterverkaufs als Beitrag zur militärischen Komponente des Planes ist schon durch die konkurrierenden Unternehmen der USA United Technologies und Bell besetzt.

Bis heute präsentiert sich der Plan Kolumbien als eine zu private Angelegenheit. Die "soziale" Investition, die Menschenrechte, der "Kampf" gegen die Korruption verlieren an Konturen. Sie erscheinen als das, was sie für die Autoren des Planes sind: Verzierung, um Unbedarfte zu legen. Falls der Plan Erfolg haben sollte, bedeutete er Öl, grosse Plantagen der afrikanischen Palme...

Jedoch existiert der grösste Widerspruch zwischen den durch den Plan geweckten Erwartungen und der kolumbianischen Realität, speziell der militärischen. Eine Operation, wie sie vorgeschlagen wird, würde zur Kriegeskalation führen. Die Situation der letzten Jahre, Monate, Tage zeigt, dass die militärische Option keineswegs mit einer Erfolgsgarantie versehen ist. Die Analytiker sahen nach den Friedensabkommen 1990/91 mit Teilen der Guerilla nie den heute erreichten Machtzuwachs der Guerillas voraus. Ein Zusammenprall mit ihrer sozialen Basis im Putumayo könnte ihre Rekrutierung im Grossmassstab stärken, wie es in einigen Zonen geschah, in denen die Paramilitärs Massaker begingen oder es zu Besprühungen gekommen war. Zum Schluss könnte sich die Guerilla in neuen Urwaldzonen festigen, wohin die Colonos gehen würden. So geschieht es schon in neuen Siedlungszonen, in welche die von der Gewalt oder den Besprühungen vertriebenen Bäuerinnen und Bauern zie-

hen.

Das politische regionale Szenario liefert weitere Ursachen für die Ungewissheit, vor allem die Situation in Ecuador. Die Instabilität erstreckt sich jetzt auf Peru und die Volksmobilisierungen in Bolivien. Ein kontinentaler Sturm könnte sich anbahnen, wenn man die Stärkung der Linken in Mexiko, El Salvador, Brasilien, Uruguay und Chile sowie die neue politische Struktur Venezuelas berücksichtigt. Die "Antidrogen"-Militäreskalation im Putumayo stellt ein Abenteuer mit unvorhersehbaren Weiterungen dar.

*Übersetzung: Dieter Drüssel

Wir danken der Red Resistencia für das Material.

Text auf Spanisch (El Plan Colombia: proyecto de mantenimiento del "statu quo"):

<http://home.swipnet.se/anncol/index.html>

- 1) ODHACO-2000, "Plan Colombia, una estrategia sin solución", Bruxelles
- 2) "Plan Colombia: Plan para la Paz, la Prosperidad y el Fortalecimiento del Estado", angehängter Entwurf an den Gesetzesentwurf S1758 (Alliance Act) von Senator Coverdell et. al, publiziert in Kolumbien in der Sonderbeilage Nr. 1 zu "desde abajo", Oktober 1999
- 3) "Plan Colombia: Plan for Peace, Prosperity and the Strengthening of the State", Presidencia de la República, Oktober 1999
- 4) s. Anm. 2
- 5) *ibid.*
- 6) *ibid.*
- 7) State Department und DEA, zitiert nach Ricardo Vargas Meza: Plan Colombia: Construcción de paz o dosis de guerra?, Acción Andina Colombiana, in "desde abajo", Suplemento especial No.2
- 8) A.V. Chayanov, 1925: "Die Organisation der bäuerlichen Wirtschaftseinheit"
- 9) s. Anm. 1
- 10) Cambio para construir la paz. Plan Nacional de Desarrollo 1998 - 2000, Bases
- 11) El Espectador, Diario Económico, 29.5.99
- 12) El Espectador, Diario Económico, 6.6.99
- 13) Vizepräsident von Oxy verteidigt das Hilfspaket für Kolumbien. "Die USA müssen den Knüppel zur Verfügung stellen", El Tiempo, Bogotá, 18.2.00
- 14) "Alliance Act", Sektion 101.2: "darauf insistieren, dass die Regierung von Kolumbien die notwendigen Reformen vollendet, ausgerichtet auf die VÖLLIGE ÖFFNUNG der Wirtschaft für ausländische Investitionen und Handel, SPEZIELL DER ÖLINDUSTRIE, als ein Weg zur wirtschaftlichen Erholung".
- 15) Paul Coverdell, "Starting with Colombia", Washington Post, 10.4.00
- 16) s. Anm. 12

Der Zugang zum „schwarzen Gold“

Die wirklichen Gründe für die US-Militärhilfe für Kolumbien

Mit einem Hilfspaket von 1,6 Milliarden US-Dollar für die kolumbianische Regierung wollen die USA den Kokainstrom in die USA aufhalten. Das großzügige Geschenk hat aber mindestens genau so viel damit zu tun, dass ein anderes kolumbianisches Exportprodukt weiter in Richtung USA fließen soll: Erdöl.

VON MICHAEL T. KLARE

Mit der größten Aufstockung von US-Militärhilfe seit der Reagan-Ära ist die Clinton-Regierung dabei, Kolumbien mit Hubschraubern, Kommunikationsausrüstung, Kampftraining und anderen Maßnahmen im Wert von 1,6 Milliarden US-Dollar unter die Arme zu greifen. Damit soll angeblich die Fähigkeit Kolumbiens, der Rauschgifthändler und der sie schützenden linken Guerillas Herr zu werden, gestärkt werden. Aber dahinter steckt noch ein anderes – ein verborgenes – Ziel: den Zugang der USA zu den größten noch nicht angezapften Erdöllagern in der westlichen Hemisphäre abzusichern.

Die nordamerikanischen Interessen in Bezug auf die Drogenproduktion Kolumbiens sind hinreichend bekannt. Nach Regierungsquellen kommt 90 Prozent des Kokains in den Vereinigten Staaten aus diesem Land; außerdem ein großer Teil des Heroins, das im östlichen Drittel der Vereinigten Staaten verkauft wird.

Weniger bekannt ist Kolumbiens Rolle bei der Deckung des enormen und ansteigenden Erdölbedarfs von Nordamerika. Laut US-Energieministerium ist der Erdölverbrauch zwischen 1990 und 1999 um 15 Prozent gestiegen – von 17 auf 19,5 Millionen Barrel pro Tag. In der gleichen Zeit stieg Kolumbiens Produktion des „schwarzen Goldes“ um 78 Prozent. Der größte Teil des zusätzlich geförderten Öls ging in die USA. Heute nimmt Kolumbien

den siebten Platz auf der Rangliste der Erdöllieferanten der USA ein.

Schätzungsweise wird der US-Erdölbedarf in den nächsten 20 Jahren um weitere 5 Millionen Barrel pro Tag steigen. Der größte Teil davon wird aus dem Ausland kommen. Die Menge könnte leicht aus den Ländern am Persischen Golf, insbesondere von den Petro-Giganten Iran, Irak und Saudi-Arabien importiert werden. Aber die US-Strategen wollen auf keinen Fall die Abhängigkeit von den instabilen – und zunehmend unfreundlicheren – Staaten des Mittleren Ostens erhöhen. Deshalb suchen sie sich umgänglichere Versorger. Damit kommen Kolumbien und das benachbarte Venezuela ins Blickfeld.

Obwohl die gegenwärtige Erdölförderung Kolumbiens von den Petro-Riesen in den Schatten gestellt wird, geht man davon aus, dass das Land 2,6 Milliarden Barrel von nicht angetastetem Öl und vielleicht das Zehnfache an möglichen Reserven hat. Venezuela ist sogar noch begüterer, mit 73 Milliarden Barrel nachgewiesenen Reserven.

Seit dem Golfkrieg 1991 haben die US-Strategen begonnen, die Bedeutung der Erdöressourcen der westlichen Hemisphäre zu unterstreichen. „Wir verlassen uns immer mehr auf Erdöleinfuhren außerhalb des Mittleren Ostens“, notierte das Weiße Haus im Mai 1997 in einem Bericht über Nationale Sicherheitspolitik. Weiter wird darin vermerkt, dass Venezuela als Nummer Eins unter den ausländischen Versorgern gesehen werde und Venezuela und Kolumbien bei der Erdölförderung neue Wege beschritten und der Zugang zu deren Ölvorkommen für die Vereinigten Staaten von „vitalem Interesse“ sei.

Eine solche Aussage hat bedeutende Implikationen in Bezug auf „Sicherheit“. Denn wenn einer Erdölquelle ein „vitales Interesse“ zugeschrieben wird, muss Washington den langfristigen Zugang zu den Ressourcen garantieren. In der Vergangenheit beinhaltete dies das öftere die direkte Intervention der US-Streitkräfte oder die Gewährung von Militärhilfe an befreundete Regierungen.

Bei ihrer Forderung, dass die Hilfe für die kolumbianischen Militärs aufgestockt wer-

den muss, haben die US-Strategen vor allem eingebracht, die linken Guerillas müssten bekämpft werden, weil sie die Rauschgifthändler deckten. Weniger wurde erwähnt, dass die Guerilla auch gegen US-Ölinteressen in Kolumbien vorgeht. Zum Beispiel wurden 1999 79 Sabotageakte auf die Pipeline der Erdölfelder von Caño Limón in Nordost-Kolumbien, verübt. Dort operieren der US-Konzern Occidental Petroleum und Royal Dutch/Shell. In der Tat ist eines der Schlüsselemente des politischen Programms der Guerilla (insbesondere der ELN – die Red.), ausländische Investoren zu vertreiben und die Erdölgewinne in der Zukunft eher für die Verbesserung des Lebensstandards der verarmten Bevölkerung Kolumbiens einzusetzen.

All dies wirft die grundlegende Frage auf, welches Ziel die vorgeschlagene US-Unterstützung wirklich verfolgt. Das 1,6 Milliarden US-Dollar „Hilfspaket“ wird als einmalige Notfallmaßnahme beschrieben. Damit sei beabsichtigt, die Erfolgsbilanz auf dem Schlachtfeld der Rauschgiftbekämpfung zugunsten der kolumbianischen Regierung zu wenden. Aber es ist zu bezweifeln, dass der Betrag, der fünfmal so hoch wie frühere Zuwendungen ist, zu einer dauerhaften Veränderung im Drogenkrieg führen wird. Vermutlich werden in Zukunft weitere Finanzspritzen nötig sein. Wenn man die Erdölvorkommen in Kolumbien zu dieser strategischen Gleichung dazu rechnet, wird klar, dass über eine reichlich langfristige Zukunft gesprochen wird.

In Anbetracht des Risikos, dass dieses Militärhilfe-Paket zu einem langen und ausgedehnten Eingreifen der USA in Kolumbiens kompliziertem inneren Konflikt führen wird, ist es wesentlich, dass die Clinton-Regierung und die Fraktionen im US-Kongress, die für diese Maßnahmen sind, nicht mehr länger mit den langfristigen Interessen der Vereinigten Staaten Kolumbien hinter dem Berg halten.

Der Artikel von Michael T. Klare vom April wurde in Erstfassung in *Pacific News Service* veröffentlicht.

Übersetzung aus dem Englischen: Bettina F.

... 235 ♦ MAI 2

cbx051 4 pl 1176 cbx 051npl-Essay: Kolumbien/James Petras/
^Artikelangebot vom Nachrichtenpool Lateinamerika (npl)

An die Außenpolitik-Redaktion

Text zum Thema: Der Plan Colombia und seine Kritiker

Von James Petras, npl

(August 2000).- Die kolumbianische Regierung des Präsidenten Andrs Pastrana hat mit dem Einverständnis Washingtons den "Plan Colombia" in Gang gesetzt, ein Hilfsprogramm von mehreren Milliarden Dollar, finanziert von den USA und der Europäischen Union. Der US-Kongress bewilligte 1,3 Milliarden Dollar, größtenteils Militär- und Polizeihilfe, während Europa mehr als 2,5 Milliarden Dollar an sozio-ökonomischer Hilfe stellen wird.

Das vorgeschlagene Militärpaket aus den USA wird schweres Geschütz, Ausbildungsprogramme durch mehr als 300 nordamerikanische Militärberater, 80 High-Tech-Helikopter und Spitzentechnologie bei der Kommunikationsausrüstung einschließen. Ein Diplomat aus Westeuropa äußerte kürzlich über die Rolle der EU im "Plan Colombia": "Mit unserer wirtschaftlichen Beteiligung wird die Schweinerei gesäubert, die die Amerikaner hinterlassen, wenn sie gehen".

Bisher ist der Plan Colombia bei den meisten Teilen der Gesellschaft sowohl in den USA als auch in Europa auf generelle Ablehnung gestoßen. Die Gründe für diese Opposition sind vielfältig und fundiert, basieren sie doch auf den bisherigen Erfahrungen mit Militärhilfe-Programmen der USA für Kolumbien und Mittelamerika. In Kolumbien sind mehr als eine Million Bauern aufgrund der Politik der verbrannten Erde von Soldaten und Paramilitärs aus den ländlichen Gebieten vertrieben worden.

Die Rechtfertigung der Clinton-Administration, die Militärhilfe diene dem Ziel, die Drogenhändler zu verfolgen, hört sich faul an, angesichts der Tatsache, dass deren wichtigsten Bosse Teil der politischen, militärischen und paramilitärischen Kräfte sind, denen Washington nun Hilfe leistet. Am 4. Juli dieses Jahres wurden der größten rechtsextremen paramilitärischen Gruppe, die im übrigen eng mit der kolumbianischen Armee verflochten ist, 1.485 Kilo reines Kokain im Wert 53 Millionen Dollar abgenommen.

Während sich die Popularität Pastranas auf dem Tiefpunkt befindet, und seine Regierung mit wachsender Kritik der internationalen Kommissionen konfrontiert wist, die die Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien untersuchen, flog Javier Solana nach Bogota, um den "Plan Colombia" und der Absicht Washingtons, das Land weiter zu militarisieren, abzusegnen. Die Verbindungen zwischen der Unterstützung Solanas für die Militärintervention Washingtons in Jugoslawien und sein Aufstieg zum "Mister Pesc Ägemeint ist Mister GASP?Ü" der Europäischen Union sind offensichtlich. Wie es ein hoher US-Funktionär in Washington unterstrich, "ist Solana unser

Mann in Brüssel".

Die Geschichte früherer US-Militärprogramme in Zentralamerika legt einige Leitlinien der zerstörerischen, breit angelegten Intervention offen. In Zentralamerika schüttete Washington mehr als 15 Milliarden Dollar für Militärhilfe an die paramilitärischen Contras in Nicaragua sowie an die guatemaltekeische und salvadoreanische Armee aus, die mehr als 75.000, Salvadoreaner, 50.000 Nicaraguaner und 200.000 Guatemalteken umbrachten. Später wurden diese verwüsteten Länder mit den sogenannten Friedensabkommen zum Paradies für Spekulanten, die Klein-Bauern blieben ohne Land. Diejenigen, die die Menschenrechte niederwalzten, blieben an der Macht und die Oligarchien forderten - von Miami aus - ihren Besitz zurück.

Die ehemaligen Guerillakommandanten passten sich ohne größere Anstrengung ihren neuen Posten in den Parlamenten an, einigten sich mit den Politikern der Rechten, genehmigten sich ansehnliche Gehälter und leben geschützt von Stacheldraht und hohen Mauern in ihren Villen, während die unteren Bevölkerungsschichten den Wahlprozessen fernbleiben, so wie mehr als 65 Prozent der Stimmberechtigten bei den jüngsten Wahlen in El Salvador. Die in Zentralamerika angewandte Strategie des zerstörenden Krieges und Friedensabkommen mit Guerilla-Organisationen, die den neoliberalen Status Quo schützen, das ist das strategische Ziel Washingtons hinter einem Friedensabkommen für Kolumbien.

Einziges Problem: die wichtigste Guerillagruppe, die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC), sind kein dienstfertiger Partner in einer von Washington orchestrierten "zentralamerikanischen" Lösung. Erstens, weil die FARC die sozio-ökonomischen Themen, darunter die Agrarreform und der Wohlfahrtsstaat, ins Zentrum ihres Verhandlungsprogrammes gerückt haben. Zweitens haben die FARC bereits die Erfahrung eines gescheiterten Friedensabkommens in der Periode von 1984 bis 1990 gemacht, als über 5.000 Mitglieder und drei Präsidentschaftskandidaten der linken Wahlplattform Patriotische Union (UP), die von den FARC unterstützt wurde, ermordet wurden, als sie sich an der Politik des Urnengangs beteiligten. Drittens sind die Köpfe der FARC, allen voran ihr Generalsekretär Manuel Marulanda, letztlich Bauern und keine Politfunktionäre, die bereit wären, in der sozialen Skala aufzusteigen, wie es der Fall in Zentralamerika war. Es ist also nicht wahrscheinlich, dass sich die FARC auf einen Pakt einlassen, der dem von Washington unterstützten neoliberalen Programm Pastranas zur Kontinuität verhilft.

In einer Antwort auf den erdrückenden Kolumbien-Plan der USA haben die FARC die entmilitarisierte Region, in der die Friedensverhandlungen abgehalten werden, in ein beispielloses öffentliches Forum verwandelt. Dessen Ziel ist es, die großen sozio-ökonomischen, politischen und kulturellen Fragen zu debattieren, die niemals im kolumbianischen Parlament oder im US-Kongress erörtert werden. Im Juli dieses Jahres haben die FARC eine umfassende Diskussion über "Alternativen zum verbotenen

Anbau" der Koka-Pflanze eröffnet. Mehr als tausend Teilnehmer erarbeiteten eine breite Palette von Vorschlägen. Die Antwort von Clinton und Pastrana bestand darin, den Gebrauch tödlicher Herbizide zu intensivieren, die nicht nur die Koka-Pflanzungen, sondern auch viele Nährpflanzen zerstören. Das hat unter den empörten Bauern eine neue Sympathiewelle für die Guerilla ausgelöst. Die Foren der FARC haben Gewerkschafts- und Bauernvertreter angezogen, Investmentbanker von der Wall Street, Diplomaten aus Brüssel sowie ein Heer von Journalisten aus allen Ecken der Welt.

Die FARC haben also eine Antwort mit politischem Charakter gegeben, die international wie lokal den breiten Zuspruch der Bevölkerung findet, während der "Plan Colombia" von Washington und Pastrana lediglich auf die begrenzte Unterstützung des Pentagons, der kolumbianischen Armee - und der Paramilitärs - sowie der Drogenkapitalisten zählen kann, die in Bogot boomen ... und in Miami, in der Hitze der kubanischen Exilmafia. Der Dialog, den die FARC in der entmilitarisierten Zone mit der zivilen Gesellschaft eröffneten, könnte als Modell für ein zukünftiges demokratisches Kolumbien dienen. In den Orten, die unter dem Einfluss der FARC stehen, hat sich die Kriminalitätsrate in den vergangenen Monaten auf ein Minimum reduziert, die Behörden erpressen nicht weiter die kleinen Unternehmer, der Verkauf von Drogen ist verboten. Der Dialog und die offene Debatte, auf die sich verschiedene gesellschaftliche Gruppen in Kolumbien eingelassen haben, räumt mit dem von Washington lancierten diabolischen Image der FARC als einer stalinistischen, militaristischen Narco-Organisation auf.

Wären Washington und Pastrana bereit, eine offene Debatte über die Verbindungen wichtiger Bankiers und Drogenhändler mit der Finanzierung von Wahlkampagnen für den nordamerikanischen oder kolumbianischen Senat zu erlauben, an der Vertreter der FARC, Seattle-Aktivistinnen und Nicht-Regierungsorganisationen aus Europa teilnehmen könnten? Eines der großen Paradoxe ist, dass in dem Maß, in dem die FARC sich zu einem umfassenden politischen Dialog anschicken, öffentlich auf den FARC-Foren neue Alternativen zum Neoliberalismus und der Hegemonie der Vereinigten Staaten debattiert werden, und diese Ideen sich breit in ganz Kolumbien verbreiten, Pastrana und Washington die Militarisierung der öffentlichen Politik beschleunigen.

Vielleicht richtet sich die Militärpolitik von Clinton und Pastrana gar nicht so sehr gegen den Drogenschmuggel oder die Guerilla, sondern auf die Zerstörung der entstehende Demokratie, die in der entmilitarisierten Zone aufblüht? Es existiert eine lange und verabscheuenswürdige Interventionsgeschichte Washingtons, um der Beteiligung der Bevölkerung ein Ende zu setzen, wenn sie sich der Kontrolle der Hauptakteure entzieht ... die Dominikanische Republik 1965, Chile 1973 oder Nicaragua 1981-90 sind nur einige Beispiele. Der einzige Unterschied besteht nun darin, dass der Plan Colombia nicht einmal suggeriert, eine undercover action zu sein: Nein, es ist ein militärischer, öffentlicher und gegenwärtiger Versuch, den Dialog und die Bewegungen zu zerstören, die sich herausnehmen, den imperialen Monolith

herauszufordern.

James Petras ist Professor für Soziologie an der Universität von Binghamton (SUNY), New York. Seine Forschungsfelder sind soziale Bewegungen in Lateinamerika, Klassenkonflikte und Wirtschaftspolitik.

Nachrichtenpool Lateinamerika; Yorckstr. 59, 10965 Berlin;
Tel: +49-30-789 913 61; Fax: 789 913 62 / 789 134 57
Email: poonal@ipn-b.de; Website: www.berlinet.de/poonal
Bankverbindung: NPL, Postbank Berlin, BLZ: 10010010, KTO: 16264108
Abdruck gegen Zeilenhonorar und Zusendung eines Belegexemplars

-

nnnn

Plan Colombia:

Chronik eines angekündigten Krieges

von Peter Stirnimann

US Senator Trent Lott strahlte, als am 22. Juni der US-Senat einem Finanzpaket für den Plan Colombia von 1,3 Milliarden Dollar mit überwältigender Mehrheit von 94 gegen 4 Stimmen zustimmte. Lott kann nun wieder ruhig schlafen, denn „unsere Kinder werden nicht mehr weiter mit Heroin und Kokain aus Kolumbien vergiftet werden“. Das verabschiedete Paket soll - so die Idee der USA - den Endstreich im kolumbianischen Drogenkrieg einläuten.

Schwarze Schmetterlinge dagegen schwirren im Bauch des kolumbianischen Schriftstellers und Kolumnisten Alfredo Molano umher, wenn er die Konsequenzen dieses Entscheides überdenkt. „Wissen wohl die Bauern von Caño Mosco, welche Koka anpflanzen müssen, weil ihnen die Grossgrundbesitzer von Villanueva das Land gestohlen haben, was auf sie zukommt ? Was machen die Leute im Moment in Pinuña Negra, die noch nicht wissen, dass die Bomben, welche sie töten werden, schon hergestellt und die Helikopter, welche sie abschiessen, bereit zum Abflug sind?“

Der Entscheid vom 22. Juni ist für Kolumbiens Friedensprozess schwerwiegend und hat eine bewegte Vorgeschichte.

Entstehung des Plan Colombia

In Kolumbien, der „ältesten Demokratie“ Lateinamerikas, tobt seit Jahrzehnten Bürgerkrieg. Hundertausende von Menschen haben bisher das Leben verloren oder sind vor der brutalen Gewalt geflüchtet. Mehr als 2 Millionen interne Flüchtlinge zählt heute Kolumbien – ein Mehrfaches an Dramatik im Vergleich zum Kosovo-Konflikt, wenn überhaupt solche Vergleiche angebracht sind. Das Volk ist kriegsmüde und will Frieden auf dem politischen Weg. Diesem Volkswillen beugend blieb der kolumbianischen Regierung Pastrana nichts anderes übrig, als sich mit der grössten und ältesten Guerillabewegung Lateinamerikas FARC-EP (Revolutionäre

Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee) anfangs 1999 an einen gemeinsamen Friedentisch zu setzen und auch mit der kleineren Guerillabewegung ELN (Nationales Befreiungsheer) einen Friedensprozess zu beginnen. Dieser wurde vor ein paar Wochen offiziell aber mit grossen Problemen eingeleitet.¹ Um die Resultate der Friedensprozesse in konkrete Projekte umwandeln zu können, tauchte der Plan Colombia, eine Art Marshallplan auf, welcher teilweise von der internationalen Gemeinschaft finanziert werden soll. Präsident Pastrana stellte in Aussicht, dass die „Guerilla teilnehmen könne in der Ausarbeitung und Durchführung der Projekte des Plan Colombia“. Der Plan Colombia sollte ein Teil der Friedensverhandlungen werden.

Daraus wurde aber nichts. Zusehends wurde aus dem ursprünglichen Plan Colombia ein „Plan USA für Kolumbien“ und ein „Plan Europa für Kolumbien“. Entsprechend den politischen Interessen der angepeilten Geldgeber wurden unterschiedliche Versionen des „Plan Colombia“ verfasst.

Drogenkriegsplan Colombia für die USA

Von den Geldgebern in den USA wusste man, dass sie dem politischen Friedensprozess von Anfang an sehr skeptisch gegenüberstanden und „Frieden“ mit Waffen schaffen möchten.² Die USA, angeführt durch ihren Antidrogenzar Barry McCaffrey, insistierten, dass das zentrale Problem des bewaffneten Konfliktes in Kolumbien der Drogenhandel ist; dass die Verhandlungen mit der Guerilla nur dann vorwärts kommen, wenn man die Guerilla militärisch attackiert und schwächt; dass durch die Niederschlagung der Guerilla auch der Drogenhandel besiegt wird. So wandelte sich unter Federführung der USA der ursprüngliche Friedensplan zu einem Drogenkriegsplan: 70 Prozent der budgetierten 7,5 Milliarden US\$ sollen für die so genannte Drogenbekämpfung ausgegeben werden, obwohl offensichtlich ist, dass das Hauptziel nicht die Drogen sind, sondern die Guerilla und ihre soziale Basis. Das öffentliche Bekenntnis von Carlos Castaño dem Führer der Paramilitärs, dass sie sich zu 75 Prozent mit Drogengeschäften finanzieren würden, nimmt die Regierung geschickt auf und verweist, wie wichtig der „Drogenkriegsteil“ des Plan Colombia für einen wirklichen Friedensprozess sei. Sie unterschlägt aber, dass die vorgesehenen Gebiete für den intensivierten Drogenkrieg alles Gebiete mit hoher Guerillapräsenz sind. Das paramilitärische Narcoprojekt taucht in den Drogenkriegsstrategien als Ziel nirgends auf. Kohärente Strategien gegen den Paramilitarismus, der zu mehr als 70 Prozent für die politische Gewalt in Kolumbien verantwortlich ist, fehlen im Plan Colombia völlig. Dies zeigt klar: Drogen- und Aufstandsbekämpfung sind in Kolumbien ein und dasselbe.

¹ Die Regierung und das ELN sehen eine entmilitarisierte Begegnungszone unter nationaler und internationaler Kontrolle in den drei Gemeinden San Pablo und Cantagallo im Departement Bolívar und Yondó in Antioquia vor, um dort die Convención Nacional (Friedensdialoge unter Einbezug der Zivilgesellschaft) durchführen zu können. Gegen dieses Vorhaben wurde von Seiten der Paramilitärs, des Heeres und der Ultrarechten mit organisierten Protestaktionen Sturm gelaufen. Noch steht die Errichtung der Begegnungszone in der Schwebe.

² Die US-amerikanische Politik steht unter schwerem Druck seitens der arbeitslos gewordenen Waffenindustrie. Dies reflektierte sich sehr eindrücklich in der Debatte um den Plan Colombia. Ein Hauptstreit kreiste um die Frage, welche Helikopter (Hueys oder Black Hawk) von welcher Firma (Bell oder Sikorsky) gekauft werden sollen. Man wird nun wohl beide Firmen berücksichtigen.

Sozialplan Colombia für Europa

Von den europäischen Geldgebern wusste man, dass sie eher auf Soziales ansprechen und stellte sich darauf ein. Präsident Pastrana erklärte den ParlamentarierInnen des europäischen Parlaments vergangenen Oktober in Strassburg: „Die Strategie (des Plans) ist integral und läuft klar darauf hinaus, die fundamentalen Themen unseres Landes anzugehen: die Suche nach Frieden, die Reaktivierung unserer Wirtschaft, die Schaffung von Arbeitsplätzen, der Respekt vor den Menschenrechten, die Stärkung der Justiz und eine Erhöhung der sozialen Partizipation. Das Schlussresultat soll die Stärkung unseres Staates sein, um den Frieden und den Fortschritt zu erreichen. Wir brauchen ihre Hilfe auf allen Ebenen. Ganz Europa soll in den Frieden, für den Frieden investieren. Öffnen sie ihre Märkte, damit wir Arbeitsstellen für den Frieden schaffen können“. Von Drogenkriegsplänen war nirgends die Rede.



*...und befreie uns vom PLAN COLOMBIA
von Ewigkeit zu Ewigkeit. Amen!*

NGOs: gegen Plan Colombia

Noch selten war die Einschätzung unterschiedlichster Organisationen so einheitlich, wie in der Frage des Plan Colombia.³ Nationale und internationale NGOs (Nichtregierungsorganisationen) lehnen den Plan durchwegs ab. Kritisiert wird vor allem die fehlende demokratische Legitimation des Planes. Es wird nachgewiesen, dass der Plan ohne demokratische Konsultation verfasst wurde. Weder die lokalen noch die regionalen Behörden, wo der Plan zur Anwendung gelangen soll, wurden konsultiert. Ebenso wenig wurde die Meinung der Basisorganisationen, der

³ vgl. die umfangreiche und permanent aktualisierte Dokumentation der Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien zum Plan Colombia unter: <http://www.kolumbien-aktuell.ch/plancol.html>

Menschenrechtsgruppen, der Kirche, der Gewerkschaften noch der Guerilla eingeholt. „Dies spiegelt das Desinteresse den Meinungen, Initiativen und Anliegen der Gemeinden, der Bevölkerung und selbst der lokalen MandatsträgerInnen gegenüber“, schreiben die europäischen NGOs in einem Brief an die EU. Es wird aufgezeigt, dass der Plan nicht zur Lösung des aktuellen Konflikts beiträgt, sondern zu dessen Verschärfung vor allem durch die drogenpolitische Komponente, welche in sich wiederum voller Widersprüche ist (vgl. unten „Drogenkontrolle“).

Aber auch der „soziale“ Teil des Plan Colombia ist voller Probleme und Widersprüche. Analysiert man ihn kritisch, fallen vor allem drei Punkte auf.

1. Die Sozialpläne sind hauptsächlich Pläne zur sozialen Abfederung der negativen Folgen der Strukturanpassungsmassnahmen, welche Kolumbien von den internationalen Finanzinstitutionen FMI / BID und Weltbank aufgezwungen wurden. Es erstaunt deshalb nicht, dass diese an vorderster Front Lobbyarbeit für den Plan Colombia machen und sich selbst auch finanziell daran beteiligen wollen.
2. Die humanitäre Hilfe für die Opfer der Gewalt in Kolumbien (Vertriebene) richtet sich vor allem an jene Opfer, welche der militärische Teil des Plan Colombia selbst verursachen wird (Vertreibungen von Tausenden von Kleinbauern aus Drogengebieten, vor allem dem Putumayo).
3. Das Wirtschaftsmodell hinter dem Plan Colombia orientiert sich nicht wie seit Jahren von Gewerkschaften, Bauernorganisationen und von der Zivilgesellschaft gefordert an den Mehrheitsbedürfnissen der Bevölkerung, sondern an den Individualbedürfnissen der kolumbianischen Wirtschaftselite, welche von der Globalisierung profitieren möchte. Selbst die vorgesehenen sozialen Projekte zur Drogensubstitution sind unverkennbar diesem Modell zuzuordnen: die substitutionswilligen Drogen-Kleinbauern sollen als billige Arbeitskräfte in weltmarktorientierten Plantagen (Ölpalmen, Kakao, Spargeln ect.) eingesetzt werden.⁴

Fazit: Der aktuelle Plan Colombia entpuppt sich bei näherem Zusehen als ein Plan, der mit dem laufenden Friedensprozess wenig bis nichts zu tun hat. Er vertieft die Probleme und trägt zur weiteren Ausuferung des bewaffneten Konfliktes bei.

Was nun ?

Mit dem Entscheid vom 22. Juni 2000 haben die USA klar und deutlich gemacht, dass sie trotz schwerwiegendsten Bedenken im In- und Ausland (Kolumbien, Europa) ihren eingeschlagenen militärisch-politischen Weg in Kolumbien durchsetzen werden. Der Drogenkriegsplan Colombia ist beschlossene Sache, das schwere Kriegsgerät wird bald die USA Richtung Kolumbien verlassen. Raul Reyes, Sprecher der FARC, meinte auf die Frage, was im Süden des Landes geschehen werde, wenn die Militärhilfe des Plan Colombia eintreffe: „Das kolumbianische Volk muss sich verteidigen und es ist die Aufgabe der FARC mitzuhelfen, diese

⁴ vgl. dazu die Ausführungen in Kolumbien-aktuell, Nr. 290 vom. 21. Juni 2000 (<http://www.kolumbien-aktuell.ch/ka290.html>)

Verteidigung anzuführen“. Für den Gewerkschaftsführer und Mitbegründer des „Frente político y social“ Luis Eduardo Garzón bedeutet die Entscheidung des US-Senates den quasi Bruch der Friedensverhandlungen.⁵

Verschärfung des Krieges oder Waffenstillstand?

Mit dem Drogenkriegsplan Colombia wird die militärische und nicht die politische Lösung des bewaffneten Konfliktes vorwärts getrieben. Deshalb bereiten sich die FARC seit längerem auf diesen Ernstfall vor und rüsten auf. Ihre Entführungen zur Erpressung von Lösegeldern haben in den vergangenen Monaten zugenommen. Im März haben sie das Gesetz 002 veröffentlicht, worin sie sich als den anderen Staat im Nationalterritorium Kolumbiens präsentieren und in staatlich-autoritärem Gehabe Steuereinzahlung für den Frieden dekretieren. Wer mehr als eine Million US\$ Vermögen hat, muss sich bei den FARC melden und seine Steuerrechnung abholen. Wer nicht spurt, wird verwarnet und mit einem höheren Steuersatz bestraft. Wer sich überhaupt nicht meldet, wird gefangen genommen, bis die Schuld beglichen ist.

Diese Finanzierungs-Massnahmen der Guerilla sind sehr umstritten und politisch äusserst fragwürdig. Sie tragen zu ihrer immer stärkeren Isolierung in der Bevölkerung vor allem bei der städtischen Mittelschicht bei, denn die Massenmedien (auch die internationalen) trichtern ihnen täglich ein: die Guerilla will Krieg und nicht Frieden.

Dass sich die FARC diesen Krieg wohl nicht herbeiwünschen, lässt sich daran ablesen, dass sie in letzter Zeit Offenheit für einen Waffenstillstand durchblicken liessen und die widersprüchliche Maxime der „Friedensverhandlungen inmitten des Krieges„ zu hinterfragen beginnen, wohl auch unter dem Druck der militärischen Gewichtsverlagerung durch den Plan Colombia und durch die antimilitärische Position der Zivilgesellschaft. Der wichtigste Sprecher der FARC, Raul Reyes erklärte deshalb Mitte April, sie seien bereit, einen Vorschlag für einen multilateralen, zeitlich begrenzten und überprüfbaren Waffenstillstand am Verhandlungstisch zu präsentieren. Am 3. Juli werden sowohl die FARC wie die Regierung ihre Vorschläge zu einem Waffenstillstand und einer Einstellung der Feindseligkeiten in verschlossenen Couverts austauschen. Ob ein Waffenstillstandsabkommen in letzter Minute die wahrscheinliche Intensivierung des Krieges in Kolumbien bremsen kann, bleibt hoffnungsvoll abzuwarten. Pessimistisch stimmt, dass die Militärs, welche lange auf einem Waffenstillstand insistierten, nun gegen einen solchen sind, nachdem sie durch den Plan Colombia militärisch gestärkt werden. Dies zeigt eindrücklich, wie militärisches Denken und Agieren funktioniert. Dieses in Kolumbien zu überwinden, ist einer der Grundpfeiler für einen wirklichen Friedensprozess in diesem Land.

Madrid: Hoffnung auf eigenständige Position Europas

Abzuwarten bleibt auch die Position der Europäer (die Schweiz eingeschlossen) und der Japaner dem Plan Colombia gegenüber. Für den 7. Juli sind sie alle nach Madrid eingeladen, um dort an einer so genannten Geberkonferenz ihre Position darzulegen. Im Umfeld dieser offiziellen Konferenz organisieren europäische und

⁵ El Espectador , 23/6/2000 „Los planes 'B' de la paz“

kolumbianische NGOs eine „Mesa Alternativa“⁶, um nochmals klar und deutlich zu machen, welches die Position der NGOs und der Zivilgesellschaft bezüglich des Plan Colombia ist und was man von den europäischen Regierungen erwartet. Weiter will man die Idee einer internationalen Konferenz „Für Frieden mit sozialer Gerechtigkeit“ lancieren, welche unter UN-Schirmherrschaft laufen soll und an der alle Sektoren, die Guerilla, die Regierung und die NGOs beteiligt werden.

Bereits hat am 19. Juni in London ein erstes Vortreffen zu der Madrider Konferenz stattgefunden, wo die offiziellen Positionen der Europäer und Japaner klarer wurden. Grundsätzlich sprechen sich alle Staaten für den politischen Friedensprozess aus und man ist gewillt, soziale und menschenrechtliche Teile des Plan Colombias zu unterstützen. Am meisten kritisiert wird, dass der Plan Colombia nicht mit den NGOs und der Zivilgesellschaft abgesprochen und verhandelt wurde. Grosse Reserven bis Ablehnung bestehen gegenüber dem drogenpolitisch-militärischen Teil des Plan Colombias. In Madrid wird man wohl noch nichts Konkretes beschliessen, sondern Madrid soll nicht das Ende des internationalen Prozesses in Bezug auf den Frieden in Kolumbien sein, sondern der Anfang, wie man in London betonte.

Was dieser Anfang beinhalten wird, ist offen. Eigentlich müsste Europa in Madrid beginnen, einen eigenständigen Weg in der Ausssenpolitik gegenüber Lateinamerika und Kolumbien einzuschlagen. Man müsste den USA klar machen, dass man nicht weiter gewillt ist, den Konflikt in Kolumbien mit einer verheerenden Kriegslogik anzugehen, sondern mit sozialen und politisch-demokratischen Massnahmen, um die kaputten Strukturen in diesem Land grundlegend neu aufbauen zu können.

Im weiteren müsste auch drogenpolitisch Farbe bekannt werden. Die von den USA der Welt seit Jahrzehnten aufgezwungene drogenpolitische Maxime von der Schaffung einer „Welt ohne Drogen“ gälte es grundlegend zu hinterfragen und aufzuzeigen, dass diese Strategie der Drogenkontrolle ineffizient, ja gescheitert ist und mehr Schaden verursacht, wie die Drogen und der Drogenanbau selbst.

Der „Anfang“ in Madrid könnte aber auch in der Fortsetzung der bisherigen Politik bestehen. Man schluckt von den USA, was man eigentlich nicht schlucken dürfte (Drogenkrieg) und sucht selektiv im Plan Colombia nach Friedens-Rosinen, die man unterstützen kann. Mit dieser Strategie kann man zumindest das Bild der humanen und sozialen Europäer aufrecht erhalten.

Wir als ASK hoffen, dass der Plan Colombia von den Regierungen, welche am 7. Juli nach Madrid fahren, grundlegend zurückgewiesen wird mit der Forderung, einen kohärenten Plan mit allen involvierten Kreisen in und ausserhalb Kolumbiens auszuarbeiten, der den Namen Friedensplan wirklich verdient. Dazu wäre wohl die von kolumbianischen NGOs vorgeschlagene „Konferenz für Frieden mit sozialer Gerechtigkeit“ unter der Schirmherrschaft der UNO ein geeigneter Ausgangspunkt. Ein Waffenstillstandsabkommen zwischen der Regierung und der Guerilla könnte diesen Prozess ganz wesentlich stärken und wäre ein erster wichtiger Schritt weg von der gewaltorientierten militärischen Logik hin zu einer Logik ziviler und politischer Konfliktbewältigung.

⁶ vgl. <http://www.nodo50.org/usocolombia/mesa/>

Drogenkontrolle: rundwegs gescheitert

Kein drogenproduzierendes Land der Welt hat in den letzten Jahren die Drogenrepression stärker zu spüren bekommen als Kolumbien – doch ohne Erfolg !

Blühender Drogenhandel

Die Grosskartelle von Medellín und Cali wurden neutralisiert, die Capos sitzen hinter Gittern oder wurden bei extralegalen Einsätzen von der Polizei oder dem Militär umgebracht. Das Drogengeschäft hat aber durch diese „Erfolge“ keinen Einbruch erlitten. Heute agieren ca. 80 bis 100 kleinere Regional- und Lokalkartelle und decken über 90 Prozent der Kokain- und einen immer grösseren Teil der Heroinnachfrage in den USA ab. Das kolumbianische Drogengeschäft blüht wie eh und je. Schwieriger geworden dagegen ist seine Verfolgung. Die Kleinstrukturen sind äusserst mobil und nach einem repressiven Schlag noch rascher ersetzbar. Dazu kommt, dass das Drogengeld nicht vornehmlich in Kolumbien angelegt, sondern per Internet auf den globalen Finanzmärkten investiert wird.

Erfolglose Anbauerstörung

Zwischen 1992 und 1998 wurden 2,5 Millionen Liter des giftigen Totalherbizids Glifosat mit Flugzeugen über Koka-, Mohn und Hanffelder versprüht bei Ausgaben, welche über 600 Millionen US\$ liegen. Das Resultat dieser Aktionen, einmal von den verheerenden Folgen auf Menschen, Tiere, Umwelt und die soziale Struktur der betroffenen Gebiete abgesehen, sind mehr als blamabel: das anfängliche Kokaanbaugesamt ist zwischen 1990 und 1998 um ein dreifaches angestiegen. Die militärische Hilfe einer ganzen Dekade hat sich in Nichts aufgelöst, was das angestrebte Ziel der Angebotsreduktion betrifft !

Erfolgversprechendes „Agent Green“ ?

Mit dem Drogenbekämpfungs-Plan Colombia soll der drogenpolitische Irrwitz wiederholt, ja sogar noch intensiviert werden.⁷ Die kolumbianische Regierung, das Uno-Drogenkontrollprogramm und die USA stehen vor der Unterzeichnung eines Vertrags, der den Beginn des biologischen Krieges gegen Kokaplantagen in Südkolumbien einläutet. Die Widerstände gegen Besprühungen mit Pestiziden aus der Luft wurden in den vergangenen Jahren zu gross. Geplant sind nun im Gegenzug offene Feldversuche mit dem Pilz *Fusarium Oxysporum* („Agent Green“), die darauf abzielen, dessen Wirkung im Kampf gegen Koka-Sträucher und die damit verbundenen Umweltrisiken zu untersuchen. Seitdem in Peru eine Epidemie des Pilzes *Fusarium Oxysporum* ernsthafte Schäden auf Koka-Feldern verursachte, hofft man mit der Erzeugung künstlicher Epidemien den Sieg im Drogenkrieg einleiten zu

⁷ vgl. dazu meinen Artikel in NZZ, 31.5.00, S.8 „Mit genveränderten Pilzen gegen Kokaplantagen - Ein umstrittenes neues Mittel in Kolumbiens Drogenkrieg“

können, und zwar auf eine «für die Umwelt sichere und zuverlässige» Art und Weise.

Ähnliche Feldversuche mit Pilzen wurden seit 1998 bereits in Usbekistan gegen Schlafmohn und in Florida gegen Cannabis durchgeführt. Beide Versuche stiessen auf grosse Bedenken. David Struhs, der Sekretär für Umweltschutz des Teilstaates Florida schrieb 1999 in der New York Times: «Genmutationen sind der am meisten besorgniserregende Faktor bei dem Versuch, Fusarium-Arten als Bioherbizid einzusetzen. Es ist schwierig, wenn nicht unmöglich, die Ausbreitung von Fusarium-Arten zu kontrollieren. Die veränderten Pilze können bei vielen Pflanzen Krankheiten hervorrufen, unter anderem bei Tomaten, Paprika, Blumen, Getreide und Trauben, und sie werden von Bauern und Bäuerinnen normalerweise als Gefahr und nicht als Pestizid angesehen. Fusarium-Arten sind in warmen Böden aktiver und können für Jahre im Boden verbleiben.»

Wissenschaftliche Vorbehalte

An einem Treffen in der kolumbianischen National-Universität in Bogotá Mitte März 2000 haben verschiedene Wissenschaftler ihre Bedenken gegenüber dem geplanten Projekt geäussert. Tomás León vom kolumbianischen Institut für Umweltstudien wies darauf hin, dass sich ein Mikroorganismus in der Natur anders verhalten könne als im Labor. Vor allem die Tatsache, dass der Feldversuch mit einer genveränderten Art des Fusarium-Pilzes durchgeführt werden soll, stösst unter den Wissenschaftlern auf grosse Vorbehalte. Über die möglichen Gefahren einer massiven Ausbringung von genmanipulierten Organismen in ein Ökosystem wie dem Amazonasregenwald ist kaum etwas bekannt. Ebensov wenig weiss man über die Folgen auf Mensch und Tier und über das Potential des Pilzes, andere Pflanzenarten anzugreifen.

Stopp dem chemisch biologischen Drogenkrieg !

Alfredo Londoño, Professor der Agrarfakultät der Nationaluniversität in Bogota, ging einen Schritt weiter. Er kritisierte die Drogenkontrollstrategie grundlegend und zeigte auf, dass das Drogenproblem in Kolumbien weder mit chemischen noch mit biologischen Mitteln in den Griff zu bekommen sei. Die illegalen Anpflanzungen sind für ihn der aktuelle Ausdruck des historisch ungelösten Landkonflikts in Kolumbien. Eine internationale Koalition von Nichtregierungsorganisationen schlägt in die gleiche Kerbe und fordert «im Namen des gesunden Menschenverstandes», dass der chemische und biologische Krieg gegen Drogen zu stoppen sei. Anstelle von erfolglosen und kontraproduktiven Repressionsstrategien wird vorgeschlagen, das Drogenproblem mit sozialen und wirtschaftlichen Massnahmen anzugehen. «Würde täglich eine Million Dollar in solche Programme investiert anstatt in den Drogenkrieg, könnte das Problem nachhaltig und ohne Schäden für Mensch und Umwelt in Kolumbien angegangen werden», meinte kürzlich ein Vertreter der internationalen Koalition.

All right bei Albright

Milliardenhilfe aus den USA soll den *Plan Kolumbien* mitfinanzieren

Mitte Januar flog die US-Außenministerin zu einer Stippvisite nach Kolumbien, um für ein Milliardenprojekt der kolumbianischen Regierung finanzielle Hilfe zuzusagen. Es handelt sich um den vor einem halben Jahr vorgestellten *Plan Kolumbien*, der das Land zu „Frieden, Wohlstand und zur Stärkung des Staates“ führen soll. Allerdings beschränkt sich der Geldregen aus den USA weitgehend auf die Modernisierung der kolumbianischen Armee.

Kolumbien ist nicht allein“, versicherte US-Außenministerin Madeleine Albright den wartenden Journalisten in der Küstenstadt Cartagena, bevor sie das Land in Richtung Norden verließ. Auf einer Pressekonferenz versprach sie Präsident Pastrana, daß „wir 100 Jahre Frieden, Demokratie und größeren Wohlstand für unsere beiden Staaten erreichen werden.“ Diesen wird es gefreut haben, schließlich konnte er bekanntgeben, daß die US-Regierung bereit ist, seinen *Plan Kolumbien* mit knapp 1,6 Milliarden US-Dollar für die nächsten zwei Jahre zu unterstützen.

Dieser Plan umfaßt ein Budget von über sieben Milliarden US-Dollar. Er soll dem Land aus der sozialen und wirtschaftlichen Krise helfen, eine Stärkung des Justiz- und Strafsystems voranbringen, sowie für Frieden und für den Kampf gegen den Drogenhandel stehen. Für einen Teil der Kosten ist die kolumbianische Regierung nicht nur in den USA, sondern auch in der EU nach Geldgebern auf der Suche. In den letzten Monaten pilgerten hochrangige Vertreter der Regierung auf einem Werbefeldzug durch europäische Länder, um ihren hochgesteckten Plan vorzustellen.

Dieser liest sich allerdings wie eine Wunschliste und bleibt mit

seinen rein strategischen Forderungen oberflächlich. Nach Angaben des deutschen Auswärtigen Amtes gibt es deshalb bisher noch keine Zusagen für eine Unterstützung. Eine Geberkonferenz im Juni soll entscheiden, welche konkreten Projekte finanziell unterstützt werden sollen.

Verwirrend kommt hinzu, daß es nach verschiedenen Angaben zwei Fassungen des *Plan Kolumbien* gibt: innerhalb Europas hebt der Plan die Notwendigkeit sozialer Hilfsmaßnahmen hervor, während die in den USA kursierende Fassung sich auf den Antidrogenkrieg konzentriert. Aileen Tickner, Direktorin des Zentrums für internationale Untersuchungen an der Andenuniversität, spricht gar von vier Fassungen. Dabei unterscheiden sich die Formulierungen und die Anordnung der Themen enorm. Insgesamt scheint es aber, als sollten die Europäer hauptsächlich für den sozialen Teil des Plans Geld fließen lassen, während sich die USA der Umstrukturierung und Modernisierung der kolumbianischen Armee widmen.

So zumindest läßt sich der Vorschlag der US-Regierung deuten, der am 10. Januar vorgestellt wurde: Von den Hilfgeldern sind rund eine Milliarde US-Dollar für das Militär vorgesehen, während

gerade einmal 93 Millionen US-Dollar für den Schutz der Menschenrechte und der Justiz zugute kommen würden. Nur 145 Millionen US-Dollar sollen in die alternative ökonomische Entwicklung fließen, um dafür zu sorgen, daß Bauern nicht mehr Kokaopflanzen, sondern andere landwirtschaftliche Produkte anbauen.

Modernisierung der Streitkräfte

Geplant ist der Kauf von 63 Militärhubschraubern, sowie weiterem Equipment, um – so ließen es die Verhandlungspartner verlauten – die Kontrolle über den Süden des Landes wieder zurückzugewinnen. Gemeint sind die Provinzen Putumayo und Caquetá, die als Zentren des Kokaanbaus gelten. Um dieses Ziel zu erreichen und den „Antidrogenkampf“ erfolgreich weiterzuführen, sollen im Frühjahr dieses Jahres zwei weitere Antidrogen-Bataillone in der Militärbasis von Tres Esquinas stationiert werden. Dort wird bereits ein Bataillon von 950 Soldaten mit US-Hilfe ausgebildet.

Daß der Süden des Landes eine Hochburg der Guerilla ist und ein Teil der Provinz Caquetá zur entmilitarisierten Zone für die Verhandlungen zwischen den Rebellen und der Regierung gehört, dürfte bei den Plänen eine Rolle

KOLUMBIEN

gespielt haben. Iván Ríos, ein Sprecher der FARC-Guerilla, äußerte die Befürchtung, daß diese Finanzhilfen für die Drogenbekämpfung nur ein Vorwand sind, um gegen die Guerilla vorzugehen. „Das ist ein äußerst gefährlicher Schritt, um den Konflikt im Land weiter anzukurbeln“, so Ríos.

Unverhohlene Töne kamen aus kolumbianischen Militärkreisen: der Kampf gegen den Drogenhandel schließt eben zwangsläufig den Kampf gegen die Guerilla ein. Im Zuge der neuen finanziellen Unterstützung und Ausbildung der Soldaten verspricht der Sekretär der US-Streitkräfte Louis Caldera „dramatische Resultate“ innerhalb der nächsten 18 Monate im Kampf gegen den Drogenhandel.

Kritik aus den Reihen der US-Demokraten

Kritik an der finanziellen Unterstützung wurde auch von den Demokraten aus den USA geäußert, allen voran von Senator Patrick Leahy. Er sieht darin „eine dramatische Gewaltspirale zur Unterdrückung eines Volksaufstandes unter dem Vorwand einer Antidrogenpolitik.“ Desweiteren fehlen ihm Anstrengungen der kolumbianischen Armee, gegen die paramilitärischen Verbände vorzugehen, die für die Mehrzahl der Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. *amnesty international* sieht die Gefahr, daß von den hohen finanziellen Zuwendungen auch die Paramilitärs profitieren und ihren Aktionsradius weiter ausdehnen könnten, denn diese werden aus Armeekreisen unterstützt.

Das Finanzpaket muß nun noch den US-Senat passieren. Um dafür zu werben, flog Pastrana am 24. Januar zum vierten Mal innerhalb seiner 17-monatigen Amtszeit ins Weiße Haus. Alarmierend oder nicht: beide Staatsmänner pflegen ihre „neue Ära zwischen Kolumbien und den USA“. Clinton betonte im Bezug auf das Finanzpaket, daß sich das Risiko lohne und er die Entwicklung in Kolumbien „sehr genau verfolgt“.

Anschläge und Attacken gehen weiter

Ein Grundproblem des *Plan Kolumbien* scheint vor allem im militärischen Aspekt zu liegen. Der beinhaltet „die zwangsläufige Erhöhung der Kapazitäten von Armee und Polizei während des Friedensprozesses, um eine wirkungsvolle Präsenz im ganzen Land bieten und eine friedliche Beilegung des Konflikts garantieren zu können.“ Diesem fragwürdigen Punkt haben sich nun die USA wohlwollend angenommen. Es ist jedoch mehr als fraglich, ob das Vertrauen bei den Friedensverhandlungen zwischen der Regierung und der Guerilla schafft.

Die Verhandlungen wurden nach einer Pause über Weihnachten und Silvester zwischen der FARC und einer Regierungskommission am 13. Januar wieder aufgenommen; ebenso auch die militärischen Auseinandersetzungen, nachdem eine 20-tägige Feuerpause zwischen den Konfliktparteien abgelaufen war. Während die FARC am Verhandlungstisch die ökonomische Situation des Landes thematisiert haben wollte, starteten FARC-Einheiten mehrere Attacken auf Ortschaften

nahe der Hauptstadt Bogotá, bei denen über 50 Menschen ums Leben kamen.

Die ELN-Guerilla verübte anfang des Monats verstärkt Anschläge auf das Stromnetz im Nordwesten des Landes, um gegen Privatisierungen im Energiesektor zu protestieren. Diese gehören zu den Auflagen des IWF (Internationaler Währungsfonds), die an die im letzten Jahr ausgehandelten Kredite für Kolumbien gebunden sind. Mindestens 22 Strommasten wurden gesprengt, wodurch in Teilen der Provinz Antioquia und in der Millionenmetropole Medellín enorme Probleme bei der Energieversorgung entstanden. Nicolas Bautista, einer der Oberkommandierenden der ELN, macht ein Ende der Anschläge davon abhängig, wie die Regierung auf ihre Forderungen reagiert. Sie wollen – ähnlich den FARC – ebenfalls eine von Soldaten entmilitarisierte Zone zugestanden bekommen, um die „Nationalkonvention“ (siehe LN 306) realisieren zu können. Dann ließe sich auch über die Privatisierungen im Energiesektor reden, so Bautista.

Als Antwort auf die Anschläge begann die Regierung mit einer erhöhten Militarisierung des Gebietes. Sie schickte 2.000 Soldaten nach Antioquia, um weitere Anschläge zu verhindern. Die Paramilitärs kündigten an, sie würden zur Vergeltung für jeden gesprengten Mast zehn Guerilleros oder Sympathisanten ermorden und ihre Angriffe ausweiten. Kurz darauf kamen 29 Bauern in Antioquia bei zwei Massakern durch Paramilitärs ums Leben.

Tommy Ramm

DER „PLAN COLOMBIA“

Pastranas Büchse der Pandora oder: Wie ein Entwicklungsprojekt zu einem Plan der Drogen- und Aufständischenbekämpfung mutierte.

Viel wurde und wird in Kolumbien vom „Plan Colombia“ gesprochen, obwohl kaum jemand das entsprechende Dokument von über 100 Seiten Umfang kennt. Es existieren auch zwei verschiedene Versionen, eine für die USA und eine für Europa, wobei je nach Adressat der militärische (USA) oder der soziale (EU) Aspekt im Vordergrund steht.

Insgesamt sieht der Plan ein Finanzierungsvolumen von 7,5 Milliarden US\$ vor, von denen 3,5 Mrd. von der internationalen Staatengemeinschaft erwartet werden; 4 Mrd. will Kolumbien selbst beisteuern.

Das Konzept des „Plan Colombia“ – oder zumindest seiner ersten Fassung – ist aufs engste verknüpft mit den Friedensbemühungen von Präsident Andrés Pastrana, der im August 1998 sein Amt antrat. Wenige Monate darauf wurde der Plan erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt. Er war als ein den Friedensprozeß begleitender und unterstützender Plan konzipiert; die beiden Guerilla-Organisationen FARC und ELN wurden vom Präsidenten ausdrücklich eingeladen, „bei der Vorbereitung, Ausarbeitung und Durchführung des ‘Plan Colombia’ teilzunehmen“.



Bereits vor seinem Amtsantritt hatte sich Präsident Pastrana (rechts) mit FARC-Chef Manuel Marulanda getroffen.

Die Metamorphose des Plans

Im Laufe des vergangenen Jahres kam Kolumbien in den zweifelhaften Genuß, in der US-Außenpolitik zu einem Objekt prioritärer Besorgnis und Beobachtung aufzusteigen. Zwei Elemente waren aus der Sicht Washingtons für diese Protagonistenrolle entscheidend: das Problem des Drogenhandels, für die USA in direktem Zusammenhang mit der Stärke der FARC, und die Bedrohung der kontinentalen Sicherheit. Eine rege Reisetätigkeit setzte ein: Der Chef der US-Drogenbekämpfungsbehörde DEA, General Barry McCaffrey, Unterstaatssekretär William Pickering und schließlich Außenministerin Madeleine Albright legten Pastrana in Bogotá ihre Vorstellungen einer effektiven Anti-Drogenpolitik dar; Verteidigungsminister Luis Fernando Ramírez und die Kommandanten von Armee und Polizei berichteten vor dem US-Kongreß über ihre Bemühungen in der Drogen- und Aufständischenbekämpfung.

Der Plan, der schließlich im Oktober 1999 dem US-Kongreß und den höchsten EU-Instanzen in Brüssel und Strassburg vorgelegt wurde, weicht in wesentlichen Teilen von der ersten Fassung ab.

Die US-Version mit einem Finanzierungsvolumen von knapp 1,6 Mrd. \$ (über einen Zeitraum von drei Jahren verteilt) legt eine klare Priorität auf die Drogenbekämpfung, für die mehr als 70 % der Mittel vorgesehen sind.

Weitere Kapitel des Plans sind der Stärkung der Wirtschaft, der Reform des Justizwesens und dem Schutz der Menschenrechte, Demokratisierung und sozialer Entwicklung sowie der Unterstützung des Friedensprozesses gewidmet.

Im kommenden Juni wird auf einer Geberkonferenz in Madrid, an der die EU-Staaten, Japan und Kanada teilnehmen werden, jener Plan diskutiert, den Präsident Pastrana im vergangenen Herbst persönlich dem EU-Parlament in Strassburg und dem EU-Kommissar Christopher Patten in Brüssel präsentiert hatte. Er umfaßt 44 Sozialprojekte, v.a. für jene Gebiete, die vom Krieg, der Gewalt und der Drogenbekämpfung besonders stark betroffen sind.

Stärkung welchen Staates?

Im „Plan Colombia“ ist immer wieder von der Stärkung des Staates und Konsolidierung des Rechtsstaates die Rede. So notwendig dieses Ziel zweifellos ist, erhebt sich doch die Frage nach der Effizienz der im Plan dafür vorgesehenen Mechanismen. Die strukturellen und politischen Ursachen der gegenwärtigen Bürgerkriegssituation werden dabei außer acht gelassen, ebenso wenig findet die Frage des politischen Willens und der Fähigkeit der politischen Führung Kolumbiens zur grundlegenden Reformierung des herrschenden Systems Berücksichtigung.

Die „Durchlässigkeit“ dieses Systems zum Beispiel in Sachen Justiz wird durch die Straflosigkeit immer wieder unter Beweis gestellt. Diese *impunidad* hat dazu geführt, daß in über 90% der Fälle von schweren Menschenrechtsverletzungen die Täter straffrei ausgehen. So erregte Anfang März wieder einmal ein eklatantes Beispiel dieser Straflosigkeit die Öffentlichkeit: Hauptmann Diego Fernando Rodríguez „floh“ in aller Ruhe aus einem Militärgefängnis in Medellín. Er ist der Ermordung des Jugendvizeministers Alex Lopera angeklagt. Bereits vor einem Jahr war der desselben Mordes angeklagte Major David Hernández Rojas aus dem Gefängnis der IV. Brigade entwichen.

Guerilla gegen den Plan

In ersten Stellungnahmen lehnten die ELN und die FARC die Mutation des „Plan Colombia“ in ein Instrument der Drogenbekämpfung ab. Die FARC erklärten, daß durch diesen Plan die ersten Abkommen mit der Regierung über die Substitution von Drogenpflanzungen

weiter Seite 20 ⇨

„DER PLAN STÄRKT DEN KRIEG, NICHT DEN FRIEDEN“

Diego Pérez ist Vizedirektor des jesuitischen sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitutes CINEP in Bogotá. Das CINEP ist eine der wichtigsten Einrichtungen Kolumbiens im Menschenrechts- und Sozialbereich, sowohl was die Dokumentierung als auch die Ausarbeitung praktischer Verbesserungsvorschläge betrifft.

Werner Hörtner sprach mit dem Menschenrechtsexperten u.a. auch über den „Plan Colombia“.

Was bedeutet nun dieser ominöse Plan, über den so viel gesprochen wird, obwohl sein Inhalt kaum bekannt ist, für die kolumbianische Innenpolitik und den Friedensprozeß?

Das politische Panorama Kolumbiens wird sich in den nächsten Wochen und Monaten weiter komplizieren, da die kolumbianische Regierung den USA und in weiterer Folge der Europäischen Union diesen Plan zur Finanzierung vorgelegt hat. Er ist im wesentlichen – oder zumindest in der Version, die in Washington präsentiert wurde – ein Plan zur Aufständischen- und zur Drogenbekämpfung. In der Version für Europa wird das Schwergewicht mehr auf soziale Entwicklung, Stärkung der Institutionen und der Justiz usw. gelegt.

In diesem Plan wird die Sichtweise, die die USA von einer wirkungsvollen Drogenbekämpfung haben, mit einer Strategie gegen die Guerilla kombiniert. Mit dem Argument, daß die Guerilla einen wesentlichen Faktor im Drogenanbau und auch in der Kommerzialisierung der Drogen darstelle.

Zweitens soll dieser Aspekt des Plans vor allem in Regionen im Süden des Landes umgesetzt werden, wo es eine starke Präsenz der Guerilla – und auch massiven Koka-Anbau – gibt. Mit militärischen Aktionen und mit Eradikationsmaßnahmen wie dem Besprühen der illegalen Anbaufelder wird einer Bevölkerung von geschätzt 300.000 Personen die wirtschaftliche Existenzgrundlage entzogen.

Drittens bedeutet dieser Plan eine Stärkung des Militärs, dem in der Drogenbekämpfung eine Hauptrolle beigemessen wird. Früher kam der Polizei diese Rolle zu. Ein erstes Bataillon von 1000 Mann wurde – mit tatkräftiger US-Unterstützung – gebildet, im Laufe der kommenden zwei Jahre sollen zwei weitere „Batallones antinarcóticos“ aufgebaut werden. In Putumayo wurde eine große Militärbasis eingerichtet, die *Base de las Tres Esquinas*, wo US-Ausbildner tätig sind.

Weiters visiert der Plan Colombia die logistische Unterstützung der Nachbarländer Kolumbiens in der Drogenbekämpfung an. In Manta, im Norden Ecuadors, nahe der kolumbianischen Grenze, wurde bereits die dortige Marinebasis von den USA aufgerüstet. Dadurch wird eine ganze Region in ein neues Konzept von Drogen- (und Aufständischen-)bekämpfung einbezogen.

Und worin unterscheidet sich die europäische Version von diesem Plan?

Von der Europäischen Union will Kolumbien die Finanzierung der mehr sozial- und entwicklungspolitisch ausgerichteten Aspekte des Plans in einer Höhe von etwas über 1,2 Mrd. \$. Allerdings ist es nicht ganz klar, was darunter verstanden wird. So wird z.B. von der Substitution des Drogenanbaus durch andere Produkte gesprochen. Doch es werden dabei nicht die Erfahrungen in Betracht gezogen, die mit der Substitution in der Praxis bereits gemacht wurden. Zahlreiche dieser Projekte sind völlig gescheitert, weil sie die Produktions- und Vermarktungsbedingungen und die Infrastruktur sowie eine Beteiligung der Bevölkerung an der Ausarbeitung der Projekte außer acht gelassen haben. Weiters wurden nur geringe Mittel dafür eingesetzt, die nicht ausreichten, um eine integrale lokale Entwicklung in Gang zu setzen.

Im Plan wird auch von Hilfsmaßnahmen für die Bevölkerung, die infolge der militärischen Operationen

gegen die Aufständischen und gegen den Drogenanbau von ihrem Land vertrieben wird, gesprochen. Und zwar von einer Notstandshilfe von 90 Tagen. Doch was soll darüber hinaus mit diesen Menschen geschehen?

Es ist auch von einer Stärkung des Rechtswesens die Rede, doch sieht man genauer hin, merkt man, daß damit vor allem die Kontrollinstanzen in der Verbrechensbekämpfung und im besonderen der Drogenbekämpfung gemeint sind. Die notwendigen wesentlichen Veränderungen in der Justiz, um mit dem System der Straflosigkeit und der Behinderung der Nachforschungen aufzuräumen, diese Veränderungen werden nicht anvisiert.

Und im Bereich der Menschenrechte sieht der Plan eine umfassende Menschenrechtspädagogik, eine Verbreitung des Wissens um die Menschenrechte vor. Das ist zwar wichtig, doch angesichts der so komplexen Situation in diesem Bereich darf sich ein Regierungsplan nicht auf den pädagogischen Aspekt beschränken. Er muß sich auf einen entsprechenden Schutz, auf eine Garantie der Einhaltung der Menschenrechte für die Staatsbürger konzentrieren.

Und dieser Plan soll den Friedensprozeß in Kolumbien stützen und vorantreiben?

Die von mir nun aufgezeigten Aspekte weisen leider in eine andere Richtung. Der *Plan Colombia* stärkt nicht den Frieden, sondern vielmehr den Krieg. Er stärkt eine Armee, ohne diese dabei von Grund auf zu reformieren, eine Armee, die schwerer Menschenrechtsverletzungen angeklagt ist, die sich im Bereich der Drogenbekämpfung als korrupt erwiesen hat. Und seitens der Guerilla wird die Umsetzung dieses Plans sicherlich zu noch intensiveren militärischen Aktionen führen.

Interview mit
Diego Pérez

⇒ von Seite 19 : **INTERVIEW PEREZ**

⇒ von Seite 18 : **PLAN COLOMBIA**

Im Juni wird ja in Madrid eine Geberkonferenz stattfinden. Wir hoffen und finden es sehr wichtig, daß die Geberländer, also die Staaten der EU,

verletzt würden, und kündigten ihre Bereitschaft an, die Bevölkerung gegen die militärischen Aktionen, die mit US-Unterstützung im Rahmen des Plans vorgesehen sind, zu verteidigen. Die europäischen Regierungen wurden von der FARC ersucht, keine Beiträge an der großen Geberkonferenz in Madrid im kommenden Juni zu leisten.

Auch die ELN lehnt den Plan ab: „Die Einführung des Plan Colombia mit allen Folgewirkungen, die sozioökonomischen Maßnahmen der Regierung gegen die Bevölkerung, die Verzögerungen im Friedensprozeß und im besonderen hinsichtlich der ELN

sowie die propagandistische Einberufung eines Referendums zeigen einmal mehr den geringen Willen der Regierung, wirkliche Lösungen für den bewaffneten, politischen und sozialen Konflikt zu suchen.“

Und Washington?

Hält man das Originaldokument des lange Zeit geheim gehaltenen „Plan Colombia“ in Händen, fällt sofort ein Hinweis auf der Titelseite auf: „Traducido al español“, „ins Spanische übersetzt“, heißt es da gleich unter der Überschrift. Der Plan wurde nämlich vor allem von US-amerikanischen Experten ausgearbeitet und dann als Dokument der Regierung in Bogotá ausgegeben.

Ende März passierte der Plan mit Erfolg das Repräsentantenhaus. Dennoch können ihm noch große Hindernisse bevorstehen. Gegenwärtig sind die 1,6 Mrd. \$, die die USA für den Plan bereitstellen wollen, nämlich in einem Gesamtpaket von 9 Mrd. \$ enthalten, das auch Finanzhilfen für den Kosovo, für Osttimor und für US-Staaten, die von Naturkatastrophen heimgesucht wurden, beinhaltet. Wenn die Kolumbienhilfe nun aus diesem großen Paket herausgenommen und in den normalen Budgethaushalt integriert wird, so könnte die Auszahlung der Gelder im günstigsten Fall erst mit Beginn des nächsten Haushaltsjahres, also Mitte 2001, starten.

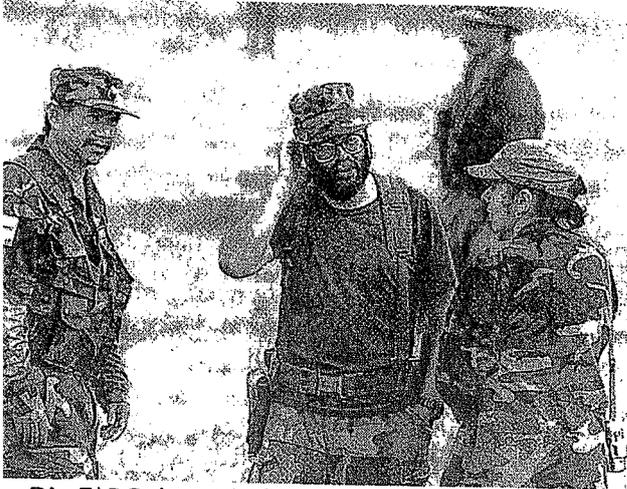
Außerdem könnten dann Gegner des Plans mit einem US-Gesetz argumentieren, das die Gewährung von Militärhilfe an Armeen, die sich schwerer Menschenrechtsverletzung schuldig gemacht haben, untersagt. Und im Fall von Kolumbien haben selbst Berichte des State Department die Zusammenarbeit der Armee mit den Paramilitärs bestätigt.

Macondo blüht wieder

Man könnte den Umstand, daß in der letzten Zeit die USA – der Kongreß und die Öffentlichkeit – zum wichtigsten Szenario der nationalen Politik Kolumbiens geworden sind, treffend als macondianisch (nach dem Roman „Hundert Jahre Einsamkeit“ von García Márquez) oder als eine neue Errandschaft von „Locolumbia“ (von „loco“, verrückt) bezeichnen. Der Plan wurde großteils in Washington ausgearbeitet, ohne daß die kolumbianische Zivilgesellschaft auch nur im mindestens daran beteiligt worden wäre, der Plan wird in Washington diskutiert und dort wird auch über seine Verwirklichung entschieden.

Allerdings dürfte die Frage, die sich ein US-Militär in der *Washington Post* stellte, diese Diskussion in Zukunft immer wesentlicher beeinflussen: „Verdient die Regierung Kolumbiens, die total korrupt ist, unsere Hilfe, um überleben zu können?“ □

Werner Hörtnner



Die FARC, hier Chefideologe Alfonso Cano (Mitte), ist gegen den „Plan Colombia“

Japan und Kanada, den Plan Colombia vorher schon gründlich studieren und daß sie auch erfahren, was die einzelnen Sektoren der kolumbianischen Zivilgesellschaft von diesem Plan halten. Es ist wichtig, sich vor Augen zu halten, daß dieser Plan nicht mit der Öffentlichkeit diskutiert wurde. Er wurde sogar lange Zeit unter Verschuß gehalten. Wir NGOs mußten schriftliche Ansuchen stellen, um eine Kopie des Plans zu erhalten, und wir mußten schließlich US-amerikanische Funktionäre, die nach Bogotá kamen, ersuchen, sich bei der Regierung dafür zu verwenden, daß wir ein Exemplar des Plans bekommen!

Es wäre also wichtig, daß die Geberländer die Reaktionen der Entwicklungsagenturen und der NGOs auf diesen Plan und ihre alternativen Vorschläge dazu kennenlernen. Wir sind der Meinung, daß die Erteilung von Mitteln mit Bedingungen verknüpft werden sollte, und eine dieser Bedingungen soll eine Garantie zur Einhaltung der Menschenrechte seitens der kolumbianischen Regierung sein, die Durchführung von Schutzmaßnahmen für Aktivisten und Aktivistinnen von sozialen Bewegungen, in Gemeinden, Gewerkschaften, indianischen Bewegungen usw. Wichtig wäre auch eine Überprüfungsinstanz, die kontrolliert, daß die Projekte des Plans in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Sektoren der Bevölkerung umgesetzt werden. □

**REISE
BUCHLADEN
REISEN
REISEN**

REISEN BUCHEN UND
MIT BÜCHERN REISEN

1090 WIEN
KOLINGASSE 6
TEL 31733 84

Clinton wirbt für Plan Colombia

US-Präsident Clinton will in Kolumbien gegen den Drogenhandel zu Felde ziehen. Mit Yankee-Imperialismus habe das nichts zu tun, sagt der Gast an die Adresse seiner Kritiker gewandt. Aber 80 Prozent eines US-Hilfspakets fließen in Militärhilfe

VON INGO WALCHER

Bei seinem achttündigen Staatsbesuch in Kolumbien hat US-Präsident Bill Clinton am Mittwoch für den „Plan Colombia“ geworben, mit dem die Regierung in Bogotá dem Drogenhandel zu Leibe rücken will. Würde der Plan nicht umgesetzt, hätte dies zur Folge, dass sich der Drogenhandel in ganz Lateinamerika „wie ein Krebsgeschwür“ ausbreite, so Clinton. Auf einer Pressekonferenz in der Küstenstadt Cartagena sagte Clinton: „Ich möchte persönlich die Nachbarländer dazu auffordern, mit Nachdruck Präsident Pastrana und dem Plan Colombia zu unterstützen.“ Im Vorfeld des Clinton-Besu-

ches wurde das Anti-Drogen-Programm vom einflussreichen lateinamerikanischen Regierungen kritisiert. Die USA steuern zu dem Plan Colombia ein Hilfspaket in Höhe von 1,3 Milliarden US-Dollar hinzu, rund 80 Prozent davon fließen in Militärhilfe. Clintons kolumbianischer Amtskollege Andres Pastrana zeigte sich zufrieden mit der Unterstützung der USA. „Wir sind nicht mehr alleine im Kampf gegen den Drogenhandel“, sagte er. Pastrana zog eine Grenze der Zusammenarbeit anbei: „Beide Länder sollen einander unterstützen.“ „Solange ich Präsident bin, wird es keine ausländische Intervention in meinem Land geben.“ Aus der Sicht des US-Präsidenten lautet das so: „Es wird keine amerikanische Verwicklung in Kämpfe geben, weil sie (die Kolumbianer,

d. Red.) es nicht wollen und wir es nicht wollen. Dies ist nicht Vietnam. Genauer gesagt ist es Yankee-Imperialismus.“ Allerdings steht der Plan Colombia 500 in Kolumbien stationierte US-amerikanische Militärbater vor. Ein zu kommen 300 private US-Militärbater, die nicht im Regierungsauftrag in Kolumbien tätig sind und somit auch an Kampfeinsätzen der Armee teilnehmen könnten. Schon jetzt trainieren in vielen Kasernen US-Militärausbilder die kolumbianischen Streitkräfte. Während des Clinton-Besuches gleich die Stadt Cartagena einer Festung. Nach Medienberichten waren 10.000 Sicherheitskräfte im Einsatz, ununterbrochen kreisten Helikopter über der Stadt, und vor der Küste wa-

ren mehrere Kriegsschiffe und US-Boote der Marine in permanenter Alarmbereitschaft laut Angaben der Tageszeitung „El Tiempo“ entscharften Sicherheitsbehörden in Cartagena einen Sprengsatz und verhafteten zwei mutmaßliche Mitglieder der Farc-Guerilla. Gegen den Clinton-Besuch gingen in 14 kolumbianischen Städten Gewerkschafter, Studenten und Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen auf die Straße in Bogotá versammelten sich etwa 2.000 Demonstranten vor der schwer bewachten US-Botschaft. Sie zündeten US-Flaggen und eine Clinton-Puppe an. Bei Auseinandersetzungen kam ein Polizist ums Leben. Bereits am Dienstag hatte die Farc-Guerilla eine Großoffensive in meh-

ren Landesteilen gestartet, der laut Angaben der Sicherheitsbehörden bis Mittwochnacht 19 Menschen zum Opfer fielen. Auf dem Gipfel der lateinamerikanischen Staatsscheis, der am Donnerstag in der brasilianischen Hauptstadt Brasilia begann, wurde der Plan Colombia prompt auf die Tagesordnung gehoben. Die Nachbarländer Kolumbiens fürchten, in den Konflikt des Landes mit hineingezogen zu werden, wenn dieser sich militärisch weiter verschärft. Brasilien hat bereits seine Grenztruppen zu Kolumbien verstärkt, da die Regierung damit rechnet, dass Kokabauern, Drogenmafia und die Guerilla grenzüberschreitend tätig werden könnten, wenn sich die Lage in Kolumbien zuspitzt.

DIE INTERVENTION HAT SCHON BEGONNEN

Interview mit
Jorge Salazar

Der
Mitarbeiter
des 'Instituto
Popular de Capacitación' (IPC), einer
Bildungs- und Menschenrechtseinrichtung in Medellín,
spricht über die Rolle der
Paramilitärs im kolumbianischen Konflikt und über
den Friedensprozeß.

K
O
L
U
M
B
I
E
N

Jorge Salazar, geboren 1957 in Medellín, studierte Philosophie und Geschichte an der katholischen Santo Tomás-Universität. Seit 1991 arbeitete er am IPC, wo er bis vergangenen Jänner die Abteilung für Menschenrechtsfragen, Frieden und Konfliktlösung leitete.

Am 28. Jänner 1999 wurde er zusammen mit dem Direktor des IPC, Jairo Bedoya, und den Mitarbeiterinnen Olga Rodas und Claudia Tamayo von rechts-extremen Paramilitärs direkt aus dem Sitz der Institution entführt und von diesen wochenlang gefangengehalten. Die Frauen kamen nach wenigen Tagen wieder frei. Die Männer wurden nach 17 Tagen dem Oberkommandierenden der paramilitärischen Allianz AUC (*Autodefensas Unidas de Colombia*) Carlos Castaño vorgeführt. Nach drei Wochen erreichte nationaler und internationaler Druck auch ihre Übergabe an den staatlichen Menschenrechtsbeauftragten. Da die Vorwürfe, die Mitarbeiter des IPC seien Handlanger der Guerilla, nie zurückgenommen wurden, flüchteten die vier ins Exil. Daß die Drohungen ernst sind, beweist auch die Bombe, die Ende August vor dem Sitz des IPC in Medellín gelegt wurde.

Was macht das IPC für die Paramilitärs so gefährlich?

Das Institut ist vor allem durch seine Menschenrechtsarbeit bekannt. Jedes Jahr veranstalten wir eine Woche der Menschenrechte. Auf einer Presse-

konferenz stellen wir dann unsere jüngste Studie über die Entwicklung auf diesem Gebiet vor. Ich glaube, das ist einer der Punkte, weswegen wir Schwierigkeiten bekommen. In Medellín kommen 140 Morde auf 100.000 Einwohner. Davon sind zwar nur etwa 15 Prozent politisch motiviert, aber das ist noch immer ziemlich viel. Landesweit sind es etwa 3.200 pro Jahr. Ungefähr 70 Prozent davon gehen auf das Konto von Paramilitärs und Armee.

Darüberhinaus veranstalten wir Seminare über Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht. Letztes Jahr gingen wir damit in alle Diözesen der Provinzen Antioquia und Chocó, um Menschenrechtskomitees in allen Pfarren einzurichten. In den Slumvierteln von Medellín arbeiten wir an Programmen zu alternativer Konfliktlösung, damit die Leute aufhören, wegen jeder Kleinigkeit zur Waffe zu greifen.

Die bewaffneten Gruppen, die einander in Medellín gegenüberstehen, sind auf den ersten Blick nicht überschaubar.

Das hat eine sehr komplexe Geschichte. Die ersten Gruppen waren Milizen, die mit der Guerilla sympathisierten. Dazu kam die soziale Krise und der Drogenhandel. Mit der Drogenmafia begann sich ein neues Justizsystem durchzusetzen: alles wurde mit der Waffe ausgetragen, weil die staatliche Justiz nicht funktioniert. Geld war leicht zu verdienen. Zum Beispiel durch bezahlte Morde, das Phänomen des *sicariato*. Für ein paar tausend Pesos, also wenige Dollar, kann man jemanden ermorden lassen. Nicht nur wichtige Personen wurden so umgebracht, sondern ganz gewöhnliche Leute, mit denen jemand aus irgendeinem Grund Streit hatte. Dann entstanden kriminelle Banden. Sie sperrten oft ganze Straßen ab und raubten dann ein Haus nach dem anderen aus. Die Polizei ließ sich nie blicken. Also bildeten sich Gegenbanden oder Milizen, um die Einwohner zu schützen. Diese Milizen übten strenge territoriale Kontrolle aus. Das ging so weit, daß die Einwohner eines Viertels

nicht in das Nachbarviertel konnten, weil dort eine gegnerische Bande herrschte. In solchen Konflikten versuchen wir zu vermitteln. Es wurden Nichtangriffspakte unterschrieben. In letzter Zeit haben die Milizen, hinter denen oft die Guerilla steckt, an Einfluß verloren. Gleichzeitig geraten die Banden immer mehr unter den Einfluß der Paramilitärs. Sie ermorden Anführer sozialer Organisationen und bedrohen die NGOs. Sie erkaufen sich auch Unterstützung mit Geld. Was wir erleben, ist der Versuch, das Projekt der Paramilitärs in einer Großstadt zu etablieren.

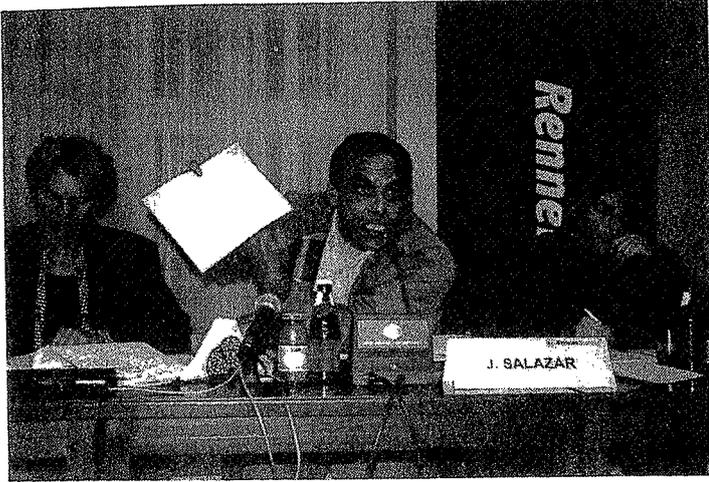
Ihr habt Carlos Castaño, den obersten Chef der Paramilitärs, getroffen. Wie ist dieser Mann und welches Ziel verfolgt er?

Er ist ein charismatischer Typ und begrüßte uns freundlich: 'Entschuldigen Sie, daß wir Sie so behandeln mußten.' Dann kam er schnell zur Sache: 'Ich werde euch den Prozeß machen wegen eurer Verbindung zur Guerilla.' Er behauptete, er hätte einen Informanten. Es kam aber nie zur Gegenüberstellung mit dieser Person. Dann hat er uns aus Dokumenten der AUC vorgelesen, hat uns seine Meinung über die Situation in Kolumbien vorgetragen.

Hat er über die ihm zur Last gelegten Massaker an der Landbevölkerung gesprochen?

Castaño hat sogar die Massaker zugegeben. Er sagte: 'Schaut, wir bringen ein paar Leute um, damit es später nicht noch mehr Tote gibt. Es kommen 20 oder 30 Menschen um. Wir haben das genau untersucht: Die Leute fliehen von ihrem Land, und 30 Prozent kommen dann wieder zurück. Mit diesen und einigen anderen, die wir dort ansiedeln, bauen wir dann das Land wieder auf, und so vermeiden wir einen weiteren Krieg - dieses Gebiet lebt dann in Frieden.' So hat er die Massaker gerechtfertigt.

Und hat er auch einen Plan für die anderen 70 %, die nicht zurückkehren?



Jorge Salazar illustriert bei einem Vortrag in Wien die Zunahme der Gewalt in den letzten Jahren. Foto: R. Leonhard

Nein, die sind ihm gleich, die sollen tun, was sie wollen ...

Wie stehen die Paras zum Friedensprozeß?

Da gibt es einige Punkte, die für sie inakzeptabel sind. Zum Beispiel werden sie nicht akzeptieren, daß die Regierung nur mit der Guerilla verhandelt. Oder daß im Land autonome Regionen eingeführt werden, in denen dann die Guerilla die Kontrolle ausüben könnte. Und hinsichtlich des freien Unternehmertums werden sie keine Restriktionen akzeptieren.

Auch das Militär läßt in einigen Punkten nicht mit sich reden. Als z.B. bekannt wurde, daß in die Agenda der geplanten Friedensgespräche mit der Guerilla auch die Rolle der Streitkräfte aufgenommen wurde, gab es große Unruhe in der Armee. Natürlich ist das ein grundlegender Punkt: das Thema der Straflosigkeit und die Demilitarisierung der Gesellschaft, darüber muß gesprochen werden – aber die Militärs wollen das nicht.

Kann man sagen, daß Castaño die Anordnungen der Militärs ausführt, oder hat er schon eine gewisse Autonomie in seinem Handeln erreicht?

Wenn Castaño hörte, daß man ihn als Befehlsempfänger der Militärs bezeichnet, so würde ihn das nur ein Lachen kosten. Hinter Castaño steht doch viel mehr. Die Militärs schon auch, aber auch andere Kreise. Natürlich: wenn die

mit dem Hubschrauber, mit Handschellen gefesselt und einer Kapuze über dem Kopf.

Wie ist nun die innere Struktur der Paramilitärs? Kann man sagen, daß Carlos Castaño wirklich der oberste Chef aller im Lande operierenden paramilitärischen Einheiten ist?

Er ist der Oberkommandant und der offizielle Sprecher der Paras, aber jeder regionale Verband hat seine Autonomie. Zum Beispiel die von Santander, die für das Massaker von Barrancabermeja verantwortlich sind, haben ihre Autonomie. Von den 'Autodefensas' von Córdoba und Urabá ist Castaño der uneingeschränkte Chef, das ist seine eigene Truppe, und die sind auch die mächtigsten. In der AUC sind sieben solcher regionaler Paras-Verbände zusammengeschlossen, die einen gemeinsamen Generalstab haben und eine einheitliche Struktur. Und die einzelnen Verbände haben natürliche viele Beziehungen auf lokaler Ebene.

Wie arbeiten der militärische und der zivile Flügel der Paras zusammen?

Das mit dem zivilen Flügel der Paras ist eine sehr undurchsichtige Sache, da ist es schwierig – und auch höchst gefährlich –, Namen zu nennen. Aus all dem, was Castaño uns erzählte, geht hervor, daß er einen ganzen Stab von Beratern hat, er ist ausgezeichnet informiert. Es ist eindrucksvoll und er-

schreckend, wie gut er informiert ist. Er selbst sagt, daß er auch eine Gruppe von Intellektuellen hat, die ihn beraten.

Schlimm ist auch, was sich zur Zeit an den Universitäten abspielt. Da dringen die Paras immer stärker ein. Es gibt bereits 'Autodefensas' der Universidad de Antioquia in Medellín, und diese Paramilitarisierung der Universitäten breitet sich immer weiter aus.

Ich bin immer wieder erstaunt über den so gut funktionierenden Geheimdienst der Paras. Da arbeiten sie wohl eng mit dem Militär zusammen.

Das ist der Bereich, wo man am deutlichsten die enge Zusammenarbeit sieht. Der Geheimdienst der Paras ist eigentlich der Geheimdienst des Militärs; die geben ihnen alle Informationen weiter.

Und wie steht es mit der Unterstützung der Wirtschaftskreise für die Paramilitärs?

Es gibt einen Sektor des Unternehmertums, der Carlos Castaño unterstützt, weil er Effizienz bewiesen hat und soweit. Es gibt aber auch einen Sektor, der die Paras nicht will, der der Auffassung ist, man solle direkt das Militär stärken und unterstützen in seinem Kampf gegen die Guerilla.

Eine verzwickte und undurchsichtige Sache ist die Haltung der USA gegenüber Castaño. Es gibt Informationen, wonach sie ihn bremsen wollen und nicht mit ihm einverstanden sind. So hat Washington ja die Zusammenarbeit einiger hoher Offiziere mit den Paras publik gemacht und bei der kolumbianischen Regierung auf deren Absetzung gedrängt. Offenbar – aber das ist eine unbestätigte Information – gab es ein Abkommen zwischen der US-Drogenbekämpfungsbehörde DEA, der US-Botschaft in Bogotá und Castaño zur Bekämpfung des Rauschgifthandels im Süden des Landes, obwohl sie ja wissen, daß Castaño mit dem Kokainhandel, der von Urabá aus läuft, zu tun hat.

Die Vereinigten Staaten reden immer nur von der Narcoguerilla, also der Verbindung der FARC mit dem Rauschgifthandel, aber sie reden nie davon, wie sehr die Paramilitärs in diesem Geschäft stecken. Und in diesem Zusammenhang ist immer nur von einer

weiter Seite 20 ⇨

⇒ von Seite 17 : **KOLUMBIEN**

Offensive gegen die Guerilla, aber nie gegen die Paramilitärs die Rede. Aber wie gesagt, wir wissen nicht genau, was die USA mit Castaño vorhaben. Und wir wissen auch nicht, was Castaño von den USA hält, denn er ist sicher kein Dummkopf und wird sich schon eine diesbezügliche Strategie ausgedacht haben.

 In den letzten Wochen wird von einer drohenden militärischen Intervention der USA in Kolumbien gesprochen. Was halten Sie davon?

Also ein massives Eingreifen wie in Vietnam wird es nicht geben. Ich glaube, es wird eine Kombination einer Intervention wie früher in El Salvador: mit Beratern und logistischer Unterstützung, das läuft ja de facto bereits. Es gibt über 1000 sogenannte Militärberater im Land. Dazu könnte lokal begrenzt eine Art Krieg wie in Serbien kommen: mit Bombardements aus der Luft, unterstützt zu Land von den nationalen Sicherheitskräften.

 Und was denkt die kolumbianische Öffentlichkeit über dieses Szenario?

Das ist eine komplizierte Sache. Eine Meinungsumfrage ergab, daß eine Mehrheit der Bevölkerung für eine US-Intervention ist. Wie soll man sich das erklären? Es ist ein Ausdruck der Angst und der Verzweiflung der Menschen, es keine sichtbare Alternative gibt, wollen sie einfach irgendeine Lösung des Konflikts, egal wie, wenn nur der gegenwärtige Alptraum aufhört. Für viele ist es ja nicht klar ersichtlich, woher die Gewalttätigkeit kommt, wer der Urheber ist, und da sagen sie sich, egal, wer es nun ist, ob ein Vertreter der harten Hand oder ein Faschist, egal, wenn er nur mit dieser 'violencia' aufhört. Diese Haltung hat auch dazu geführt, daß Castaño in mehreren Gesellschaftssektoren an Sympathie gewonnen hat. Und aus diesem Grund würden sie auch eine US-amerikanische Intervention unterstützen.

*Interview: Ralf Leonhard/
Werner Hörtnner*

Kolumbiens Kampf gegen Koka

Ein Pilz soll die Drogenbekämpfung voranbringen. Er vernichtet aber auch Nahrungsmittelkulturen

SAN VINCENTE DEL CAGUAN (Ips) ■ Ein Pilz, der in Kolumbien die Koka-Pflanzen abtöten soll, könnte die Vegetation im Amazonasgebiet bedrohen. Davor warnten US-Wissenschaftler vergangene Woche in kolumbianischen Koka-Anbaugebieten.

Fusarium oxysporum, so der Pilz mit wissenschaftlichem Namen, zerstört die Wurzeln seiner Wirtspflanze. Diese kann dann

kein Wasser mehr aufnehmen und welkt. Doch als Wirt dienen dem Pilz nicht nur die Koka-Pflanzen, die im Rahmen der von den USA finanziell großzügig unterstützten Drogenbekämpfung in Kolumbien ausgerottet werden sollen. Auch viele andere Kulturpflanzen des Amazonasbeckens fallen *Fusarium* zum Opfer. So könnten US-Forscher nachweisen, dass die *Fusarium*-

welke auch bei Tomaten und Papayasträuchern auftritt.

In Kolumbien hatten die Koka-Bauern zwar angeboten, die Koka-Felder ausschließlich per Hand zu vernichten, doch ist die Regierung auf diesen Vorschlag bisher nicht eingegangen. Und obwohl diese zugesichert hat, den Erreger nicht zur Bekämpfung des Koka-Anbaus verwenden zu wollen, klagen Bau-

ern in der Region bereits über vertrocknete Bananen, Maniok- und Erbsenfelder.

Entstanden ist die Idee, eine Pflanzenkrankheit in den Dienst der Drogenbekämpfung zu stellen, in den 70er Jahren. Sie wurde erstmals auf Hawaii getestet. Obwohl sich bereits 1986 abzeichnete, dass der Erreger auch andere Pflanzen befallt, setzte Peru *Fusarium* in den 90er-Jah-

110 24 Juli 2000
Taz / S. 7

USA forcieren eine militärische Lösung

Die Militärhilfe für Kolumbien wird dieses Jahr auf 400 Millionen Dollar aufgestockt

Bei der ungewohnten Selbstkritik von Madeleine Albright Anfang Dezember war es unter anderem um die Rolle der Militärschule „School of America“ in Fort Brenning/Georgia gegangen, auf der in den vergangenen Jahrzehnten Tausende von lateinamerikanischen Generälen in Anti-Guerilla-Strategien und psychologischer Kriegsführung unterrichtet worden sind. Doch während sich Albright wegen der Vergangenheit in Chile in Betroffenheit übte, machte die Clinton-Regierung in Kolumbien weiter wie gehabt – und dies, obwohl die Greuelthaten dort immer schrecklichere Ausmaße annehmen.

Eskalation der Gewalt

In einer noch nicht dagewesenen Eskalation der Gewalt massakrierten paramilitärische Gruppen seit September mehr als 1000 Menschen. Mit Todeslisten in der Hand durchkämmten Todesschwadronen in der Erdölstadt Barrancabermeja und San Carlos ganze Stadtviertel, in der Provinz Bolívar zerstückelten die Schlächter Bauern mit der Motorsäge und folterten Kinder vor den Augen ihrer Eltern zu Tode. Allein in der zweiten Januarwoche des neuen Jahres töteten sie im ganzen Land 150 Zivilisten aufgrund vermeintlicher Guerilla-Sympathien.

Die engen Verbindungen zwischen Todesschwadronen und der Armee sind dabei nirgends ein Geheimnis. So retteten in Monte-

Zynischer konnte das Verhalten der US-Regierung kaum sein: In der gleichen Woche, als Außenministerin Madeleine Albright im Zusammenhang mit dem Fall Pinochet vor nordamerikanischen Studenten publikumswirksam eingestand, die USA hätten in den 60er und 70er Jahren „in Lateinamerika schwere Fehler“ begangen, unterzeichnete der Verteidigungsminister der Clinton-Regierung William Cohen mit seinem kolumbianischen Kollegen Rodrigo Lloreda in Cartagena ein neues Militärabkommen zwischen beiden Ländern. Die massiven Menschenrechtsverletzungen der kolumbianischen Armee waren dabei erneut kein Hinderungsgrund.

criso in der Provinz Bolívar Armee-Einheiten im vergangenen Oktober 150 von der Guerilla eingekreiste Paramilitärs durch die Entsendung von Helikoptern und Spezialeinheiten. Auch die Massaker in den Städten Barrancabermeja, San Carlos und San Pablo fanden mit offensichtlicher Rückendeckung der Armee statt. Darüber hinaus deckte die Washington Post schon im vergangenen August auf, daß der damalige Geheimdienstkoordinator der kolumbianischen Armee Iván Ramírez nicht nur bis vor kurzem auf der Gehaltsliste der CIA stand, sondern auch als enger Vertrauter des Paramilitär-Chefs und Drogenhändlers Carlos Castaño gilt. Zudem stellte die Washington Post auch den Kommandanten der 5. Brigade Fernando Millán sowie den Chef der 17. Brigade Rito Alejo Del Río als Kriegsverbrecher fest. Der demokratische Abgeordnete Kennedy ergänzte diese Enthüllungen mit der Information, daß mehr als die Hälfte der 240 in Fort Brenning/Georgia ausgebildeten

kolumbianischen Offiziere in Menschenrechtsverletzungen verwickelt seien.

Direkte Unterstützung in der Guerrillabekämpfung

Dennoch bekräftigt das US-Verteidigungsministerium seit einigen Monaten die Notwendigkeit einer direkten Unterstützung der kolumbianischen Armee. Der Chef des US-Kommandos Süd Charles Wilhelm kündigte auf dem Militärgipfel in Cartagena an, daß die USA die kolumbianische Regierung nicht mehr nur in der Drogenbekämpfung, sondern nun auch offen im Krieg gegen die linke Guerilla unterstützen werde. „Wenn Kolumbien weiter destabilisiert wird, wird dies Auswirkungen auf die ganze Region haben“, erklärte Wilhelm besorgt vor der Presse. Im Rahmen des neuen Kooperationsvertrages vereinbarte man deshalb, verstärkt US-Militärberater einzusetzen, um eine Professionalisierung der kolumbianischen Armee und ihres Geheimdienstapparates zu gewähr-

leisten. Zur strukturellen Absicherung der Kooperation gründeten die beiden Regierungen zudem eine „Bilaterale Verteidigungsgruppe Kolumbien-USA“, in der die US-amerikanische Seite von einem Beamten mit dem seltsamen Titel „Staatssekretär für Spezialoperationen und Konflikte geringer Intensität des US-Departments“ vertreten sein wird.

Das neue Programm ist bereits im Januar angelaufen. In den nächsten Wochen werden 300 US-amerikanische Ausbilder von Spezialeinheiten sowie eine unbestimmte Zahl von CIA-Hochtechnologiespezialisten in Kolumbien erwartet.

Von zwei neugegründeten kolumbianischen Elite-Bataillonen, die offiziell zur Drogenbekämpfung dienen sollen, aber in unmittelbarer Nähe des Hauptquartiers der FARC (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) agieren, wird eines direkt von US-amerikanischen Militärberatern geleitet. Zudem stellte die US-Luftwaffe der kolumbianischen Regierung Satelliten und Spionageflugzeuge zur Überwachung der im Rahmen der Friedensgespräche demilitarisierten Gebiete im Süden des Landes zur Verfügung.

Insgesamt erwarte man in diesem Jahr, so der Politologe Eduardo Pizarro von der Universidad Nacional in Bogotá, die Aufstockung der US-Militärhilfe auf 400 Millionen US-Dollar, womit Kolumbien zum drittgrößten Empfänger dieser Art von Finanzhilfen in der Welt avancieren würde. Das größte Problem stellt dabei das US-amerikanische Leahy-Gesetz dar, das Waffenlieferungen an solche Ar-

mee-Einheiten verbietet, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht werden. Da es in Kolumbiens Armee kein einziges Bataillon gab, das diesen Auflagen entsprach, wurde auf Anraten der USA Ende 1998 kur-



Guerillabekämpfung zum Kaffeeklatsch – Pastrana und Clinton

zerhand eine bisher in den internen Konflikt nicht involvierte Grenztruppe in eine Brigade umgewandelt. Von Einreiseverboten für in Menschenrechtsverletzungen verwickelte Generäle ist hingegen nicht mehr die Rede.

Im Zeichen der Drogenpolitik

Der Soziologe Alfredo Molano, der als einer der wichtigsten Beobachter des Friedensprozesses gilt, äußerte in der Tageszeitung El Espectador Mitte Januar aus diesem Grund besorgt die Einschätzung, daß eine US-amerikanische Militärintervention immer wahrscheinlicher werde.

Das einzige positive Zeichen in diesem Zusammenhang war das Treffen zwischen dem Lateinamerika-Berater Clintons, Peter Romero, und den FARC in Costa Rica Ende 1998. Bei der nicht-öffentlichen Zusammenkunft, für die Romero in den USA von republikanischen Politikern inzwi-

schen scharf kritisiert wurde, unterbreitete die Guerilla den USA den Vorschlag, den Coca-Anbau in ihren Gebieten völlig zu unterbinden, wenn die US-Regierung Finanzhilfen für Substitutionsprogramme zur Verfügung stelle.

Doch trotz dieses Lichtblicks stehen die Zeichen weiter auf Sturm. Nach den schweren Niederlagen der kolumbianischen Armee im Kampf gegen die Guerilla sind in den vergangenen 18 Monaten alle wichtigen US-Sicherheitsorgane in Kolumbien zur Inspektion gewesen, darunter nicht nur Verteidigungsminister William Cohen, sondern auch der Chef der „Drogenpolizei“ (DEA) Thomas Constantine, FBI-Direktor Louis Freeh, der Anti-Drogen-Zar Barry McCaffrey, sowie der Kommandant des „Kommandos Süd der US-Armee“ Charles E. Wilhelm. Der Hintergrund dafür war die Anfang 1998 veröffentlichte US-Studie, wonach die Guerilla den Krieg in den kommenden fünf Jahren gewinnen könne, wenn die USA nicht entschlossener in den Konflikt eingriffen.

Offensichtlich ist die von der US-Administration verkündete Kehrtwende in der Außenpolitik sowohl in ihrem Vokabular als auch in ihrer Praxis sehr viel weniger grundlegend, als gemeinhin angenommen wird. Zwar redet die Clinton-Regierung nicht mehr vom „Kampf gegen den Kommunismus“, sondern von „internationalem Drogenhandel und Terrorismus“, aber für die betroffene Bevölkerung der ländlichen Regionen macht dies keinen Unterschied.

Raul Zelik

PASTRANA IN BEDRÄNGNIS

Präsident Andrés Pastrana muß bei seinem Versuch, sein Wahlversprechen einer friedlichen Lösung der internen Konflikte einzulösen, einen Rückschlag nach dem anderen hinnehmen: Ende Mai konnte er eine Regierungskrise nur durch Zugeständnisse an die Armeeführung abwenden, und am 8. Juni verweigerte ihm das Parlament jene Vollmachten, die er für die Verhandlungen mit der Guerilla gefordert hatte.

K
O
L
U
M
B
I
E
N

Verteidigungsminister Rodrigo Lloreda Caicedo und 16 Mitglieder des Generalstabs versuchten am 26. Mai, durch ihren Rücktritt eine Kabinettskrise auszulösen. Sie protestierten dagegen, daß Pastrana die Entmilitarisierung der sogenannten „Entspannungszone“ der FARC, der größten Guerillaorganisation des Landes, für die Dauer der geplanten Friedensverhandlungen, also auf unbestimmte Zeit, verlängert hatte.

Die Regierungskrise löste der Präsident, indem er mit Luis Fernando Ramírez einen seiner engsten Vertrauten zum neuen Verteidigungsminister ernannte. Nach einem Gespräch mit dem Generalstab nahmen die Offiziere ihren Rücktritt zurück, da Pastrana ihnen in einigen Punkten entgegenkam: er versprach neue Spielregeln im Friedensprozeß, seine Überwachung durch in- und ausländische BeobachterInnen und eine nur befristete Entmilitarisierung der „Entspannungszone“.

Die fünf Gemeinden im Süden Kolumbiens mit einer Gesamtfläche von der Größe der Schweiz wurden im vergangenen Dezember entmilitarisiert und dienen als Verhandlungszone, wo sich Vertreter der Regierung ungestört mit den Comandantes der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) treffen können. Für die Militärs bedeutet die faktische Abtretung dieses dünn besiedelten Territoriums an den Feind eine empfindliche Schmach. Sie dürfen nicht verhindern, daß unter dem Schutz der

FARC Koka angebaut wird und daß die Guerilla ungestört neue Kämpfer rekrutiert. Im übrigen würden durch den unbezahlten Einsatz der Bevölkerung für Straßenprojekte die Menschenrechte verletzt. Die Militärs rächen sich, so klagen Sprecher der FARC, durch das Aushungern des Gebiets. Lastwagenfahrer, die Waren in eine der fünf Gemeinden bringen, müssen an den Kontrollpunkten „Maut“ zahlen. Einige wurden ausgeraubt, einer ist überhaupt verschwunden. Die Soldaten, so heißt es in einer Mitteilung der FARC, träten dabei abwechselnd als Armee und als Paramilitärs auf.

Eine zusätzliche Belastung der angespannten politischen Situation brachte Ende Mai eine spektakuläre Aktion der zweitgrößten Guerillaorganisation, ELN: In einem Nobelbezirk von Cali kidnappete sie an die 150 Kirchenbesucher samt Priester und verfrachtete sie auf zwei LKWs in die Berge der Provinz Cauca. Während Kinder, Frauen und Alte wenige Stunden später von den Rebellen wieder freigelassen wurden, sind etwa 60 Personen, darunter einflußreiche Geschäftsleute und Industrielle, weiter in ihren Händen. Pastrana hat daraufhin jeden Kontakt mit der ELN abgebrochen. Die Chancen für die Erfüllung der ELN-Forderung nach Räumung eines 8000 km² großen Gebiets in der Provinz Bolívar durch die Armee, um dort eine Nationalkonvention zwischen Sektoren der Zivilgesellschaft und den Aufständischen abzuhalten, stehen damit denkbar schlecht.

Seit Präsident Pastrana Anfang Mai mit den FARC einen Themenkatalog für die Friedensverhandlungen definierte, nimmt der Druck rechtsextremer Gruppen zu. Die Paramilitärs, jener bewaffnete Akteur, der die Menschenrechte am größten verletzt, wollen sich in die Verhandlungen einschalten und verlangen, daß der Punkt „Bekämpfung des Paramilitarismus“ von der Tagesordnung gestrichen wird. Um die Regierung unter Druck zu setzen, ließ Carlos Castaño, der Chef der *Vereinigten Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens* (AUC), am 21. Mai die liberale Senatorin Piedad Córdoba kidnappen. Die Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses setzt sich seit Jahren für die Rechte der Frauen und

der schwarzen Minderheit ein. Außerdem ist sie eine der engagiertesten Friedensaktivistinnen. Auch der Gewaltforscher Dario Betancur, der am 30. April verschleppt wurde, befindet sich vermutlich in den Händen der *Paras*. Deren Handschrift trug auch die Ermordung des Universitätsprofessors Hernán Henao in Medellín am 2. Mai.

Die Offensive der Rechten läuft auf allen Ebenen. In einer Initiative, die als versuchter Staatsstreich gedeutet wurde, versuchten drei pensionierte Generäle auf Einladung republikanischer Stiftungen Mitte Mai in Washington eine Änderung der US-amerikanischen Haltung zum Friedensprozeß zu bewirken. Auch die Viehzüchterlobby macht gegen die Friedensverhandlungen mobil, weil sie das Thema Agrarreform nicht diskutiert haben will. In Kolumbien ist mehr als eine Million Bauern durch die Aktionen der Paramilitärs, der Guerilla und der Armee vertrieben worden. Die Agrarproduktion ist in den letzten Jahren dramatisch gesunken. Die Latifundisten hatten in Verteidigungsminister Rodrigo Lloreda, selbst Eigentümer ausgedehnter Plantagen, einen ihrer wichtigsten Fürsprecher.

Einen weiteren Tiefschlag mußte Pastrana schließlich am 8. Juni einstecken, als ihm das Parlament jene Sondervollmachten, die er für die Verhandlungen mit den FARC gefordert hatte, verweigerte. Diese Befugnisse, auf die sich ursprünglich alle politischen Kräfte verständigt hatten, bezogen sich unter anderem auf Themen wie Begnadigung und Wiedereingliederung der Guerilla sowie deren Finanzierung.

Als Begründung ihrer Ablehnung warfen seine Gegner dem Präsidenten vor, den Friedensprozeß im Alleingang zu führen und dafür einen Blankoscheck zu verlangen. Die fünf Verhandlungsführer, die demnächst mit drei Delegierten der FARC die Gespräche aufnehmen sollen, seien durchwegs enge Vertraute des Präsidenten. Der Politologe Alejandro Reyes sieht Parallelen zur Rebellion des Militärs eine Woche zuvor: „Jetzt will die politische Klasse die Spielregeln bestimmen und dem Präsidenten sagen: ‘Den Frieden machen wir alle.’“

Ralf Leonhard

Kol 5 GU

Estados Unidos acentúa su presencia militar en Colombia

Más de un centenar de soldados norteamericanos instruyen a un batallón especializado en la lucha contra la guerrilla

LARRY ROHTER (NYT)
Tres Esquinas (Colombia)

Esta maraña de selva y ríos en el corazón del país es uno de los frentes de la guerra que libra Colombia contra dos plagas gemelas: la guerrilla y la droga. Es también el lugar en el que EE UU apuesta por una victoria definitiva del Ejército colombiano: los militares estadounidenses están formando un nuevo cuerpo antidrogas que estará operativo a finales de año, y cuya función será debilitar a la guerrilla por medio de las incautaciones de droga, su fuente de financiación. Algo que, hasta el momento, las Fuerzas Armadas de Colombia se han visto incapaces de hacer.

La mayoría de la cocaína proveniente de Colombia crece en los territorios controlados por la guerrilla, alrededor de esta aislada base aérea de las Fuerzas Armadas en Tres Esquinas. El dinero de la coca es lo que permite los cada vez mayores éxitos de los insurgentes, que hace apenas unos días se encontraban a escasos 40 kilómetros de la capital.

"Este es el Ejército del futuro en Colombia", aseguró el miércoles el ministro de Defensa, Luis Fernando Ramírez, ante 1.000 soldados en el principal centro de entrenamiento, en Tolémaida, una ciudad al norte de aquí a 100 kilómetros de Bogotá. Dos semanas antes, Ramírez, acompañado por el general Fernando Tapias, el jefe de las Fuerzas Armadas colombianas, voló a Washington para buscar un incremento sustancial de la ayuda estadounidense: pidieron 500 millones de dólares (unos 80.000 millones de pesetas) para los próximos dos años.

El presidente de EE UU, Bill Clinton, respondió que su país observa el esfuerzo de Colombia en la lucha contra el narcotráfico como un asunto de "seguridad nacional" estadounidense. "Haremos todo lo que podamos [para ayudar a Colombia]", añadió Clinton.

Colombia ha conseguido 289 millones de dólares (unos 46.250 millones de pesetas) este año, y se ha convertido en el tercer país receptor de ayuda estadounidense. Pero algunos funcionarios norteamericanos calculan que Colombia necesitaría un mínimo de mil millones de dólares (160.000 millones de pesetas) en el próximo año.

La misión del batallón antidrogas será mermar la principal fuente de ingresos de la principal guerrilla izquierdista del país, las Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC): los impuestos recaudados por la coca cultivada y procesada en su área. La guerrilla controla u opera con libertad en el 40% del país.

"Es una situación de emergencia", advirtió el general Barry Mc-

Caffrey, el responsable de la lucha contra las drogas de la Casa Blanca, en su visita a Colombia a principios de semana. "Tiene a 25.000 personas ahí fuera con ametralladoras, morteros, misiles y minas", insistió McCaffrey. "Seguimos discutiendo sobre cómo llamarles. No sé cómo deberíamos llamarles, pero sí lo que están haciendo: están operando, son grandes grupos, en columnas de varios miles de personas, y cometen ataques simultáneos en 11 provincias en la misma noche".

Y Tapias reconoce: "Nuestros aviones y helicópteros no pueden hacerlo en estos momentos, porque son derribados en cuanto entran en la región".

Los funcionarios estadounidenses calculan que entre 100 y 150 miembros del Ejército norteamericano están en Colombia. Y Tapias reduce esa cantidad a sólo "una docena" que se relevan periódicamente, y asegura que su labor terminará en octubre.

Los estadounidenses provienen del séptimo grupo de fuerzas especiales, con base en Fort Bragg (Carolina del Norte), según los oficiales colombianos y estadounidenses. Facilitan instrucción en espionaje, comunicaciones, reconocimiento, operaciones fluviales y uso de armas pesadas. Una vez comiencen las operaciones en diciembre no habrá "ningún soldado estadounidense combatiendo en Colombia", aseguró Tapias.

Pero los grupos de derechos humanos no se sienten conformes. Observan el nuevo contingente de apoyo estadounidense como un primer paso en una mayor implicación de EE UU, como ya ocurrió en

América Central y Vietnam. "Nuestra preocupación es que el batallón se implicará en operaciones de contrainsurgencia", dijo Winifred Tate, un analista de la Oficina de Washington sobre América Latina.

La base militar, que consiste en una franja de terreno, barracones y un centro de comunicaciones cerca de la confluencia de los ríos Caquetá y Ortegaza, también ha sido objeto de especulaciones entre los colombianos, debido a que EE UU y Colombia lo han vetado a los periodistas: ya hay historias de *bombas verdes* luchando con la guerrilla.

Las preocupaciones también se han desatado en Colombia. Las organizaciones de derechos humanos se han quejado por los lazos entre el Ejército colombiano y los paramilitares, que han asesinado a miles de civiles. Después de su visita, McCaffrey se mostró convencido de que los soldados respetarán el derecho internacional. "Nos preocupa cómo se comportarán: les damos clases sobre derechos humanos, y creo que funcionarán".

Pastrana hat noch keinen Plan

Demokraten und Republikaner in den USA üben am *Plan Kolumbien* Kritik – und den Wahlkampf

Im letzten Jahr stellte Präsident Pastrana den *Plan Kolumbien* vor, der das Land aus der wirtschaftlichen, sozialen und staatlichen Krise führen soll. Dieser ist über sieben Milliarden US-Dollar schwer und soll zur Hälfte durch das Ausland finanziert werden. Dass die USA als erster Geldgeber bereitstehen würden, war beinahe zu erwarten, ebenso wie die Ausrichtung: Über 80 Prozent des Geldes sollen militärischen Zwecken dienen. Kritik hätten US-Präsident Clinton und Außenministerin Albright deshalb wohl weniger aus heimischen Landen erwartet. Aber in den USA steht das Finanzierungspaket jetzt vor erheblichen Problemen, die benötigte Abstimmungsmehrheit im Kongress zu bekommen.

Nachdem die US-Regierung für den *Plan Kolumbien* im Januar finanzielle Unterstützung in Höhe von knapp 1,6 Milliarden US-Dollar zugesichert hatte, mußte dieser nur noch den Senat passieren. Eigentlich kein Problem, wären nicht im November Präsidentschaftswahlen. Für die Republikaner ein willkommener Anlass, sich auf den Wahlkampf einzustimmen und auf Konfrontationskurs zu gehen. Auf deren Stimmen ist nun aber die Clinton-Regierung angewiesen, will sie eine Mehrheit für das Finanzpaket bekommen, dass voraussichtlich in der letzten Märzwoche abgestimmt werden soll.

Pastranas *Plan Kolumbien* umfasst ein Gesamtvolumen von 7,5 Milliarden US-Dollar und soll eine Umstrukturierung des Staates innerhalb von drei Jahren vorantreiben. Für einen Großteil der benötigten Gelder wirbt die kolumbianische Regierung im Ausland, besonders in der EU und den USA. Letztere haben bereits genannte 1,6 Milliarden versprochen, allerdings überwiegend in

Form militärischer Ausrüstung, was zu einem Vertrauensverlust bei den Verhandlungspartnern im kolumbianischen Friedensprozess geführt hat (siehe LN 308).

Die Gründe für die jetzige Haltung der Republikaner sind wohl kaum pazifistischer als vielmehr taktischer Natur. Denn die Gelder für den *Plan Kolumbien* gehören zu einem Gesamtpaket in Höhe von neun Milliarden US-Dollar. In diesem sind neben Kolumbien auch Finanzhilfen für das Kosovo und Osttimor enthalten, wie auch Gelder für US-Bundesstaaten, die von Naturkatastrophen heimgesucht wurden.

Trent Lott, Vorsitzender der republikanischen Mehrheit im Senat, kündigte nun Widerstand gegen dieses Paket an. Er fordert, dass die Kolumbiengelder nicht im Gesamtpaket verabschiedet werden sollten, sondern im normalen Haushaltsplan unter „außenpolitische Angelegenheiten“ eingebettet sein müssten.

Der Knackpunkt an dieser Argumentation: Sollten die Republikaner das Finanzpaket in der Ab-

stimmung durchfallen lassen, um es in den normalen Haushaltsplan zu integrieren, würden die Gelder erst Mitte 2001 nach Kolumbien fließen. Im laufenden Haushalt ist nichts mehr zu holen. Der Unterschied wäre zudem, dass dann wo möglich George Bush jr. im Weißen Haus wohnt, der vielleicht eigene Pläne hat.

78 Stimmen fehlen für den *Plan Kolumbien*

Doch damit noch nicht genug mit dem taktischen Geschacher. Einige Abgeordnete versuchen im Sinne der Kostenreduzierung am Paket Veränderungen vorzunehmen. So gibt es den Vorschlag einiger Republikaner, die 375 Millionen US-Dollar für 30 Black Hawk Kampfhubschrauber einzusparen und lieber für den billigeren Typ UH-1H zu verwenden. Wohl nicht ganz zufällig kommen diese Sensoren aus den Bundesstaaten, wo dieser Hubschraubertyp hergestellt wird. Dagegen sträubt sich wiederum eine andere Gruppe um Senator Christopher Dodd, in dessen Bundes-

KOLUMBIEN

staat Connecticut die Black Hawk-Firma ihren Standort hat.

Während die Republikaner eher die finanzielle Seite in Frage stellen, müssen Präsident Clinton und seine Außenministerin im eigenen demokratischen Lager Stimmen sichern. Bei Redaktionsschluss lag die Anzahl der sicheren Stimmen für das Finanzpaket bei 140. Insgesamt werden 218 benötigt. Fehlen also noch 78, darunter viele Demokraten.

Einige davon können nicht erkennen, wie das Geld der Zivilgesellschaft helfen soll, wenn der Großteil für Militärausgaben eingeplant ist. Zudem wird das Problem des Paramilitarismus ins Feld geführt. Unter der Pastrana-Regierung soll sich die Zahl der Kämpfer bei den Todesschwadronen allein im letzten Jahr auf 5.000-7.000 fast verdoppelt haben.

An Schärfe hat diese Diskussion noch zugenommen, als in der *New York Times* Zahlen veröffentlicht wurden, wonach allein im letzten Jahr knapp 350.000 Menschen Kolumbien verlassen haben sollen und die Hälfte der kolumbianischen Bevölkerung bereit wäre, das Gleiche zu tun. Bei einer Intensivierung der Militäroperationen erwartet man weit höhere Zahlen.

Erst Kolumbien, dann Mexiko...

Sollte der *Plan Kolumbien* kein grünes Licht bekommen, orakeln die BefürworterInnen schon mal dunkle Szenarien. So etwa die kalifornische Senatorin Dianne Feinstein: „Wenn Kolumbien in die Hände einer Allianz des Drogenhandels mit der linken Guerilla fällt,

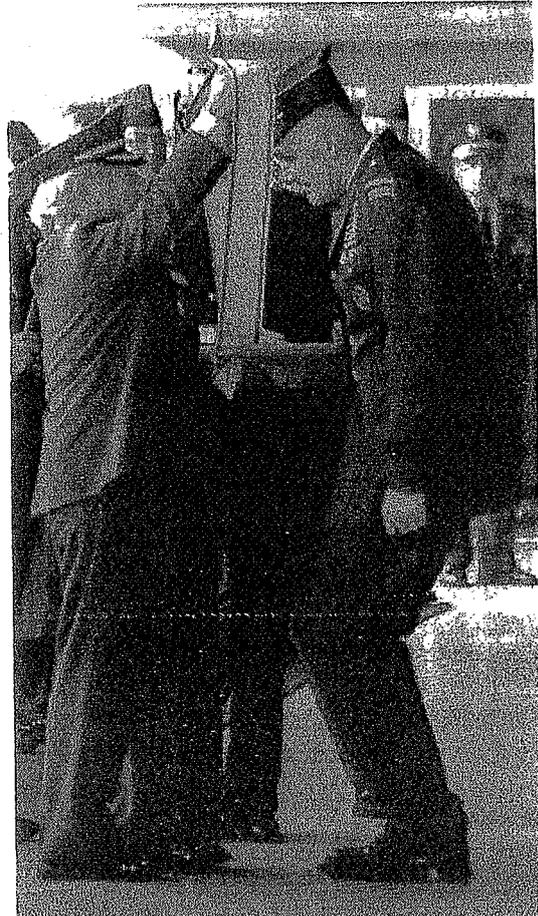
dehnt sich das Problem auf Mexiko aus.“ Noch bizarrer gibt sich Senator Bob Graham aus Florida. Er sieht gleich den halben Kontinent in Gefahr, sollte Kolumbien fallen.

Eines wird deutlich: Der *Plan Kolumbien* zeigt schon jetzt seine Auswirkungen, ob im US-amerikanischen Wahlkampf oder in Kolumbien. Dabei spielt es keine Rolle, ob das jetzige Finanzpaket von den USA abgesegnet wird oder nicht.

Irgendeine Form der Finanzierung des kolumbianischen Militärs wird es wohl dennoch geben. Dafür sind die Stimmen in diese Richtung nur allzu deutlich. Sollte der aktuelle *Plan Kolumbien* erfolgreich durch die US-Instanzen gehen, werden die USA weit mehr als bisher in den Konflikt involviert sein.

Was einige euphorisch als konsequente Drogenbekämpfung feiern, sehen kritische Stimmen als neues Vietnam am Horizont heraufziehen. So stellt etwa die *Washington Post* die Frage: „Wo ist das Vietnam-Syndrom, wenn wir es brauchen?“

Und in Kolumbien selbst? Präsident Pastrana wird vermutlich unruhige Tage verbringen. Zu viel



Henry Shelton, ranghoher US-General, bei einer dreitägigen Visite in Kolumbien Ende März

steht für ihn auf dem Spiel. Sollten sich die Republikaner damit durchsetzen, die Kolumbiengelder erst in den Haushalt 2001 einzuplanen, hätte er nur noch etwa ein Jahr seiner Amtszeit zur Verfügung, um mit der Umsetzung des Milliardenprojekts beginnen zu können. Wer weiß schon, wer danach Präsident wird und vor allem, was noch alles davor passieren wird. Jedenfalls hat er seine halbe Ministerriege in Richtung USA in Gang gesetzt, um für seinen Plan zu werben.

Tommy Ramm

Altbekannte Methoden in neuer Auflage

DER VERLOGENE KRIEG

Die USA planen unter dem Vorwand der Drogenbekämpfung eine massive Intervention in Kolumbien.

Von John Pilger^{1*}

Nach ihrem Angriff auf den Balkan planen die USA eine massive Intervention in Kolumbien. Die Clinton-Administration entschloss sich, die Einwilligung des Kongresses für ein 1-Milliarden-Dollar-Hilfspaket für die Regierung von Andrés Pastrana in Bogotá zu suchen. Dies für einen US-geplanten Low-Level-Luftkrieg mit Blackhawk-Helikoptern, Satellitenüberwachung und Splitterbomben. "Es handelt sich um die gleiche Politik", sagt Amnesty International, "die in den 80-er Jahren die Todeschwadronen in El Salvador unterstützte." Die gleiche Politik, die den Krieg in Vietnam begann.

Kolumbien erhält mehr Waffen und Gerät aus den USA als irgendein anderes Land, nach Israel und Aegypten. Vergangenen Mai enthüllte die Washington Post die Schlüsselrollen von 200 US-Militärs im Krieg gegen die Guerillas des kolumbianischen Volkswiderstandes, welche ein Gebiet so gross wie die Schweiz kontrollieren. Die Rechtfertigung für einen Frontalangriff gegen den Widerstand fiel in Washington so lange schwierig aus, bis der "Drogenkrieg" die "sowjetische Bedrohung" ersetzte und ein neuer Feind herauf beschworen war: die "Narcoguerilla".

Die Heuchelei der US-Antidrogenkampagnen geht auf die 70-er Jahre zurück, als der Kongress die US-Hilfe für repressive lateinamerikanische Polizeikräfte beschnitt und gleichzeitig die sog. Antidrogenhilfe ungefähr im gleichen Ausmass erhöhte: eine damals kaum zur Kenntnis genommene Fingerfertigkeit. "Damit die Hilfe weiter fiesse", schrieb Peter Dale Scott in seinem Buch 'Cocaine Politics', "halfen korrupte lateinamerikanische Politiker das Gespenst einer drogenfinanzierten Narcoguerilla zu erfinden, einen Mythos". Er zitiert einen US-Offizier, der meint, "jenen Kirchen- und akademischen Gruppen, die den Aufstand in Lateinamerika sklavisch



unterstützt haben", sei am besten damit entgegen zu treten, dass sie "auf die falsche Seite der moralischen Frage" versetzt würden.

Weil Coca von den ärmsten Bäuerinnen und Bauern als ihr einziges Überlebensmittel produziert wurde, wurden die von ihnen unterstützten Guerillas in einem Pseudo-"Krieg gegen die Drogen" angegriffen – während die Drogenkartelle und ihre Alliierten in der Armee gestärkt wurden. Dies gehörte zur US-Strategie seit den 60-er Jahren, als eine geheime US-geführte "Force X" die Guerillas infiltrierte und Grausamkeiten verübte, die dann den Aufständischen angelastet wurden. In Vietnam vom unsäglichen CIA-Obersten Edward Lansdale lanciert, wurde dieses Mittel auch in Indonesien während des von der CIA unterstützten Blutbades angewandt, das Suharto an die Macht brachte.

Was Washington in Südamerika am meisten fürchtet, ist nicht eine Droge, sondern die Kontrolle über die kritische nordöstliche Ecke des Kontinentes zu verlieren,

nach dem widerwilligen Rückzug der US-Militärs vom Panamakanal Ende Jahr. Verschärft wird das durch den populären Nationalismus der Reformregierung von Hugo Chávez im ölreichen Venezuela. Bisher waren die USA im Stande, Panamá mit der offenen Drohung einer in Sachen Grausamkeit mit jener vergleichbaren Invasion unter Kontrolle zu halten, welche Präsident Bush 1990 unter dem Vorwand angeordnet hatte, General Noriega zu verhaften, Staatsoberhaupt, Drogendealer und vormaliger Freund von George Bush, als der die CIA leitete. Beim US-Angriff wurden mindestens 20'000 panamesische ZivilistInnen getötet. Falls der Volkswiderstand in

Kolumbien "pazifiziert" werden kann, könnte Venezuela wieder traditioneller Unterwürfigkeit zugeführt werden.

In Kolumbien allerdings geht die Kontrolle über die Ereignisse verloren. Letzten Monat legte ein Generalstreik fast die Städte lahm. Zehntausend Indígenas blockierten den Süden; die Mehrheit der Oberstufen- und UnistudentInnen verliessen ihre Unterrichtssäle. Wie fast in ganz Lateinamerika, wird auch die kolumbianische Ökonomie vom IWF gelenkt. Fast das halbe Inlandprodukt geht für Zahlungen an unbezahlbare Schulden drauf, während die Pastrana-Regierung den Grossteil der Infrastruktur, von der Telekommunikation bis zur Wasserversorgung, zwar tief unter ihrem Preis, aber zu teuer für einheimisches Kapital, ausverkauft. Profiteure sind, wie immer, US- und andere westliche Multis. In dieser Hinsicht ist einfach die Globalisierung am Werk, ein Krieg der Reichen gegen die Armen.

Gewalt ist konstant, mit mehr als 2000 ermordeten GewerkschafterInnen und Tau-

senden "zum Verschwinden gebrachter" und umgebrachter durch drogendealende Paramilitärs, die wie ihre Pendants in Osttimor, oft ununterscheidbar sind von den für zivile Repressionseinsätze ausgebildeten Militärs – viele davon in den USA geschult. Ein Bericht der Human Rights Watch sagt, dass Armeeoffiziere, welche paramilitärische Gewalt geplant und ausgeübt haben, "befördert und belohnt worden sind und jetzt die höchsten Positionen der kolumbianischen Armee besetzen."

Auch die Brits zeigen Flagge. Die Regierung Blair bewilligte Waffenverkäufe an die kolumbianischen Militärs – Munition, Granaten. British Petroleum, dessen

kleinen Teil der privaten Gläubiger nicht mehr termingerecht leisten zu können. Erstaunlicherweise konnte Präsident Jamil Nahuad dabei auf offensichtliches Wohlwollen Washingtons und des IWFs zählen, der mit einem 1,5 Milliarden-Dollar-Kredit das internationale Rating des Landes stützte. Was meist als hoffnungsfrohes Signal der Washingtoner Gewalten interpretiert wurde, dass künftig auch Private ihren Obolus ans internationale Schuldenmanagement zu entrichten hätten, hat aber zumindest einen weiteren Hintergrund. Am 12. November signierten die USA und Ecuador einen 10-Jahresvertrag, der die Luftwaffenbasis Manta faktisch den USA überantwort-



früherer Vorsitzender, Lord Simon, den Übergang zu Blairs Minister für Wettbewerb easy schaffte, "ist das aggressivste Ölunternehmen in Kolumbien", sagt die nationale Gewerkschaft. Eine Recherche von ITVs 'World in Action' hatte ergeben, dass BP frühere britische SAS-Elitesoldaten für die Ausbildung von Paramilitärs angeworben hatte. Die Gesellschaft bestritt die Anschuldigungen.

Als das Leiden der OsttimoresInnen endlich die Weihe der News-Würdigkeit erhalten und die Stärke der internationalen Öffentlichkeit einen Schimmer von Hoffnung und Freiheit gebracht hatte, war es für Abertausende zu spät, Opfer einer von faustianischen Partnern materiell unterstützten, sogar formulierten Politik. Sie sollten mit noch mehr Desselben in Kolumbien nicht ungeschoren davon kommen.

Nachtrag

Vor wenigen Wochen erklärte die Regierung Ecuadors, angesichts der untragbaren Schuldenlast die Zahlungen an einen

tet. Die Basis war schon seit einigen Monaten von den US-Armed Forces angemietet worden. Manta scheint im Konzept der nachrichtendienstlich-militärischen Einkreisung des kolumbianischen Widerstandes das zu sein, was in den 80-er Jahren die US-Basis Palmerola in Honduras für den Krieg gegen die Sandinistas und die salvadorianische Guerilla dargestellt hatte: Kommandozentrale der militärischen Konterrevolution.

* Übersetzung und Nachtrag: Dieter Drüssel

¹ Abgedruckt in *The Guardian*, 19.12.99. John Pilger, einer der grossen linken Journalisten, hatte zuerst aus Asien, später aus dem bombardierten Irak gegen die systematische Lüge der internationalen Warlords angeschrieben. Er gehörte zu den wenigen britischen Medienschaffenden, die sich nicht in die Kosovo-kriegshetze hatten einspannen lassen, was ihm Schwierigkeiten in seinem Blatt einbrachte, dem "linksliberalen" *Guardian*.

Pressecommuniqué des Netzwerkes
Resistencia, 12. Oktober 1999, Zürich

Kundgebung gegen die US-Intervention in Kolumbien und zur Unterstützung des Friedensprozesses

In Antwort auf einen von verschiedenen politischen, sozialen und Volksorganisationen aus Kolumbien und Lateinamerika lancierten internationalen Aufruf kamen in der Bahnhofstrasse, einer der luxuriösesten Strassen Europas und Ort eines globalen Finanzplatzes, mehrere Dutzend Menschen zusammen. Sie protestierten gegen die wachsende Militärintervention der USA in Kolumbien. Den Protest hat das Netzwerk Resistencia mit der Unterstützung verschiedener Gruppen aus den Bereichen Politik, Soziales, Menschenrechte, Solidarität und Alternativmedien organisiert.

Die DemonstrantInnen zogen vom Paradeplatz zur Max-Bill-Plastik auf der Bahnhofstrasse. (...) Sie trugen Ponchos mit antiimperialistischen Slogans und Fotos von Opfern des schmutzigen Krieges und des Staatsterrorismus' in Kolumbien.

An der Kundgebung nahmen auch KandidatInnen des an den kommenden Wahlen teilnehmenden Linken Bündnisses teil sowie VertreterInnen von Soliorganisationen mit den weltweiten Widerstands- und Befreiungskämpfen, politischer Flüchtlinge, antirassistischer Gruppen und von Gewerkschaften.

Anjuska Weil, zuständig für die internationalen Beziehungen der PdA, richtete eine Grussbotschaft an die kolumbianischen KommunistInnen und die TeilnehmerInnen des Internationalen Aktionstages. (...)

Die Kundgebung (...) schloss eine Reihe von Aktivitäten der letzten Woche ab, welche zum Ziel hatten, in der Schweiz über die realen Ziele und Hintergründe der US-Politik in Kolumbien zu informieren. Die Teilnahme von Lucas Gualdrón von der Politisch-Diplomatischen Kommission der FARC-EP an einigen Diskussionsanlässen gestattete es, die Position der kolumbianischen Guerillabewegung aus erster Hand kennen zu lernen. (...)

Die Aktivitäten wurden unterstützt von: Asociación Identidad Americana Zürich, ASOPAZ Schweiz, Colonia Libera Italiana Zürich, Euskadi-Komitee Zürich, Infoladen Kasama Zürich, Komitee Stopp dem Rassismus Zürich, Netzwerk RESISTENCIA Zürich, Radio LORA, Mediengewerkschaft COMEDIA, Patriotische Revolutionäre Organisation Bethnahrin (PROB), TKP Zürich, Partei der Arbeit Zürich, Partei der Arbeit Basel (1944), Partei der Arbeit Schweiz, Proletkult Zürich, Vereinigung Schweiz-Cuba Zürich, 1. Mai-Komitee Zürich, Zentralamerika-Sekretariat (ZAS) Zürich.

Die USA haben Kolumbien den Krieg erklärt



D

ie Vereinigten Staaten verteidigen ihrer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen. Dafür setzen sie politischen Druck, ihre Macht, Ausgrenzung,

Zerstörung, Erpressung und Verbrechen, die vom CIA, der DEA oder dem Pentagon begangen werden, ein. Sie begehen diese Verbrechen unter jedem erdenklichen Vorwand. Dazu gehören auch der »Kampf gegen den Drogenhandel« oder der »Schutz der Menschenrechte«. Dabei stützen sie sich auf diejenigen in der Regierung, die ihrem System auf Knien dienen, indem sie die Forderungen der sogenannten Gerechtigkeitsliebenden gegen die Bevölkerung von Kolumbien erfüllen. In speziellen Schulen bilden sie Militärs zu hervorragenden Folterern, Mördern und Experten in der Ausübung grausamer Verbrechen an der zivilen unbewaffneten Bevölkerung aus. Damit gelingt es ihnen, den Terror und

ihre Position als Weltpolizei aufrechtzuerhalten.

Die verdeckte und auch offene Präsenz von amerikanischen Militärberatern in unserem Vaterland ist nicht neu. Ebensovienig wie die finanzielle Hilfe in Höhe von Millionen Dollar, die Hilfe mit Helikoptern und Flugzeugen für den Kampf gegen die Guerilla der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens.

Das haben sie schon seit von Marquetalia, wo der bewaffnete Kampf 1954 begann, an getan. Und sie haben es während der ganzen 35 Jahre des revolutionären Kampfes gegen den Staat und die Regierung fortgeführt.

Was wir heute erleben, ist das, was sie schon immer getan haben. Das Besondere besteht heute darin, daß sie die Medien dazu einsetzen, die offensichtliche Intervention von Männern, Millionen von Dollar, Waffen, Technik, Flugzeugen und Helikoptern zu organisieren. Dieser offene Krieg richtet sich nicht mehr nur gegen die Guerilla der FARC-EP, sondern gegen das gesamte Volk. Sie verletzen die Souveränität Kolumbiens und das mit der Billigung des Herrn Präsidenten Andrés Pastrana und seiner Regierungstruppe.



Wir haben uns zu unterschiedlichen Zeitpunkten eindringlich an das nordamerikanische Volk und die amerikanischen Autoritäten gewandt, um ihnen verständlich zu machen, daß die permanente Einmischung auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet in die internen Konflikte der Kolumbianer für beide Völker höchst unangebracht und gefährlich ist. Heute wenden wir uns durch unsere internationale Zeitung erneut an das Brudervolk in den Vereinigten Staaten, an die Parlamentarier und demokratischen Politiker, die Friedensgesprächen ohne Druck und Interventionen aufgeschlossen gegenüber-

berstehen. Wir wenden uns an sie, damit sie mit ihrer Intelligenz, Autorität und Sensibilität dazu beitragen, größeren Schmerz, Haß und Not unter den Völkern der USA und Kolumbiens zu verhindern.

Die FARC-EP als bewaffneter Teil des Volkes sind sich sicher, daß der wahre, dauerhafte Frieden, für den wir an der Seite der Notleidenden Kolumbiens kämpfen, in dem Maße erreicht wird, in dem die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten, die aus der internen Konfrontation in Kolumbien resultieren, verschwinden.

Wir wollen ebenfalls betonen, daß wir die Intervention der Yankees in unserem Vaterland strikt ablehnen. Wir erfahren in dieser Haltung Unterstützung, Respekt und Verständnis von der Mehrheit der Regierungen und Bevölkerungen von Europa, Lateinamerika und der Karibik. Zudem verurteilen wir aufs heftigste die Unterwürfigkeit und Würdelosigkeit der regierenden Klasse in Kolumbien, die sich gehorsam vor den barbarischen Interventionisten und Vergewaltigern der nationalen Souveränität Kolumbiens auf die Knie wirft vor dem Imperium der Vereinigten Staaten.



KOLUMBIEN BEWEGT SICH WIEDER

In den Friedensprozeß ist Bewegung geraten; erstmals wird von Regierung und Guerilla ein Waffenstillstand diskutiert. Aber die USA rüsten mit Milliarden die Armee auf, und entführt und ermordet wird weiter wie in schlimmsten Zeiten.

Kürzlich fand in Madrid an der Universität Alcalá de Henares ein Symposium zum Friedensprozeß in Kolumbien statt, zu dem auch namhafte Vertreter der kolumbianischen Konfliktparteien geladen waren. Etwa der Ex-Senator Fabio Valencia Cossio, engster Mitarbeiter von Präsident Andrés Pastrana. Dieser beging in Madrid die Unvorsichtigkeit, nach Einschätzung von Carlos Castaño, dem Chef der Paramilitärs (Vereinigte Selbstverteidigungsgruppen von Kolumbien, AUC), „an vorderster Stelle subversive Interessen zu verteidigen“ und „schweigend die Streitkräfte und die AUC des Rauschgift-handels zu beschuldigen“ (gemeint ist damit, sich gegen diese Beschuldigung nicht ausdrücklich gewehrt zu haben). Weiters habe der Senator die Positionen von Raul Reyes, Mitglied des Oberkommandos der FARC (Bewaffnete Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens), „vehementest“ verteidigt.

Der lange Arm der Paramilitärs

Wenig später, am 13. Juni, erhielt Fabio Valencia Cossio einen Brief von Carlos Castaño, in dem ihn dieser wegen seines Verhaltens in Madrid direkt bedroht. Der AUC-Führer beschuldigte darin auch andere Regierungsverhandler, mit den FARC „zu großzügig“ zu sein. Der Intimus des Präsidenten wußte, daß mit diesem Brief nicht nur sein Leben, sondern auch das seiner Familie gefährdet war, und forderte staatlichen Schutz an. Keine Kleinigkeit, bei einer Gattin, vier Kindern, Mutter, 12 Geschwistern und deren Familien ...

Einen Tag darauf erhielt der Chef-friedensunterhändler des Präsidenten, Camilo Gómez, einen ähnlichen Brief von Castaño mit dem Vorwurf, den

FARC zu viele Konzessionen zu machen.

Eine Woche später, das Abgeordnetenhaus diskutierte gerade, wie das Leben von Valencia Cossio und seiner Familie und das der Verhandler auf Regierungsseite vor den Angriffen der AUC besser geschützt werden könnte (von jenen Verbänden also, deren enge Zusammenarbeit mit der Armee in vielen Untersuchungen festgestellt wurde!), überfiel ein Dutzend Pistoleros den jüngeren Bruder von Fabio und Abgeordneten Guillermo León Valencia Cossio in Medellín, hielt seinen Begleitschutz in Schach und entführte den Politiker.

Der Rechtsanwalt Guillermo León Valencia C. ist Mitglied der Friedenskommission des Landesparlaments von Antioquia und Befürworter der Schaffung einer „Entspannungszone“ auch für die ELN im Süden des Departements Bolivar, um den Friedensprozeß auch mit dieser zweiten Guerillagruppe voranzutreiben.

Einen Tag nach der Entführung verlas Castaño persönlich im großen Rundfunksender RCN ein Kommuniké und kündigte darin die Freilassung des Entführten an, „sobald die Verhandler der Regierung ernsthaft für die Verteidigung und den Schutz der legitimen Interessen der kolumbianischen Nation eintreten“. Präsident Pastrana berief seine Verhandlungsführer zu sich, und diese erklärten, sich den Erpressungen der AUC nicht beugen zu wollen, da ansonsten der Friedensprozeß zum Scheitern verurteilt wäre.

Am 23. Juni wurde Guillermo León wieder freigelassen. Die Paramilitärs haben mit dieser Aktion wieder einmal versucht, in den Friedensprozeß aktiv einzugreifen und als beteiligte Kraft mit „politischem Status“ akzeptiert zu werden.

Plan Colombia: Ja aus den USA

Mit selten gekannter Einmütigkeit – 95 Pro- und nur 4 Gegenstimmen – billigte nun auch der Senat den über ein halbes Jahr lang diskutierten *Plan Colombia* (siehe Panorama Nr.3/00). Die Gesamtsumme liegt wohl um einiges

unter den von der Regierung Pastrana gewünschten 1,6 Mrd. Dollar – 1,043 Mrd. auf zwei Jahre; der Kongreß hatte im März 1,337 Mrd. bewilligt. Diese Reduzierung gründet aber vor allem darin, daß nun statt der 30 sündteuren *Black Hawk*-Hubschrauber (mit einem Stückpreis von 12,8 Mio \$) 75 *Huey* UH1H-Helikopter geliefert werden (Stückpreis 1,8 Mio.). Erhöht wurden in dem vom Senat approbierten Maßnahmenpaket die Ausgaben für den Schutz der Menschenrechte, den Rechtsschutz und den Friedensprozeß.

Da der Kongreß und der Senat verschiedene Summen für den „Plan Colombia“ approbierten, muß nun ein aus Vertretern beider Körperschaften bestehendes Komitee einen Kompromißvorschlag ausarbeiten, der dann Präsident Clinton zur Unterschrift vorgelegt wird.

Der Großteil dieses hauptsächlich von US-Experten ausgearbeiteten Plans der kolumbianischen Regierung (!) ist für – militärische – Drogenbekämpfung vorgesehen, und viele Beobachter befürchten, daß diese Aufrüstung der Armee einer Intensivierung des Krieges gegen die Guerilla dienen wird. US-Regierungsstellen bekräftigen immer wieder, sie würden die ausschließliche Verwendung ihrer Gelder für den Antidrogenkampf genau überprüfen, doch dürfte angesichts der Tatsache, daß viele der Koka-Plantagen im Einflußbereich der FARC liegen, eine Trennung in Drogen- und Guerilla-Bekämpfung in der Praxis schwerfallen.

Am 29. und 30. Juni, trafen sich in der „Entspannungszone“, jenem Gebiet im Süden des Landes, dessen Kontrolle seit über einem Jahr offiziell den FARC überlassen wurde, hunderte VertreterInnen von Regierungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, um über Maßnahmen zur Drogensubstitution zu diskutieren. Dieses Treffen, zu dem von Regierung und FARC RepräsentantInnen von 21 Ländern – u.a. auch die österreichische Botschafterin in Bogotá – und aus Kolumbien selbst eingeladen waren, war eine jener ‘Audiencias’, bei denen im Verlauf des Friedensprozesses wichtige gesellschaftliche Themen öffentlich diskutiert werden.

: KOLUMBIEN

Skepsis in Europa

Am 7. Juli begann in Madrid die große Geberkonferenz der EU-Länder – einschließlich Japans und Kanadas –, bei der über die „europäische Variante“ des „Plan Colombia“ verhandelt wurde. Auch hier wurde über ein Abkommen in der Höhe von über 1 Mrd. Dollar diskutiert, die in erster Linie für sozial- und entwicklungspolitisch orientierte Projekte ausgegeben werden sollen. Angesichts der in Europa sehr regen Kritik an der kolumbianischen Menschenrechtspolitik und den Korruptionsskandalen hatten es die Regierungsvertreter aus Bogotá schwer, Zusagen zur Finanzierung ihrer Wunschliste zu erhalten: Nur das Gastgeberland Spanien und Norwegen stellten Mittel in Aussicht.

Unzufriedenheit herrscht in Europa auch darüber, daß die USA die militärische Seite des „Plan Colombia“ finanzieren, während die „sanfte“ europäische Variante sozusagen zur demokratischen Legitimation dieses Plans zur Rettung des kolumbianischen Regimes dienen soll.

Waffenstillstand in Diskussion

Eine substantielle Veränderung im langwierigen und schwierigen Friedensprozeß bedeutet die Tatsache, daß erstmals die Möglichkeit eines Waffenstillstands zwischen der Regierung und den FARC als von beiden Seiten akzeptierter Diskussionspunkt in die Verhandlungen Eingang findet. Bisher hatte die größte Guerillaorganisation des Landes stets von „Verhandlungen mitten im Krieg“ gesprochen und es abgelehnt, einen Waffenstillstand auch nur anzudiskutieren.

Am 3. Juli haben beide Konfliktparteien einander ihre Vorstellungen über einen Waffenstillstand in einem geschlossenen Kuvert überreicht. Man darf gespannt sein, ob die darin enthaltenen Forderungen und Bedingungen genügend Spielraum für eine Annäherung in diesem bislang heikelsten Punkt der Friedensgespräche lassen. □

Werner Hörtner

Frieden – für wen?

D

ie Hoffnung auf Frieden ist in Kolumbien ebenso groß wie im Ausland.

Die Unternehmer auf dem Land wie in den Städten erseh-

nen den Frieden. Die Militärs, die Führungen der Regierungsparteien, die großen Medienbesitzer, nationale und internationale Investoren bis hin zu den Paramilitärs, alle wollen sie den Frieden. Ebenso drängen CIA, die DEA, das Pentagon, die Herren Helms, McCaffrey und Wilhelm, die Global Players auf Frieden, sei es durch Blut und Feuer oder durch Kapitulation.

Die Armen und die Guerilleros, deren Heer täglich wächst, das gesamte kolumbianische Volk, kämpfen täglich für einen Frieden, wie sie ihn verstehen: einen Frieden mit sozialer Gerechtigkeit.

Kolumbien ist ein tropisches Land mit rund 40 Millionen Einwohnern und einer Ausdehnung von 1 141 148 Quadratkilometern an der Pforte zu Südamerika, an seine Küsten schlagen der Atlantische Ozean und der Pazifik. Drei Bergketten durchziehen das Land, zwischen denen und anderen Bergformationen weite Täler, Ebenen und Wälder liegen, die alle erdenklichen klimatischen Gegebenheiten schaffen. So ist es möglich, über das gesamte Jahr eine breite Palette landwirtschaftlicher Produkte anzubauen. Dazu kommt ein enormer Reichtum an Fischarten und Nutztieren. Kolumbien nimmt mit mehr als 1 750 Tierarten den vierten Platz weltweit ein. Das Land verfügt über zahlreiche Bodenschätze: Erdöl, Gold, Smaragde, Kohle, Marmor, Nickel und andere Bodenschätze können gewonnen werden. All dies ist, zusammen mit den intellektuellen und handwerklichen Fähigkeiten der Kolumbianer, der Schatz dieses Volkes.

Die herrschenden Klassen, geleitet von den Spitzen der Liberalen und Konservativen, haben ein politisches System und einen repressiven Herrschaftsapparat errichtet, der die anderen sozial ausschließt und diskriminiert. Großzügig und zugleich unterwürfig gegenüber dem US-Imperium und den korrupten und machtgerigen politischen Jongleuren der Welt, die sich unser nationales Erbe aneignen.

Diesem Grundsatz folgend führen sie Kolumbien zur größten Erniedrigung, Demütigung und

Schande, indem sie unter dem Vorwand des Friedens den Bruch der nationalen Souveränität erlauben, um so die immensen Reichtümer unseres Landes weiter ungestört plündern zu können.

Wenn wir also fragen: »Frieden – für wen?« stoßen wir auf die Interessenunterschiede, die ein umfassendes Handeln ebenso verhindern wie eine nationale Aussöhnung und das Erreichen eines wirklichen und dauerhaften Friedens.

Frieden setzt den politischen Willen dazu voraus. Die Rechte und Pflichten, Teilhabe an sozialer Gerechtigkeit, Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität sind nötig, um die Ursachen auszuräumen, die zur Krise und zu dem Krieg unter Kolumbianern geführt haben.

Der Frieden wird von den Millionen Landsleuten erwartet, die jeden Tag mit Zwängen konfrontiert werden, ohne die Möglichkeit zur Lösung der Probleme geboten zu bekommen, die der Ausbeutungspolitik, dem Raub und der Plünderung unseres Eigentums geschuldet sind. Diese Situation steht in klarem Widerspruch zum Leben der

Minderheit, in deren Händen das Land liegt. Das Erlangen des von allen so ersehnten Friedens ist also ein sehr komplexes Vorhaben.

Der Frieden der Herrschenden ist nicht der Frieden der Beherrschten. Die FARC-EP halten unbeirrt und unerschütterlich an der Pflicht fest, unermüdlich für den Frieden der Beherrschten zu kämpfen.

Das Erlangen des Friedens setzt den politischen Willen dazu voraus. Die Aufteilung von Rechten und Pflichten, die Garantie sozialer Gerechtigkeit, Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität sind nötig, um die Ursachen auszuräumen, die zur Krise und zu dem Krieg unter Kolumbianern geführt haben.



Malerei der Ureinwohner aus Tiguna, Provinz Cotopaxi

DER US-„PLAN COLOMBIA“ UND DIE SOUVERÄNITÄT LATEINAMERIKAS

Ein Diktat auf Englisch

Der „Plan Colombia“ sei „anti Drogen“ und „pro Frieden“ sagte Clinton anlässlich seines Staatsbesuchs am Mittwoch – und allein, dass er und Kolumbiens Präsident Pastrana das so häufig wiederholen, macht misstrauisch. Es gibt Dementis, die bedeuten das Gegenteil. Tatsächlich geht es beim 1,3-Milliarden-Dollar-Hilfspaket für Kolumbien nur zum kleineren Teil um Drogen. Vielmehr soll die massive US-Unterstützung dem kolumbianischen Militär ermöglichen, die von der Farc-Guerilla kontrollierten Gebiete zurückzuerobern. Mit Drogenbekämpfung hat das wenig zu tun – denn in dieses Geschäft sind nahezu alle gesellschaftlichen Sektoren verwickelt, nicht nur die Guerilla.

Der Plan Colombia ist der Versuch, den verfahrenen Krieg gegen die Guerilla wieder führbar und gewinnbar zu machen. Und es scheint dabei um mehr zu gehen, als die Farc einfach nur an den Verhandlungstisch zu bekommen – die Militärplaner wenigstens träumen von ihrer Zerschlagung. Die USA selbst wollen dabei nicht sichtbar werden, eigene Truppen sollen nicht zum Einsatz kommen – es handelt sich, so Clintons Diskurs, um einen rein innerkolumbianischen Konflikt, die USA helfen lediglich bei der Drogenbekämpfung.

Diese US-Politik gegenüber Kolumbien erinnert an ganz alte Spielchen des Hegemonieerhalts über den lateinamerikanischen Hinterhof. War es frü-

her der Kampf gegen die „kommunistische Gefahr“, mit der die Vereinigten Staaten die Aufrüstung lateinamerikanischer Militärs und Despoten sowie ihr eigenes Eingreifen begründeten, so ist dieses Argument spätestens seit der Panama-Intervention Ende 1989 durch die Drogenbekämpfung abgelöst worden.

Jahrelang haben die USA Kolumbien jedes Jahr aufs Neue im März die so genannte Certification verweigert – jenes Testat, das belegen soll, dass die Regierung ausreichend in der Drogenbekämpfung mitgearbeitet hat. Daraufhin wurden internationale Finanzmittel für Kolumbien blockiert. Jetzt hat die US-Regierung Hand in Hand mit Präsident Pastrana einen neuen Plan durchgesetzt – ein Diktat auf Englisch. Der Effekt ist der gleiche: Die Weltmacht aus dem Norden manifestiert ihren Herrschaftsanspruch.

Nur zögernd haben Kolumbiens Nachbarländer den US-Plänen zugestimmt – zu groß ist die Angst, in den Krieg, der da bevorsteht, mit hineingezogen zu werden. Auf ihrem Gipfel in Brasilia, der gestern begann, werden sich die südamerikanischen Staatschefs bemühen, so viel Souveränität wie möglich zu zeigen. Einen ernsten Konflikt mit den USA aber können sie sich alle nicht leisten. Lateinamerikanische Souveränität hat auch im neuen Jahrtausend ihre Grenzen.

BERND PICKERT

taz 1. September 2000

kolumbien:

konfrontation statt friedens- gespräche?

Nach einer achtmonatigen Spezialausbildung in den USA ist nun seit dem 14. September 1999 das tausend Mann starke Anti-Drogen-Bataillon geschult und einsatzbereit, um vor allem im Süden Kolumbiens verstärkt den Kampf gegen Koka- und Mohnanbau, Drogenproduktion und -handel aufzunehmen. Erstmals wird damit die Drogenbekämpfung grundsätzlich von der nationalen Polizei an die Armee übertragen. Mit Hilfe dieser schlagkräftigen Einheit, die weiterhin von 50 US-Ausbildern betreut wird, soll nicht nur endlich effektiv die Drogenkriminalität bekämpft, sondern gleichermaßen die Bekämpfung der Guerilla forciert werden. Mit besonderem Nachdruck argumentiert der Drogenbeauftragte der US-amerikanischen Regierung McCaffrey, daß sich die Guerilla durch Drogenproduktion und -handel finanziere. Der Geschäftsführer der DEA (*Drug Enforcement Administration*), Donnie Marshall, erklärte

hingegen, daß ihm kein einziger Fall vorliege, der ihn zu der Schlußfolgerung veranlasse, die Guerrillabewegung FARC (*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia*) betreibe organisierten Drogenhandel. Das Einsatzgebiet, die Provinz Putumayo im Süden Kolumbiens wird bekanntermaßen von der FARC kontrolliert. Für unabhängige Beobachter ist damit offensichtlich, daß die USA mit einer neuen Variante ganz entscheidenden Einfluss auf die inneren Angelegenheiten Kolumbiens nehmen werden, das von der US-Regierung als Krisengebiet ersten Ranges in der Region betrachtet wird und damit hinter Israel und Ägypten an dritter Stelle der US-Militärhilfe mit rund 300 Millionen US-Dollar für das Jahr 1999 unterstützt wird. Ebenfalls sollen bereits 300 Angehörige der US-amerikanischen Sicherheitsbehörden in Kolumbien stationiert sein. Die Fortführung der seit Ende Juli ausgesetzten Friedens-

gespräche zwischen Regierung und FARC ist somit unwahrscheinlich. Die Verhandlungen scheiterten bislang an der Ablehnung einer internationalen Beobachtergruppe durch die FARC. Das neue Bataillon und der *plan colombia* von Pastrana, den er während der 52. UN-Vollversammlung US-Präsident Clinton vorgestellt hatte und dessen wesentlicher Inhalt die Verbindung von Drogen- und Guerillabekämpfung darstellt, erschweren nun zusätzlich eine Wiederaufnahme der Gespräche. Ende September erklärte die FARC öffentlich, daß sie von seiten der Regierung keine entscheidenden Beweise für eine Fortführung der Friedensbemühungen sehe, sondern ganz im Gegenteil, die Regierung eine durchaus kriegerische Haltung einnehme, die zu einem Bürgerkrieg führen könnte, dessen Folgen nicht abzusehen wären.

Kathy Ziegler

kolumbien: internationale unterstützung

Nachdem der kolumbianische Präsident Pastrana im vergangenen Jahr noch vergeblich mit seinem Plan Colombia in Europa hausieren ging, konnte er auf der internationalen Konferenz am 6. und 7. Juli in Madrid 871 Millionen Dollar kassieren. Gastgeber Spanien spendete als einziges EU-Land 100 Millionen Dollar, um unmissverständlich die volle Unterstützung Aznars für Pastrana zu demonstrieren. Die USA konnte sich zu weiteren 250 Millionen Dollar zu den bereits vom Kongress bewilligten 1,3 Milliarden durchringen. Die Vereinten Nationen sowie Japan und Norwegen sagten ebenfalls finanzielle Hilfe zu, während sich die übrigen der 23 Teilnehmer-Länder bedeckt hielten. Internationaler Währungsfond, Weltbank, die Vereinigung der Andenländer für Entwicklung und die interamerikanische Entwicklungsbank werden Kredite gewähren. Mit dieser Finanzhilfe soll vor allem die soziale und wirtschaftliche Komponente des Plan Colombia gestützt werden. Der Plan Colombia umfasst insgesamt 7,5 Milliarden Dollar, von denen Kolumbien 5 Milliarden selbst stellen will. 2,5 Milliarden soll die Internationale Gemeinschaft drauflegen. Rund eine

Milliarde des bereits bewilligten US-Pakets soll allein für die militärische Aufrüstung dienen, daneben stehen 81 Millionen Dollar für alternative Entwicklung und 122 Millionen Dollar für Menschenrechtsaufklärung und die Stärkung des Rechtsstaats zur Verfügung. Die Zweifel der EU konzentrieren sich vor allem auf die Konzeption des Planes, der repressive Mittel bei der Drogenbekämpfung einsetzt. Die Zivilgesellschaft sei nicht eingebunden und die sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen des Plans seien zu gering. Ebensov wenig könne man die umweltschädlichen Besprühungen des illegalen Anbaus unterstützen, der weitreichende Auswirkungen für das Öko-System habe. Sollte Kolumbien die EU um Unterstützung bitten, würde man diese Hilfe vor allem politisch und wirtschaftlich gewähren. Die Stärkung der demokratischen Institutionen und des Rechtsstaates, Achtung der Menschenrechte und des Umweltschutzes würden dabei im Vordergrund stehen. Bei der Drogenbekämpfung vertritt die EU ihr eigenes Konzept, das vielmehr auf nachhaltige Substitution des illegalen Anbaus durch

Entwicklungszusammenarbeit setzt. Im September soll in Bogotá ein Folgetreffen stattfinden, bei dem die EU ihre Unterstützung konkretisieren will. Heftige Kritik am Plan Colombia kommt vor allem aus dem Lager der Nichtregierungsorganisationen. Deren Hauptkritik liegt auf der Aufrüstung der kolumbianischen Armee, durch die eine Verschärfung des Konflikts zwischen Militär und Guerrilla sowie Guerrilla und Paramilitärs erwartet wird. Gerade die Bevölkerung werde sowohl den militärischen Auseinandersetzungen als auch den umweltschädlichen Besprühungen durch Pestizide zum Opfer fallen, die sich insbesondere auf den Süden des Landes konzentrieren, wo die Guerrilla die territoriale Gewalt ausübt. Der Plan Colombia zur Drogenbekämpfung sei nur der Deckmantel für den Kampf gegen die Guerrilla. Landflucht und die Zahl der Vertriebenen sowie Menschenrechtsverletzungen würden zunehmen. 10 Millionen Dollar hat die USA in ihrem Paket für die „erwartete Verschärfung der Gewalt“ (violencia) in Süd-Kolumbien vorgesehen. Vom 28. Juni bis 01. Juli stellte die FARC 50 Delegierten aus 21 Ländern ihr Konzept der

Drogensubstitution in Villa Nueva Colombia, Los Pozos vor - inmitten der durch die FARC kontrollierten Zone. Die Unterstützung für das Projekt kam nicht zustande. Vielmehr kritisierten die Gäste vehement ihre Gastgeber und warfen diesen schwere Menschenrechtsverletzungen vor wie Entführung und Erpressung sowie Verschleppung und Rekrutierung Minderjähriger. Im Rahmen des Zusammentreffens berichteten ansässige Koka-Bauern über ihre wirtschaftliche Situation, die Motive des Koka-

Anbaus und die Folgen der umweltschädlichen Besprühungen aus der Luft. Viele Bauern beklagten die mangelnden Verkaufsmöglichkeiten regulärer Waren. Dagegen gibt es leicht erreichbare lokale Drogenmärkte, auf denen die Kokablätter umgeschlagen werden. Durch die Besprühungen aus der Luft werden auch die legalen Pflanzungen von Obst und Gemüse vernichtet und damit zunächst die Selbstversorgung wie auch der Ansatz eines alternativen Anbaus. Weite Landstriche seien durch diese Methode bereits verwüstet.

Vor allem die europäischen Vertreter waren sich darin einig, dass umfassende wirtschaftliche und soziale Strukturveränderungen neben Entwicklungsstrategien die einzige Antwort auf eine nachhaltige Lösung des illegalen Anbaus seien. So betonte auch der deutsche Botschafter Peter von Jagow, dass der alternative Anbau allein nicht ausreiche, sondern den Bauern durch eine Stärkung der Institutionen der Zugang zu den Märkten verschafft werden müsse.

Kathy Ziegler

17. November 1999

Kolumbien: FARC knüpfen massive Forderungen an Waffenstillstand

Köln, den 16.11.1999 (EL PAIS, EL ESPECTADOR)

EL PAIS, span., 16.11.1999, aus Cali

(Auszüge) "Die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia/FARC) haben ihre Einwilligung zum von Präsident Andrés Pastrana vorgeschlagenen Waffenstillstand an die Erfüllung konkreter Punkte geknüpft, bei denen es um Investitionen, soziale Entwicklung und die Nichtauslieferung von Kolumbianern an die Vereinigten Staaten von Amerika geht ...

Der Standpunkt der FARC wurde vom Koordinator des Themenkomitees der FARC, Iván Ríos, in der Entspannungszone bekanntgegeben ... Diese Stellungnahme ist die Antwort auf den Vorschlag, den Präsident Andrés Pastrana den Akteuren des kolumbianischen Konfliktes vor zwei Wochen unterbreitet hatte, als er diese nachdrücklich zu einem Waffenstillstand zwischen dem 15. Dezember und 15. Januar kommenden Jahres aufforderte, damit das Land das nächste Jahrtausend in Frieden beginnen könne.

Obleich sich verschiedene Kräfte im Lande gegen die Antwort der FARC aussprachen, da sie der Meinung sind, diese Forderungen könnten nicht bis zum 15. Dezember erfüllt werden, wiesen FARC-Sprecher darauf hin, dass 'das lediglich der Willen des Staates gefordert wird'. So äußerte sich Iván Ríos, der erläuterte: 'Das Wichtige ist das, was im Kommuniqué steht, und wenn sie es bei Licht betrachten, werden sie sehen, dass hier das Wesentliche steht, wenn die Regierung einen Waffenstillstand möchte'.

Kommuniqué

'Zur Kenntnisnahme der nationalen und internationalen Öffentlichkeit. Der Staat muss die gegen das Volk gerichteten Aktionen einstellen.

Bezüglich des Vorschlags, vom 15. Dezember bis 15. Januar die Waffen ruhen zu lassen, erklären die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens - Volksheer (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia - Ejército Popular/FARC-EP):

1. Im kolumbianischen Konflikt gibt es nur zwei Seiten: den Staat mit den Sicherheitskräften und seinen Paramilitärs, die mit dem schmutzigen Krieg der Regierung gegen das Volk und seine Organisationen - unter anderem auch die Guerillabewegung unter Führung der FARC-EP - beauftragt sind.
2. Der 30-tägige Waffenstillstand, um die Feierlichkeiten zum Jahresende zu begehen, bedeutet nicht nur, dass der Staat die Gewehre schweigen läßt, sondern auch folgende Verpflichtung der Nationalen Regierung:

17. November 1999

- Die Armen nicht mit noch mehr Steuern zu belasten.
- Keine weiteren Preiserhöhungen bei den Grundbedarfsgütern.
- Gerechte Neuanpassung des Mindestlohns.
- Regelung der schwerwiegenden Probleme im Krankenhaus- und Bildungsbereich zum Wohle des Volkes.
- Erfüllung der Wünsche der Arbeiter, die konkrete Lösungen in Bereichen wie dem Energie-, dem Verkehrs- und dem Bildungswesen fordern, wie auch der Wünsche der Einwohner des kolumbianischen Zentralmassivs.
- Staatliche Unterstützung für die Arbeitslosen ab Januar 2000 gemäß der Statistik des Nationalen Verwaltungsamtes für Statistik (Departamento Administrativo Nacional de Estadística/DANE).
- Fundierte Lösungen angesichts des Diebstahls, den das Finanzsystem an den Nutzern des Upac (Einheit mit konstanter Kaufkraft - MD) begeht.
- Sicherstellung der Rückkehr der Vertriebenen mit allen Garantien bis zum 15. Dezember.
- Verdeutlichung der Würde des Vaterlands und keine Billigung weiterer Auslieferungen von Landsleuten.
- Die Nationale Regierung muss die dreiste Militärintervention der US-Regierung in unserem Land stoppen.

Und dies sind nur die dringendsten Probleme.

3. Wenn der Präsident der Republik als Vertreter des Staates die gegen die Kolumbianer gerichteten Aktionen einstellt, sich verpflichtet, die vorgetragenen schwerwiegenden Probleme zu lösen und garantiert, dass nach Beendigung des Waffenstillstands nicht wieder Auftragsmorde an noch mehr wehrlosen Bürgern verübt werden, werden wir den bilateralen Waffenstillstand annehmen'."

EL ESPECTADOR, span., 16.11.1999, aus Bogotá

(Auszug) " ... Der politische Beobachter, Alfredo Rangel, hat die Reaktion der FARC als klare Botschaft dafür gewertet, dass sie ihre Militäraktionen während der Weihnachtszeit verstärken könnten. Gleichzeitig würden sie versuchen, die Regierung für diese Taten verantwortlich zu machen, da sie den 'Rosenkranz' der im Kommuniqué angeführten Forderungen nicht erfüllt habe.

Doch nach Ansicht des Parlamentariers Luis Fernando Velasco, Mitglied der Friedenskommission des Abgeordnetenhauses und Teilnehmer am Verhandlungstisch, ist die Antwort der FARC nicht so bedenklich. 'Die Regierung hat einen politischen Vorschlag gemacht und die FARC haben eine ebenfalls politische Antwort gegeben. Wenn die Regierung einige ihrer Vorschläge aufgreift, beispielsweise die Lösung der Probleme des kolumbianischen Zentralmassivs, könnte ein Waffenstillstand zustande kommen', erklärte er gegenüber EL ESPECTADOR ..." (dk/ms)

Welche Agrarreform schafft Frieden ?

von Stephan Suhner

Globalisierung und Relatifundisierung

Die Landbesitzverteilung Kolumbiens ist heute ungerechter als je zu vor: nach einer leichten Entschärfung der Besitzkonzentration von 1970 bis 1984 ist seither aber wieder eine umgekehrte Tendenz zu beobachten, nämlich eine erneute markante Konzentration des Grundbesitzes in Flächeneinheiten von über 2000 Hektaren. Verloren haben die mittleren Bauern von 20 bis 200 Hektaren, von denen viele durch die wirtschaftliche Öffnung ruiniert wurden, während die Kleinbesitzer mit weniger als 20 Hektaren ihren Anteil v.a. wegen der andauernden Kolonisation von Neuland einigermaßen halten konnten. Für dieses neue Phänomen wurde der Begriff der Relatifundisierung geprägt. Gründe dafür sind der Drogenhandel und damit verbunden das Entstehen einer neuen finanzstarken Käufergruppe, die Ausdehnung des Paramilitarismus, mit dem Tausende von Kleinbauern vertrieben und der neue Besitz abgesichert wurde sowie der stetige Anstieg der Bodenpreise - nicht zuletzt wegen der starken Nachfrage durch die Drogenhändler -, so dass dieser heute weit über der landwirtschaftlichen Rentabilität des Bodens liegt und somit der Spekulation und der Bodenkonzentration neuen Auftrieb gibt. Die kommerzielle kolumbianische Landwirtschaft konnte nach der wirtschaftlichen Öffnung gegenüber dem Weltmarkt nicht bestehen, die Importe von Lebensmitteln haben sich seit 1991 versiebenfacht und etwa 1,3 Millionen Hektaren Ackerland werden nicht mehr bebaut. Die wirtschaftliche Entwicklung Kolumbiens unter Beibehaltung des Latifundiums ist kläglich gescheitert, die Kleinbauern hingegen produzieren trotz der jahrzehntelangen Vernachlässigung immer noch 60% der Nahrungsmittel und kommen bei 13% des Grundbesitzes für 43% der kultivierten Fläche auf, während der Grossgrundbesitz 43% des Bodens auf sich vereint, aber nur für 9% der kultivierten Fläche aufkommt.

Die Campesinos stehen heute in ihrem Kampf um gerechten Zugang zu Boden und in der Verteidigung der Campesinowirtschaft dem transnationalen Kapital mit seinen Megaprojekten in Infrastruktur, im Energiebereich und in der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, sowie der globalisierten, kapitalintensiven und hochproduktiven Landwirtschaft gegenüber. Das transnationale Kapital muss für seine Ausbeutungsprojekte den ländlichen Raum von überflüssiger armer Bevölkerung säubern, den Widerstand der Sozialbewegungen brechen und sich billige Arbeitskräfte erhalten. Das Mittel dazu ist der Krieg mit seiner gezielten Politik der Vertreibungen. Ausgehend von diesen Megaprojekten und der kapitalintensiven Plantagenwirtschaft ist deshalb in Kolumbien eine gewaltige Gegenagrarreform im Gange. Innerhalb der globalen Entwicklungspläne hat ein auf Kleinbauernwirtschaft und Ernährungssicherheit ausgerichteter Agrarsektor keinen Platz, einzig einige Plantagenkulturen wie Ölpalme, Cacao und Kautschuk auf den besten Böden Kolumbiens zählen noch. Was hingegen zählt ist die Eingliederung des ländlichen Raumes Kolumbiens in die Projekte des globalen Kapitals, um die herum das ganze wirtschaftliche Geschehen kreist.

Plan Colombia - Mit einem autoritär-repressiven Modernisierungsmodell zum Frieden ?

In Kolumbien wird also, v.a. im ländlichen Raum ein sozioökonomisches Projekt autoritärer Modernisierung verfolgt, das auf die Selbstbestimmung und auf die soziale Gerechtigkeit der ländlichen Gemeinschaften äusserst negative Auswirkungen hat. Um dieses Projekt durchzusetzen und um die Verantwortung zu vertuschen wurde eine umfassende parastaatliche Struktur aufgebaut. Die Regierung Pastrana versucht, teilweise mit der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, diesen bestehenden Prozess zu fördern, mit einer legalen Basis zu versehen, und gleichzeitig ein Auseinanderfallen des Staates durch die zunehmende Fragmentierung des Staates und die Privatisierung der Sicherheit zu verhindern. Der Entwicklungsplan „Wandel für den Frieden“ und der umstrittene Plan Colombia sind dabei die zentralen Instrumente. Die offiziellen Ziele des Plan Colombia sind Stärkung der Justiz und der Demokratie, der Respekt der Menschenrechte, die Erholung der Wirtschaft durch die Förderung des Freihandels und der ausländischen Investitionen, die

Reduktion der illegalen Kulturen und die Rückgewinnung der staatlichen und militärischen Kontrolle über den Süden des Landes. Damit soll ein wesentlicher Beitrag zur Befriedung des Landes geleistet werden. Die Frage ist aber, was für einen Frieden die kolumbianische Oligarchie will. Es sieht ganz danach aus, dass die Bestrebungen darauf hinaus laufen, mit einem Diktatfrieden dieses autoritäre, gewaltsame Entwicklungsmodell abzusichern und die damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen dem Vergessen und der Straflosigkeit zu übergeben.

Der Plan Colombia setzt sich zum Ziel, die illegalen Kulturen durch einen verstärkten Einsatz chemisch-biologischer und militärischer Massnahmen um 50% zu reduzieren und andererseits alternative Entwicklungspläne zur Drogensubstitution durchzuführen. Dabei wird aber nicht bedacht, dass die illegalen Kulturen gerade durch die wirtschaftliche Öffnung stark zunahmten und dass die alternative Entwicklung bisher an diesem ungünstigen wirtschaftlichen Umfeld und an der repressiven Drogenbekämpfung scheiterte. Die vorgeschlagene alternative Entwicklung mit der Bezeichnung „strategische Allianzen“ ist nichts anderes als die Förderung der Plantagenwirtschaft unter dem Kommando der Grossgrundbesitzer. Für die Regierung ist es ein Programm, in dem sich die staatliche Unterstützung der ländlichen Entwicklung in produktiven land- und forstwirtschaftlichen Projekten um eine Hauptaktivität herum konzentriert, in denen sich die ländlichen Gemeinschaften mit dem Unternehmensektor in strategischen Allianzen vereinigen, um so den Zugang der landlosen Arbeiter zu den Ressourcen zu verbessern und die nachhaltige Erholung des Agrarsektors zu einem Geschäft für alle zu machen. Diese Alternative heisst jedoch für Hector Mondragón, Ökonom und Berater der nationalen Campesino- und Indigenenverbände, nichts anderes, als dass in den Regionen, wo die Coca vernichtet wurde, den Campesinos und Indigenen nichts anderes übrigbleibt, als sich der Pacht grossen Stiles zu unterwerfen, um für die Grossgrund- und Kapitalbesitzer Palmen, Kautschuk, Cacao und Holzplantagen anzulegen. Es handelt sich also um eine Gegenagrarreform, in der die Campesinoproduktion durch die Herrschaft der Plantagenbesitzer ersetzt wird, die die Arbeitskraft der Campesinos und Indigenen durch erneuerte und moderne Formen der Knechtschaft ausbeuten. Das perverse Resultat dieser „alternativen Entwicklung“ wird mehr Gewalt, die Zerstörung der Umwelt und der natürlichen Ressourcen und die Bereicherung der transnationalen Unternehmer, der Grossgrund- und Kapitalbesitzer sowie der Spekulanten sein.

Noch gravierender ist aber, dass die Grossgrundbesitzer und Agroindustriellen mit dem Plan Colombia die Mittel der internationalen Gemeinschaft zur Erhaltung ihres historischen Modelles der Herrschaft und der Besitzkonzentration benützen können. Mit dem Plan wird die Rolle des Gamonal gestärkt, in dem er weiterhin als Agent der ausländischen Investitionen auftreten kann, da er mit Plan Colombia die weitere wirtschaftliche Öffnung verspricht und die militärische „Peitsche“ des Planes zur Durchsetzung der Interessen ausländischer Investoren zum Beispiel im Erdölsektor gegen die Rechte der Campesino- und Indigenengemeinschaften garantiert. Dies erklärt auch das strategische Interesse der USA und anderer Industrienationen am Plan Colombia, an Pastranas „Friedensprozess“ und am Machterhalt der Gamonales. Die sozialen Investitionen, die Anstrengungen zur Förderung der Justiz und der Menschenrechte etc. sind in diesem Kontext blosser Dekoration, um den Schein zu wahren und die wahren Absichten zu verschleiern.

Beharren auf einem gescheiterten Agrarreformmodell

Die Wichtigkeit der Agrarfrage wurde von der Regierung immer wieder betont. Jedoch die Ansichten, wie sie angegangen werden soll, gehen auseinander. Mit dem Gesetz 160 wurde versucht, Agrarreform statt mit Staatsintervention mit den Marktmechanismen zu machen. Die freiwillige Verhandlungen zwischen Grossgrundbesitzern und landlosen Campesinos als Hauptmechanismus sollte eine gerechtere Verteilung des Grundbesitzes erreichen, während der Staat nur noch in Konfliktfällen interveniert, sich sonst aber aus der Verantwortung gestohlen hätte. Der begünstigte Campesino erhält 70% des Preises der Parzelle subventioniert, die restlichen 30% muss er als Kredit aufnehmen und startet so mit einer unbezahlbaren Schuld. Von den Begünstigten des Jahres 1995 haben deshalb praktisch alle ihr Land schon wieder an die Gläubigerbanken verloren. Ausserdem verkennt diese Art von Agrarreform, dass in Kolumbien kein funktionierender Bodenmarkt existiert, sondern dieser vielmehr durch die Spekulation, den Drogenhandel und die gewaltsamen Aneignungen hochgradig verzerrt ist. Ebenso wird verkannt, dass in einer undemokratischen ländlichen Gesellschaft, die während Jahrhunderten auf paternalistischen Abhängigkeitsverhältnissen beruhte, die politischen und

sozioökonomischen Kräfteverhältnisse nur mit einer entschlossenen Staatsintervention und nicht mit freiwilligen Verhandlungen zwischen Herren und Dienern geändert werden können.

Diese freiwilligen Verhandlungen funktionierten zwar mehrheitlich nicht, dem INCORA wurde hingegen mehr Land zum Kauf angeboten als je zuvor, und mehr als dieses ankaufen konnte. Angeboten wurde zu erhöhten Preisen aber meist qualitativ minderwertiges Land von ruinierten mittleren Agrarunternehmern (die Durchschnittsfläche der dem INCORA angebotenen Grundstücke beträgt 230 Hektaren). Die Grossgrundbesitzer hingegen verkaufen ihr Land nicht dem INCORA, und es gibt auch keine griffigen Mechanismen, die ihren Landbesitz in Gefahr bringen würde. Das INCORA tritt also dort als Käufer auf, wo sich der Boden nicht anderweitig verkaufen lässt, und trägt so zur allgemeinen Bodenpreissteigerung bei. Zudem wird das Budget des INCORA und anderer staatlicher Institutionen des Sektors von Jahr zu Jahr mehr gekürzt, wobei nun als letzter Schritt deren Privatisierung wegen Ineffizienz geplant ist. Obwohl dem INCORA 1997 über eine Million Hektaren angeboten wurde, konnte es nur 42'000 Hektaren ankaufen und damit 3113 von 36'000 im Programm eingeschriebenen Familien begünstigen. Seit 1994 wurden 9'027 Familien bei einem Potential von 1'547'676 „landbedürftigen“ Familien begünstigt.

Die Alternativen der Kleinbauernbewegung

Inmitten dieses negativen Umfeldes haben sich die Kleinbauernbewegungen in den vergangenen vier Jahren gestärkt und haben heute zu allen wichtigen Themen realisierbare Alternativvorschläge und klare Forderungen erarbeitet. Nach einer nachhaltigen Schwächung durch den ab 1987 gegen die Campesinobewegungen einsetzenden schmutzigen Krieg und durch die wirtschaftliche Öffnung, haben die grossen Campesino - Märsche von 1996 eine Wende gebracht. Die massiven Proteste waren die Rache des über Jahrzehnte vernachlässigten Kleinbauertums und die Einforderung ihrer Anerkennung als gleichwertige Bürger. Seit etwa drei Jahren versucht der Consejo Nacional Campesino CNC die zersplitterten, teils nur lokal verankerten Campesino - Organisationen zu koordinieren und so im Kampf um gemeinsame Ziele zu vereinen. Unter Pastrana verstärkten sich die Proteste der Sozialbewegungen gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik und kristallisierten sich in der Vereinigung breiter sozialer Sektoren im Widerstand gegen den Entwicklungsplan „Wandel für den Frieden“ und in der Erarbeitung eines 41 Punkte umfassenden Forderungskatalog, der von Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik über Agrarreform bis zu Menschenrechte reichte.

Zur Durchsetzung ihres autoritären Modelles greifen die lokalen politischen und wirtschaftlichen Interessenvertreter zu gewalttätigen, parastaatlichen Instrumenten, um den Widerstand der Volksbewegungen zu brechen und die Bevölkerung ihrem Dominations- und Ausbeutungsmodell unterzuordnen. Dazu dienen wie schon gesagt die gezielten Vertreibungen und die Beseitigung (Ermordung, Verschwindenlassen, Exil) der Führungsleute. In diesem Klima des Terrors ist es schon ein Wunder, dass es immer noch Volksbewegungen und fähige Führer gibt, die immer wieder Vorschläge und Visionen entwerfen. Die Gefahr ist jedoch gross, dass immer mehr soziale Sektoren durch die Gewalt zermürbt werden und um den Preis des Friedens die Straflosigkeit und den Sieg dieses autoritären Modelles akzeptieren. Das wichtigste Ziel der verbliebenen Sozialbewegungen ist es deshalb, zivilen Widerstand gegen die parastaatliche Gewalt zu leisten und für die Selbstbestimmung und den integralen Respekt der Menschenrechte zu kämpfen. Dieser Kampf sollte zu einer Machtverschiebung von den Gamonales zugunsten der Campesinogemeinschaften führen. Ein wesentliches Ziel der Campesino- und Indigenenbewegung ist es deshalb, nicht mehr länger nur Objekte sondern Subjekte ihres Schicksals zu sein und die Macht und die Instrumente in die Hand zu gewinnen, um über ihre Zukunft und Entwicklung selbst bestimmen zu können. Wenn sie das erreicht haben, sind sie sogar bereit, strategische Allianzen einzugehen, aber nur aus einer Position der Gleichwertigkeit heraus. Einige regionale Campesino - Organisationen haben es geschafft, auf diesem Weg ein gutes Stück vorwärts zu kommen, in dem sie nach lokalen Zivilstreiks mit der Regierung abkommen schliessen konnte, wie z.B. im Magdalena Medio im Oktober 1998 oder im Cauca im November 1999. Zentrale Element dieser Abkommen sind jeweils der integrale Schutz der Menschenrechte und die Bekämpfung des Paramilitarismus sowie die staatliche Unterstützung für die Durchführung eines von der Basis her erarbeiteten Entwicklungsplanes.

Die Campesinos schlagen zusammen mit anderen Sozialbewegungen ein Entwicklungsmodell vor, das im Agrarbereich auf Ernährungssicherheit und die Produktion für den internen Markt setzt und allgemein die kolumbianische Produktion massvoll schützt und die Rohstoffe zugunsten des kolumbianischen Volkes nutzt und von der Perspektive der lokalen Gemeinschaften und von den Interessen der Campesinos, der Arbeiter und der Nation ausgeht. Die Campesinos sind überzeugt, dass die Zukunft in der Förderung der Kleinbauernwirtschaft liegt, und dass diese mit gezielter Förderung wesentlich effizienter ist als der Grossgrundbesitz. Gegen die private, spekulative und gewalttätige Enteignung der Campesinos und Indigenen durch transnationale Unternehmen und Spekulanten schlagen die Campesinos die Anwendung der administrativen Enteignung und der Besitzrechtserlöschung vor, da die Agrarreform nur so finanzierbar und deren Rentabilität garantiert ist. Dadurch könnte die Besitzkonzentration aufgebrochen, der Spekulation und den überhöhten Preisen ein Ende bereitet, Millionen Hektaren von verschwendetem Boden einer produktiven Nutzung zugeführt und finanzielle Ressourcen für produktivere Investitionen frei gemacht werden. Als wesentliche Bedingung, um in Kolumbien Frieden mit sozialer Gerechtigkeit zu erreichen, verlangen sie eine massive, integrale und demokratische Agrarreform, die den Landbesitz umverteilt, die Agrargrenze stabilisiert und die empfindlichen Ökosysteme schützt, den Zugang zu Boden und zu allen anderen Produktionsmitteln sicher stellt, die soziale Infrastruktur demokratisiert und den Campesino - Organisationen und den Gemeinschaften bei der Erarbeitung und Überwachung der Pläne und Projekte effektive Mitsprache garantiert. Ausserdem schlagen sie die Schaffung von bis zu 500 Campesinoreserven hauptsächlich innerhalb der Agrargrenze und unter Verwendung der 5 Millionen Hektaren Land im Besitze der Drogenhändler vor.

Da die Diskussionen mit der Regierung über das offizielle Gesetzesprojekt nichts brachte, haben die Campesinos nun ihr eigenes, in einem langen Konsensverfahren erarbeitetes Gesetzesprojekt in den Kongress eingebracht, wo es jedoch gleich mal schubladisiert wurde. Darin schlagen sie einen wesentlich schnelleren Prozess zur Enteignung von für die Agrarreform benötigtem Land, neue Anwendungsgründe für die Besitzrechtserlöschung wie z.B. die Verletzung der Arbeitsmindeststandards und eine Obergrenze für den individuellen Landbesitz von zwei Familienbetriebseinheiten (je nach Region etwa 20 bis 100 Hektaren) vor. Um eine unangemessene Bereicherung der Grossgrundbesitzer zu verhindern, darf der Preis der vom Staat anzueignenden Grundstücke maximal 200% über dem Katasterpreis¹ liegen. Ausserdem soll die Kolonisierung und die Titulierung von Staatsland unterbunden werden, bis alles Land innerhalb der Agrargrenze verteilt wurde. Um die weitere gewalttätige Aneignung von Boden zu verhindern, sollen jegliche Transaktionen von Land vertriebener Campesinos unterbunden und in den Besitzrechtsklärungsprozessen ununterbrochene Besitztitel bis 1917 verlangt werden. Ausserdem sollen die rechtlichen Bestimmungen aufgehoben werden, die die Enteignung von Campesinos in der Nähe von Bohrstellen und Bergwerken erlauben, wie z.B. der Mechanismus der Erdölreservate im Agrarreformgesetz No. 160.

Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, arbeiteten die Kleinbauernvereinigungen des CNC einen Budgetvorschlag aus. Darin sind alle von der Regierung Pastrana gegenüber den protestierenden Gemeinschaften eingegangenen finanziellen Verpflichtungen, der Wert der für eine integrale Agrarreform notwendigen Ländereien, Produktionsmittel, technische Unterstützung und soziale Dienstleistungen sowie der Wert der vom Staat aufzukaufenden Schulden von allen Campesinos und mittleren Bauern enthalten.

Mit diesen Vorschlägen liefert der CNC den Beweis, dass reale Alternativen zum fragwürdigen Plan Colombia existieren. Die Regierungen Europas, welche am 6./7 Juli in Madrid zusammenkommen, um zu beraten, wie und ob sie den offiziellen Plan Colombia der Regierung Pastrana unterstützen sollen, ist zu empfehlen, solche Alternativen zu studieren. Sie könnten unserer Ansicht nach dem Frieden in Kolumbien eher auf die Beine helfen, als der Plan Colombia, welcher grundsätzlich mehr ein Kriegs- als ein Friedensplan ist, schön garniert mit verfänglichen „sozialen“ Projekten !

¹ Auf dem im Kataster eingetragenen Preis beruht die Besteuerung, so dass dafür häufig ein zu tiefer Wert angegeben wird. Mit der vorgeschlagenen Massnahme soll erstens der Katasterwert der Realität angenähert werden, und verhindert werden, dass die Grundbesitzer aufgrund eines tiefen Katasterwertes wenig Steuern bezahlen, dann das Land aber teuer dem INCORA verkaufen.

Welt-Zeitung Zürich - 26. 10. 99

Kundgebungen für den Frieden in Kolumbien Wiederbeginn des Dialogs mit der Guerilla

cer. Buenos Aires, 25. Oktober

In über 700 Städten und Ortschaften Kolumbiens haben am Sonntag zwischen 13 und 15 Millionen Menschen für den Frieden demonstriert und gegen die verschiedenen Formen von Gewalt – Guerillakrieg, Drogenkriminalität, Entführungen, Morde und Massaker der Paramilitärs –, die das Land seit Jahrzehnten prägen. Allein in den letzten zehn Jahren wurden die Todesopfer in Kolumbien auf mindestens 35.000 beziffert. Auf den weissen T-Shirts und den mitgetragenen Plakaten der Friedensdemonstranten waren die Photos von Entführten, Verschwundenen und Ermordeten abgebildet; auf den Transparenten prangte das bekannte «no más!» («genug»).

Ähnliche Kundgebungen für den Frieden wurden von den kolumbianischen Exilgemeinschaften in anderen Ländern Lateinamerikas, in zahlreichen Städten der Vereinigten Staaten sowie in mehreren europäischen Hauptstädten abgehalten. Es war die bisher umfassendste Demonstration von Friedenswillen des kolumbianischen Volkes, das der Gewalt und der Korruption überdrüssig

ist. Die Initianten wollten mit ihrer Manifestation nicht nur an die Urheber der allgegenwärtigen Gewalt im eigenen Land appellieren, sondern vor allem auch die Botschaft an die Aussenwelt richten, dass in der kolumbianischen Bevölkerung Hunger nach Frieden und Gewaltmüdigkeit vorherrschen. In der drittgrössten Stadt des Landes, in Medellín, detonierten drei Bomben, offenbar von Gegnern der Friedensmärsche gelegt, die jedoch nur schweren Sachschaden anrichteten.

Ebenfalls am Sonntag ist nach dreimonatiger Unterbrechung in der Ortschaft Uribe, in der demilitarisierten Zone im Departement Meta südlich von Bogotá, der Dialog der Regierung mit der Guerilla der Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (Farc) wiederaufgenommen worden. Gesprochen wird über eine Traktandenliste mit zwölf Punkten. In einem ersten Verhandlungsangebot offerierten die Farc, als Gegenleistung für die Demilitarisierung weiterer Zonen – das heisst de facto die Überlassung der Herrschaft über bestimmte Gebiete – bei der Bekämpfung des Drogenanbaus Hand zu reichen.



Zivilisten und Soldaten marschieren in Bogotá gemeinsam für den Frieden. (Bild: ap)

Kolumbiens Friedensdialog in der Krise

Farc-Guerilla fordert «Revolutionssteuer»

cer. Buenos Aires, 27. April

Der Verhandlungsführer im kolumbianischen Friedensprozess mit der Farc-Guerilla, Victor Ricardo, ist am Mittwoch zurückgetreten. Präsident Pastrana, für den der Friedensdialog eines der zentralen Ziele seiner Regierung bildet, ernannte noch am selben Tag seinen Privatsekretär, Camilo Gómez, zum Nachfolger Ricardos. Gómez hat bereits der fünfköpfigen Regierungsdelegation in den Gesprächen mit der Guerilla angehört. Ricardo hatte das heikle Amt des «Hochkommissars der Regierung für den Frieden» zugleich mit der Administration Pastrana im August 1998 angetreten und gilt als Architekt des an Rückschlägen reichen Friedensprozesses mit den Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (Farc); auch hat er Verhandlungsführer in Richtung der zweitgrössten Guerillagruppe, des Ejército de Liberación Nacional (ELN), ausgestreckt.

Obwohl Ricardo dem Präsidenten bereits vor über einem Monat seinen Rücktritt unterbreitet hatte, hat die Demission des im Brennpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit stehenden Verhandlungsführers ausgerechnet zu dem Zeitpunkt Erstaunen ausgelöst, da sich die Chancen für eine Einbeziehung des ELN in den Dialogprozess merklich erhöht haben. Ricardo stellte zwar in seiner Rücktrittserklärung fest, dass er sein Mandat abgeschlossen habe, aber die Annahme liegt nahe, dass es die sich häufenden Morddrohungen waren, die ihn schliesslich zur Niederlegung seines Amtes bewogen haben.

Möglicherweise war es auch kein Zufall, dass der Rücktritt Ricardos mit einer arrogant tönenden Erklärung der Farc vom Mittwoch zusammengefallen ist, dass die Guerilla künftig eine «revolutionäre Friedenssteuer» von «natürlichen und juristischen Personen, die über ein Vermögen von über einer Million Dollar verfügen», zu erheben gedenke. Der zweite Mann in der Hierarchie der Farc-Kommandanten, Jorge Briceño («Mono Jojoy»), gab bekannt, dass alle Personen, welche dieses Kriterium erfüllten, sich bei einer Kommandostelle der Guerilla zu melden hätten – sonst hätten sie Entführungen und andere Sanktionen zu gewärtigen und würden «doppelt zur Kasse gebeten». Was dies in der zynischen Terminologie der Guerilla bedeutet, kann sich jeder leicht ausmalen.

Das Schiff ohne Besatzung

Korruptionsskandale, ein kopfloser Präsident und die Unterbrechung der Gespräche mit der FARC-Guerilla prägen die aktuelle Politik im Land

Präsident Andrés Pastrana ist in seinem Land unbeliebter denn je. Eigentlich wollte er politische Reformen gegen die alles umfassende Korruption einleiten, das Ansehen der Politik im Land heben und einen dauerhaften Friedensdialog mit der Guerilla aufbauen. Durch einen 56-Tage-Konflikt mit dem Kongress brachte er aber eine Erholung der Wirtschaft in Gefahr, und die Friedensgespräche mit den FARC sind ausgesetzt worden. Ersteres zeigt, wie starr die politische Elite im Land gegenüber jeder Reform ist, während mögliche Ursachen für die Unterbrechung der Friedensgespräche über die kolumbianischen Staatsgrenzen hinausgehen.

Toilettenpapier scheint in Kolumbien eine ganze Stange Geld zu kosten. Jedenfalls dann, wenn der Präsident des Abgeordnetenhauses Armando Pomárico einkaufen geht. Dieser gab gleich 49.119 Dollar dafür aus. Doch nicht nur das stand auf seiner Einkaufsliste: In nur zwei Tagen unterschrieb er ganze 62 gefälschte Verträge über 2,8 Millionen Dollar, die er aus der Staatskasse bezahlte. Ein neues Bad war da ebenso enthalten wie eine ausgedehnte Millenniumsfeier.

Dieser Fall von Korruption gehört zu einer ganzen Reihe von Skandalen, denen die kolumbianische Generalstaatsanwaltschaft seit dem 17. März nachgeht. Über ein dutzend Senatoren und Abgeordnete wurden bisher in Untersuchungshaft genommen. Mittlerweile vermuten die Ermittler Unregelmäßigkeiten von über elf Millionen Dollar. Ungewöhnlich sind diese Fälle nicht, schließlich gehört der kolumbianische Staatsapparat zu einem der korruptesten auf dem ganzen Kontinent. Überraschend aber war die darauf folgende politische Krise zwischen Regierung und Kongress, die Anfang April begann, teils grotes-

ke Züge angenommen hat und ein fast typisch kolumbianisches Ende nahm.

Eine ausgewachsene Krise

Als Reaktion auf die Nachforschungen der Ermittler kündigte der konservative Präsident Andrés Pastrana am 30. März ein Referendum gegen die Korruption und für eine Reform des Kongresses an. Dabei sollten unter anderem die 267 Sitze im Kongress auf 170 dezimiert werden, die Lohn- und Rentenprivilegien der Abgeordneten abgeschafft und das Finanzgebahren der Beamten stärker kontrolliert werden. Als Datum war der 16. Juli geplant.

Einige Tage später, als die Regierung den Referendumsentwurf dem korruptionsgeplagten Kongress vorlegte, wurde den Abgeordneten bewusst, dass damit auch eine vorzeitige Auflösung von Senat und Abgeordnetenhaus und eine Neuwahl beabsichtigt waren. "Ein Schritt in Richtung einer Diktatur", nannte es Horacio Serpa erzürnt, Kopf der Liberalen Partei und unterlegener Konkurrent von Pastrana bei den Präsidentschaftswahlen vor zwei Jahren.

Und dieser Schuss von Pastrana

ging auch gleich nach hinten los: Um regierungsfähig zu sein gegen die liberale Mehrheit im Kongress, muss sich Pastrana seit seinem Amtsantritt 1998 auf seine so genannte Große Allianz für den Wandel stützen. Diese besteht neben den Abgeordneten seiner Konservativen Partei aus unabhängigen Abgeordneten und Abtrünnigen der Liberalen Partei. Letztere scherten nun aus, da das Referendum als ein Angriff gegen die Liberalen gewertet wurde und man persönliche Vorteile in Gefahr sah. Politik war in Kolumbien somit vorerst gelähmt, da Mehrheiten für Gesetzesentwürfe der Regierung blockiert waren.

Also besannen sich die Befürworter des Referendums auf das Gesetz 134 von 1994, mit dem sie die Abgeordneten unter Druck setzen wollten. Dieses erlaubt es, durch eine Unterschriftensammlung von zehn Prozent der eingetragenen Wähler das Referendum auch durchzuführen, wenn der Kongress den Entwurf ablehnt. Bei über 90 Prozent Zustimmung bei der Bevölkerung sah man keine Schwierigkeiten. In der zweiten Aprilwoche begann die Unterschriftensammlung.

KOLUMBIEN

Was Pastrana aber scheinbar bis dahin nicht gewusst hat: Die Wähler wollen nicht nur einen neuen Kongress, sondern gleichzeitig einen neuen Präsidenten. Die Zustimmung für Pastranas Politik erreichte im April mit 29 Prozent einen Tiefststand. Die Wirtschaft erholte sich schließlich bisher kaum von ihrem Einbruch aus dem letzten Jahr und die Arbeitslosenrate lag weiterhin bei über 20 Prozent. Das rief wiederum die Liberalen auf den Plan. Diese sahen nun ihre Chance, den Wahltermin komplett um ein Jahr auf das Jahr 2001 vorzuziehen. Also wurde ein eigener Entwurf für ein Referendum ausgearbeitet, das dem der Regierung entgegengestellt wurde und generelle Neuwahlen vorsah. Die Idee einer Reform des politischen Systems und der Korruptionsbekämpfung wurde nun – ob von Pastrana ernst gemeint oder nicht – zur Waffe, um sich eigene Vorteile zu erstreiten und sich gegenseitig zu demontieren.

Um gleichfalls Druck auszuüben, nahm der Kongress Mitglieder der Regierung ins Visier und leitete Misstrauensabstimmungen ein. So musste am 3. Mai Gesundheitsminister Virgilio Galvis seinen Hut nehmen. Er machte dubiose Verträge mit einer Klinik, deren Teilhaber er war. Kurz danach folgte der Generalsekretär des Präsidenten Juan Hernández, der seinen Einfluss für die Kleidungsfirma seiner Frau geltend machte. Dritter in der Reihe war der Innenminister Néstor Humberto Martínez am 9. Mai. Daraufhin wurde spekuliert, wer als nächstes in welcher Reihenfolge seinen Rücktritt ankündigen würde.

Nun war die Krise komplett für

Pastrana. Er nahm den Entwurf aus dem Kongress, um ihn durch die Unterschriften durchzusetzen. Er bezichtigte die liberalen Abgeordneten, Chaos und Anarchie zu schaffen. "Der Kongress akzeptiert nicht den Wechsel", den er sich 1998 ins Wahlprogramm geschrieben hat.

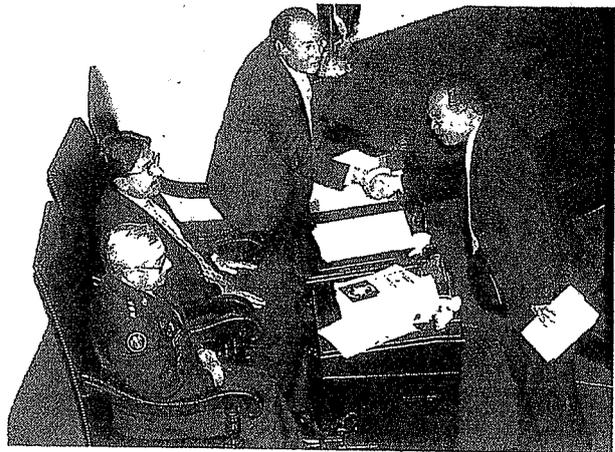
Einigung nach altem Vorbild

Die Auswirkungen des Konflikts blieben nicht aus, besonders wirtschaftlich. Die Finanzmärkte reagierten gereizt und der Peso verlor gegenüber dem US-Dollar über sieben Prozent an Wert im Zeitraum April/Mai. Um an einen vereinbarten 2,7 Milliarden Dollar-Kredit vom IWF zu kommen, mussten wichtige Reformen verabschiedet werden, die aber im Kongress blockiert wurden. So wurde Präsident Pastrana immer mehr von allen Seiten attackiert. "Seine langfristige Politikplanung reicht nur für die nächsten zwei Stunden", so der Gewerkschaftsführer Luis Garzón. Die unabhängige Abgeordnete und ehemalige Präsidentschaftskandidatin Noemí Sanín behauptete, Pastrana halte an "den alten, klientelistischen Praktiken fest".

So kam es denn auch. Wie schon des öfteren in der rund 150-jährigen Geschichte der beiden dominierenden Parteien einigte

man sich auf einen Konsens, wenn man in einer zu großen Krise steckt. Am 26. Mai erklärte Pastrana, dass er die Idee einer vorzeitigen Auflösung des Kongresses zurücknehmen und das Referendum vorerst ad acta legen will, um zunächst wichtigere Dinge in Angriff zu nehmen. Die Liberalen stimmten zu und nahmen ihren Referendumsentwurf ebenfalls zurück.

Dagegen verraten fühlten sich die unabhängigen Vertreter, die das Referendum des Präsidenten unterstützten. "Das ist eine neue Nationale Front, die die unabhängigen Kräfte aus dem Prozess ausschließt", so der Politikwissen-



Wieder einen fiktiven Vertrag abgeschlossen? Die kolumbianische Politik ist durchsetzt von Korruption

schaftler Francisco Leal. Die Nationale Front wurde als Reaktion auf die *violencia* in den 50er Jahren und den Machtverlust durch eine Militärdiktatur geschaffen. Man einigte sich ab 1957 auf ein Rotationsprinzip bei den Posten bis hin zum Präsidenten. Diese Nationale Front existierte offiziell bis 1974, aber an dem Grundprinzip des Zweiparteiensystems von Liberalen und Konservativen hat sich kaum etwas geändert.

KOLUMBIEN

So ohne weiteres ließ sich die Idee des Referendums aber nicht von der Tagesordnung streichen. Eine Gruppe von acht unabhängigen Abgeordneten protestierte gegen die Entscheidung und kündigte an, die Unterschriftensammlung weiter zu verfolgen. Sie gehen davon aus, dass sie bis Anfang Juni die benötigten 2,1 Millionen Unterschriften zusammen-

mit Zeitzündern angelegt und sie erpresst, binnen weniger Stunden 7.500 US-Dollar Lösegeld aufzutreiben. Die Bombe explodierte während der Entschärfung, neben der Frau kam ein Sprengstoffexperte dabei ums Leben.

In ungewöhnlich scharfem Tonfall machte Pastrana daraufhin die Guerilla dafür verantwortlich, obwohl der Vorfall noch immer nicht aufgeklärt ist. Die Regierung gestand mittlerweile zu, dass die Unschuld der FARC immer offensichtlicher wird. Trotzdem blieb der Friedensprozess *en*

receso – im Urlaub, wie die kolumbianischen Zeitungen titelten. Die FARC bestritten sofort energisch eine Verantwortung für diese Bluttat und verurteilten die Urheber. Sie nannten den Mord einen "ersten Anschlag auf die Verhandlungsrunde". Die Schuldigen liegen ihrer Ansicht nach in Kreisen, die den Friedensprozess behindern wollen. Gemeint sind sowohl ultrarechte Paramilitärs als auch Militärkreise. Zudem war zu diesem Zeitpunkt bereits seit zwei Monaten keine Guerillaeinheit mehr in dieser Gegend gewesen.

Es ist das erste Mal, dass der 18-monatige Friedensprozess von Regierungsseite unterbrochen wurde. Im Januar 1999 wurde dieser von den FARC ausgesetzt, weil die Paramilitärs zu Beginn der offiziellen Gespräche das Land mit einer Gewaltwelle überzogen hatten. Über 150 Zivilisten waren in kürzester Zeit bei Massakern ums Leben gekommen. Die Entscheidung Pastranas hat verschiedene

Ursachen. Zum einen haben die FARC mit einer Art "paralleler Gesetzgebung" Beschlüsse gefasst, die der kolumbianischen Oberschicht den Schweiß auf die Stirn treiben. Das "Gesetz 002" etwa droht allen Dollarmillionären im Land direkt mit Entführung und Erpressung, sollten sie nicht freiwillig eine Steuer an die Guerilla zahlen. Dieses Thema will Pastrana bei neuerlichen Gesprächen behandelt wissen. Kurioserweise passte der Anschlag dafür wie die Faust aufs Auge.

Europa mischt sich ein

Größeres Aufsehen aber hat die fragwürdige Regierungsentscheidung erregt, ein internationales Treffen über Drogensubstitution und Umweltfragen abzusagen. 22 Länder, überwiegend europäische, unter der Schirmherrschaft von Norwegen und Spanien, wollten sich am 29. und 30. Mai mit Regierungsvertretern und den FARC am Verhandlungstisch treffen, um über friedliche Wege der Drogenbekämpfung zu sprechen. Eine italienische Kommission hatte sich kurz darauf eingeschaltet, um zu vermitteln. "Wir wollen keine Internationalisierung des Konflikts und noch weniger eine Militarisierung", sagte Marco Pezzoni, Abgeordneter im Europaparlament. Die Befürchtung scheint nun auch bei den Europäern zu wachsen, dass es durch US-Milliardenhilfen für den Plan Kolumbien zur Aufrüstung des kolumbianischen Militärs für den "Antidrogenkampf" kommt (siehe LN 308, 310).

Die Abstimmung dazu im US-Senat verzögert sich allerdings weiter. Nachdem keine Mehrheit abzusehen war, hat eine Senats-



Bloß keine Krisen mehr! Präsident Pastrana verliert an Regierungsfähigkeit

bekommen, um das Referendum und die gewünschte Auflösung des Kongresses durchführen zu können.

Friedensprozess im "Urlaub"

Dass Pastrana im Mai die Kontrolle verlor, bekam auch der Friedensprozess mit den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (FARC) zu spüren. Nach einem makabren Mordanschlag durch eine "Halskettenbombe" an einer 56-jährigen Bäuerin, der am 15. Mai stattgefunden hatte, verkündeten der neue Friedensbeauftragte der Regierung Camilo Gómez und der Präsident eine Unterbrechung der Gespräche. Unbekannte hatten der Frau eine "Halskettenbombe"

KOLUMBIEN

kommission Kürzungen in Höhe von etwa 300 Millionen US-Dollar vorgenommen. Dagegen hat die US-Regierung protestiert. Außenministerin Madeleine Albright drohte am 17. Mai gar mit einem Veto des Präsidenten, sollte nicht das ursprüngliche Paket verabschiedet werden. Sie sieht "nationale Interessen" bedroht. Der "Anti-Drogenzar" Barry McCaffrey äußerte gegenüber der Zeitung *El Colombiano*, dass das Finanzpaket in der ersten Juniwoche abgestimmt werden soll.

Vor diesem Hintergrund würde es nicht verwundern, wenn der angeschlagene Präsident Pastrana das Treffen über Drogensubstitution bewusst verzögern wollte. Ihm wäre es lieber, erst die Milli-

arden aus den USA für sein Militär einzusacken und dann das internationale Treffen abzuhalten. Dessen scheinen sich die FARC bewusst zu sein und kommen der Regierung ungewöhnlich entgegen. Sie haben angekündigt, dass sie bereit sind, über Erpressung und Entführung zu reden. Und nicht nur das: erstmals besteht die Aussicht auf einen ausgehandelten Waffenstillstand. Ende Mai gab es wieder nach fast zwei Wochen ein Treffen zwischen den Konfliktparteien. Als neuer Termin für das internationale Treffen wurden der 29. und 30. Juni genannt. Mal sehen, ob nicht wieder etwas dazwischen kommt.

Tommy Ramm

Spendenaufwurf

Das *Lateinamerika Komitee* aus Berlin unterstützt die Kampagne verschiedener Gruppen und Personen, die unmittelbare Ausreise der Familie von Víctor Hugo Osorio Alzate aus Kolumbien zu erreichen. Er befindet sich seit Dezember 1999 in Deutschland im Exil, da sein Leben wegen seiner politischen Arbeit durch die Paramilitärs bedroht wurde. Seine Frau und die vier Kinder müssen nun ebenfalls um ihr Leben fürchten, haben aber keine finanziellen Mittel, das Land zu verlassen. Wir bitten um Spenden auf folgendes Konto:

The VOICE e.V.

Stichwort: Kampagne Colombia

Konto: 0231633905

BLZ: 86010090

Postbank Leipzig

Pastranas Hinhaltetaktik

Der Friedensprozess mit der ELN-Guerilla steckt in Schwierigkeiten

Ende April kündigte der kolumbianische Präsident Andrés Pastrana an, ein Gebiet westlich der Erdölstadt Barrancabermeja zu demilitarisieren. Dort soll die von der ELN und Teilen der Gesellschaft geplante Nationalkonvention stattfinden. (siehe auch LN 291/292) Ob es aber tatsächlich zu einer Umsetzung des Beschlusses kommen wird, ist unklar. Die Politik Pastranas hat keine klare Linie, seine Regierung befindet sich im Auflösungsprozess. Gleichzeitig hat die Rechte gegen die Räumung mobil gemacht, mit tatkräftiger Unterstützung der Medien.

Unter Einfluss paramilitärischer Gruppen finden seit fast vier Wochen Demonstrationen und Straßenblockaden gegen die im April angekündigte Räumung der Gemeinden San Pablo, Cantagallo und Yondó statt. Diese liegen in den zentralkolumbianischen Departements Antioquia und Bolívar am mittleren Magdalena-Fluss und umfassen eine Größe von knapp 5.000 Quadratkilometern. Nahezu alle wichtigen Straßenverbindungen wurden nun in der Regi-

on unterbrochen; wer nach Bucaramanga, Barrancabermeja und an die Atlantikküste reisen will, muss auf das Flugzeug umsteigen. „Kein zweites Caguán“, fordern die Protestierer in Anspielung auf die Zone in Südkolumbien, die die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) seit nun eineinhalb Jahren in Alleinregie kontrollieren.

Mediale Verzerrungen

Die führenden Medien bezeichnen die Straßenblockierer als Bau-

ern, die „Angst vor Übergriffen der Guerilla“ haben. Ungereimtheiten werden dabei oft ignoriert, beispielsweise die Frage, warum bekannte Paramilitär-Kommandanten im Fernsehen als Sprecher der zivilen Proteste auftreten oder was es mit Zeugenaussagen auf sich hat, wonach Bauern mit gezogener Waffe zur Teilnahme an den Demonstrationen gezwungen wurden. Stattdessen wird zur Legitimierung der Proteste immer wieder von Menschenrechtsver-

Mai 1999 No. 5 / 1999

Kolumbien auf der Traktandenliste:
Die 55. Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen
in Genf
von Stephan Suhner

Die 55. Menschenrechtskommission (März-April 1999) war durch den Fortbestand der schwerwiegenden Menschenrechtskrise in Kolumbien geprägt. Zu erwähnen sind die kritische Situation der MenschenrechtsverteidigerInnen, die sich zuspitzende Situation der internen Vertreibungen, die ungehinderten Aktionen der paramilitärischen Gruppen, das Fortbestehen der Straflosigkeit sowie die Ausweitung und Intensivierung der bewaffneten Auseinandersetzung. Weitere Elemente, welche die diesjährige Kolumbienarbeit beeinflussten, waren der Regierungswechsel vom letzten August, die Friedensbemühungen der Regierung Pastrana und der Wechsel an der Spitze des Büros der Hochkommissarin in Bogotá. Die Session wurde von verschiedenen Ereignissen überschattet: den Übergriffen der Paramilitärs auf die Friedensgemeinschaften von San José und von San Francisco de Asis im Chocó; den Drohungen ihres Chefs Carlos Castaño gegen die MenschenrechtsverteidigerInnen, die an der UN-Menschenrechtskommission teilnahmen; den Drohungen und Anschuldigungen gegen nationale und internationale Hilfswerke in Urabá; der Ermordung der drei us-amerikanischen UmweltaktivistInnen und der Entführung des Avianca-Fluges durch das ELN.

1. Der Standpunkt der Menschenrechtsorganisationen und ihre Lobbyarbeit zu Kolumbien: Die Krise der Menschenrechte dauert an

In ihrer gemeinsamen Erklärung im Hinblick auf die 55. UN-Menschenrechtskommission drückten die in der *Coordinación Colombia Europa* vereinigten Menschenrechtsgruppen und weitere soziale Organisationen ihre Besorgnis über das Fortbestehen der schweren Krise der Menschenrechte in Kolumbien aus. Mary Robinson, die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, nannte in ihrem letztjährigen Bericht die Verletzungen der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts in Kolumbien **schwer, massiv und systematisch**. Die kolumbianischen NGOs betonten diesbezüglich, dass es 1998 keinen grundlegenden Wandel gegeben habe. Gegenüber der gravierenden Menschenrechtssituation hat die Regierung Pastrana bis heute noch keine klare Politik formuliert. Eine der wenigen Massnahmen ist die Ernennung des Vizepräsidenten Gustavo Bell zum präsidialen Menschenrechtsbeauftragten, wodurch die Menschenrechte einen höheren Stellenwert bekommen sollten (Gemeinsame Erklärung der kolumbianischen NGOs vom Januar 1999).

In der Lobbyarbeit ging es vor allem darum, auf die Erarbeitung der Erklärung des Präsidenten der UN-Menschenrechtskommission (*Chairman's Statement*) zu Kolumbien Einfluss zu nehmen. Diese wird immer von der EU-Präsidentschaft erarbeitet, die sich dazu mit den 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union abspricht und mit der kolumbianischen Regierung darüber verhandelt. Da zum Teil einzelne Ausdrücke von grosser Bedeutung sind – es ist nicht

dasselbe, ob die Kommission etwas *begrüsst* oder nur *zur Kenntnis nimmt* – war es das grösste Interesse der NGOs, den europäischen Delegationen ihre Punkte darzulegen, und möglichst früh Einsicht in den Entwurf der Erklärung zu haben, um eventuell dessen Schlussfassung beeinflussen zu können.

Ausgehend von der letztjährigen Erklärung des Kommissionspräsidenten wurden die wesentlichsten Punkte für die Lobbyarbeit bestimmt:

- **Das weitere Nichterfüllen der verschiedenen internationalen Empfehlungen durch die kolumbianische Regierung:** Eine vergleichende Analyse der Empfehlungen der Hochkommissarin und deren Vollzugsgrad führte zum Schluss, dass die kolumbianische Regierung nicht in angemessener Weise mit den UN-Instanzen kooperierte. Einigen der wichtigsten Empfehlungen wurde nicht nachgekommen, so der Respektierung des Humanitären Völkerrechts, der Auflösung der paramilitärischen Gruppen, der Aufhebung der Verbindungen zwischen Angehörigen der staatlichen Sicherheitskräfte und paramilitärischen Gruppen, Einführung von Mechanismen, um die Straflosigkeit zu überwinden und so weiter.
- **Die Funktion des UN-Büros der Hochkommissarin in Bogotá:** Die NGOs geben dem Büro weiterhin ihre volle Unterstützung, da sie der Ansicht sind, dass das Büro bei vollständiger und korrekter Erfüllung seines Mandates bei der Überwindung der Menschenrechtskrise eine wichtige Rolle spielen kann. Was die NGOs hingegen kritisieren, ist die bisherige Ausrichtung des Büros, dass Menschenrechtsverletzungen so lange unumgänglich seien, wie der interne Konflikt fortbesteht. Die vormalige Leiterin des Büros, die spanische Diplomatin Mazzarasa vertrat die These, dass erst der Friede die Einhaltung der Menschenrechte ermögliche. In diesem Sinne hat das Büro sein Potential bei weitem nicht ausgenutzt, um den kolumbianischen Staat darauf zu verpflichten, die Menschenrechte trotz eskalierendem Konflikt zu garantieren. Die NGOs fordern vom UN-Büro und dem neuen Leiter, Anders Kompass aus Schweden, dass er in diesem Sinne einen Orientierungswechsel vornimmt, und dass sich das Büro im laufenden Jahr vor allem darauf konzentriert, die Regierung bei der Umsetzung der vielen Empfehlungen zu unterstützen. In diesem Sinne haben die meisten NGOs angekündigt, dass sie bei unbefriedigenden Resultaten in diesem Bereich nächstes Jahr als zusätzlichen Mechanismus eine Verurteilung (Resolution) und die Ernennung eines Sonderberichterstatter zu Kolumbien fordern werden.
- **Das Schicksal der internen Vertriebenen:** Die Anzahl interner Vertriebener hat in einem Ausmass zugenommen, das man als katastrophal bezeichnen muss. Gemäss Regierungsangaben wurden seit 1985 1'400'000 Personen von ihren Wohnorten vertrieben, 308'000 waren es alleine 1998. Gegenüber dieser Situation war die Politik des Staates ineffizient, um die Ursachen der Vertreibungen anzugehen, die Grundversorgung der Vertriebenen sicherzustellen oder die Opfer entsprechend zu entschädigen.
- **Die Situation der Menschenrechtsverteidiger.** Die Situation für die MenschenrechtsverteidigerInnen wird immer schwieriger, es fehlen minimale Garantien, um die legitime und notwendige Arbeit durchführen zu können. Anlässlich des Besuchs der Hochkommissarin für Menschenrechte im vergangenen Oktober hatten die NGOs auf die unhaltbare Situation der Drohung und Gewalt aufmerksam gemacht. Seither wurden weitere 7 Menschenrechtsverteidiger umgebracht und die Einschüchterungen und Drohungen nahmen auch im Hinblick auf die Menschenrechtssession zu. Die Paramilitärs betrachten spätestens seit Anfang Jahr die NGOs als militärische Ziele und forderten sie auf, sich „von den

infiltrierten Guerrilleros zu trennen“. Gegenüber diesem Klima der Einschüchterung und der Morde hat die Regierung wohl verbal die Arbeit der MenschenrechtsverteidigerInnen als legitim und notwendig anerkannt. Auf der praktischen Ebene kommt die Regierungspolitik aber nicht über halbherzige finanzielle und mechanistische Vorschläge und Massnahmen hinaus. Auf den Vorschlag der Regierung, in den Menschenrechtsbüros gepanzerte Türen einzubauen, fragte ein Mitarbeiter der betroffenen NGO, ob er dann mit der gepanzerten Türe unter dem Arm nach Hause gehen soll.

- **Die abnehmende Verwicklung der staatlichen Sicherheitskräfte in Menschenrechtsverletzungen bei gleichzeitiger Zunahme der paramilitärischen Fälle sowie die Beziehungen Armee-Paramilitärs:** Seit Pastranas Amtsantritt haben die paramilitärischen Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung weiter massiv zugenommen, ohne dass die Regierung darauf mit einem schärferen Vorgehen gegen diese Gruppen reagiert hätte. Trotz verschiedenster Versprechen Pastranas, weiteres Blutvergiessen zu verhindern, unternimmt die Armee nach wie vor nichts, um die angekündigten Mässaker zu verhindern. Gleichzeitig erwähnen Armee- und Regierungsstellen bei jeder Gelegenheit, dass die Armee nur noch für 5% der Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sei, was den Erfolg der Menschenrechtspolitik in den staatlichen Organen hinlänglich beweise. Aus diesem Grund war es den NGOs ein Anliegen, deutlich zu machen, dass direkte Verletzungen durch die Armee wohl zurückgegangen seien, dafür aber die Paramilitärs die schmutzige Arbeit verrichten und deren Vorgehen von der Armee unterstützt oder zumindest gebilligt wird. Deshalb der Vorschlag der kolumbianischen NGOs, dass die Kommission die Reduktion der staatlichen Fälle „zur Kenntnis nehmen“, nicht aber „begrüssen“ soll.

Nach vier intensiven Lobbywochen konnten einige Erfolge verbucht werden, wenn auch nicht auf der ganzen Linie. Die Verhandlungen innerhalb der EU und mit Kolumbien über die Erklärung des Präsidenten zogen sich über zwei Wochen in die Länge und keine Regierungsdelegation war bereit, den NGOs einen Entwurf auszuhändigen. Sehr wohl wurde den NGOs jedoch immer wieder versichert, dass ihre wesentlichen Punkte und Forderungen berücksichtigt würden und dass das Statement schärfer als je zuvor ausfallen werde. Die europäischen Regierungen äusserten durchwegs ihre Zuversicht, dass das Büro der Hochkommissarin für Menschenrechte in Bogotá mit dem neuen Chef im Sinne des Mandates operieren und seine Effizienz steigern werde. Ablehnend standen viele Delegationen der Absicht gegenüber, eventuell als zusätzlichen Mechanismus einen Sonderberichterstatter zu fordern, falls die kolumbianische Regierung den internationalen Empfehlungen wiederum nicht nachkommen sollte. Ihr Argument war, dass das Büro durch die permanente Präsenz vor Ort viel effizienter sei als ein Sonderberichterstatter, der einmal im Jahr einen Besuch von ein paar Tagen abstatet. Dem ist aber anzufügen, dass der Mechanismus des Sonderberichterstatters einer Bestrafung des entsprechenden Landes gleichkommt.

Der spürbarste politische Erfolg war sicherlich, dass Kolumbien in der Kommissionsarbeit unter Punkt drei zu einem eigenständigen Thema in der Agenda wurde. Am 16. April um 11.00 Uhr stellte die Hochkommissarin Mary Robinson ihren Bericht vor, gefolgt von der Antwort des kolumbianischen UNO-Botschafters. Es sprachen darauf Deutschland im Namen der EU und weiterer Staaten (total 26) und Kanada, gefolgt von fünfminütigen Interventionen von 18 NGOs. Insgesamt wurde gut zwei Stunden über Kolumbien gesprochen, und die Sitzung wurde vom Vorsitz um 10 Minuten in die Mittagspause hinein verlängert, damit alle NGOs zu Wort kommen konnten. Diese Tatsache wurde von den NGOs einhellig als Beweis dafür gewertet, dass dem kolumbianischen Fall grosse Wichtigkeit eingeräumt wurde.

2. Der Bericht der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte: *Die kolumbianische Regierung ist den Empfehlungen nicht nachgekommen*

Nach ein paar einleitenden Bemerkungen zur Entstehung des Büros, über sein Mandat und die bisherigen Tätigkeiten, kam Mary Robinson zum Schluss, dass sich die Menschenrechtssituation im vergangenen Jahr erneut verschlechterte, wobei die meisten Verletzungen den Paramilitärs zugeordnet wurden. Besonders bedenklich ist für Robinson das hohe Niveau der Straflosigkeit, was weitere Menschenrechtsverletzungen förmlich ermutige. In ihrem Bericht verwies sie auf die fehlende Respektierung des Humanitären Völkerrechts durch die Konfliktparteien, was zu Opfern in der Zivilbevölkerung führt, wobei Robinson vor allem auf die kürzlichen Angriffe auf die Friedensgemeinschaften und auf neutrale indigene Gemeinschaften sowie auf die Vertreibung ganzer Dörfer verwies.

Bei ihrem Besuch in Kolumbien im Oktober 1998 drückte sie ihre tiefe Betroffenheit über die gravierende Menschenrechtssituation und über die kontinuierliche Verletzung des Rechts auf Leben aus. Das Fortbestehen der Sonderjustiz unterminiere das Grundrecht auf einen fairen Prozess. Die Empfehlungen der UN-Institutionen seien bedauerlicherweise zu einem grossen Teil noch nicht umgesetzt worden. Sie zeigte sich überzeugt, dass deren Umsetzung die Situation verbessern würde, und dass ihr Büro die kolumbianischen Behörden dabei unterstützen könne. Gleichzeitig zeigte Robinson Verständnis dafür, dass die kolumbianische Situation, bedingt durch den internen Konflikt, nicht einfach sei. Es gebe aber ein enormes Potential im kolumbianischen Volk, um diese Situation zu überwinden, weshalb sie die Anstrengungen, eine politische Lösung zu finden, begrüsse. Die Konfliktparteien und die kolumbianische Gesellschaft rief sie auf, in dieser schwierigen Aufgabe keine Anstrengung zu scheuen. An die internationale Gemeinschaft richtete sie den Appell, die Anstrengungen Kolumbiens zu unterstützen.

Auf der UN-Menschenrechtskonferenz in Wien 1993 kamen die Mitgliedstaaten überein, nationale Aktionspläne zur Menschenrechtspolitik zu entwickeln. Bei ihrem Besuch vergangenes Jahr habe sie Präsident Pastrana und Vizepräsident Bell an diese Verpflichtung erinnert und die Unterstützung ihres Büros angeboten. Sie sei deshalb erfreut, in der Rede von Bell am Vortag gehört zu haben, das besagter Aktionsplan eine Priorität der Regierung Pastrana sei und sie hoffe sehr, bald einen solchen Plan entwickelt zu sehen.

Mary Robinson zeigte sich auch sehr zufrieden mit der bisherigen Arbeit ihres Büros in Bogotá, u.a. bezüglich der Erarbeitung eines ausführlichen Berichtes zur Analyse der Menschenrechtssituation mit Prioritäten und Zielen für das Büro. In dem Sinne ist Robinson von der Nützlichkeit ihres Büros durch die Monitoring-, Präventions- und Schutzfunktionen und durch die technische Kooperation mit kolumbianischen Partnerorganisationen überzeugt. Das Büro werde sich unter der neuen Führung von Anders Kompass im kommenden Jahr v.a. auf die Umsetzung der UN-Empfehlungen konzentrieren. Ihre Intervention schloss sie ab mit einem Dank an die Länder, die das Büro finanziell unterstützt haben, an Pastrana, Bell und die kolumbianischen Behörden für die Zusammenarbeit mit dem Büro, sowie dem kolumbianischen Volk für den herzlichen Empfang.

3. Der Standpunkt der kolumbianischen Regierung: *Viele beschönigende Worte und Versprechen*

Die kolumbianische Regierung versuchte mit ihren Interventionen grundsätzlich das Bild zu schaffen, dass die Regierung Pastrana eine Menschenrechtspolitik besitze und daran sei, Feh-

ler und Versäumnisse der Vergangenheit zu beheben. Insbesondere hob sie hervor, dass die Menschenrechtsproblematik durch den internen bewaffneten Konflikt erschwert werde, und dass deshalb Pastrana mit voller Kraft an einem Friedensprozess arbeite. Speziell betont wurden Fortschritte bei den Menschenrechtsverletzungen durch Angehörige der Sicherheitskräfte und die Auflösung und Kontrolle der Convivir¹. So wies Botschafter Camilo Reyes Anschuldigungen gegenüber Armee- und Polizeimitgliedern zurück; auch die Verwicklung in paramilitärische Aktivitäten stellten zwar absolut zu verurteilende, aber eben doch nur Einzelfälle dar. In der Einschätzung des Paramilitarismus und seiner Beziehung zum Staat gab es die wohl grössten Diskrepanzen, sowohl zu den NGOs als auch zum Bericht der Hochkommissarin. Insgesamt konnte Präsident Pastrana aber doch von einer wohlgesinnteren internationalen Meinung profitieren - seiner Regierung und der Menschenrechts- und Friedenspolitik wurde einiges an Kredit gewährt.

Gustavo Bell, in seiner Funktion als präsidentialer Menschenrechtsbeauftragter, hatte sich am 15. April an das Plenum der Kommission gerichtet. In seinen einführenden Bemerkungen erwähnte er die sich wandelnde Bedeutung der Menschenrechte nach dem Ende des Kalten Krieges und die Wichtigkeit der Förderung einer Ethik, die bei den Menschen und Völkern das Bewusstsein schärfe, die Menschenrechte zu respektieren. Eine Erziehung zum Zusammenleben sei das ideale Instrument, um diese neue Menschenrechtskultur auf der ganzen Erde zu verbreiten.

Eine neue Herausforderung sieht Bell durch die Verbreitung interner Konflikte auf das System der Vereinten Nationen zukommen. So stelle die Verbreitung von *nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen*², die jegliche humanitäre Standards missachteten, für die schutzlose Zivilbevölkerung eine ernste Gefahr dar. In einer Situation internen Konfliktes könne die starre Grenze zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren allenfalls als theoretische Übung Sinn machen, werde aber zur Komplizin, wenn man dadurch die Anklage und Bestrafung barbarischer Akte gegen die menschliche Würde unterlasse.

Für Bell gibt es eine unentwerrbare Verbindung zwischen dem internen bewaffneten Konflikt und der konstanten Verletzung der Menschenrechte. Zusammen mit den sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Hypothesen, die die Konfrontation hinterlasse, habe dies die Regierung veranlasst, einen Friedensprozess aufzunehmen, um zu politischen Abkommen mit den Akteuren und zu substantiellen Reformen in sozialen, wirtschaftlichen und politischen Belangen zu gelangen. Deshalb seien die Beseitigung der absoluten Armut, der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten, der Schutz und die Förderung der Menschenrechte sowie die qualitative und quantitative Ausdehnung von Gesundheit und Bildung die leitenden Prinzipien des Entwicklungsplans „Plan Colombia“.

Trotz der erwähnten engen Kausalitätsbeziehung zwischen bewaffnetem Konflikt und Menschenrechtsverletzungen sei der Schutz und die Förderung der Menschenrechte aber eine Daueraufgabe des Staates, die nicht der Erlangung von Frieden untergeordnet werden dürfe. In seiner Funktion als Vizepräsident obliege ihm die Koordination zur Erarbeitung und Umsetzung einer integralen Politik und eines Aktionsplanes für Menschenrechte. Lösungen für die dringendsten Probleme zu finden und die internationalen Empfehlungen umzusetzen seien die Prioritäten. Aus diesem Grund sei auch eine Kommission für Menschenrechte und Humanitäres Völkerrecht auf höchstem Regierungsniveau gebildet worden. Obwohl diese integrale Politik noch nicht offiziell verbreitet worden sei, seien in mehreren Bereichen verschiedene und

¹ Private Sicherheitskooperativen, 1994 vom damaligen Verteidigungsminister Botero ins Leben gerufen.

² Ein äusserst besorgniserregender Ausdruck, der suggeriert, es gäbe bewaffnete NGOs.

bedeutende Fortschritte gemacht worden, wobei die von Pastrana und Bell am 10. Dezember 1998 dargelegten Richtlinien befolgt worden seien.

Ein von der Regierung gebildetes Sonderkomitee sei beauftragt, vor allem die Strafflosigkeit bei den abscheulichsten Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Zudem sei das Schutzprogramm für Menschenrechtsverteidiger gestärkt worden. Nach Absprache mit den NGOs wurden für dieses Programm 5,6 Millionen US-Dollar bereitgestellt, was die Wichtigkeit, die die Regierung diesem Programm im Moment schärfster Budgetprobleme gebe, belege. Die Stärkung und Professionalisierung der Streitkräfte sei mit voller Energie in Angriff genommen worden, um die verschiedenen „nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen“ einzudämmen und die Bildung von zivilen Selbstverteidigungsgruppen zu verhindern.

In seiner Antwort auf die Präsentation des Berichts der Hochkommissarin erwähnte Camilo Reyes, der kolumbianische UN-Botschafter, dass seine Regierung das Büro der Hochkommissarin als den angemessensten Mechanismus betrachte, um den nationalen Wunsch nach Frieden und vollständiger Achtung der Menschenrechte zu unterstützen. Die Regierung habe Gelegenheit gehabt, den Bericht des Büros zu studieren und möchte die präzise Struktur, die Klarheit der Analyse und die konstruktive Haltung der formulierten Empfehlungen hervorheben. Eine allgemeine konzeptuelle Kritik sei aber, dass das Thema der paramilitärischen Aktionen sowohl unter dem Humanitären Völkerrecht als auch unter den zivilen und politischen Rechten aufgeführt werde. Für die Regierung sei klar, dass die kriminellen Aktionen der Paramilitärs Verletzungen der Menschenrechte darstellen können, aber nur in jenen – seltenen, aber nichts desto trotz schwerwiegenden – Fällen von Unterlassungen oder Teilnahme von staatlichen Funktionären.

Im Rahmen der Empfehlungen der Menschenrechtskommission seien vier Aufgaben für die Regierung prioritär: Bessere Resultate im Kampf gegen die Selbstverteidigungsgruppen; Verbesserung der Versorgung der Vertriebenen; angepasster Schutz für die Menschenrechtsverteidiger; erfolgreicher Abschluss der Friedensverhandlungen. Die Regierung verpflichte sich deshalb, die Selbstverteidigungsgruppen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. Die Regierung halte jede Form von Beziehung von Funktionären mit den kriminellen Machenschaften der Selbstverteidigungsgruppen für völlig inakzeptabel und werde die betroffenen Personen deshalb von Dienst suspendieren.

Im Bericht der Hochkommissarin wurde erwähnt, dass die „Spezialdienste für Sicherheit und Bewachung“, vormals Convivir, ihre Aktivitäten weiterführten, wenn auch auf niedrigerem Niveau, und dass das Büro die angekündigte Auflösung von 300 Convivir nicht bestätigen konnte. Dem entgegnete Reyes, dass die Aufsichtsbehörde über die Convivir am 25. Februar 1999 dem Büro die Informationen zum Thema überbracht habe, woraus hervorgehe, dass von fast 400 Convivir nur noch deren 44 eine Bewilligung haben. Der Bericht der Hochkommissarin kritisiert in den Abschnitten 36 und 46 auch den fehlenden Willen, die paramilitärischen Gruppen zu bekämpfen, und dass das Zusammenspiel zwischen Paramilitärs und Staatsagenten weiterbestehe. Die Aktionen der staatlichen Ordnungskräfte gegen diese Gruppen seien sporadisch und stünden in keinem Verhältnis zur Schwere ihrer Menschenrechtsverletzungen. Das Büro habe auch keine Informationen über mögliche Fortschritte bei Untersuchungen oder Korrekturmaßnahmen. Reyes kritisierte diese Sichtweise des UN-Büros als Verallgemeinerungen. Die Regierung sei sich bewusst, dass die staatlichen Aktionen gegen die Paramilitärs noch ungenügend seien und dass die Einzelfälle der Verwicklungen von Staatsagenten gravierend seien, aber die institutionelle Politik sei ganz klar auf deren Bekämpfung ausgerichtet. Zudem müsse für eine korrekte Beurteilung des Phänomens dessen Diversität in den Regionen, die Autonomie, sowie die Finanzierung und der Ursprung dieser Gruppen berücksichtigt

werden. Die Regierung lasse auch den Vorwurf nicht gelten, dass die Militärjustiz ein Faktor der Straflosigkeit sei. Die Regierung vermisste zudem eine vehementere Verurteilung so beklagenswerter Ereignisse wie Machuca³ oder die Angriffe auf die Infrastruktur und gegen die Zivilbevölkerung durch die Guerilla.

Der kolumbianische Ombudsman (Defensor del Pueblo) sagte in seiner Intervention vom 21. April, dass die Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien aufgrund der sozialen Ungerechtigkeit, der politischen Gewalt und des bewaffneten Konfliktes andauernd, massiv und systematisch seien. „Ich kann sagen, dass es in meinem Land keine staatliche Politik der Verletzung der Menschenrechte gibt, aber ebenso kann ich sagen, dass es keine staatliche Politik gibt, um diese Verletzungen zu verhindern.“ Als Grund für die Verschlechterung der Situation sieht Castro Caycedo die Schwäche des Staates, die zivilen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte integral zu schützen. Die Regierung habe die Empfehlungen der internationalen Organismen nicht übernommen und habe auch auf die 114 Empfehlungen über Menschenrechte der Defensoría nicht reagiert. Breiten Raum gewährte der Ombudsman in seiner Rede den sozialen und wirtschaftlichen Rechten: Knapp 2,5 Millionen Kinder arbeiten, 1 von 5 KolumbianerInnen ist arbeitslos, 50% der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze; der Staat erfüllt seine Verpflichtung nicht, ein ausreichendes Mindesteinkommen zu garantieren; auf dem Land haben nur 2 von 10 EinwohnerInnen Zugang zu Trinkwasser; die Verschmutzung der Flüsse durch ausgelaufenes Erdöl wegen gesprengten Pipelines und der Herbizidbesprühungen gegen Drogenpflanzungen bedrohen die Zukunft dieser natürlichen Ressource. Die Sprühflüge gegen Drogenpflanzungen sind ineffizient: jede zerstörte Hektare wird ersetzt und zerstört damit vier Hektaren Wald. Geht es in diesem Rhythmus weiter, werden bis ins Jahr 2015 75% des Waldes im Amazonas und im Orinoco zerstört sein. Nach Ansicht Caycedos enthält der Entwicklungsplan Elemente, die den sozialen Ausschluss fördern. In Kolumbien, wo der Staat gegenüber der Gesellschaft eine grosse soziale Schuld hat, dürfe der Staat aber seine Verantwortung und seine Verpflichtungen nicht reduzieren.

4. Der Standpunkt der Europäischen Union: *Auflösung der Paramilitärs*

Der deutsche Botschafter Wilhelm Höynck begrüßte im Namen der EU die Bereitschaft der kolumbianischen Regierung, der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte höchste Priorität einzuräumen und gegen die hohe Straflosigkeit vorzugehen, wie dies der kolumbianische Vizepräsident Gustavo Bell am Vortag angekündigt habe. Deutschland begrüße und unterstütze auch voll die Anstrengungen der kolumbianischen Regierung bei der Friedenssuche. Die kolumbianische Regierung solle ihre Verpflichtung, eine Änderung in der Menschenrechtssituation zu erreichen, dadurch unter Beweis stellen, dass sie alle Empfehlungen der Hochkommissarin für Menschenrechte und anderer internationaler Institutionen umsetze und dafür Sorge, dass in den kommenden Parlamentssessionen die Gesetzesentwürfe über gewalt-sames Verschwindenlassen, Folter und über die Reform des Militärstrafrechts verabschiedet würden. Besonders hart ins Gericht ging die EU mit den Paramilitärs und den Convivir. So forderte Höynck besondere und resolute Massnahmen, um die **paramilitärischen Gruppen, v.a. die Convivir**, aufzulösen und deren Mitglieder und staatliche Agenten, die sich Verbrechen schuldig gemacht haben, der Justiz zu übergeben. Deutschland verurteilte auch aufs schärfste alle terroristischen Akte und Missachtungen des Humanitären Völkerrechts durch die Guerilla. Speziell erwähnt wurde die kürzliche Entführung eines Fluges der AVIANCA durch das ELN, wobei die sofortige Freilassung der 41 Geiseln gefordert wurde. Als letztes

³ Im Ort Machuca waren nach einem Brand, der nach einem Anschlag des ELN auf eine Erdölpipeline ausbrach, über 60 Zivilisten ums Leben gekommen.

wurde die Regierung aufgefordert, alle effektiven legalen, administrativen, finanziellen und Sicherheitsmassnahmen zu ergreifen, um die Menschenrechtsverteidiger zu schützen und um einen permanenten und bedeutungsvollen Dialog mit der kolumbianischen Zivilgesellschaft zu führen.

5. Die Erklärung des Präsidenten: *Umsetzung der Empfehlungen*

Die Erklärung fiel etwa im Rahmen des letzten Jahres aus, hätte aber in einigen Punkten schärfer sein können. Die Kommission vertrat die Ansicht, dass die Arbeit des Büros zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte ein Element darstellt, das die Versöhnung und die Friedenssuche zwischen den KolumbianerInnen fördern könne, und begrüßte deshalb die Verlängerung des Mandates bis April 2000. Die Kommission nahm den Willen der kolumbianischen Regierung, alle Schlussfolgerungen und Empfehlungen des Berichts der Hochkommissarin umzusetzen, zur Kenntnis, bedauerte aber, dass diese Empfehlungen noch nicht vollständig umgesetzt wurden (u.a. Gesetz über gewaltsames Verschwindenlassen). In diesem Kontext „bedauert die Kommission das schwere und andauernde Auftreten von **schwerwiegenden, massiven und systematischen Verletzungen der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts**. Sie begrüßte aber die Einführung einer Menschenrechtsstrategie durch die kolumbianische Regierung im Dezember 1998, die die Respektierung des Humanitären Völkerrechts, die Bekämpfung der Straflosigkeit, die Unterstützung der internen Vertriebenen und Sicherheit für die Menschenrechtsverteidiger als Hauptpunkte hervorhebt. Die Kommission drückte ihre Hoffnung aus, dass die Friedensgespräche zwischen der Regierung und allen beteiligten Gruppen zu einem dauerhaften Frieden führten, zeigte sich aber tief beunruhigt über das Fehlen einer Waffenruhe und über die steigende Anzahl schwerer Missachtungen des Humanitären Völkerrechts durch paramilitärische Gruppen und Guerilla.

Entgegen dem Vorschlag der NGOs, dies nur zur Kenntnis zu nehmen, begrüßte die Kommission die Abnahme der Anzahl der Menschenrechtsverletzungen durch die Streitkräfte und die Polizei. Sie war aber besorgt darüber, dass die Streitkräfte ihrer Absicht, in Menschenrechtsverletzungen verwickelte Mitglieder zu entlassen, nicht vollständig nachgekommen ist. Sie forderte die kolumbianische Regierung auf, Massnahmen zu ergreifen, die ein unabhängiges Justizsystem garantieren und alle Verfahren wegen Menschenrechtsverletzungen von der Militärjustiz zur Ziviljustiz zu überweisen. Die Kommission verurteilte schärfstens diejenigen Verbrechen, für die Mitglieder von Convivir erwiesenermassen verantwortlich waren und verlangte von der Regierung administrative, rechtliche und politische Massnahmen gegen staatliche Stellen, die im Verdacht stehen, Paramilitärs zu unterstützen, und die Zerstörung der Verbindungen zwischen den Convivir und den Paramilitärs. Die Kommission verurteilte sämtliche Verletzungen des Humanitären Völkerrechts durch Guerillagruppen (Angriffe auf Dörfer, wahllose Massaker, Geiselnahme und die verbreitete Benutzung von Landminen) und verlangte die Respektierung der Zivilbevölkerung. Die Kommission bedauerte die fortdauernde hohe Straflosigkeit bei schweren Vergehen gegen die Menschenrechte, begrüßte aber die Fortschritte, welche die Menschenrechtsabteilung der Staatsanwaltschaft in einer Anzahl solcher Fälle machte. Die Kommission drückte ihre tiefe Besorgnis über die schwere Situation der Angriffe gegen Menschenrechtsverteidiger aus und bedauerte das Fehlen effizienter juristischer Untersuchungen solcher Verbrechen und von effizienten rechtlichen, administrativen und finanziellen Sicherheitsmassnahmen. Grosse Beachtung schenkte die Kommission auch den Folgen der Gewalt auf die indigene Bevölkerung und verlangte von der Regierung effiziente Schutzmassnahmen.

Die CIA fördert Todesschwadronen in Kolumbien

SIE SEHEN WEITER ROT

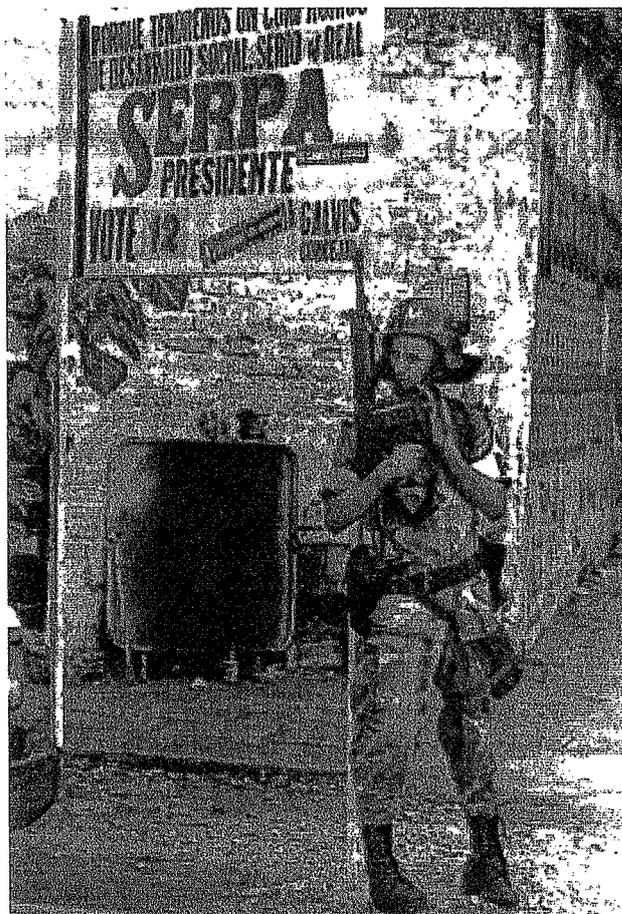
Seit geraumer Zeit versuchen wir hinter die Kulissen der offiziellen Beherrschungsrhetorik zu schauen. In der Tendenz der neuen Militarisierung Lateinamerikas spielt die Behauptung des «Krieges gegen die Drogen» eine wesentliche Rolle. Hier bringen wir dazu vom renommierten US-Investigative-Reporter Frank Smyth einen erhellenden Artikel, der sich für die Zentralamerika-Solidarität wie ein Remake brutaler Skripts aus den 80er Jahren liest. Bloss: Es geht um kolumbianische Top-Aktualität.

Von Frank Smyth*

Im Jahre 1989 baute die CIA ihr erstes Drogenbekämpfungszentrum im Hauptquartier ihres Direktoriums für Operationen in Langley, Virginia, auf. Seither ist das 'Crime and Narcotics Center' nach Angaben der CIA-Sprecherin Anya Guilsher um das Vierfache gewachsen. Sie meint, sie könne keine spezifische Antidrogenoperation kommentieren, nur allgemein mitteilen, dass die Agency solche Operationen nunmehr weltweit durchführe.

Die CIA wurde 1947 als Frontorganisation gegen die Sowjetunion gegründet. Heute, neun Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer, sucht die Agency nach einer neuen Zielvorgabe, um ihr jährliches Budget von 26,7 Milliarden Dollar zu rechtfertigen. Ausser ihrem 'Crime and Narcotic Center' betreibt die Agency ein Antiterrorismus-Center, ein Center zur Lähmung der Proliferation von Massenerstörungswaffen und selbst ein Umweltcenter, um die globale Erwärmung und Wetterphänomene wie El Niño zu überwachen.

George Tenet, der neue CIA-Direktor für die Clinton-Administration, erläuterte kürzlich vor dem US-Kongress, dass die USA in «dieser Nach-Kalten-Krieg-Welt» neuen Bedrohungen gegenüber stehe, die «einzigartig herausfordernd für die US-Interessen» seien. Aber die CIA bleibt eine Institution des Kalten Krieges. Viele ihrer Mitglieder, speziell vom Flügel der klandestinen Operationen, sehen weiterhin hinter jeder Tür



Kommunisten lauern. Sie pflegen weltweit herzliche Beziehungen zu rechtsgerichteten, in die verbreitete Verletzung der Menschenrechte verwickelten Militärs. Diese Beziehungen kollidieren mit dem vorgeblichen Agency-Ziel der Drogenbekämpfung, da viele der rechten Verbündeten ihrerseits in den Drogenhandel involviert sind.

Beispiel Kolumbien

Im Namen der Drogenbekämpfung finanzierte die CIA 1991 in Kolumbien neue militärisch-geheimdienstliche Netze. Diese trugen wenig zur Bekämpfung der Drogendealer bei. Stattdessen gliederten sie sich in illegale paramilitärische Gruppen ein und förderten Todesschwadronen. Diese Schwadronen brachten Gewerkschafterinnen, Campesinoleaders, Menschenrechtlerinnen, Journalisten und andere mutmassliche «Subversive» um. Die Beweislage, inklusive geheimer kolumbianischer Militärdokumente, legt nahe, dass die CIA mehr an der Bekämpfung linker Widerstandsbewegungen als des Drogenhandels interessiert ist.

Tausende wurden von den Schwadronen umgebracht, und das Morden geht weiter. Im April wurde einer von Kolumbiens wichtigsten Menschenrechtsanwälten, Eduardo Umaña Mendoza, in seinem Büro ermordet. Zu seinen Klienten zählten Anführer der Gewerkschaft der staatlichen Ölarbeiter. Die Nachrichtenagentur Reuters schätzte die Beteiligung an seiner Beerdigung in Bogotá auf zehntausend Menschen. Menschenrechtsgruppen hegen den Verdacht, dass Umañas Ermordung von Mitgliedern der Sicherheitskräfte ausgeübt wurde, die im Verbund oder mit Unterstützung der paramilitärischen Kräfte operieren. Daniel García Peña, ein kolumbianischer Regierungsbeamter und Freund Umañas, teilte an der Beerdigung der Presse mit, dass Umaña vor seinem Tod staatliche Stellen darüber informiert hatte, dass Mitglieder der staatlichen Sicherheitskräfte und der staatlichen Ölgesellschaft seine Ermordung vorbereiteten.

Das Morden nimmt in erschreckendem Tempo zu. Im Februar legten Schwadronen einen anderen führenden Menschenrechtsaktivisten, Jesús María Valle Jaramillo, um, der mit dem Finger auf das Militär und einige Politiker als Verantwortliche für die Todesschwadronen gezeigt hatte.

«Es existiert eine klare, koordinierte Strategie, alle, die die Menschenrechte verteidigen, zu Zielen zu machen», sagt Carlos Salinas von Amnesty International (AI). «Jedes Statement bedingungsloser Unterstützung durch US-GesetzgeberInnen trägt nur zur Ermutigung solcher Angriffe bei».

Auseinandersetzung um US-Militärhilfe

Heute findet eine neue Auseinandersetzung zwischen Menschenrechtsgruppen und der

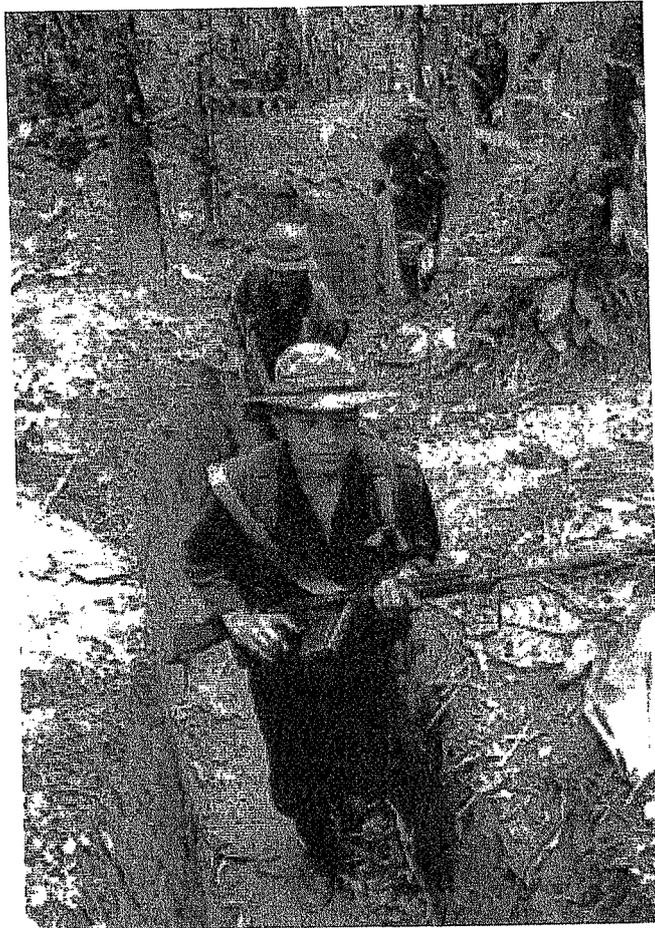
Clinton-Administration über die US-Hilfe an Kolumbien statt. Die Clinton-Administration eskalierte die Militärhilfe an Kolumbien auf das Rekordhoch von 136 Millionen Dollar pro Jahr und machte damit das Land zum bedeutendsten Empfänger von US-Militärhilfe in der Hemisphäre. Jetzt stellt die Administration sogar noch mehr Hilfe in Aussicht, zum Beispiel die Lieferung von Kampfhelikoptern.

Ende 1990, anfangs 1991 figurierte Kolumbien auf der Weltbühne in keiner prominenten Rolle. In Deutschland lief der Prozess der Vereinigung, der Irak Saddam Husseins hatte soeben Kuwait invadiert, und El Salvador verhandelte über das Ende seines langen Bürgerkrieges. Aber die Administration Bush ignorierte Kolumbien darob nicht. Sie erhöhte die Anzahl Berater der 'US Army Special Forces' (Green Berets) im Land. Und die CIA stockte ihr Personal in Bogotá auf – ihre dortige Station wurde bald zur grössten in Lateinamerika.

«Es gab eine sehr grosse Debatte über [das Wie der Zuweisung der] Gelder für Antidrogenoperationen in Kolumbien», sagt der Oberst i.R. James S. Roach Jr. Roach war zu Beginn der neunziger Jahre in Bogotá US-Militärattaché und Verbindungsoffizier der 'Defense Intelligence Agency' (DIA, Militärgeheimdienst) gewesen. «Die USA suchten nach einem Weg, um zu helfen zu versuchen. Aber wenn du nicht selbst zum Kombattanten werden willst, musst du etwas zu tun rausfinden». Die USA bildeten eine Inter-Agency-Gruppe zur Untersuchung des kolumbianischen militärischen Geheimdienstsystems. Im Team waren Vertreter der Militärischen Beratungsgruppe (Milgroup) der Botschaft in Bogotá, des US-Südkommandos in Panamá, der DIA und der CIA, sagt Roach, der als einer der DIA-Offiziere dabei gewesen war. Einem Brief von 1996 des Verteidigungsdepartementes an den demokratischen Senator Patrik J. Leahy (Vermont) zufolge, empfahl die Kommission Veränderungen in den kolumbianischen Militärgeheimdienstnetzwerken, um sie «effizienter und wirksamer» zu gestalten.

Im Mai 1991 reorganisierte Kolumbien die militärischen Geheimdienste von Grund auf, «auf der Basis der durch die Kommission von US-Militärberatern entworfenen Empfehlungen», wie dem von Human Rights Watch 1996 veröffentlichten geheimen kolumbianischen Reorganisierungsbefehl zu entnehmen ist. Die US-Beraterkommission unterstützte den Reorganisationsplan im Zeichen des Krieges gegen die Drogen. Doch die geheime kolumbianische

Order erwähnte in ihren 16 Seiten plus den dazugehörenden Anhängen nirgends die Sammlung geheimdienstlicher Daten gegen Drogenhändler. Stattdessen instruierte der Befehl die neuen Geheimdienste, sich auf linke Guerillas oder «die bewaffnete Subversion» zu konzentrieren. Die durch den Befehl neu geschaffenen 41 Geheimdienstnetzwerke konzentrierten ihre Energien auf unbewaffnete, der Unterstützung der Guerilla verdächtige Zivil-



istInnen. Eines dieser geheimdienstlichen Netzwerke, in der Ölraffinerie-Stadt Barrancabermeja im kampfgeschüttelten Magdalena-Tal, ermordete während der ersten zwei Jahre seiner Operationen mindestens 57 ZivilistInnen. Zu den Opfern zählten der Präsident, Vize-Präsident und Kassier der lokalen Transportgewerkschaft, zwei Anführer des örtlichen Armes der Ölarbeitergewerkschaft, ein Exponent einer Bäuerinnen- und Bauern-Gewerkschaft, zwei Menschenrechtsbeobachter und ein Journalist.

Colonel Roach sagt, das Defense Department habe nie vorgesehen, dass die geheimdienstlichen Netzwerke Todesschwadronen unterstützten. Aber Roach sagt auch, dass er nicht für die CIA sprechen könne, die stärker in die geheimdienstliche Reorganisation involviert war und die neuen Netzwerke direkt finanzierte. «Die CIA lancierte die klandestinen Netze selbständig», teilt Roach mit. «Sie hatten haufenweise Geld. Es war etwa so, wie wenn

der Nikolaus eingetroffen ist».

Die geheime kolumbianische Order instruiert die Militärs, das Prinzip des plausiblen Dementis bezüglich der Netzwerke und ihrer Verbrechen aufrecht zu erhalten. Offiziere im Ruhestand und andere Zivilisten sollten die Verbindung zwischen den militärischen Kommandanten und den Netzwerken herstellen. Jede offene Kommunikation «muss vermieden werden». Es «dürfen keine schriftlichen Verträge mit Informanten oder zivilen Mitgliedern der Netzwerke» existieren, «alles muss mündlich vereinbart werden». Und die gesamte Befehlskette «wird verdeckt und kompartimentiert sein, [um so] die nötige Flexibilität zu gewähren, um interessante Ziele abzudecken».

Fakten über die neuen Geheimdienst-Netze wurden erst öffentlich, nachdem vier frühere Agenten in Barrancabermeja 1993 über die dortigen Geheimdienste Zeugenaussagen zu machen begannen. Was hatte die vier dazu bewogen, den Schritt an die Öffentlichkeit zu tun? Alle sagten sie aus, dass die Armee aktiv versuchte, sie umzubringen, um das Netzwerk und seine Verbrechen verdeckt zu halten. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Militärs im Versuch, das Netzwerk und seine Operationen geheim zu halten, vier andere Ex-Agenten «verschwinden» lassen.

Da die Armee schon versuchte, sie umzubringen, kamen die Agenten zur Einschätzung, dass ihre Zeugnisse über das Netzwerk und seine Verbrechen sie am Leben halten könnten. Saulo Segura war ein Ex-Agent, der auf diese Karte gesetzt

hatte. Aber statt aufgrund seiner und seiner Kollegen Aussagen Untersuchungen gegen seine Vorgesetzten einzuleiten, liess ihn das kolumbianische Justizsystem anklagen und inhaftieren. Segura sagte mir 1996 während eines Interviews in La Modelo, dem Hochsicherheitsgefängnis von Bogotá, dass er niemanden umgebracht habe. Sein Job innerhalb des Netzwerkes habe sich auf die Anmiete von Büroraum und die Verwaltung von Geldern beschränkt. Segura schaute sich darauf nervös um, bevor er anfügte: «Ich hoffe, sie bringen mich nicht um». Zwei Monate später, am Heiligen Abend, wurde Segura innerhalb seines Zellenblocks umgebracht. Der Mord bleibt ungeklärt, wo sich die anderen drei Ex-Agenten befinden, ist unbekannt. Kein kolumbianischer Offizier wurde für die Auftragserteilung der Verbrechen von Barrancabermeja gerichtlich verfolgt.

Aufstandsbekämpfung statt Antidrogenhilfe

1994 beschuldigte Amnesty International das Pentagon, der Umleitung der Antidrogenhilfe in Operationen der Aufstandsbekämpfung zugestimmt zu haben, was zu Menschenrechtsverletzungen geführt habe. US-Regierungsvertreter, inklusive General Barry McCaffrey, damals Chef des US-Südkommandos und heute Clintons Antidrogenzar, bestritten dies öffentlich. Aber zurück im Büro, leitete McCaffrey eine interne Untersuchung ein. Diese ergab, dass 13 der 14 von Amnesty speziell wegen Verletzungen benannten kolumbianischen Armeeeinheiten vorgängig entweder US-Ausbildung oder Waffen erhalten hatten. Amnesty veröffentlichte diese Dokumente im August 1996. (Volle Enthüllung: Ich hatte die internen US-Dokumente Amnesty übergeben. Winifred Winton und ich hatten die geheime kolumbianische Order an Human Rights Watch weitergegeben.)

Kolumbianische Militäroffiziere, zusammen mit einigen ihrer Unterstützer in den USA, behaupten, dass die Grenzlinie zwischen Aufstandsbekämpfung und Drogenbekämpfung in Kolumbien verwischt ist, da Kolumbiens linke Guerillas heute mehr denn je in den Drogenhandel verwickelt sind. Und das sind sie, tatsächlich. Sowohl linken Quellen wie den US-Geheimdiensten zufolge waren während Jahren etwa zwei Drittel der FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia) und etwa die Hälfte der Kräfte des ELN (Ejército de Liberación Nacional) in den Drogenhandel involviert, speziell in den Schutz der Drogenpflanzungen.¹

Die rechtsgerichteten paramilitarischen Gruppen in Kolumbien sind jedoch sogar noch tiefer in den Drogenhandel verwickelt, und das seit zehn Jahren. 1989 hatte die kolumbianische Regierung alle paramilitarischen Organisationen verboten, nachdem eine Regierungsuntersuchung ergeben hatte, dass das durch den verstorbenen Pablo Escobar geführte Medellín-Kartell die stärksten paramilitarischen Gruppen übernommen hatte. Damals hatten Escobar und seine Verbündeten heftigen Widerstand gegen den US-Druck auf die kolumbianische Regierung für die Auslieferung zwecks Aburteilung in den USA geleistet. Escobars Leute übernahmen die Kontrolle der stärksten paramilitarischen Gruppen und benutzten sie für eine terroristische Kampagne gegen den Staat. Diese Paramilitärs, mit ihrer Basis im Magdalena-Tal, standen hinter einer Welle gewalttätiger Verbrechen, inklusive des Bombenanschlags auf den Avianca-Flug HK-1803, bei dem 111 PassagierInnen ums Leben kamen. Die Untersuchungen ergaben, dass israelische, britische und andere Söldner unter der Führung des israelischen Reserve-Oberstleutnants Yair Klein die Attentäter in den entsprechenden Techniken ausgebildet hatten. Im

Februar sind Klein und drei weitere ehemalige israelische Reserveoffiziere zusammen mit zwei Kolumbianern in Abwesenheit vor Gericht angeklagt worden.

Die CIA trägt einen Teil der Verantwortung für die Ausbreitung des Drogenhandels im Magdalena-Tal wegen der Unterstützung rechtsgerichteter Aufstandsbekämpfungskräfte, welche die Drogen kontrollieren. Aber die CIA hat auch zur Bekämpfung des Drogenhandels in Kolumbien beigetragen. Mit anderen Worten, unterschiedliche Gruppen innerhalb der Agency verfolgen konträre Ziele.

Der herausragendste CIA-Erfolg im Drogenkrieg bestand in den Operationen 1995/96, die mit Hilfe der DEA, zur Verhaftung aller sieben Hauptchefs des kolumbianischen Cali-Drogenkartells geführt hatten. Einer der Verhafteten war Henry Loaiza, auch bekannt als «der Skorpion», einer der wichtigsten paramilitarischen Führer. Er hatte im Geheimen mit den CIA-unterstützten geheimdienstlichen Netzwerken zusammengearbeitet, um Morde an mutmasslichen Linken auszuführen. Ein junges, technisch orientiertes CIA-Team leitete die Cali-Verhaftungen. Angeführt wurde es von einer Frau. «Ich bin nur eine Sekretärin», protestierte sie, als ich sie damals anrief. Ihren Dementis zum Trotz wurde sie geschätzt. Am 19. September 1995 überbrachte ihr ein Auslieferungsdienst in die US-Botschaft in Bogotá eine weisse Schachtel. Ich war zu diesem Zeitpunkt zufällig gerade in der Lobby. Die Frau öffnete die Schachtel und fand darin weisse Rosen. Absender war der Chef der kolumbianischen Nationalpolizei, General Rosso José Serano.

Die meisten anderen Antidrogenoperationen der Agency erbrachten aber wenig Resultate. Insgesamt hat das CIA-Engagement in Kolumbien nicht zu einer Minderung des Drogenhandels beigetragen. Hauptsächlich hat die Agency einen Bürgerkrieg angeheizt, der einen erschreckend hohen Blutzoll in der Zivilbevölkerung fordert.

[Am Schluss seines Artikels hält Smyth fest, dass die CIA ähnlich zwielichtig in weiteren Ländern operiere: in Peru, wo sie im «Drogenkrieg» mit dem von der DEA des Drogenhandels verdächtigten Geheimdienstchef Vladimiro Montesinos liiert ist; in Guatemala, für das Clinton zwar 1995 die Aufstandsbekämpfungshilfe der CIA nach mehreren «Skandalen» verbot, nicht aber die CIA-Gelder für den Drogenkrieg, obwohl die DEA 31 hohe guatemalteckische Offiziere für Dope Dealers hält; in Mexiko, wo Drogenzar General Jesús Gutiérrez Rebollo, lange protegiert vom US-Drogenzar McCaffrey, kürzlich des Drogenhandels angeklagt wurde.]

* aus der Juni 98-Nummer des US-Magazins «The Progressive»

1 A.d.Ü.: Welche «linken Quellen» mit derartigen spezifischen Angaben mit den US-Geheimdiensten übereinstimmen, gibt Smyth leider nicht an. Es ist nur gerecht, zu diesem Punkt auch die Guerilla zu Wort kommen zu lassen. Aus einer Erklärung der Internationalen Kommission von FARC-EP, Mexiko, April 98: «... Die schmutzige Kampagne, die versucht, Guerilla und Drogenhandel miteinander zu verbinden, verfolgt zwei grundsätzliche Ziele. Einerseits soll die Guerilla delegitimiert, zur normalen Delinquenz reduziert werden, um zu verhindern, dass sie als Machtalternative für die gesellschaftliche Veränderung wahrgenommen wird. Andererseits soll damit Raum für die Rechtfertigung einer direkten US-Intervention in den inneren Konflikt in Kolumbien geschaffen werden. ... Den USA und der Gemeinschaft der Nationen wollen wir eine klare Botschaft übermitteln: Die FARC-EP bauen keine Coca an, noch beschützen sie Plantagen oder Verarbeitungslaboratorien, noch handeln sie mit Kokain. Aus Prinzip verurteilen wir den Drogenhandel wegen seiner schrecklichen Folgen für den Menschen, und vor allem für die Jugend. Der Anbau von Coca und Mohn in Kolumbien stellt zweifellos ein scharfes soziales Problem dar. Es hat zu tun mit Hunger, Arbeitslosigkeit und forcierter Vertreibung aufgrund der staatlichen Gewalt. Die Lösung kann nicht in der irrationalen Unterdrückung armer Bauern liegen. Wenn wir die Flotten von Helikoptern und Ausräucherungsflugzeugen angegriffen haben, dann nicht nur, weil sie ein offensichtliches militärisches Ziel darstellen, sondern vor allem, weil wir nicht mit der Zerstörung der Umwelt und den nicht wiedergutzumachenden Schäden einverstanden sind, welche das Besprühen mit Entlaubungsgiften an Flora, Fauna, Wasserquellen und der menschlichen Bevölkerung verursacht. ... Die Drogenkartelle von Medellín und Cali sind praktisch zerstört worden, aber ihre Aktivitäten sind mit Duldung der Armee durch das paramilitarische Kartell der Castaño Gil weitergeführt worden, während in den USA die Verteilungscapos nicht angerührt werden...» Und für das seltsam vergessliche historische Gedächtnis: Den auf die kolumbianische Guerilla gemünzten Begriff des Narcoterrorismus lancierte der damalige US-Botschafter in Kolumbien, Lewis Tams, im Santa-Fé-Papier II, einem Leitfaden zuhanden der narcoverseuchten Administration Bush für ihre Lateinamerika-Politik. Tams war vorher für Reagan/Bush Botschafter in Costa Rica gewesen. Seine aktive Deckung des gigantischen Kokainhandels der CIA-Contras ging dort so weit, dass die costaricanische Justiz gegen ihn ein später aus politischen Opportunitätsgründen eingestelltes Strafverfahren eröffnet hatte.

Kolumbien US-Milliarden gegen die Guerilla

Militärhilfe für Menschenrechtsverletzungen

Von Rainer Rupp

Wenn der US-Kongress das neue, 1,3 Milliarden Dollar schwere Hilfspaket für Kolumbien bewilligt, das Präsident Clinton jetzt vorgeschlagen hat, dann werden sich US-amerikanische Militärlieferungen an das Land enorm beschleunigen, so die »Washington Post«.

Das kolumbianische Militär soll mit 30 besonders tödlichen Black Hawk Kampfhubschraubern für den anti-Guerilla-Einsatz ausgerüstet werden. Zusammen mit dem bereits laufenden Hilfspaket von umgerechnet fast 600 Millionen Mark würde sich die gesamte US-Hilfe in den nächsten zwei Jahren auf die Rekordsumme von 1,6 Milliarden Dollar (etwa 3,1 Milliarden Mark) erhöhen und die Position Kolumbiens als drittgrößten Empfänger US-amerikanischer Waffenhilfe – nach Israel und Ägypten – weiter festigen.

Während sich die republikanische Opposition im Kongress dafür einsetzt, mit dem zusätzlichen Geld hauptsächlich die Ausrüstung und Ausbildung der kolumbianischen Polizei zwecks Drogenbekämpfung zu verbessern, besteht die Regierung in Washington darauf, dem kolumbianischen Militär zusätzlich unter die Arme zu greifen. Dessen Hauptbeschäftigung besteht in der Verfolgung linker Guerillagruppen, die sich gegen die krassen sozialen Ungerechtigkeiten im Land auflehnen. Dabei wird das Militär von para-

militärischen Gruppen unterstützt, auf deren Konto massenhafte Verbrechen gegen die Menschlichkeit gehen. Bei der Jagd auf Oppositionspolitiker, Gewerkschafter und landlosen Bauern wird jedes Jahr tausendfach gemordet, alles unter dem Deckmantel der »Bekämpfung der Drogenguerilla«, wie der Terror von der Clinton-Regierung schön geredet wird.

Menschenrechtsorganisationen haben zusammen mit Kongressabgeordneten der Demokraten vor weiteren US-amerikanischen Einmischungen in den Guerillakrieg gewarnt und in diesem Zusammenhang das kolumbianische Militär und seine politische Führung schwerster Menschenrechtsverletzungen beschuldigt. So sagte Senator Patrick J. Leahy: »Was wir sehen, ist eine dramatische Gewaltspirale zur Unterdrückung eines Volksaufstandes unter dem Vorwand einer Antidrogenpolitik. Dabei beabsichtigt die US-Regierung der Guerilla so viel Schaden wie möglich zuzufügen, um sie so zum Einlenken zu zwingen. Das hört sich gut an, aber es ist nichts anderes als die Fortführung der kostspieligen und gefährlichen Politik, die wir aus den 80-er Jahren aus Zentralamerika kennen.«

Amnesty International (ai) erklärte dazu, dass der Clinton-Plan nicht dazu beitragen werde, die Aktivitäten der paramilitärischen Einheiten zu zügeln, die die meisten Verbrechen begehen. Die Militärhilfe bedeute nichts anderes als ihre offene Unterstützung. Dass dies schon seit Jahrzehnten geschieht, darauf verweist Prof. Noam Chomsky, einer der renommiertesten Wissenschaftler der Gegenwart, in

seinem neuesten Buch: Mit tatkräftiger US-amerikanischer Unterstützung sei Kolumbien während der 90-er Jahre zum Land »mit der schlimmsten humanitären Krise in der westlichen Hemisphäre« geworden. Und um die Doppelbödigkeit der Washingtoner Politik zu demaskieren, vergleicht er die Situation in Kolumbien mit der in Kosovo vor den NATO-Luftangriffen gegen Jugoslawien: »Westliche Schätzungen gingen davon aus, dass in Kosovo während der 12 Monate vor dem NATO-Bombardement auf beiden Seiten 2000 Menschen getötet wurden und es zwischen 200.000 und 300.000 interne Flüchtlinge gab. Just zu dem Zeitpunkt, als das NATO-Bombardement begann, veröffentlichte das US-Außenministerium seinen Bericht für Kolumbien für dasselbe Jahr. Die Zahlen sehen sich erschreckend ähnlich: 2000 bis 3000 Tote, 300.000 neue Flüchtlinge, etwa 80 Prozent der Toten sind von paramilitärischen und militärischen Einheiten ermordet worden.« (»Lessons from Kosovo«, The New Militar Humanism, Pluto Press, London 1999)

Doch auf Kolumbien sind die gleichen »humanitären Prinzipien und Werte nicht anwendbar, in deren Namen die US und ihre NATO massenhaft Bomben auf Jugoslawien geworfen haben. Denn der Blutspur würde von dem Ort des Verbrechens direkt ins militärische Hauptquartier der Neuen Weltordnung, nach Washington führen. Dort sitzen jedoch die Guten. Die kämpfen an der Seite der Engel und können somit kein Verbrechen begehen. Eine Diskussion über die in »Sachzwängen« wurzelnden Unstimmigkeiten und Widersprüche bei der Umsetzung der von Tony Blair dekretierten »neuen moralischen Außenpolitik« – auch die britische Regierung liefert Waffen nach Kolumbien – würde die Öffentlichkeit der aufgeklärten NATO-Staaten nur unnötig verwirren und den unstreitbaren moralischen Führungsanspruch der politischen und militärischen Führungsmacht der westlichen Wertemeinschaft in Frage stellen.



SCHWARZES JAHR FÜR MENSCHENRECHTE

„Die Armee kann nicht mit Stolz behaupten, ihr Verhalten gegenüber den Menschenrechten verbessert zu haben, solange sie nicht glasklar nachweist, daß sie die schmutzigen Aufgaben nicht an Stellvertreter wie Paramilitärs oder Todeschwadronen delegiert hat“. An demselben 23. Dezember 1999, an dem diese Kritik des Politikprofessors Eduardo Pizarro Leongómez in Kolumbiens auflagenstärkster Zeitung El Tiempo erschien, wurde er bei einem Attentat schwer verletzt.

K O L U M B I E N

Auch im gerade vergangenen Jahr hat das Niveau der politisch motivierten Gewalt keineswegs abgenommen. 1538 Zivilisten fielen ihr nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen zum Opfer. 2787 Personen wurden verschleppt, viele davon inzwischen gegen Lösegeld wieder freigelassen. Andere bleiben verschleppt. Nach Angaben des Konsulentenbüros für Menschenrechte und Vertreibungen wurden 1999 mindestens 143.500 Menschen gewaltsam vertrieben, womit die Zahl der internen Flüchtlinge auf 1,7 Millionen angewachsen ist.

Das Jahr, in dem der Friedensdialog begonnen hat, eine ernüchternde Bilanz. Daß in einer der letzten Parlamentsitzungen des Jahres 1999 endlich Völkermord, Verschwindenlassen von Personen und gewaltsame Vertreibungen als Delikte definiert, mit hohen Haftstrafen belegt und von der Militärgerichtsbarkeit ausgenommen wurden, ist für Menschenrechtsaktivisten nur ein schwacher Trost. Bleiben doch in Kolumbien 96% aller Verbrechen ohne Strafe. Und für die Militärs wurde ein Hintertürchen offengelassen, das Vertreibungen „im Interesse der Sicherheit der Bevölkerung“ und während militärischer Operationen zuläßt. Zu allem Überfluß hat Präsident Pastrana das neue Gesetz durch sein Veto zum Teil wieder außer Kraft gesetzt.

Vertreibungen sind zentraler Bestandteil der Strategie der Paramilitärs, die bereits ganze Regionen von der Guerilla, namentlich vom *Volksbefreiungsheer* (ELN), erobert haben. Aber auch die linken Aufständischen haben wesentlichen Anteil an der systematischen Verletzung der Menschenrechte. Ihre Operationen sind die Ursache für immerhin 36% der Vertreibungen und die meisten Fälle von Kidnapping. Darüber konnte auch die von den *Revolutionären Streitkräften Kolumbiens* (FARC) einseitig verkündete Weihnachtswaffenruhe von 20 Tagen nicht hinwegtäuschen.

Die schleichende Intervention

Eduardo Pizarro, der seinen Bruder Carlos durch ein Attentat der Drogenmafia und seinen Bruder Hernando durch ein Erschießungskommando der FARC verloren hat, plädierte in seinem Artikel für die Verlängerung der Waffenruhe während der gesamten Dauer der Friedensgespräche, die am 13. Jänner wieder aufgenommen wurden. Verhandlungen unter Kriegsbedingungen, so hatte er ausgeführt, seien negativ für den Friedensprozeß, „weil die Verhandlungen (Rhythmus, Inhalt und Reichweite) dem wechselhaften militärischen Gleichgewicht untergeordnet bleiben. Sowohl die Armee als auch die Aufständischen sehen sich gezwungen, ständig Kriegstrophäen in Form von Leichen oder verwüsteten Dörfern vorzuweisen, um zu zeigen, wer der Stärkere ist. Die Politik bleibt so der militärischen Logik untergeordnet.“

Die Waffenruhe folgte einer Demonstration der Stärke der FARC, die vier Dutzend Menschen das Leben kostete und in deren Verlauf 200 Strommasten gesprengt und 13 Dörfer überfallen wurden. Auch die Armee, die in der Zukunft mit mehr logistischer und materieller Unterstützung des Pentagon rechnen kann, gibt sich kämpferisch. Das gestörte Verhältnis zwischen Präsident Pastranas Friedensbeauftragtem Victor G. Ricardo und den Generälen ist notorisch. Dialog und Menschenrechte werden von den Hardlinern in der Armee als lästige Konzessionen an die „Subversion“ betrachtet. Das machte zuletzt General Nestor Ramirez deutlich, der bei einem Vortrag in Miami eine Fünfte

Kolonnie der Guerilla „in der Staatsanwaltschaft und der Volksanwaltschaft“ ausmachte und den Einsatz für die Menschenrechte „einiger internationaler und nationaler Organisationen“ als äußerst schädlich geißelte.

Die schleichende Intervention ist in Kolumbien längst Realität. Schon jetzt befinden sich rund 250 „Berater“ der US-Armee ständig im Lande. Vor wenigen Monaten fiel auch das Verbot, geheimdienstliche Informationen an die kolumbianischen Militärs weiterzugeben. Daß dieses wegen Menschenrechtsbedenken auferlegte Verbot fallen würde, war schon lange klar. Die USA stufen den Unruheherd Kolumbien, der unverändert als Drehscheibe des internationalen Drogenhandels fungiert, seit einiger Zeit als Sicherheitsrisiko ein. Die Versuche, die Nachbarn zur militärischen Aufrüstung an den Grenzen zu überreden, wurden von zunehmend aggressiver Rhetorik gegenüber der kolumbianischen Narkoguerilla begleitet.

Ein Versuch des State Department, mit den FARC ins Gespräch zu kommen, wurde im Keim erstickt, als im März drei US-amerikanische Indigenisten von den Aufständischen ermordet wurden. Ingrid Washinawatok, Lahe'ena Gay und der Ethnologe Terence Freitas waren im Gebiet der U'was von Mitgliedern der FARC verschleppt worden. Die drei Besucher, die die U'was im Widerstand gegen die Gebietsansprüche der Erdölgesellschaft Oxy berieten, waren als CIA-Agenten denunziert worden.

Nach einigen Tagen in der Gewalt von Guerilleros wurden sie auf venezolanischem Territorium ermordet. Als Auftraggeber machte die Regierung Comandante Grannobles, alias Germán Briceño Suárez aus. Der Befehlshaber der FARC-Fronten in Casanare, Arauca und Boyacá ist niemand geringerer als der Bruder des militärischen Oberbefehlshabers Jaime Briceño, alias Mono Jojoy. Kronzeuge der Staatsanwaltschaft ist Gustavo Bocota Aguablanca, ein Informant der FARC vom Volk der U'wa, der zugab, die drei Fremden am 25. Februar 1999 auf der Straße nach Saravena in der Provinz Arauca festgenommen zu haben. □

Ralf Leonhard

Neuer Drogenterror in Kolumbien befürchtet

Acht Tote bei Attentat in Bogota

Behörden verdächtigen Rauschgiftmafia als Drahtzieher

Von Eva Karnofsky

Buenos Aires – Die kolumbianischen Behörden befürchten ein Wiederaufleben des Drogenterrors der achtziger Jahre, nachdem am Donnerstagnachmittag (Ortszeit) im Norden der Hauptstadt Bogota eine Autobombe explodiert ist. Acht Menschen kamen dabei ums Leben, 40 Personen wurden verletzt. Vorausgegangen war am Dienstag die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs Kolumbiens, die Auslieferung des Drogenhändlers Jaime Orlando Lara Nausa an die USA zu gestatten. Nach der Explosion der Bombe stimmte auch die Regierung von Präsident Andres Pastrana der Auslieferung zu. Die Bombe, die in einem Jeep deponiert war, richtete zudem Zerstörungen an 120 Häusern an.

Bereits am Dienstag war eine Bombe in der Innenstadt Bogotas explodiert, sieben Menschen wurden dabei verletzt. Bisher hat sich keine Gruppe zu den beiden Attentaten bekannt, doch die Behörden vermuten, dass die Rauschgiftmafia damit gegen die Auslieferung Lara Nausas protestieren will. Lara wird von der US-Drogenbekämpfungsbehörde DEA vorgeworfen, einer der größten Heroin-Importeure zu sein. In kolumbianischen Gefangnissen sitzen derzeit 43 Drogenhändler ein, denen die Auslieferung an die USA drohen konnte.

„Lieber ein Grab in Kolumbien als eine Zelle in den USA“, lautete Ende der achtziger Jahre das Motto der „Extraditables“, der wegen Drogenhandels „Auslieferbaren“. An ihrer Spitze stand der 1993 von der Polizei erschossene Pablo Escobar, der Chef des inzwischen aufgeriebenen Medellin-Drogenkartells. Dem Bombenterror der Extraditables fielen mindestens 1500 Menschen zum Opfer, unter ihnen 1989 der liberale Präsidentschaftskandidat Luis Carlos Galan. Auch damals zählten die Autobomben zu den beliebtesten Waffen der Drogenmafia. Ende 1991 wurde angesichts des andauernden Terrors die Auslieferung kolumbianischer Staatsbürger durch eine neue Verfassung verboten. Inzwischen wurde sie jedoch wieder zugelassen.

Sollte sich der Verdacht bestätigen, dass die Drogenmafia für das Attentat vom Donnerstag verantwortlich ist, will die kolumbianische Regierung die Auslieferung von Drogenhändlern beschleunigen. „Wenn sie mir Terrorismus beschreiben, liefere ich sie alle aus“, hatte Präsident Pastrana kürzlich gedroht. Der kolumbianische Justizminister Romulo Gonzalez setzte eine Belohnung von umgerechnet fast 400 000 Mark für die Festnahme der Verantwortlichen aus. Die Stadt Bogota bietet knapp 100 000 Mark.

März 1999

FDCL e.V. 3 / 99
Forschungs- und
Dokumentationszentrum
Chile - Lateinamerika
Gabelstr. 2a · 10961 Berlin
Tel. (030) 995 40 29 - Fax (030) 992 65 90

DrogenKrieg und Frieden

Der Friedensprozess in Kolumbien ist kein einfaches Unternehmen. Mit der Ermordung von drei engagierten US-VertreterInnen aus dem Bereich der Indigenabewegung durch die Guerrillagruppe FARC anfangs März ist die Geschichte noch komplexer geworden.¹ Alles deutet darauf hin, dass am Ende des Prozesses nicht Friede, sondern noch mehr Krieg herrschen wird. Zur Verschärfung des Konflikts trägt wesentlich auch eine völlig verfehlte internationale Drogenpolitik bei, wie der Drogenexperte Ricardo Vargas kürzlich in der Schweiz dargelegt hat.²

Das Scheitern der gewaltsamen Angebotsreduktion

Die Verminderung des Drogenangebots im Rahmen der Prohibitions politik soll vor allem durch gewaltsame Ausrottung illegaler Drogenpflanzungen erzielt werden. Bei dieser gewaltsamen Ausrottung sind bisher vier Techniken verwendet worden.³

1. Mechanische oder manuelle Ausrottung durch Schneiden oder Ausreissen der Pflanzen.
2. Zerstörung durch Totalherbizide mittels manueller Besprühung oder Besprühung aus der Luft.
3. Verbrennen der Pflanzungen.
4. Einsatz biologischer Methoden.

Allgemein kamen die Methoden der mechanischen Ausrottung (1) und die Pestizidbesprühung aus der Luft (2) am meisten zum Einsatz. Im Falle der Besprühung mit Pestiziden aus der Luft wurden folgende Chemikalien am häufigsten verwendet:

¹ Wir werden in einem späteren Monatsbericht über diesen sinnlosen und absolut verwerflichen Akt durch die Guerrilla eingehen. Aus etwas Distanz lässt sich besser einschätzen, welches die nachhaltigen Auswirkungen dieser Ermordung sind.

² Ricardo Vargas hat an der Fachtagung „Was tun mit konfiszierten Drogengeldern“ vom 18.3.99 in Bern, die von der Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien initiiert und mitorganisiert wurde, ein Referat gehalten mit dem Titel „Die Kontroverse über die sachgerechte Verwendung von beschlagnahmten Drogengeldern und die Sicht der drogenproduzierenden Länder“. Wir fassen nachfolgend sein Referat in den Hauptpunkten zusammen. Der Volltext kann bei uns bezogen werden. (Tel./Fax: 041/ 210 64 68; askluzern@datacomm.ch)

³ Farrell Graham, „A global empirical review of drugs crop eradication and United Nations' crop substitution and alternative development strategies“ en Journal of Drugs Issues, vol. 28, No. 3, spring 1998

1. Glyphosat (Round-up) zur Ausrottung von Koka, Marihuana und Schlafmohn
2. Tebuthiuron (Spike) zur Ausrottung von Koka
3. Exazinona (Velpar) zur Ausrottung von Koka

Die gewaltsamen Ausrottungen bedeuten für die Bauern trotz des erhöhten Risikos keine Abschreckung. Die Antworten auf der Ebene der AnbauerInnen sind:

- Die Urbarmachung neuen Landes für den Anbau von illegalen Drogenpflanzungen
- Verschiedenste Strategien zur Eindämmung der Schadenswirkung der Herbizide auf die Drogenpflanzen
- Erfolge in der Ertragsverbesserung
- Die Gruppen von Zwischenhändlern reagieren rasch auf gewaltsame Ausrottungsprogramme. Sie können die Preise für die Drogen-Rohprodukte manipulieren und innert relativ kurzer Zeit eine bedeutende Anzahl von Neuproduzenten oder Tagelöhner mobilisieren.

Die gewaltsamen Ausrottungen haben in Hinsicht auf den gesamten illegalen Handel mit Drogen höchstens zu einer 10%-igen Verminderung der tatsächlichen Anbauflächen geführt.⁴ Erfolge an einem bestimmten Ort werden sofort durch Neuanbau an anderen Orten kompensiert. „Erfolgreiche“ Anbauerstörungsaktionen hatten bisher keine spürbaren Auswirkungen auf das Angebot⁵. Dieses Resultat hat sich sowohl in den Schlafmohn und Marihuana produzierenden Ländern wie auch im Fall der kokaproduzierenden Andenländer bestätigt. In den kokaanbauenden Ländern der Andenregion ist auf globaler Ebene eine Stabilität der Anbaufläche beobachtbar, trotz der scheinbaren Erfolge bei der Anbaureduktion in einigen Ländern. Betrachtet man die Entwicklung von 1992 bis 1998 auf der Grundlage der Schätzungen des US-Staatsdepartements, ergibt sich folgende Situation:

Tabelle 1: Kokaanbaufläche in den Andenländern von 1992 - 1998

Jahr	Bolivien	Peru	Kolumbien	gesamte Anbaufläche	% im Vergleich zum Vorjahr
1992	45'500	129'200	41'206	215'906	
1993	47'200	108'800	49'787	205'787	- 4,7 %
1994	48'100	108'600	46'400	203'100	- 1,3 %
1995	48'600	115'300	53'200	217'100	+ 6,9%
1996	47'000	95'000	69'200	211'200	- 2,7%
1997	46'000	68'800	79'100	193'900	- 8,0%
1998	38'000	51'000	101'800	190'800	- 1,8%

Quelle: US-Staatsdepartement und Drogenbekämpfungspolizei Kolumbiens

Betrachtet man diese Zahlen der letzten sieben Jahre und ist sich bewusst, dass die offiziellen Angaben über Drogenanbaufläche meistens zu tief sind, so lässt sich eine relative

⁴ Farrell Graham, ebenda, S. 395

⁵ Das gleiche gilt auch für „Erfolge“ z.B. gegen illegale Händlerringe und entsprechende Drogengeldkonfiskationen hier. Der Strafgerichtspräsident Peter Albrecht sagte in seinem Referat an der Tagung vom 18.3.99: „Die gesetzlichen Einziehungsvorschriften werden nämlich heute als wirkungsvolles Instrument zur Bekämpfung des Organisierten Verbrechens gepriesen. Der Staat will auf diesem Wege -gemäss den offiziellen Verlautbarungen- die kriminellen Organisationen an ihrer Achillesferse treffen, indem er ihnen das Betriebskapital entzieht. Allerdings: Eine derart optimistische Haltung kann ich nur schwer nachvollziehen. Aus meiner Sicht besteht kein Grund zur Annahme, dem Organisierten Verbrechen mangle es zur Zeit am notwendigen Betriebskapital, ganz im Gegenteil.“ Eine ausführliche Tagungsdokumentation kann bezogen werden bei: „Arbeitsgemeinschaft Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas Tel: 031 / 381 17 11 oder bei uns s. Anm. 2)

Stabilisierung der Anbaufläche und zumindest eine geringe Reduktion ablesen, die aber für sich allein noch keine signifikante Beeinträchtigung des regionalen Anbaupotentials bedeutet.

Die Stabilisierung des regionalen Angebots wird noch deutlicher, wenn man die schrittweisen Ertragsverbesserungen in Betracht zieht. So stiegen die Hektarerträge wie folgt:

Tabelle 2: Potentielle Nettoproduktion der kokaproduzierenden Länder von 1988 - 1996 (in kg)

Jahr	Bolivien	Peru	Kolumbien	Ecuador	Total
1988	78'400	187'700	27'200	400	293'700
1989	77'600	186'300	33'900	270	298'070
1990	77'000	196'900	32'100	170	306'170
1991	78'000	222'700	30'000	40	330'740
1992	80'300	155'500	29'600	100	265'500
1993	84'400	155'500	31'700	100	271'700
1994	89'800	165'300	35'800	--	290'900
1995	85'000	183'600	40'800	--	309'400
1996	75'100	174'700	53'800	--	303'600

Quelle: Internationaler Strategiebericht zur Drogenkontrolle; US-Staatsdepartement 1997

Die Zerstörung einer bestimmten Anzahl von Hektaren wird also auch durch die Ertragsverbesserung wettgemacht. Es sind schrittweise steigende Hektarerträge zu verzeichnen. Im Fall der Andenländer fällt auch der Ausbau des Anbaupotenzials von Kolumbien auf, während ab 1992 sich die Anbaufläche in Peru verringert.⁶ Diese Anbauausweitung in Kolumbien ist umso aussagekräftiger, wenn man bedenkt, dass gerade in diesem Land die gewaltsame Ausrottungspolitik in den 90er Jahren am intensivsten und entschlossensten zur Anwendung kam. Trotzdem ist es das Land, das den bedeutendsten Zuwachs der Anbaufläche im gesamten Andenbereich verzeichnet, ja sogar soweit, dass Kolumbien die Reduktion der Anbauflächen in Peru und Bolivien wieder ausglich (siehe Tabelle 3).

Tabelle 3: Anteil der Andenländer an der Kokaanbaufläche von 1992 - 1998 (in Prozent)

Jahr	Bolivien	Peru	Kolumbien
1992	21,07	52,87	19,08
1993	22,93	52,87	24,19
1994	23,68	53,47	22,84
1995	23,92	53,10	24,50
1996	24,23	45,00	32,76
1997	23,72	35,48	40,80
1998	19,91	26,72	53,35

Quelle: erarbeitet aufgrund von Angaben des US-Staatsdepartements und der Drogenbekämpfungspolizei Kolumbiens

⁶ „Die Produktion von Koka explodiert, 28 % Zunahme in einem Jahr...Das ist vielleicht die einzig solide Zahl, über welche wir in der Drogenbekämpfung verfügen, weil sie von Satelliten stammt...In Tat und Wahrheit gibt es keine Produktion auf der Welt, die 1998 um 28 oder mehr Prozent angestiegen ist. Weder Reis, Autos, Fische. Wir finden nichts vergleichbares. Es ist eine phänomenale Explosion, eine realer Anstieg!“ Barry McCaffrey, US Antidrogenchef (Semana 1.3.99, S.36) Red.

Die Schäden der Repressionspolitik in drogenproduzierenden Ländern

Während das Hauptziel der Pestizidbesprühungen unerreichbar bleibt, hat diese Politik äusserst kontraproduktive und schädliche Folgen:

1. Die Besprühung fördert die Verlagerung der Anbaugelände, akzentuiert deren Atomisierung, was zu grösserer Abholzung in noch unberührten Regenwaldgebieten der Amazonasebene führt.
2. Die Besprühung aus der Luft bewirkt die Vertreibung der lokalen Bevölkerung. Zurück bleibt ein instabiles Bevölkerungsgemisch aus verschiedenen Gruppen und Interessen:
3. die Präsenz von Tagelöhnern aus den Städten, die durch das Pflücken von Kokablättern etwas verdienen wollen; manchmal wird dafür bis das Dreifache eines Tagelohns in der legalen Landwirtschaft bezahlt
4. die Präsenz von „rebuscadores“ (Leute, die sich irgendwie durchschlagen müssen), die Koka anbauen ohne jegliche sozio-kulturelle Verwurzelung in der Region
5. die Zuwanderung von Händlern und Strassenverkäufern mit der Absicht, an den Gewinnen der Kokaökonomie teilzuhaben, indem sie Dienstleistungen und verschiedene Konsumprodukte anbieten⁷
6. Die Pestizidbesprühungen bewirken Vertreibungen, fördern die Bildung von Elendsvierteln in Dörfern und Kleinstädten, die nicht in der Lage sind, diese massive Zuwanderung aufzunehmen. Dadurch verschärft sich in diesen Orten die Arbeitslosigkeit und der Anteil der nicht mit Grunddienstleistungen versorgten Bevölkerung, was wiederum zu erhöhter Delinquenz führt. Dies alles erfolgt umso akzentuierter, als die allgemeinen sozialen Bedingungen sich verschlechtern: hohes Haushaltsdefizit, hohe Kapitalkosten, Krise der Landwirtschaft, ungleiche Landverteilung und irrationale Nutzung des landwirtschaftlichen Bodens und der Gewalt. Alle diese Faktoren schränken die Möglichkeiten stark ein, legale Alternativen zum Drogenanbau anzubieten.
7. Mit der gewaltsamen Vertreibung werden die Organisationsformen der Gemeinschaften zerstört, die für die Umsetzung einer alternativen Entwicklung unabdingbar sind. Ebenso wird die Familieneinheit noch mehr verletzt, die bereits durch die Kokaökonomie, welche die Kinderarbeit verschärft und die Frau noch mehr in eine rein reproduzierende Rolle hineinzwängt, geschwächt ist. Dadurch ist der Aufbau einer Ethik, die fähig wäre, ein soziokulturelles Netz aufzubauen und eine kreative, zukunftsgerichtete Lebensperspektive zu schaffen, unmöglich.
8. Die Kokaökonomie hat die Verletzung der indigenen Territorien durch drogenanbauende Neusiedler gefördert. Seit der Zeit des Marihuanaanbaus Ende der 70er Jahre erlitten die indigenen Gemeinschaften der Koghis, Arhuacos und Malayos die Zurückdrängung durch Drogenpflanzer und die Folgen der Umweltschädigung ihres ursprünglichen Lebensraums in der Sierra Nevada von Santa Marta. Aufgrund dieser Bedrängung und der Besprühungen erhoben die indigenen Gemeinschaften Anklage gegen den Chemiekonzern Monsanto, welche das Herbizid Round-up produziert, sowie gegen den kolumbianischen Staat mit der Begründung, dass „nebst der physischen Schädigung der Mitglieder der indigenen Gemeinschaften es auch zu moralischen Schäden und psychischer Unausgeglichenheit

⁷ Dazu ein Beispiel: In einem Kolonisationsgebiet im Mittel- und Unterlauf des Caguán-Flusses im Departement Caquetá zählte der wichtigste Drogenumschlagsort anfangs 1996 3'500 EinwohnerInnen. Die Beschlagnahmung und Kontrolle chemischer Substanzen zur Kokainproduktion, der interne bewaffnete Konflikt und natürlich auch die Pestizidbesprühungen der Kokafelder führten zu einer derartigen Abwanderung, dass die EinwohnerInnenzahl innert weniger Monate auf 750 fiel.

kommt, welche die indigenen Gemeinschaften aufgrund der Vertreibung infolge der massiven Besprühung erleiden. Durch die Vertreibung verlieren sie das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Kultur, die sämtliche Bereiche der Religion, der Riten, der Gewohnheiten, der Familie und der Tradition umfasst.⁸

9. Im Fall Kolumbiens kommt dazu, dass der bewaffnete Konflikt mit der illegalen Drogenökonomie verbunden ist. Sie ist zu einer der wichtigsten Finanzierungsquellen der Guerilla und der paramilitärischen Gruppen geworden. Als Folge davon und innerhalb des Kontextes des sich zuspitzenden Konflikts, werden die Drogenanbaugelände zu Kriegsszenarien zwischen der Guerilla und den Paramilitärs⁹. Die gewaltsame Ausrottung von Drogenpflanzungen wird zu einem integralen Bestandteil der Aufstandsbekämpfung. Damit erleiden die Neusiedler, die Tagelöhner, die Kokapflanzer und auch die Händler die Folgen dieses Zusammenspiels verschiedenster Kriegsinteressen. (vgl. Flugblatt unten der Paramilitärs)



Enero 26 de 1999

URGENTE

META - GUAVIARE - CAQUETA

Mientras estén suspendidos los diálogos, y hasta cuando reinicien; son objetivo militar de las A.U.C. en estos Departamentos:

1. Coccaleros y Narcotraficantes socios de las FARC.
2. Alcaldes y Concejales que Cogobleren y serruchen con las FARC.
3. Transportadores terrestres, fluviales y aéreos que presten servicios a las FARC.

RESPECTAREMOS

A todas las personas que se aislen de la guerrilla

Por la Unidad Nacional A.U.C.

26. Januar 1999

DRINGEND

Meta - Guaviare - Caquetá

Währenddem die Dialoge unterbrochen sind und bis sie wieder aufgenommen werden, betrachten wir folgende Sektoren als militärische Ziele der „Vereinten Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens“ A.U.C. in obgenannten Departementen:

1. KokabauerInnen und DrogenhändlerInnen als Verbündete der FARC.
2. Gemeindepräsidenten und Gemeindebehörden welche mit den FARC gemeinsam regieren
3. Transporteure auf dem Land, zu Wasser und in der Luft, welche ihre Dienste der FARC anbieten.

Wir respektieren
alle Personen, welche sich von der Guerilla distanzieren

Für die Nationale Einheit
A.U.C.

⁸ Baena Rafael; „Van los Arhuacos al suicido colectivo?“ in der Zeitschrift Cromos, 31. Juli 1984, Bogotá

⁹ vgl. Kolumbien Monatsbericht 5/98

Zunehmende Militarisierung durch US-Militärhilfe

In diesem komplexen Panorama kommt ein weiterer Konflikt- und Gewaltfaktor hinzu: die zunehmende Intervention der USA im Namen der Drogenbekämpfung. Dies zeigt sich in der Militärhilfe, die im Verlaufe dieses Jahrzehnts stets erhöht wurde (siehe Tabelle 5).

Tabelle 5: Unterstützung der Drogenbekämpfung der kolumbianischen Polizei und Armee durch die USA (in Mio. US\$; Haushaltjahre 1990 - 1997)

Haushalt-jahr	Programm INC	Programm FMS	Programm FMF	Programm IMET	Sektion 506	Excess Defense articles	TOTAL
1990	20	3,7	71,7	1,5	20	3,8	120,7
1991	20	10,2	47	2,6	0	7,1	86,9
1992	23,4	14,3	47	2,3	7	3,2	97,2
1993	25	14,6	26	3,0	0	0	68,6
1994	20	67,6	7,7	0,9	0	0	96,2
1995	18,9	21,9	10,0	0,6	0	0	51,4
1996	22,9	10,4	0	0,1	40,5	0	73,9
1997	46,6	75,0	0	0,6	14,2	0	136,4
TOTAL	196,8	217,7	209,4	11,6	81,7	14,1	731,3

Quelle: US-Staatsdepartement und US-Verteidigungsdepartement

Anfangs 1999 wurde Kolumbien eine Militärhilfe von 289 Mio. US\$ zugesagt, womit Kolumbien in diesem Jahr 42% der gesamten von dem US-Kongress für Lateinamerika bestimmten Drogenbekämpfungsgelder erhält. Kolumbien wird damit weltweit zum drittgrössten Empfängerland von US-Militärhilfe, unmittelbar hinter Israel und Ägypten.

Hier einige der wichtigsten Posten der US-Militärhilfe für 1999¹⁰:

6 Blackhawk-Helikopter	US\$ 96 Mio.
Verbesserung der Feuerkraft und der Reichweite von 34 Huey-Artilleriehelikoptern	US\$ 40 Mio.
Verstärkung der Sprühflugzeuge	US\$ 6 Mio.
Gelder für Besprühungsoperationen	US\$ 70 Mio.
Gelder für Helikopter, Transport- und Überwachungsflugzeuge sowie weiterer Ausrüstung für die Nationalpolizei	US\$ 20 Mio.
Gelder für Patrouillenboote, Bewaffnung und Munition für die kolumbianische Armee	US\$ 20 Mio.
Weitere, nicht genau bestimmte Posten	US\$ 37 Mio.
TOTAL	US\$ 289 Mio.

Diese Militärhilfe wurde im Rahmen der angekündigten Schaffung einer „Gemeinsamen Arbeitsgruppe der USA und Kolumbiens“ gewährt, zu der u.a. die Beratung der USA beim Aufbau einer Eliteeinheit der kolumbianischen Armee zur Drogenbekämpfung gehört. Dies wird eine bilateral legitimierte Einheit sein, ähnlich wie es heute die kolumbianische Drogenbekämpfungspolizei ist. Sie wird Ansprechpartner sämtlicher Institutionen der USA sein, die mit der Drogenfrage zu tun haben. Diese Eliteeinheit soll 1000 Mann umfassen, die von den USA für den Krieg trainiert und ausgerüstet werden. Sie soll die

¹⁰ Diana Jean Schemo, „Congress steps up aid for colombians to combat drugs“ in New York Times, 1. Dez. 1998

Drogenbekämpfungspolizei vor allem bei ihren Aktionen gegen Drogenpflanzungen in von der Guerilla kontrollierten Gebieten unterstützen.¹¹

Von der insgesamt vom US-Kongress für Kolumbien bestimmten Militärhilfe sollen 136 Mio. US\$ (47,05%) direkt für die Ausrottung illegaler Anbauflächen verwendet werden. Die einzelnen Budgetposten zeigen auf, dass man die Bekämpfung aus der Luft und von den Flüssen aus als Kriegsszenarien in diesem Drogenkrieg in Kolumbien bestimmt hat.¹²

Es wird ein taktisches Modell einer Militarisierung der Kokaanbauggebiete und von Aktionen gegen diese Anbauggebiete entwickelt: den Sprühflugzeugen soll mehr Sicherheit gewährt werden; dazu kommt die Forderung der USA nach dem Einsatz anderer Chemikalien, so von Granulaten wie Imazapyr, Tebuthiuron und Hexazinona.¹³

Am 29. und 30. Juli 1998 nahm die Ombudsstelle (Defensoría del Pueblo) vier Proben von Substanzen, die von Sprühflugzeugen bei Puerto Guzmán im Departement Putumayo versprüht worden waren. Die Proben wurden am 3. August 1998 dem Laboratorium der Umweltfakultät der Universität Los Andes zur Analyse übergeben. Die am 29. Oktober 1998 veröffentlichten Resultate zeigten, dass die Substanzen Imazapyr¹⁴ enthielten, was eine klare Verletzung der Umwelt- und Gesundheitsnormen sowie der gesetzlichen Bestimmungen über die Anwendung von Herbiziden darstellt. Unter den jetzigen Bedingungen erfüllt das gefährliche Experiment der Drogenbekämpfungsbehörden keinerlei Schutzbestimmungen.

In der Anklage der Ombudsstelle heisst es, dass während der Besprühungen mit Imazapyr „grosse Flächen von natürlicher Vegetation in der Nähe von landwirtschaftlich genutzten und bewohnten Gebieten zerstört worden sind. In der Nähe des Weilers Santa Rosa wurden Ende Juli 1998 bei der Laguna del Quemado hunderte von Hektaren von Primärwald zerstört. Dieses Ökosystem um diesen See ist sehr speziell, denn es ist ein Laichplatz und ein wichtiges Reproduktionsgebiet von Fischen, es ist ein Rückzugsgebiet und Nistplatz von Vögeln, Säugetieren und anderen entlang den Zuflüssen zum Putumayo selten gewordenen Tierarten. Es konnte festgestellt werden, dass im Umkreis von mehreren Kilometern rund um diese Lagune keinerlei Drogen angebaut werden.“¹⁵

In dem Gebiet des mittleren und unteren Flussabschnittes des Caguán zogen die Besprühungen mit Round-up die Kautschuk-, Kakao-, Fruchtbaum- und Nahrungsmittelpflanzungen¹⁶, Grasanbau, Wasserquellen, Seen und Sümpfe, die Teil eines bedeutenden alternativen Entwicklungsprogrammes waren, stark in Mitleidenschaft. Es handelt sich um ein lokales Programm unter Leitung der Pfarrei San Isidro in Remolinos del Caguán.

¹¹ ebenda.

¹² Militärexperten spekulieren, dass eine Militäroffensive gegen die Guerrilla vom Departement Putumayo vorbereitet wird im Falle eines Scheiterns des Friedensprozesses. Diese Offensive wird zur Zeit intensiv durch 50 US-Militärexperten vorbereitet, ab Mitte Jahr sollen weitere 100 dazustossen. Die ganze Operation wird im Namen der Drogenbekämpfung ablaufen.. (vgl. „Tiro al blanco“, Semana 1.März 1999, S.34) (Red.)

¹³ Diese Forderung wurde im Memorandum des ehemaligen US-Botschafters in Kolumbien, Myles Frechette, am Schluss der Regierungszeit von Samper gestellt. „Anstelle von Glyphosat (Round-up) soll ein Herbizid in Granulatform verwendet werden, das nicht durch Regen aufgelöst wird und das von einer grösseren Höhe aus eingesetzt werden kann, damit die Sprühflugzeuge nicht mehr so leicht vom Boden aus angegriffen werden können.“ Siehe Semana, No. 739, 2. Juli 1996, Bogotá

¹⁴ Imazapyr (Arsenal 100 SL und 240 SL) ist ein hochwirksames, nicht-selektives Breitband-Herbizid, das über den Boden aufgenommen wird. Es ist äusserst beweglich und damit eine grosse Gefahr für die Gewässer. Es ist eine ätzende Substanz, die unheilbare Schädigungen der Augen und der Haut bewirkt.

¹⁵ Ministerio Público Defensoría del Pueblo, „Es wird Imazapyr zur Ausrottung von Kokapflanzungen im Putumayo angewandt“, 30. Okt. 1998, Bogotá

¹⁶ Vor allem Yucca und Kochbananen

Die Notwendigkeit eines globalen Umdenkens in der Drogenpolitik

In diesem Szenario einer gescheiterten Prohibitionspolitik taucht das Modell der Schadensminderung auf (Harm Reduction)¹⁷. Dieses Modell kann wichtige Fortschritte im Bereich des Drogenkonsums vorweisen. Dies zeigen vor allem die Erfahrungen in der Schweiz. Die Politik der Schadensbegrenzung, zusammen mit Massnahmen zur Abschreckung gegen den Drogenhandel - so etwa die Beschlagnahmung von Vermögenswerten aus dem Drogenhandel - trägt zur Stärkung der Unterscheidung zwischen Strafverfolgung und sozialen Massnahmen des Staates in Bezug auf die Drogenproblematik bei.

Eine ganzheitliche Politik verlangt aber auch die Ausarbeitung eines Vorschlags für die Angebotsseite. Es genügt nicht, nur Erfolge bei Massnahmen auf der Nachfrageseite oder in gewisser Weise beim Drogenhandel vorweisen zu können, wenn kein strategisches, politisches Projekt gegenüber der Drogenproduktion erarbeitet wird. Konsequenterweise muss also auch eine Politik zur Schadensbegrenzung auf der Produktionsseite entworfen werden.

Die Schweiz könnte mit dem sachgerechten Einsatz von beschlagnahmten Drogengeldern einen wichtigen Beitrag an diese Strategie zur Schadensminderung in drogenproduzierenden Ländern des Südens beitragen. In diesem Sinne sind die Vorschläge der entwicklungspolitischen Plattform schweizerischer NGOs¹⁸ zur sachgerechten Verwendung konfiszierter Drogengelder sehr zu begrüessen und zu unterstützen und ich möchte es nicht unterlassen, mich für diese solidarische Initiative im Namen der Opfer auf der Produktionsseite, der Kleinbauern und ihrer Familien in den von der Welt meist vergessenen Produktionszonen zu bedanken.

Übersetzung: Bruno Rütsche
Redaktion: Peter Stirnimann

¹⁷ Die bekanntesten Programme der Schadensminimierung im Bereich des Drogenkonsums sind: gratis Spritzenaustausch; Gassenzimmer; Methadon-, Heroinabgabe; vielfältige Therapien; breite Präventionsarbeit; Entkriminalisierung des Drogenkonsums. Das sogenannte 4-Säulenmodell der schweizerischen Drogenpolitik basiert auf der Idee der „Harm-Reduction“ (Red)

¹⁸ zu beziehen bei uns (vgl. Anm. 2)

ZWISCHEN PARAMILITÄRS UND GUERILLA

Eindrücke und Szenen aus Kolumbiens unerklärtem Krieg

Eine Reportage von Ralf Leonhard (Text und Fotos)

Die politische Gewalt war es, die uns aus dem *Cimitarra*-Tal vertrieben hat. Wir wurden von den Paramilitärs mit dem Tod bedroht, wenn wir nicht unser Land verlassen. Und die Massaker beweisen, daß sie es ernst meinen.“ Raúl Antonio Carmona ist in seinem Leben schon dreimal vertrieben worden. Der alte Mann ist in *Yondó* gelandet, einem Fischer- und Bauerndorf am Mittellauf des Magdalena-Flusses. Krank und verbraucht, hat er nicht mehr die Energie, einen Neuanfang zu wagen. Sein zerfurchtes Gesicht, geperbt von der schweren Feldarbeit unter der tropischen Sonne, täuscht ein höheres Alter als seine 63 Jahre vor. In einer ausgebeulten Hose und löchrigen Gummistiefeln sitzt der Bauer unter einem Baum mit ausladendem Geäst, in dessen Schatten sich drei Dutzend Vertriebene versammelt haben.

Jeder hat hier eine dramatische Geschichte zu erzählen. Livia Rosa Hernández, die einen Überfall der gefürchteten paramilitärischen Gruppen miterlebt hat, ist noch mit dem Schrecken davongekommen: „Die Genossenschaft haben sie zerstört und die Frau aus dem Werkzeuggeschäft verschleppt. Ich glaube, sie ist tot, denn zwei Tage später hieß es, die Paramilitärs hätten sie umgebracht. Ich bekam Angst und wollte auch nicht mehr dort bleiben.“

Von *Yondó* wollen die Vertriebenen vorerst nicht weg. Wohin auch? Ein Zurück ist derzeit undenkbar und anderswohin ist genauso problematisch. Es gibt in Kolumbien kaum ein fruchtbares Gebiet, das nicht von politischer Gewalt heimgesucht wird. Raúl Carmona und die anderen Flüchtlinge, die es vorzogen, das nackte Leben zu retten, sind jetzt auf die Hilfe wohltätiger Organisationen angewiesen. Denn das Land hier ist längst verteilt, und Lohnarbeit in der Ölmetro-pole Barrancabermeja am gegenüberliegenden Flußufer ist selbst für jüngere und qualifiziertere Leute nicht zu finden.

In Barrancabermeja, einem 1922 von Ölmagnaten gegründeten Flußhafen, ist fast jeder fünfte der 250.000 Einwohner

ein Vertriebener. In Kolumbien sind mehr Menschen auf der Flucht vor Krieg und Gewalt als auf dem Balkan, und der nicht erklärte Krieg fordert jährlich mehr Tote als der Kosovo-Konflikt. Die Ursachen sind nicht ethnischer oder religiöser Natur, sondern wirtschaftliche und politische Interessen.

Der Rio Magdalena, der sich über mehr als 1500 Kilometer von den Andenhöhen im Süden Kolumbiens bis zur karibischen Küste hinzieht, ist eine der wichtigsten Verkehrsstraßen des Landes. *Magdalena Medio*, das Land um den Mittellauf des Magdalena-Flusses, ist eine der reichsten Regionen Kolumbiens. Hier gibt es nicht nur Öl und die größte Raffinerie: in den Bergen lagern auch Kohle und Gold, um dessen Ausbeutung sich mehrere transnationale Konzerne bemühen. Afrikanische Ölpalmen und Weideland haben den Urwald weitgehend zurückgedrängt. Ölproduktion und Viehzucht sind hoch rentabel. Die Kleinbauern, die in früheren Jahrzehnten aus anderen Landesteilen abgedrängt wurden und hier fruchtbaren



Raúl Antonio Carmona, nach seiner dritten Vertreibung in *Yondó* gestrandet

Boden vorhanden, wurden neuerlich zu Hindernissen für Wirtschaftsinteressen. Vor allem seit zu Beginn dieses Jahrzehnts eine Straße gebaut wurde, die das bis dahin abgeschiedene Gebiet an die Industriezentren in den Andenkordillern anbindet. Über Nacht verzehnfachten sich die Grundstückspreise.

Wie die *Transamazonica*, die im brasilianischen Amazonasgebiet die noch immer anhaltende systematische Umweltvernichtung und Ausrottung der indianischen Bevölkerung in Gang gebracht hat, steht auch die *Troncal* von Magdalena Medio am Beginn einer fatalen Entwicklung. Gegen die von den traditionellen Parteien, den Liberalen und den Konservativen schon vor den tatsächlichen Bauarbeiten geförderte Goldrauschstimmung trat seit Mitte der 80er Jahre die linke *Unión Patriótica* an, die in mehreren Gemeinden die Kommunalwahlen gewinnen und die Bürgermeister stellen konnte. Allerdings nicht lange.

Mit dem Auftreten der neuen politischen Bewegungen und der Direktwahl der Bürgermeister veränderte sich die politische Landkarte in den Gemeinden radikal. Doch schon während der ersten Amtszeit der neuen Gemeindeverwaltungen wurde die größte Welle der Gewalt in der Geschichte der Region entfesselt. Carlos Rivas, ein Mitarbeiter eines von den Jesuiten gegründeten Projekts für Frieden und Entwicklung, der seinen richtigen Namen lieber nicht veröffentlicht sehen will, ist „überzeugt, daß diese Gewalt politische Gründe hatte, denn diejenigen, die immer die lokale Macht innegehabt haben, sind nicht bereit, diese Macht zu verlieren, abzugeben oder am Verhandlungstisch zu verspielen.“

Die *Patriotische Union*, ein Testballon der *Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens* (FARC), der größten und ältesten Guerillaorganisation des Landes, wurde nach und nach durch die physische Liquidierung ihrer Mitglieder, darunter mehrere Senatoren und ein Präsidentschaftskandidat, ausgeschaltet. Mehr als 5000 führende Aktivisten

amen landesweit gewaltsam zu Tode. Fast keiner dieser Morde wurde aufgeklärt oder auch nur ernsthaft untersucht. Diese Erfahrung erklärt auch, warum die FARC heute bei den Friedensverhandlungen politische Reformen vor der Demobilisierung ihrer Truppen verlangen.

Heute ist Magdalena Medio eine der am meisten umkämpften Regionen. Hier operieren die FARC und das Nationale Befreiungsheer (ELN), mehrere Gemeinden stehen unter dem Einfluß der Paramilitärs, und die wirtschaftlich interessanten Objekte werden von der Regierungsarmee beschützt. Für junge Männer, die Arbeit suchen, so heißt es in Barrancabermeja, gibt es daher nur drei Möglichkeiten: sie gehen zur Armee, sie gehen zur Guerilla, oder sie gehen zu den Paramilitärs.

Mit dem schnellen Passagierboot ist man von Barrancabermeja in einer Stunde im flußabwärts gelegenen *Puerto Wilches*, einer schnell wachsenden Gemeinde, wo fast täglich neue Vertriebene eintreffen. Die Mittagssonne brennt schonungslos auf das Dach aus Palmblättern, unter dem sich eine Gruppe von Vertriebenen versammelt hat, um zu beraten, wie die Flüchtlinge effizienter versorgt werden können. Wichtig ist, daß sie von den Behörden als *desplazados*, als Vertriebene, registriert werden. Damit haben sie Anspruch auf ein Mindestmaß an Unterstützung und freie medizinische Versorgung. Das ist lebenswichtig, denn der galoppierenden Privatisierung, die auch vor dem Erziehungs- und dem Gesundheitsbereich nicht Halt macht, bleiben immer mehr Kinder zu Hause, und ständig sterben mittellose Menschen auf den Schwellen der Spitäler, weil sie keiner behandeln will.

In Puerto Wilches fühlen sich die Bauern noch sicher. Aber die Ruhe im Dorf täuscht. Während des Interviews wird bekannt, daß Manuel Avila Ruiz, der Chef der in den lokalen Ölpalmenplantagen organisierten Gewerkschaft SINTRAINAGRO, am Vorabend verschleppt wurde. Wenig später taucht seine Leiche auf. Die Gewerkschaftsaktivisten stehen fast alle auf den schwarzen Listen der paramilitärischen Todesschwadronen.

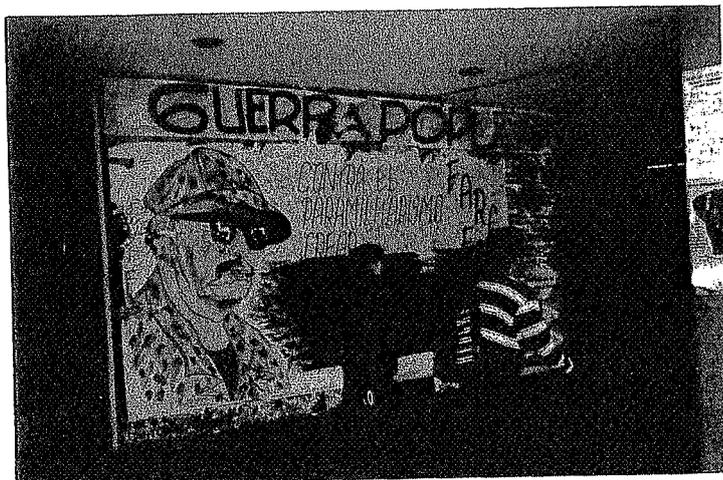
Manuel Avila wurde von seinen Mördern unweit einer Straßensperre der Armee aus einem Autobus herausgeholt.

Die Armee, das pfeifen die Spatzen von den Dächern, läßt sich von den Paramilitärs die schmutzige Arbeit abnehmen. Es sind Banden, die meist von Kaufleuten, Viehzüchtern oder anderen Grundbesitzern bezahlt werden. Doch sie schützen nicht nur deren Eigentum gegen die Guerilla, sondern betrachten sich als verlängerten Arm der Staatsgewalt, ohne sich selbst an Gesetze und Menschenrechte gebunden zu fühlen.

Den Militärs, die selbst wegen systematischer Verletzungen der Menschenrechte unter Beschuß stehen, kommen sie wie gerufen. Graffiti an den Wänden von Barrancabermeja fordern, daß Armeeeoffiziere für das Massaker zur Verantwortung gezogen werden, das eine paramilitärische Gruppe am 16. Mai des Vorjahres in einem Außenbezirk verübte. In unmittelbarer Nähe befinden sich zwei Armeestützpunkte. Der eine schützt ein Kraftwerk, der andere eine Ölquelle. Außerdem hatten Soldaten damals den ganzen Tag in der *Comuna Sieben* patrouilliert. Kaum waren sie weg, kamen schwerbewaffnete Maskierte.

32 Menschen wurden damals abends aus ihren Häusern gerissen, sieben davon gleich ermordet. Die restlichen 25 bleiben verschwunden. Die Paramilitärs behaupteten später, sie hätten ihnen den Prozeß gemacht, sie exekutiert und anschließend verbrannt.

Für Carlos Rivas war der Terrorakt Teil einer langfristigen Strategie. Durch Einschüchterung soll jede Art sozialer Organisation unterbunden werden: „Sie behaupten, die Opfer seien Guerilleros gewesen. Aber wenn man untersucht, wen sie mitgenommen haben, wenn man ihre Familien kennt, dann merkt man, daß ganz gewöhnliche Mitbürger verschleppt wurden. Unbewaffnete Zivilisten. Das ist ein Schlag gegen die Würde von Barrancabermeja. Die Erklärung für diesen Vorstoß der Paramilitärs liegt in den wirtschaftlichen Interessen. In der



Slogan auf der Universität Bogotás: „Volkskrieg gegen den Paramilitarismus“

Region Magdalena Medio werden große Investitionen getätigt, und die vertragen sich nicht damit, daß sich in Städten wie Barrancabermeja und in Gemeinden wie Puerto Wilches und San Pablo die Bevölkerung organisiert, über Menschenrechte Bescheid weiß und für deren Einhaltung eintritt. Daß schließlich ein eigener Entwicklungsweg gesucht wird.“

Ein Jahr nach dem Massaker fand in Barrancabermeja ein „Meinungstribunal“ statt, eine von lokalen NGOs organisierte Gedenkfeier mit internationalen Beobachtern. Nach Zeugenanhörung und Lokalaugenschein stellte das Tribunal fest, daß sich die Regierung durch die Duldung der offensichtlichen Zusammenarbeit zwischen Armee und Paramilitärs an dem Massaker schuldig gemacht habe. Es forderte Entschädigungen für die Opfer und Schutz für die Zeugen, die sich öffentlich exponiert haben.

Flüchtlingen, die in ihrer Region bleiben und so etwas wie einen Zusammenhalt der Nachbarschaftsstrukturen bewahren können, geht es noch gut im Vergleich mit jenen, die gleich in die großen Städte ziehen. Dort landen sie in den ständig wachsenden Slums der Peripherie.

In Bogotá finden Zuwanderer in *Ciudad Bolívar* Platz, einem Bezirk im äußersten Süden der Metropole, der allein schon mehr Einwohner als Wien zählt. Da die Ebene keinen Platz mehr bietet, sind die Elendsviertel die Hügel hinaufgewachsen. Je höher, desto jünger der Stadtteil und desto elender die Bewohner. *Altos de Cazuká* heißt das Viertel, das auf dem Rücken der Anhöhe,

weiter Seite 18 ⇨

⇒ von Seite 17 : **KOLUMBIEN**

rund 3000 Meter über dem Meeresspiegel, entstanden ist.

Der Marktplatz, wo die Busse die Kehre machen, bietet einen atemberaubenden Blick über die Achtmillionenstadt. Die Wolkenkratzer im Zentrum sind nur mehr mit Mühe zu erkennen, der Norden, wo die Reichen sich mit eleganten Restaurants, teuren Privatschulen und modernen Shopping-Tempeln umgeben, verschwindet überhaupt im Dunst. Die Leute in Altos de Cazuká kennen die Stadt, in der sie sich niedergelassen haben, kaum. Die Busfahrt ins Zentrum dauert eine Stunde und lohnt sich nur, wenn man Dringendes zu erledigen hat. Hier sind alle enturzelt.



In fünf Häusern, die meisten noch Rohbauten ohne festen Boden, findet man Familien aus sechs verschiedenen Landesteilen. Die einen haben selbst gebaut, andere zahlen Miete an einen Hausherrn, der schon in ein besseres Viertel umgezogen ist. Die Ärmsten wohnen zur Untermiete, oft acht Personen in einem Zimmer, wo gerade zwei Betten Platz haben.

Frau Augustina López kommt aus Putumayo, dem Urwaldgebiet im Amazonasbecken, nahe der Grenze zu Ecuador. Dort hatten sie und ihr Mann Koka angebaut. Kein anderes Agrarprodukt ist in den feuchtheißen Wäldern am Äquator, weitab der Verkehrswege, rentabel. Der Protestmarsch im Jahr 1997, der zu schweren Konfrontationen mit der Armee führte und mehrere Todesopfer forderte, richtete sich gegen die Drogenpolizei, die die verbotenen Kulturen mit giftigen Entlaubungsmitteln vernichtet.

Guerilla und Kokabauern leben seit langer Zeit in einer Symbiose. Die Guerilla kassiert Steuern von den Zwischenhändlern, die die Kokapaste kaufen, und beschützt die verbotenen Plantagen gegen die Sprühaktionen. Als Gegenleistung verlangt sie von den Bauern bedingungslose Loyalität. Frau López machte sich verdächtig, weil sie bei einer Mobilisierung nicht mitmarschierte. Sie mußte eine Tochter zum Arzt bringen und hatte dafür sogar die Erlaubnis von einem Comandante eingeholt. Trotzdem wurde sie später verdächtigt, mit der Armee zu kollaborieren. Also packte sie ihre Kinder und setzte sich nach Bogotá ab, obwohl sie hier ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit verloren hat.

Santos Orozco baute auf seinem Grundstück in Tolima, westlich von Bogotá, durchaus legale Produkte an: Kaffee, Kakao, Zuckerrohr, Maniok, Bananen, Bohnen. Im gemäßigten Hochlandklima wächst fast alles. Dann kamen die Soldaten: „Sie blieben drei oder vier Tage. Ich kann ihnen nicht sagen, sie sollen gehen. Dann kommt die Guerilla und verdächtigt einen, mit der Armee zu kollaborieren. Ein anderes Mal macht die

Guerilla Station auf meinem Grund, und dann beschuldigen einen die Militärs, für die Guerilla zu arbeiten. Als Campesino ist man schutzlos ausgeliefert.“

Vertrieben von der Gewalt, werden die Bauern, die auf ihrem Grund ein Leben in Würde führen konnten, zu Sozialfällen. Verzweiflung, Neurosen und die Bereitschaft, die Existenzsicherung durch illegale Geschäfte zu gewährleisten, sind die natürlichen Folgen. Die meisten Eltern schicken ihre Kinder in die Stadt „arbeiten“. Schon Sechsjährige singen in Bussen für ein paar Münzen herzerreißende Lieder oder verkaufen geröstete Erdnüsse. Die größeren werden von der Polizei als *gamins*, als Straßenjungen, aufgegriffen und kriminalisiert, bevor sie noch die erste Straftat begangen haben.

Der sozialen Katastrophe, die die Vertreibungen ausgelöst haben, folgt das ökonomische Desaster

auf dem Fuß. Schon in den letzten dreißig Jahren hat sich die Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land umgekehrt. Lebten in den sechziger Jahren noch drei Viertel der Kolumbianer auf dem Land, so leben heute über 70 Prozent in den Städten. Die Landflucht wird durch die politische Gewalt noch beschleunigt. Das Land, das sich mühelos selbst ernähren könnte, muß zwei Drittel der Grundnahrungsmittel importieren. Weil die Waren aus den Nachbarländern Ecuador und Venezuela billiger sind und weil die Kleinbauern ihr Land aufgeben müssen. Sie können nicht wie die großen Viehzüchter, die von Kidnapping durch die Guerilla bedroht sind, ihre Ländereien mit Kameras überwachen und von der Stadt aus verwalten.

Den gegenüber Erklärungen der Obrigkeit mißtrauisch gewordenen Kolumbianern bleibt also nichts anderes übrig, als ihr Vertrauen in die Friedensverhandlungen zwischen Regierung und Guerilla zu setzen. Auch Optimisten gehen davon aus, daß die Gespräche, die im Mai mit den FARC aufgenommen wurden, mehrere Jahre dauern werden, wenn sie bleibende Erfolge bringen sollen.

Einfache Lösungen wird es nicht geben. Vielmehr muß ein eigenes Modell gefunden werden, das den militärisch mächtigen und wirtschaftlich unabhängigen Aufständischen die Integration in die Gesellschaft ermöglicht. Das verlangt Konzessionen der Wirtschaftsbesse, von denen viele lieber in die Aufrüstung als in einen Frieden mit mehr sozialer Gerechtigkeit investieren. Unklar ist noch, ob und in welcher Form die Paramilitärs am Dialog teilnehmen werden. Präsident Pastrana hat zwar anders als seine Vorgänger Entschlossenheit gezeigt, die Banden auch militärisch zu bekämpfen, doch sind sie zu mächtig geworden, um politisch übergangen zu werden.

Die Guerilla schließlich hat zwar kein gesellschaftliches Gegenkonzept mehr, ist aber, anders als die Rebellen in Zentralamerika es waren, ökonomisch unabhängig und hat längst aus dem Krieg einen *modus vivendi* gemacht. Viele der Kämpfer sind in der Guerilla aufgewachsen und kennen kein anderes Leben.

Ralf Leonhard hat Kolumbien im April 1999 besucht.

Süddeutsche Zeitung SaB. So. 9. April 2000 S. 10

Massaker in Armenviertel Kolumbiens

Bogotá (epd/AFP) – Ultrarechte Paramilitärs haben in der Nacht zum Freitag mindestens 24 Bewohner eines Armenviertels des Industrieortes Tibú im Norden Kolumbiens ermordet. Eine etwa zehn Mann starke Truppe sei in das Viertel einmarschiert, habe anhand einer Liste Männer und eine Frau aus ihren Häusern gezerrt und auf der Straße erschossen, berichteten Augenzeugen. In der Gegend rund um Tibú finden seit Monaten Auseinandersetzungen zwischen rechten Paramilitärs und linken Guerilla-Einheiten statt. Die Paramilitärs rechtfertigen Massaker wie dieses mit der Begründung, bei den Ermordeten habe es sich um Unterstützer der Guerilla gehandelt. Im fast 40 Jahre andauernden kolumbianischen Bürgerkrieg sind bereits mehr als 120 000 Menschen getötet worden. Allein im vergangenen Jahr wurden mehr als 400 Massaker verübt, die meisten von Paramilitärs. Menschenrechtsorganisationen werfen der Armee enge Verbindungen zu diesen Gruppen vor.

Neue Zürcher Zeitung SaB. So. 9. April 2000 S. 4

21 Tote bei einem Massaker in Kolumbien

Bogotá, 7. April. (ap) Bei einem vermutlich von paramilitärischen Gruppen verübten Massaker in einer kolumbianischen Kleinstadt sind nach Polizeiangaben 21 Zivilisten umgekommen. Der Überfall ereignete sich in dem nahe der venezolanischen Grenze gelegenen Ort Tibú. Augenzeugen berichteten, das Verbrechen sei von acht Leuten in Kampfanzügen und einem Mann in Zivil verübt worden. Der lokale Mitarbeiter des kolumbianischen Menschenrechtsbeauftragten berichtete, die Täter hätten in zwei Armenvierteln Menschen aus den Häusern geschleppt und vor den Augen ihrer Angehörigen massakriert. Das Leben in der Ortschaft mit rund 15 000 Einwohnern sei zum Erliegen gekommen; niemand traue sich mehr aus dem Haus. Bereits im August 1999 waren in Tibú 36 Menschen ermordet worden.

Frankfurter Rundschau
Südamerika SaB. So. 9. April 2000 S. 2

Paramilitärs erschießen 24 Zivilisten in Kolumbien

BOGOTÁ, 7. April (afp/epd). Rechtsgerichtete Paramilitärs haben bei zwei Überfällen in Kolumbien mindestens 24 Zivilisten getötet. Die Vereinigten Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens (AUC) hätten in der Nähe von Tibú im Nordosten mindestens zwanzig Menschen getötet, teilten Regierungsbeamte am Freitag mit. Die Uniformierten hätten anhand einer Liste ihre Opfer aus deren Häusern gezerrt und auf der Straße erschossen, berichteten Augenzeugen.

In der Nähe des Ortes Betulia im Nordwesten des Landes erschossen AUC-Guerillas zudem drei Männer und eine Frau, bevor sie zwei Häuser in Brand steckten. Durch ihr brutales Vorgehen versuchen die Paramilitärs die Landbevölkerung einzuschüchtern. Die Uniformierten warnen den Menschen vor, dass sie die linksgerichtete Guerilla unterstützen.

Die linksgerichtete Guerilla-Organisation FARC schoss einen Polizeihubschrauber ab, der zur Bekämpfung des Drogenhandels eingesetzt war. Dabei kamen laut Armee und FARC drei der sieben Insassen ums Leben.

Pilze gegen Coca

Die UN und der biologische Drogenkrieg in Kolumbien



*Die kolumbianische Regierung und das Internationale Drogenkontrollprogramm der Vereinten Nationen (UNDCP) sind kurz davor, einen Vertrag zu unterzeichnen, der den Beginn des biologischen Krieges gegen Coca in Südkolumbien einläutet. Geplant sind offene Feldversuche mit dem Pilz *Fusarium Oxysporum*, die darauf abzielen, dessen Wirkung im Kampf gegen Coca-Sträucher und die damit verbundenen Umweltrisiken zu untersuchen. Danach soll das Coca tötende Pilzherbizid bis 2002 ausreichend getestet und entwickelt sein sowie für eine Ausbringung aus der Luft in großem Maßstab zur Verfügung stehen.*

Das Programm wird sich der sogenannten „EN-4 Art“ des *Fusarium oxysporum* bedienen. Sie soll in den Laboratorien des Landwirtschaftlichen Forschungsdienstes des US-Landwirtschaftsministeriums (USDA) isoliert, getestet und zu einem Granulat weiterentwickelt werden.

VON MARTIN JELSMAN

Die treibende Kraft hinter diesem Plan war eindeutig die US-Regierung. Seitdem in Peru eine Epidemie des Pilzes *Fusarium oxysporum* ernsthafte Schäden auf Coca-Feldern verursachte, wird überlegt, dass die Erzeugung künstlicher Epidemien der potentielle Todesstoß im Drogenkrieg sein könnte. In dem Projektentwurf heißt es hierzu: „Die USDA-Forschungen auf dem Gebiet datieren zurück bis Mitte der 80er Jahre, als eine epidemische Krankheit das Absterben von Coca-Pflanzen im Oberen

Huallaga-Tal in Peru hervorrief. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass diese Epidemie durch den für Pflanzen pathogenen Pilz *Fusarium oxysporum* f. sp. *Erythroxyli* ausgelöst wurde. Diese Krankheit stand im Mittelpunkt intensiver Forschungen und es wurde eindeutig festgestellt, dass sie ein enormes Potenzial als biologische Kontrollsubstanz hat. Sie wirkt spezifisch auf *Erythroxylum*-Arten (wie Coca, d. Ü.), verursacht eine schwächende Krankheit, die für mehrere Jahre im Boden verbleibt und so den Wiederaufbau illegaler Pflanzungen verhindert.“

1998 billigte der US-Kongress 23 Millionen US-Dollar, um die Forschungen zu intensivieren und die Entwicklung des *Fusariums* auf eine operationelle Stufe zu bringen. Im August 1999 forderten zwei wichtige Republikaner im Kongress, der Führer der Senatsmehrheit Trent Lott und der Sprecher des Repräsentantenhauses Dennis Hastert, in einem Brief an Präsident Clinton „den frühen Einsatz von Mykoherbiziden in FARC- und ELN-kontrollierten Gebieten“. Eine interne „Aktionsanfrage“ des State Department belegt die Bereitschaft, 400 000 US-Dollar für eine Pilotphase des Projektes zur Verfügung zu stellen, „auch wenn wir dem UNDCP dringend nahe legen, auch von anderen Regierungen Mittel einzufordern, um den Eindruck zu vermeiden, dass dies einzig eine Initiative der US-Regierung sei“.

Dass das UNDCP bereit ist, die Rolle zu übernehmen, dieses hoch kontroverse Vorhaben in der Öffentlichkeit zu fördern, hat Geschichte. Ende der 70er Jahre brach eine politische Kontroverse und öffentliche Panik aus, als auf dem US-Markt Marihuana gefunden wurde, das hohe Konzentrationen von Paraquat aufwies. Es wurde bewiesen, dass das Paraquat in dem Marihuana von einem Herbizid stammte, das zur Besprühung aus der Luft von mexikanischen Pflanzungen benutzt wurde. Das folgende „Paraquat-Fieber“ war der Ausgangspunkt für eine internationale ExpertInnengruppe und ihre langwierige wissenschaftliche Suche nach weniger schädlichen Ausrottungswegen.

Diese internationalen ExpertInnen, die zehn Länder repräsentierten, trafen sich regelmäßig zum Austausch von Daten über die Effizienz von Programmen der

Besprühung mit Chemikalien. Sie tauschten Gutachten über Umweltfolgen und Forschungsergebnisse über vielversprechende neue chemische und biologische Kontrollsubstanzen aus. Diese „ExpertInnen-Gruppe für Umweltsicherheit bei der Ausrottung illegaler psychoaktiver Pflanzen“ operierte zwanzig Jahre lang im Schatten der UN-Kommission für Narkotische Drogen, ihre Empfehlungen erreichten innerhalb des UNDCP aber erst ein operationales Stadium, als Pino Arlacchi im September 1997 zu dessen Direktor ernannt wurde. Mit dieser WissenschaftlerInnen-Gruppe im Rücken, deren Mandat allerdings recht unklar war, wurden die Vereinten Nationen in eine Rolle gedrängt, die Entwicklung neuer Ausrottungssubstanzen technisch zu erleichtern: Die Gruppe ging aber noch weit über ihr Mandat hinaus, indem sie begann, die Praxis der Besprühungen von illegalen Pflanzungen mit Chemikalien aktiv zu unterstützen, übrigens im klaren Widerspruch zur Politik der meisten UN-Mitgliedsstaaten, die eine Umsetzung derart aggressiver Anti-Drogen-Strategien ausdrücklich zurückweisen.

Diese Bemühungen stießen allerdings an Grenzen: Bolivien und Peru verboten die Chemiebesprühungen per Gesetz, aus Umweltgründen und zum Schutze der ländlichen Bevölkerung. In Kolumbien, wo Schlafmohn- und Cocafelder mit großen Mengen von Glyphosat – Monsanto Round up – besprüht wurden und werden, verhinderte das Umweltministerium die Einführung der erwähnten granularen Herbizide. Als Grund wurde die Befürchtung angegeben, derart aggressive Substanzen könnten den kolumbianischen Amazonaswald in eine Wüste verwandeln. So beschreibt es auch der Projektentwurf für Kolumbien: „... trotz ihrer Effizienz besteht derzeit vielfach eine Abneigung gegen Herbizide auf Grund von öffentlichen und Regierungsbedenken, dass sie der Umwelt schaden“, und „es gibt eine in Betracht zu ziehende organisierte öffentliche Opposition gegen ihren Einsatz, wobei sich der politische Widerstand auf Grund von Risiken bezüglich Umweltschäden formierte, vor allem in den Regenwaldregionen“. Daher konzentrierten die WissenschaftlerInnen ihre Bemühungen auf die Entwicklung einer Pilzlösung: „Die Entwicklung einer hoch spezifischen, effektiven, verlässlichen und für die Umwelt sicheren Substanz, die ausgiebigst in einem Coca produzierenden Land getestet wurde,

räumt diese Besorgnisse aus dem Wege.“

In der Amtszeit des Direktors Arlacchi entwickelte das UNDCP 1997/98 seine viel kritisierte „Strategie der Coca- und Schlafmohneliminierung“ (SCOPE), die darauf abzielt, den illegalen Coca- und Schlafmohnanbau bis zum Jahr 2008 komplett auszulöschen. Arlacchi schaffte es zwar nicht, den Plan im Juni 1998 von der Sonderkonferenz Drogen der UN-Generalversammlung absegnen zu lassen, doch werden nach wie vor viele Elemente der umfassenden Strategie weiterentwickelt. In Absatz 75 von SCOPE heißt es: „Das UNDCP hat auch die Absicht, im Rahmen



eines Programms angewandter Forschung in Usbekistan eine biologische Kontrollsubstanzen zu testen, die auf dem für Pflanzen pathogenen Pilz *Dendryphion papaveraceae* basiert. Von dieser Substanz heißt es, dass sie in einem anderem zentralasiatischen Staat gefunden wurde. Ein wichtiger Schritt wird es sein, ihr natürliches Vorkommen in der Region – Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan – zu erkunden, was zur Klärung der Frage beitragen würde, ob der Einsatz in Schlafmohnbauregionen, vor allem in Zentralasien, unter Umweltgesichtspunkten sicher ist.“ In einem vom UNDCP finanzierten Feldversuch wurde 1998 in Usbekistan in der Tat damit begonnen, den Pilz auf seine Effektivität gegen Schlafmohn zu testen.

Danach engagierte das UNDCP einen Berater, M.P. Greaves, um die langfristigen USDA-Forschungsprogramme am *Fusarium*-Pilz auszuwerten und um das UNDCP zur Möglichkeit eines ähnlichen Durchbruchs bei der Bio-Kontrolle von Coca in der Andenregion zu beraten. In einem Projektentwurf heißt es, „er empfahl dringend, dass das UNDCP in die weitere Entwicklung dieser Substanz mit einbezogen werden sollte und dass der Einrichtung eines Forschungsprogramms Priorität in Kolumbien gegeben werden sollte, das sich auf die Umweltsicherheit der Substanz konzentriert“. Diese Angelegenheit wurde daraufhin zu einem integralen Bestandteil der Verhandlungen des US-State Department mit der Pastrana-Regierung über den „Plan Colombia“, der eigentlich dazu dienen sollte, den dortigen Friedensprozess zu stärken. US-Offizielle betonten wiederholt die Tatsache, dass sie nur dann Pastranas Friedensbemühungen weiterhin

unterstützen werden, wenn die Luftbesprühungsprogramme fortgesetzt werden. Philip Chicola, im US-State Department für andine Angelegenheiten zuständig, lässt keinen Zweifel aufkommen: „Die Anti-Drogen-Maßnahmen der USA und Kolumbiens, einschließlich der Ausrottung aus der Luft, sind nicht verhandlungsfähig und werden weitergehen.“

Der „Plan Kolumbien: Ein Plan für Frieden, Wohlstand und zur Stärkung des Staates“ in seiner im Oktober 1999 veröffentlichten Version offenbart das Resultat des US-Druckes. Der „Plan“ gibt als ein Ziel an, „die Ausführung kombinierter Sicherheitsoperationen während Besprühungs- und Ausrottungsaktivitäten zu stärken und zu vermehren; neue Strategien unter Leitung des Internationalen Drogenkontrollprogramms der Vereinten Nationen zu unterstützen, für die Umweltsichere und zuverlässige biologische Kontrollsubstanzen zu testen und zu entwickeln und dabei neue Ausrottungstechniken beizusteuern“. Die Einbeziehung des biologischen Drogenkrieges als Bestandteil der Strategie der kolumbianischen Regierung für „Frieden und Wohlstand“ wird im „Plan Colombia“ in Gestalt multilateraler Kooperation präsentiert und im Kontext der Umweltsicherheit ausgeführt.

Umwelt- und andere Bedenken

Über die möglichen Gefahren einer massiven Ausbringung von Mykoherbiziden in ein verletzbares Ökosystem wie den Amazonasregenwald ist kaum etwas bekannt. Ebenso wenig weiß man über ihr Potenzial, andere Pflanzenarten anzugreifen, über die mögliche ultimative Vegetationsauslöschung oder darüber, ob eine komplette Pflanzenart auf diesem Planeten ausgelöscht wird. Soweit bekannt, scheint der *Fusarium*-Pilz nicht wirtsspezifisch zu sein, wie die peruanischen Bauern und Bäuerinnen während der anhaltenden Epidemie in Oberen Huallaga-Tal erfahren mussten. Neben der „EN-4“-Art, die für das Coca-Auslöschungsprogramm ausgesucht wurde, wurden die Experimente mit anderen *Fusarium*-Arten zum Einsatz gegen Schlafmohn und Cannabis fortgesetzt. Auf einen Vorschlag reagierend, ein ähnliches Projekt zu beginnen, um Cannabis-Pflanzungen in Florida zu zerstören, schrieb der dortige Minister für Umweltschutz, David Struhs, am 6. April 1999 in einem Brief: „*Fusarium*-Arten sind in der Lage, sich schnell weiterzuentwickeln ... Genmutationen sind der Besorgnis erregendste Faktor bei dem Versuch, *Fusarium*-Arten als Bioherbizid einzusetzen. Es ist schwierig, wenn nicht

unmöglich, die Ausbreitung von Fusarium-Arten zu kontrollieren. Die veränderten Pilze können bei vielen Pflanzen Krankheiten hervorrufen, unter anderem bei Tomaten, Paprika, Blumen, Getreide und Wein, und werden von Bauern und Bäuerinnen normalerweise als Gefahr und nicht als Pestizid angesehen. Fusarium-Arten sind in warmen Böden aktiver und können für Jahre im Boden verbleiben. Ihre Langlebigkeit und verstärkte Aktivität unter den Bedingungen in Florida geben Anlass zur Besorgnis, da dies zu einem erhöhten Mutationsrisiko führen kann."

Eine andere Sorge richtet sich auf die Bandbreite gefährlicher Toxine, die der Fusarium-Pilz nachweislich produzieren kann. Und eine spezielle Besorgnis bezieht sich auf Anzeichen, dass die ForscherInnen in den USDA-Labors „ein Transformati-onssystem im Fusarium oxysporum entwickelt haben, um Veränderungen im genetischen Ausdruck [des Pilzes] zu erlauben“, und Folgendes vorgeschlagen haben: „die Entwicklung von Arten mit einer verstärkten Pathogenität, die erreicht wird durch molekular-genetische Manipulationen an den Proteinen des Pilzes“. Die ExpertInnengruppe stellte auch fest, dass „moderne Technologien viele Möglichkeiten für die Verbesserung der biologischen Kontrolleffizienz von pathogenen Stoffen von Pilzen eröffnen. Zusätzlich zu Auswahlprozeduren, um eine Art von großer Kraft zu isolieren, eröffnen einfache Mutationen und Adaptionen ebenso wie die Technik der Protoplastenfusion bedeutende Möglichkeiten.“ Als Beispiele nennen sie die genetische Veränderung von Arten, die nur in Kombination mit einem weiteren Stoff aktiv werden würde, der separat gesprüht werden könnte, oder eine einfache Manipulation, die die Art nicht überwinterrungsfähig machen würde. Die ExpertInnengruppe sorgt sich allerdings über bestehende Vorschriften gegen modifizierte Organismen: „Ein fortgesetzter intensiver Dialog mit den Regulierungsbehörden wäre notwendig, um unnötige Widerstände gegen die Ausbringung biologischer Kontrollsubstanzen auf den Feldern auszuräumen.“

Sollte der Pilz irgendeinen ernsthaften Schaden anrichten, sieht die Entschädigungsklausel in dem Projektentwurf folgendes vor: „Die Regierung [von Kolumbien] ist verantwortlich dafür, sich mit jedwedem Anspruch zu beschäftigen, der von Dritten vorgebracht wird gegen die Vereinten Nationen, einschließlich des UNDCP, gegen sein Personal oder gegen Andere, die im Auftrag der Vereinten Nationen, einschließlich des UNDCP, im Rahmen dieses Projekts Dienste ausfüh-

ren.“ Und weiter: „Die US-Regierung, in Form des US-Landwirtschaftsministeriums, besitzt alle intellektuellen Eigentumsrechte an dem isolierten EN-4 des Fusarium oxysporum f. sp. erythroxyli.“

Vorbeugend erwähnt der Projektentwurf ausdrücklich einige Probleme. Beispielsweise erwähnt er unter „Projektrisiken“: „Die politische Sensibilität des Projektbereiches kann Gegenreaktionen von Nachbarländern zum Ergebnis haben, von der allgemeinen Öffentlichkeit und Umwelt- und politischen Organisationen, vor allem in Verbindung damit, dass das einmal ausgebrachte Pathogen sich transformieren oder mutieren kann und so, unter anderem, für erwünschte Pflanzenarten schädlich werden kann.“ Der Entwurf berücksichtigt nicht die Tatsache, dass in Bolivien und Peru, zwei der drei wichtigsten Coca produzierenden Ländern, ein bedeutender Teil der Coca-Pflanzungen schon immer legal war. Die Unkontrollierbarkeit dieses Pilzes kann alle legalen Coca-Pflanzungen in den anderen Andenländern zerstören. Zudem bedroht er laufende Projekte alternativer Entwicklung, unter anderem auch Anbausubstitutionsprogramme, die vom UNDCP selbst und von europäischen Trägern eingeführt wurden. Höchst unwahrscheinlich erscheint es, dass die Fachleute in der Lage sein sollten, die Gene derart zu verändern, dass der Pilz nationale oder Gemeindegrenzen erkennen, zwischen legalen und illegalen Coca-Pflanzen oder Klein- und GroßproduzentInnen unterscheiden oder bei Pflanzungen eine Ausnahme machen kann, die Teil von Entwicklungs- oder Anbausubstitutionsprogrammen sind.

Letztlich bedeutet die Umsetzung des Pilzprogramms auch, dass die UN direkt in die biologische Ausrottung und die Besprühungen involviert sein werden, eine Angelegenheit, zu der die Vereinten Nationen lange Zeit eine kritische Distanz gehalten hat. Klaus Nyholm, Leiter des UNDCP-Büros in Bogotá, äußerte des öfteren seine Besorgnis über die Luftbesprühungen und sagte kürzlich: „Die Vereinten Nationen haben sich eine starke Position gegen die Drogenpolitik der Vereinigten Staaten gegenüber Kolumbien erhalten, denn bei dieser gibt es zu viel Peitsche und sehr wenig Zuckerbrot.“ Sollte das UNDCP den anstehenden Vertrag mit der kolumbianischen Regierung unterzeichnen, liegt auf der Hand, dass es

in der derzeitigen Phase des Friedensprozesses in Kolumbien seine Position verlieren wird. Das gegenwärtige Engagement des UNDCP rührt her von einem „Pilotprojekt“ alternativer Entwicklung in der Zone, die demilitarisiert wurde, um den Friedensgesprächen Raum zu geben. Das Projekt basiert auf dem Versuch, zum Thema der illegalen Pflanzungen mit der betroffenen Landbevölkerung und zwischen den Verhandlungsparteien des bewaffneten Konfliktes ein Klima des Vertrauens zu schaffen. Sollte das UNDCP nun aktiv das kontroverse Mykoherbizid-Vorhaben fördern, würde das diese Anstrengungen ernsthaft bedrohen, die Gemeinden vergrätzen, die bereit sind, über Entwicklungsstrategien zu verhandeln, und möglicherweise jedweden Weg hin zu einem intensiveren UN-Engagement im Friedensprozess unterminieren.

Dieses Projekt würde nicht nur gefährlich sein, die jüngste kolumbianische Geschichte zeigt außerdem, dass die Ergebnisse nutzlos sein werden. Über das letzte Jahrzehnt hindurch hat Kolumbien sehr aggressive chemische Ausrottungsprogramme verfolgt. Diese Operationen haben einzig zu einem Teufelskreis von Vertreibung von Anbau und Bevölkerung in immer sensiblere Gebiete geführt und somit zu einer Verschärfung der Umweltschäden und Waldzerstörung und einer Intensivierung des bewaffneten Konfliktes. Die Operationen haben allerdings nicht zu einer Reduzierung des illegalen Anbaus geführt, vielmehr haben sich die Zahlen bezüglich der Anbaufläche in dem Zeit-

raum verdreifacht. Die Einführung einer neuen Ausrottungssubstanz, sei sie mehr oder weniger „umweltsicher“ und mag sie so „effektiv“ sein wie irgend möglich, geht an der Logik eines illegalen Drogenmarktes in einer verarmten und kriegsgeschüttelten Gesellschaft voll-

kommen vorbei und wird sie nicht verändern. ♦



Martin Jelsma ist Mitarbeiter des Projektes „Drogen und Demokratie“ beim Transnational Institute (TNI) Amsterdam, das eine sehr empfehlenswerte Website zum Thema unterhält (www.tni.org/drugs). Eine ausführliche, kommentierte Version des Artikels kann in der 11a angefordert werden und liegt auf Deutsch, Englisch und Spanisch vor.
Übersetzung und Bearbeitung:
Werner Lamottke

Siedelnde Zeitung 10.2.2000 S.9

UN planen angeblich Einsatz in Kolumbien

Pilz soll Koka-Plantagen vernichten

Umweltschützer warnen vor unkalkulierbaren Risiken

London (dpa) - Ein Pilz soll kolumbianischen Koka-Plantagen den Garaus machen und so einen Schlag gegen eine Hauptquelle des Kokains führen. Das planen Vertreter des Drogen-Kontrollprogramms der Vereinten Nationen, wie das britische Wissenschaftsjournal *New Scientist* berichtet. Zur Zeit verhandeln die UN-Vertreter mit Kolumbiens Regierung über Feldversuche. Diese sollen klären, wie effektiv der Pilz ist. Außerdem soll so sicher gestellt werden, dass er nicht auch andere Pflanzen befallt.

Der spezielle Pilzstamm der Art *Fusarium oxysporum* wurde auf einer Forschungsstation der US-Regierung auf Hawaii entdeckt, wo er Versuchspflanzen von Koka-Pflanzen infizierte. „Es gibt eine gute Chance, dass er wirkt“,

sagt der beteiligte Pflanzenpathologe Bryan Bailey. Er ist allerdings noch nie im Freiland außerhalb von Hawaii getestet worden. Bisherige Tests in Gewächshäusern mit 50 der Koka-Verwandten Pflanzenarten hätten keine weiteren Infektionen gezeigt.

Umweltschützer warnen dagegen vor unkalkulierbaren Risiken groß angelegter Versuche. Es sei im Freiland nicht vorhersehbar, ob und auf welche Pflanzen sich ein Pilz ausbreiten könne. „Das könnte ein weiteres Mittel in der Ausrottungskampagne sein, die schon jetzt viel Unheil angerichtet hat“, meint Martin Jelsma vom Transnational Institut in Amsterdam. „Es wird zu weiterer Entwaldung führen und die Menschen noch tiefer in die Amazonas-Wälder treiben.“

Die Fäden im Drogenhandel

Wie die USA mit kolumbianischen Paramilitärs und der Drogenmafia kooperieren

Die US-Regierung redet viel von Drogenbekämpfung und Menschenrechten. Doch unter der Hand schließt Washington Abkommen mit der Mafia, protegiert Generäle, denen schwerste Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden, und besitzt sogar Kontakte zu den Paramilitärs um Carlos Castaño. Wie Mitte des Jahres von den Zeitungen *Miami Herald*, *La Semana* und *El Tiempo* berichtet wurde, boten die „Drogenbekämpfer“ den kolumbianischen Todesschwadronen und den mit ihnen verbundenen Narcos Straffreiheit an, wenn diese im Gegenzug die Kommerzialisierung der Drogen unterbänden.

Im Sommer 1999 zirkulierte auf Websites oppositioneller, kolumbianischer Gruppen ein Dokument, das man eigentlich nur für das Konstrukt linker Verschwörungstheoretiker halten konnte. Es handelte sich um das (angeblich von einem Beteiligten weiter gegebene) Kurzprotokoll eines bei Bogotá abgehaltenen Drogenhändler-Treffens, an dem per Telefonschaltung auch der Paramilitär-Chef Carlos Castaño teilgenommen haben soll.

Dem Papier zufolge wurde auf dem Treffen die Umstrukturierung des Drogensektors unter Führung von Carlos Castaño und Hernando Gómez alias *Rasguño* vereinbart – Gómez kontrolliert das Heroin-Kartell 'Norte del Valle', Castaño wird als Chef der *Vereinigten Selbstverteidigungen Kolumbiens* für mehrere Tausend politische Morde seit 1990 verantwortlich gemacht.

Es wird berichtet, Castaño habe den Drogenhändlern von Gesprächen mit der US-Botschaft erzählt. Der Paramilitär-Chef habe gegenüber den US-Autoritäten akzeptiert, „Drogenhändler zu sein“, und seine Bereitschaft signalisiert, „als Repräsentant des Drogensektors

die Kommerzialisierung von Drogen innerhalb eines Jahres in den Einflussgebieten unserer Bewegung zu unterbinden“. Bedingung dafür: Die USA müssten im Gegenzug die Strafverfolgung einstellen. Zudem wurde beschlossen, die linke Opposition in der Gegend um Cali mit neuen paramilitärischen Einheiten zu eliminieren, die in Kooperation mit der III. Heeresbrigade aufgebaut werden sollten.

Die zweite Ankündigung des Dokuments erfüllte sich schnell. Seit Oktober '99 haben Todesschwadronen in den Städten Buga und Tuluá mehrere Hundert Linke ermordet – wie *Human Rights Watch* fest gestellt hat, tatsächlich in Zusammenarbeit mit der III. Brigade. Doch auch der erste Teil des Phantom-Dokuments gewann in den letzten Wochen an Glaubwürdigkeit. Es verdichteten sich die Indizien, dass US-Sicherheitsapparate nicht nur mit der kolumbianischen Paramilitär-Mafia gesprochen, sondern auch Vereinbarungen mit ihr getroffen haben.

Resozialisierung durch DEA

Die Kettenreaktion begann am 5. April, als *El Nuevo Herald*, die spa-

nische Ausgabe des *Miami Herald*, schrieb, der FBI habe zwei Informanten der DEA festgenommen. Den Männern wurde vorgeworfen, mehreren Mafiosi zur Straffreiheit verholfen zu haben. Doch der 54-jährige Baruch Vega, nach eigenen Angaben schon in den 60er-Jahren als CIA-Agent gegen kolumbianische Studentengruppen tätig, stellte den Fall anders dar: Er selbst habe im Auftrag der Abteilung 43 der DEA mit Sitz in Miami an einem „Resozialisierungsprogramm für Drogenhändler“ gearbeitet und direkt den Beamten David Tinsley und Larry Castillo unterstanden. Vegas Kontakte zu den Drogenkartellen reichten bis in die 80er-Jahre zurück. Damals besaß der Besitzer einer Mode-Agentur gute Kontakte zur kolumbianischen Schickeria in New York und damit auch zur Mafia, was sich die US-Geheimdienste bald zu Nutze machten. Im Lauf der Jahre entwickelte man ein System, bei dem Vega den Drogenhändlern zunächst signalisierte, er kenne bestechliche Beamte. Wenn die Capos auf das Angebot eingingen, bot man ihnen die Kooperation mit der DEA an. Der inzwischen unter Kauti-

on frei gelassene „Vermittler“ bekräftigt, sämtliche Zahlungen, die die Kokain-Bosse an ihn tätigten, an die DEA gemeldet und teils sogar weiter gereicht zu haben. In einem Fall seien 20 Prozent der von einem Drogenhändler gezahlten Summe nach Washington geflossen, womit die Behörden Undercover-Aktionen finanzierten, für die es keine offiziellen Gelder gab.

Insgesamt 114 Capos ermöglichte Baruch Vega die „Resozialisierung“. Zudem fungierte er wegen seiner Kontakte zu Capos wie José Santacruz, Miguel und Gilberto Rodríguez vom Cali-Kartell und dem Medellín-Gonzalo Rodríguez Gacha, einem 1989 erschossenen Mitbegründer der Paramilitärs, auch als hochrangiger DEA-Informant. Eher am Rande bestätigte er nun in einem Interview mit der Wochenzeitung *La Semana* auch die schon lange geäußerte Vermutung, die Paramilitärs seien von ausländischen Söldnern, meist ehemaligen Geheimdienstagenten, aufgebaut worden. „Ich war im Büro von Rodríguez Gacha. Er hatte zwei Berater, einen Israeli und einen Engländer, die Söldner waren und seine Armee trainierten.“

Im vergangenen Herbst setzte die DEA dann zu einem besonders großen Clou an, einem Globalabkommen mit den Mafias. Vega und sein Führungsbeamter David Tinsley organisierten in Panama ein Gipfeltreffen mit 20 führenden Drogenhändlern, um über die Einstellung von Strafverfahren zu diskutieren. Gleichzeitig trat man an den ehemaligen Capo des Medellín-Kartells Fabio Ochoa heran, um ihn als Informanten gegen die erstarkende russische

Mafia in Florida zu gewinnen. Den Aussagen der Familie Ochoa zufolge wurde die DEA dabei auch von der US-Justiz unterstützt. Die inzwischen zurück getretene US-Star-Staatsanwältin Theresa Van Vliet bot dem Anwalt der Ochoas ein umfassendes Abkommen zur Straffreiheit an (*El Nuevo Herald*, 25. 6. 2000)

Diabolisches Kartell

Im Mittelpunkt des DEA-Interesses stand dabei offensichtlich, Informationen über den kolumbianischen Polizeipräsidenten José Rosso Serrano und dessen Verbindungen zum sogenannten „Kartell der Teufel“ zu bekommen. Fabio Ochoa bestätigte gegenüber der Presse gleich lautende Aussagen anderer Drogenhändler. „Ich sprach ungefähr fünf Mal mit Baruch... Er erzählte mir, dass die Amerikaner sehr interessiert daran waren, etwas über die Korruptionsgeschichten von Serrano zu erfahren. Ich habe ihm gesagt, dass ich etwas gehört, aber keine Belege dafür hätte.“ (*El Tiempo* 1. 8. 2000) Dass die DEA in Richtung Serrano ermittelte, ist schon deswegen erstaunlich, weil dieser als Polizeikommandant von US-Gnaden galt und von den US-Verantwortlichen um den „Anti-Drogenzar“ General Barry McCaffrey mehrfach als „bester Polizist der Welt“ bezeichnet wurde.

Noch verwunderlicher ist jedoch, dass die DEA ausgerechnet gegen das „Kartell der Teufel“ ermitteln wollte – immerhin handelt es sich hier um einen der sensibelsten Punkte im kolumbianischen Machtgefüge. So äußerte Baruch Vega im Juli auf die Frage, wer hinter diesem Kartell stek-

ke, denn auch erschrocken: „Das kann ich nicht sagen, das ist sehr delikat.“ Erst über andere Kanäle sickerte durch, dass die DEA von der Existenz einer bizarren Allianz zwischen kolumbianischen Polizeioffizieren, Angestellten der US-Botschaft, Mitgliedern der Kartells „Norte del Valle“ und Paramilitärs ausgeht. Dieses Bündnis, über das in Kolumbien schon lange spekuliert wird, soll sich Anfang der 90er-Jahre aus jenen Gruppen formiert haben, die damals den Chef des Medellín-Kartells Pablo Escobar zur Strecke brachten, allen voran einige Medellín-Capos, die sich – laut Vega – unter Mitwirkung der DEA von Escobar losgesagt und eine Gruppe unter dem Namen PEPE (*Verfolgte von Pablo Escobar*) gegründet hatten. Die wichtigsten Personen der PEPE in jenen Jahren: die Gebrüder Fidel und Carlos Castaño, heute Kommandanten des rechts-extremen Paramilitarismus.

Brisanterweise rührt nun auch der Ruf des Polizeichefs Rosso Serrano als großer Drogenbekämpfer aus jener Zeit, wobei in Kolumbien oft bemerkt wird, Serrano sei kein Feind des Kokainhandels, sondern der Medellín-Mafia gewesen. In diesem Zusammenhang wird verständlich, warum Serrano noch vor der ersten großen Veröffentlichung über die Vega-Affäre (aber *nach* der Verhaftung des Informanten) im Juni überraschend zurücktrat – genauso wie der Chef des Polizei-Geheimdienstes Oscar Naranjo.

Auf die Frage, warum die DEA in Richtung Serrano und das „Kartell der Teufel“ ermittelte, gibt es zwei mögliche Antworten. Vorstellbar wäre, dass die DEA-Ab-

KOLUMBIEN

teilung 43 um David Tinsley im vergangenen Jahr zufällig auf die Verbindung stieß. Was nämlich weder der *El Nuevo Herald* noch die kolumbianischen Medien erwähnen, ist, dass unmittelbar vor der Affäre im vergangenen Sommer eine Drogen-Connection in der US-Botschaft aufgedeckt wurde. Damals verhaftete man die Frau des US-Army-Verantwortlichen für Drogenbekämpfung in

der Drogengelder seiner Frau gewaschen zu haben. Möglicherweise erfuhren einzelne DEA-Beamte bei diesen Ermittlungen Details über die Kooperation von Polizei, US-Beratern und Drogenhandel. Das wäre insofern auch plausibel, als der Leiter der Operation, David Tinsley, als Spezialist für das Heroin-Kartell „Norte del Valle“ gilt, dem eine Schlüsselrolle in der Connection zukommt.

Doch wahrscheinlicher ist, dass die DEA in höherem Auftrag Informationen gesammelt hat. Nach Berichten des kolumbianischen Radio-Sender RCN gab es direkte Kontakte zwischen DEA und Paramilitärs. Baruch Vega selbst bekräftigte, für die US-Behörde sowohl mit Hernando Gómez alias *Rasguño* vom Kartell „Norte del Valle“, der in oben genanntem Phantomdokument als Militärführer des Drogenhandels bezeichnet wurde, als auch mit Carlos Castaño verhandelt zu haben. „Die Idee war, dass Carlos Castaño helfen sollte, den Drogenhandel zu stoppen ... Mit der

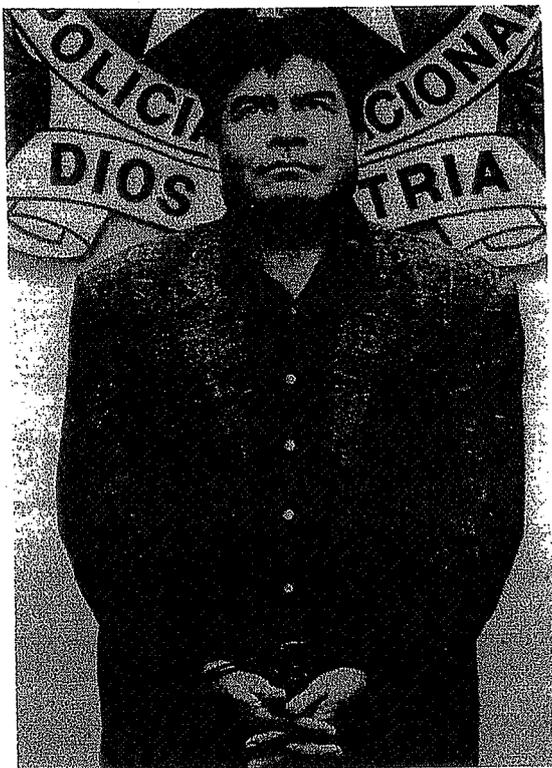
Einstellung des Drogenhandels hätte Carlos keine Unterstützung mehr gehabt, weswegen ihm jemand seinen Krieg hätte finanzieren müssen. Das war es, was die nordamerikanische Regierung praktisch machen wollte: ihm den Krieg subventionieren“, erklärte

Vega Anfang August. Ein Treffen zwischen Castaño und „12 bis 14 Personen“, darunter den DEA-Leuten Larry Castillo und David Tinsley sowie den Regierungsgesandten Bill Gómez und Artur Ventura (US-Botschaft in Panama), habe unmittelbar bevor gestanden.

Castaño hat diese Version inzwischen bestätigt. Zwar stellt der Rechtsextremist die Sache so dar, als habe sich seine Organisation bereit erklärt, die Drogenhändler mit Waffengewalt zum Exportstopp zu zwingen, doch ansonsten stimmt seine Darstellung mit der Vegas überein. Sein persönlicher Freund Nicolás Vergonzoli habe mit David Tinsley und Larry Castillo eine Vorvereinbarung getroffen, sagte Castaño dem kolumbianischen Fernsehen.

Vor diesem Hintergrund liegt der Schluss nahe, die DEA habe das „Kartell der Teufel“ nicht zerschlagen, sondern nur besser kennen lernen wollen. Über unsichere Verbündete Informationen zusammen zu tragen, kann im Notfall nützlich sein. Sicher ist auf jeden Fall, dass Teile des US-Sicherheitsapparats mit Drogenhandel und Paramilitarismus in Kolumbien zu tun haben, was die Erklärung Washingtons, Kolumbien erhalte die Militärhilfe zur Drogenbekämpfung, endgültig als Propaganda demaskiert. So passt denn auch die Meldung der Geheimdienste von Costa Rica und Panama, kolumbianische Paramilitärs hätten 800 R-15-Gewehre aus den USA erhalten, ebenso ins Bild wie die Äußerung Castaños, er begrüße den *Plan Colombia* und die damit zusammenhängende Stärkung der Armee.

Raul Zelik



Verhafteter Drogenboss: Ein Fall für das Resozialisierungsprogramm der DEA?

Kolumbien, James Hewitt, weil sie mit der Diplomatenpost Kokain im Wert von mehreren Hunderttausend Dollar in die USA geschmuggelt hatte. James Hewitt, direkter Untergebener von General Barry McCaffrey, wurde inzwischen nachgewiesen, einen Teil

JUNGE WELT SA/So. 29/30. JUNI 2000, Nr. 175

Kein konkreter Beschluß

Friedensgespräche über Kolumbien in Genf vorerst gescheitert

Überrascht und etwas hilflos beobachtete der junge Page im Genfer Hotel Mövenpick ein ungewöhnliches Zusammentreffen in der Eingangshalle: Eine kleine, schwarzhaarige Frau zerrte einen der Gäste am Arm und beschimpfte ihn in einer unbekannten Sprache. Erst später erfuhr der Hotelangestellte, daß Gladys Sanchez die Ehefrau von Yecid Gomez ist, einem Ingenieur, der vor 16 Monaten von der kolumbianischen Guerilla entführt worden war. Und der Gast, der binnen Sekunden von weiteren Familienangehörigen kolumbianischer Entführungsoffer, umringt war, ist Antonio Garcia, Mitglied des Oberkommandos der Guerillagruppe ELN (Nationaler Befreiungsheer).

Ebenfalls unbekannt war dem Page, daß Yecid Gomez wenige Stunden zuvor in einem Hub-schrauber des Roten Kreuzes in die Freiheit flog. »Ich bin überglücklich, aber traurig, daß meine noch verbliebenen vier Leidensgenossen weiter in Hand der Rebellen sind,« sagte der schwer erkrankte Gomez bei seiner Ankunft im Krankenhaus. Die Freilassung wurde als Geste des guten Willens gewertet, punktiell zum Beginn einer neuen Runde

von Friedensgesprächen, zu der Anfang dieser Woche Regierungsvertreter der ELN-Guerilla und Vertreter der Zivilgesellschaft Kolumbiens in Genf zusammenkamen. An den Mienen der so unterschiedlichen Hotelgäste konnte der Page den nicht gerade glücklichen Verlauf der Verhandlungen ablesen. Es begann sehr optimistisch, mit herzlichen Umarmungen und dem hochgesteckten Ziel, einer politischen Lösung des jahrzehnte währenden Bürgerkrieges näherzukommen. Als Gastgeber plädierte der Schweizer Außenstaatssekretär Franz von Däniken vehement dafür, einen Waffenstillstand zu vereinbaren. Das Ende der zweitägigen Gespräche hingegen war bitter zum Abschied: reichte man sich nur noch müde die Hände, kein einziger konkreter Beschluß, gemeinsame Erklärung; den Dialog fortsetzen zu wollen. Doch der Friedensbeauftragte der Regierung, Camilo Gomez, will nicht aufgeben. »Das Treffen war erfolgreich, weil die Verhandlungen und die Annäherung voranschreiten,« so Gomez wenig überzeugend.

Über 60 Koffer half der junge

Angestellte in die Hotelzimmer zu tragen. Warum all diese Mühe umsonst war, ist nur mit Blick auf gleichzeitige Ereignisse Tausende Kilometer entfernt möglich. Rechtsextreme Paramilitärs belagerten das Hauptquartier der ELN in Kolumbien, bei schweren Kämpfen kamen auf beiden Seiten jeweils mindestens 30 Menschen ums Leben. Mehrere Stunden lang wurden die Genfer Gespräche unterbrochen, als die Frage aufkam, wo ELN-Chef Gabinó abgeblieben sei. Kurz darauf meldete sich dieser zu Wort und bezichtigte die kolumbianische Armee, die Attacke der Paramilitärs aktiv zu unterstützen, was Heereschef General Fernando Tapias umgehend dementierte. So war zum rechten Zeitpunkt Zwietracht gesät und die Strategie der Paras, die seit Jahren den mühsamen Friedensprozeß torpedieren und fast jede Woche Massaker an Zivilisten begehen, aufgegangen.

Der Krieg in Kolumbien, der schon über 100.000 Menschen das Leben kostete, geht unvermindert weiter. Die FARC, die mit Abstand größte und älteste Guerillagruppe des südamerikanischen Landes, befindet sich seit Tagen in einer Offensive, wobei sie mehr-

re Gemeinden besetzte. Waffen erbeutete und eine unbekannt Zahl von Soldaten festnahm. Die Organisation, die bereits weite Teile des Landes unter Kontrolle hat, reagiert damit offenbar auf die Umsetzung des »Plan Colombia«, der mehrere Milliarden US-Dollar Militärlieferungen an die Regierung beinhaltet. Vehement kritisieren die FARC-Rebellen, daß die USA und bald eventuell auch einige europäische Länder mit der Finanzierung des »Plan Colombia« das Blut vergießen in Kolumbien, ver-schlümmern würden. Da das militärische Gleichgewicht kippen könnte, wären Armee und Regierung veranlaßt, den Verhandlungs-weg zu verlassen; außerdem werde der militärische Ein-fluß der USA in dem strategisch wie wirtschaftlich wichtigen Land noch steigen.

Roberto Sepúlveda, Bogota/Genf.

Kolumbien: Generale unter Verdacht

BOGOTÁ. Der kolumbianische Generalstaatsanwalt hat fünf ranghohe Militärvertreter beschuldigt, Massaker von rezenten Todesschwadronen geduldet zu haben. Jaime Bermálf war am Donnerstag vier Generalen und einem Oberstleutnant vor 1997 in der süd-kolumbianischen Stadt Puerto Alvaro nicht gegen ein Massaker an 18 unbewaffneten Dorfbewohnern eingeschritten zu sein. Unter den Beschuldigten ist auch der Generalinspekteur der Armee, Generalmajor Jaime Cortés. Gegen einen anderen General läuft vor einem Militärgericht derzeit ein Verfahren wegen eines Massakers im Jahr 1996. Bermálf hat zudem angekündigt, die Rolle eines anderen Generals und weiterer Militärvertreter bei einem Massaker an 27 Dorfbewohnern 1999 nahe der venezolanischen Grenze zu untersuchen. Der Generalstaatsanwalt kann in Kolumbien Träger öffentlicher Ämter entlassen, aber keine strafrechtlichen Ermittlungen einleiten. (AP/JW)

Eine Regierung sieht rot

Der blinde Fleck im Drogenkrieg der USA

Kolumbien ist der Clinton-Regierung derzeit 1,6 Milliarden US-Dollar wert. Mit dieser Summe will sie in den nächsten zwei Jahren den sogenannten „Plan Colombia“ der kolumbianischen Regierung fördern. Ein Großteil – 1,28 Milliarden Dollar – sind für die kolumbianischen Sicherheitskräfte bestimmt. Im Zentrum des Programms, das sich wohlklingend „Plan für Frieden, Wohlstand und Stärkung des Staates“ nennt und für das die Pastrana-Regierung derzeit auch in Europa bettelt, steht auf Geheiß der USA die Rauschgiftbekämpfung. Über die Finanzspritze für die kolumbianischen Militärs ist in den USA eine heftige Diskussion entbrannt. Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international (ai) warnen davor, dass die Militärhilfe, die angeblich nur zur Drogenbekämpfung eingesetzt werden soll, wegen der Verflechtung von Armee und Paramilitärs zu einem weiteren Ansteigen der Menschenrechtsverletzungen führen wird. Allein dies ist äußerst brisant. Aber es gibt noch einen weiteren „blinden“ Fleck im Konzept: Selbst nach Erkenntnissen von US-Behörden stecken die Paramilitärs bis zum Hals im Drogengeschäft. Um im Drogenkrieg erfolgreich zu sein, müssten die Militärs ihre besten Freunde, die Paramilitärs, bekämpfen. Der folgende Artikel deckt diese „blinden“ Flecken der US-Drogenbekämpfung auf und warnt vor einem neuen Vietnam-Debakel.



Der Drogenzar: US-General McCaffrey

Foto: Reuters/Datamont

VON FRANK SMYTH

Der Name Carlos Castaño taucht selten auf, wenn darüber diskutiert wird, ob die US-Hilfe für Kolumbien zur Drogenbekämpfung angehoben werden soll. Aber die US-PolitikerInnen sollten auf die Bündnisse achten, die die kolumbianischen Drogenkartelle mit ihm und anderen rechtsgerichteten Paramilitärs eingegangen sind, einschließlich derer, die nach der Zerschlagung des mächtigen Cali-Kartells Mitte der 90er Jahre im Aufstieg begriffen sind. Stattdessen aber stürzten sich fast alle, vom Drogenzar der Clinton-Administration, General Barry McCaffrey, bis hin zur Opposition im Kongress, ausschließlich auf die Rolle der linken Guerillagruppen im Drogenhandel, vor allem auf die FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Bewaffnete Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens). Diese Sicht lenkt die US-Politik und führt dazu, den Kampf der kolumbianischen Regierung gegen die Rebellen zu unterstützen.

McCaffrey will nun die gegenwärtige US-Militärhilfe verdoppeln und den kolumbianischen Streitkräften mit 600 Millionen US-Dollar (dieser Betrag wurde auf die erwähnten 1,28 Milliarden US-Dollar erhöht, da die USA Kolumbien zu einem

Problem ihrer nationalen Sicherheit erklärten, d. Red) unter die Arme greifen, um die mächtigen linken „Narco-Guerillas“ zu bezwingen. Dazu passt, dass es dem Republikaner Benjamin Gilman jetzt auch glückte, die US-Regierung dazu zu bringen, Kolumbien mit Blackhawk-Hubschraubern auszustatten. Das führt zu der Frage: Sehen die US-PolitikerInnen eigentlich nur noch rot, wenn sie nach Kolumbien blicken?

Aber zurück zu Carlos Castaño: Er ist nicht nur der Oberkommandant der rechten Paramilitärs Kolumbiens, sondern nach Einschätzung der US-Drogenbekämpfungsbehörde DEA auch „ein gewichtiger Kokainhändler“. Castaño war Interviewpartner vieler Journalisten auf einem Anwesen im Nordwesten Kolumbiens, das von der Guerilla angegriffen wurde. Aber die Kommandanten der kolumbianischen Armee sagen, dass sie ihn nicht finden könnten. Einer der Gründe dafür mag sein, dass die kolumbianische Armee lange mit den Paramilitärs im Kampf gegen die Guerilla kollaborierte. Die Militärs haben Castaño nicht gefasst, obwohl bereits 1997 der damalige Operationschef und jetzige Leiter der DEA, Donnie Marshall, vor dem US-Kongress sagte, dass Castaño eng mit der Henao Montoya-Organisation verknüpft sei. Diese wiederum ist „die mächtigste der unabhängigen Gruppen im Drogenhandel“ seit der Vernichtung des Cali-Kartells.

Die Allianzen zwischen Paramilitärs und Drogenkartellen haben in Kolumbien bereits Tradition. Im Gegensatz zu den linken Guerillas, die immer geächtet waren, operierten die Paramilitärs bis 1989 legal. Sie wurden von der Regierung für illegal erklärt, als ihre Bewegung von Pablo Escobar, dem letzten Drogenbaron des gefürchteten Medellín-Kartells, übernommen wurde. Die Paramilitärs wurden zu einem bewaffneten Flügel der Medellín Drogenchefs, die dem kolumbianischen Staat den Krieg erklärt hatten. Sie kämpften gegen die Auslieferung von Leuten wie Escobar an die USA, wo sie wegen Drogenvergehen vor Gericht gestellt werden sollten. „Los extraditables“ – wie sie

sich selbst in anonymen Kommuniqués bezeichneten – terrorisierten Kolumbien mit Anschlägen wie der Bombenexplosion in der Avianca-Maschine HK-1803, bei der 1989 111 Passagiere starben.

Kolumbiens zivile Untersuchungsbehörden brachten die Urheber dieses Anschlags später mit einer Gruppe Paramilitärs in Verbindung, die ihren Stützpunkt in Puerto Boyacá am Río Magdalena hatte. Weiter enthüllten sie, dass Pablo Escobar israelische, britische und andere Söldner finanzierte, die seinen Paramilitärs den Umgang mit Techniken wie Höhen-empfindsamen Zündungsmechanismen beibrachten. Letztes Jahr wurden vier israelische Offiziere in Bogotá wegen mutmaßlicher Beteiligung an terroristischen Verbrechen angeklagt.

Es besteht kein Zweifel, dass auch Kolumbiens linke Guerillas tief in den Drogenhandel verstrickt sind. Nachdem der Coca-Anbau anderswo in den Anden durch US-gestützte Vernichtungsprogramme reduziert wurde, pflanzen kolumbianische Bauern und Bäuerinnen in einigen Gebieten unter dem Schutz der Guerilla Coca an. Aber die Guerillagruppen verdienen mindestens genauso viel Geld mit Entführungen und anderen Formen der Erpressung betuchter KolumbianerInnen.

Auf den höchsten Ebenen sind es aber die rechten Paramilitärs, die mit dem Drogenhandel verknüpft sind. 1995 berichtete die kolumbianische Kriminalpolizei, dass Paramilitärs in geheimer Zusammenarbeit mit lokalen Armeekommandanten Bauern und Bäuerinnen schützten, die Schlafmohn zur Heroinherstellung in der Region des Medio Magdalena anbauten. Die Paramilitärs kontrollieren im gesamten Land viele – wenn nicht die meisten – der Drogenlabors, in denen die Rohstoffe weiterverarbeitet werden. Sowohl der Nachrichtendienst der US-Marine, die DEA als auch CIA-Beobachter berichten, dass von den irregulären bewaffneten Gruppen nur die Paramilitärs die Lagerung sowie den Transport von Heroin und Kokain innerhalb des Landes beherrschen.

Nachdem die Paramilitärs 1989 für illegal erklärt worden waren, haben die kolumbianischen Militärs aus politischen Gründen weiter heimlich mit ihnen kollaboriert, während die Paramilitärs aus Profitgründen weiter heimlich mit den Drogenkartellen zusammenarbeiteten. In einem Polizeibericht wird beispielsweise der Major Jorge Alberto Lázaro, ein ehemaliger lokaler Armeekommandant, der 1981 die US-School of the Americas absolvierte, beschuldigt, mit illegalen Paramilitärs zusammenzuarbeiten, die von dem Drogenhändler Víctor Carranza finanziert wurden. Dieser wurde später inhaftiert und wartet noch heute darauf, wegen

Mordes und Befehligen illegaler paramilitärischer Gruppen vor Gericht gestellt zu werden.

Andere paramilitärische Anführer und Armeeeoffiziere wurden mit noch höheren Ebenen des Drogenhandels in Verbindung gebracht. Der frühere Armeekommandant von Cali, General Hernando Camilo Zúñiga, trat 1996 zurück, nachdem US-Behörden ihn beschuldigten, das Cali-Kartell geschützt zu haben. Henry Loaiza alias „der Skorpion“ war Sicherheitschef des Kartells. Nach einem Untersuchungsbericht einer Menschenrechtskommission, der auch von der kolumbianischen Regierung akzeptiert wurde, steht er mit vielen Gräueltaten von Paramilitärs in Verbindung, inklusive dem Motorsägen-Massaker in der Gemeinde Trujillo in der Nähe von Cali. 1996 war Loaiza einer von sieben Top-Leuten des Cali-Kartells, die von den kolumbianischen Behörden, unterstützt von DEA und CIA, verhaftet wurden.

US-Offizielle wie McCaffrey und Gilman haben es den kolumbianischen Militärs

sollte, beschuldigte die Menschenrechtsorganisation ai US-Beamte, die Augen zuzumachen, wenn im Rahmen der Aufstandsbekämpfung Menschenrechte verletzt werden. McCaffrey, damals Befehlshaber des US-Südkommandos in Panama, beantragte eine interne Prüfung. Diese ergab, dass 12 von 13 kolumbianischen Militäreinheiten, gegen die ai entsprechende Vorwürfe vorbrachte, vorher entweder US-Ausbildung oder -Waffen erhalten hatten. Aber McCaffrey hat diesen Prüfbericht einfach vergraben. In der Zwischenzeit begann

DROGEN

McCaffrey dann, öffentlich zu verlautbaren, dass wegen der zunehmenden Entwicklung der Guerillas in den Drogenhandel Aufstands- und Drogenbekämpfung zu „zwei Seiten ein- und derselben Medaille“ geworden wären.

Kolumbiens komplexe Situation mag für einen Militär wie McCaffrey, der seit Vietnam gegen marxistische Guerillas ge-



Für die USA steht die Guerilla hinter dem Drogenkrieg. Um sie zu bekämpfen suchen sie Geld und weltweite Zustimmung

nachgemacht, die seit langem die Bedeutung der kolumbianischen Guerillas im Drogenhandel übertreiben, während sie die paramilitärischen Aktivitäten ignorieren. Ihre irreführenden Behauptungen führen dazu, dass sich die Vereinigten Staaten ein weiteres Mal bei der Aufstandsbekämpfung verrennen: Nach Israel, Ägypten und Jordanien steht Kolumbien als Empfängerland von US-Militärhilfe an vierter Stelle, die US-Militär- und Geheimdienstpräsenz ist bereits größer als vor einem Jahrzehnt in El Salvador und ist die größte US-geförderte Aufstandsbekämpfungsinitiative seit Vietnam.

Als 1994 die US-Hilfe für den Drogenkrieg an Kolumbien angehoben werden

kämpft hat, simpel scheinen. Aber die Sicht der Clinton-Regierung und ihres höchsten Drogenkriegers spiegelt ein Konzept des Kalten Krieges wider, das verfehlt ist. Die Erhöhung der Militärhilfe für Kolumbien wird den Drogenfluss nicht aufhalten. Aber sie wird dazu führen, dass dort noch mehr Blut vergossen wird.

Übersetzung aus dem Englischen: Bettina Reis

Frank Smyth ist freier Journalist und veröffentlicht u.a. in The Washington Post, The New Republic und The Wall Street Journal. Dieser Artikel erschien im Dezember 1999 in der US-Zeitschrift NACLA. Mehr von Smyth zum Thema: www.franksmyth.com

Presidencia de la República de Colombia

PLAN KOLUMBIEN

**PLAN FÜR
FRIEDEN, WOHLSTAND UND
STÄRKUNG DES STAATES**

Presidencia de la Republica de Colombia

Vorwort

Stolz und auch sorgenvoll steht Kolumbien an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Wir sehen uns der historischen Herausforderung gegenüber, eine Gesellschaft zu formen, innerhalb derer der kolumbianische Staat seine volle Autorität ausüben und seine wesentlichen Pflichten erfüllen kann, wie es unsere Verfassung vorsieht:

„... der Gemeinschaft zu dienen, den Wohlstand zu fördern und die Prinzipien, Rechte und Pflichten zu garantieren, wie sie in der Verfassung begründet sind; die Beteiligung des Volkes an Entscheidungen zu ermöglichen, die Auswirkungen auf das Volk selbst und auf das wirtschaftliche, politische, administrative und kulturelle Leben der Nation haben, die territoriale Integrität aufrechtzuerhalten und ein friedliches Zusammenleben sowie eine Rechtsordnung zu garantieren.“

Alle diese Ziele sind heute aktuell. Die vorrangige Aufgabe für uns, die Regierung, liegt darin, ein besseres, sichereres Land für die gegenwärtige und zukünftige Generationen zu schaffen – den kolumbianischen Staat zu stärken, damit er Ruhe und Ordnung für das häusliche Leben, Wohlstand und Fortschritt sichern kann. Wir müssen einen Staat für Soziale Gerechtigkeit aufbauen, der alle unsere Bürger und ihr Recht auf Leben, Würde und Eigentum, Meinungsfreiheit und Presse schützt.

Um diesen fundamentalen Gedanken für Kolumbien zur Wirklichkeit werden zu lassen, müssen wir schwierige und ständig wechselnde nationale und internationale Bedingungen erfüllen. Wir müssen uns mit Themen auseinandersetzen, die von der internationalen Wirtschaftsgemeinschaft und anderen vor dem Hintergrund der Geschichte und Entwicklung unserer Landes vorgebracht wurden. Die entscheidenden Herausforderungen für Kolumbien leiten sich aus der Verbreitung des Drogenhandels und den wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Globalisierung ab.

Es ist keine Frage, daß Kolumbien an den Problemen eines Staates leidet, der seine Stärke noch festigen muß: es fehlt an Vertrauen in die Fähigkeit der Streitkräfte, der Polizei und des Justizsystems, Sicherheit und Ordnung zu garantieren; der Staat befindet sich auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Institutionen in einer Glaubwürdigkeitskrise; und zunehmend verbreiten sich korrupte Praktiken im öffentlichen wie auch im privaten Sektor. Verstärkt wird diese Krise durch die enormen Destabilisierungsfaktoren des Drogenhandels, der mit hohen finanziellen Mitteln diskriminierende Gewalt geschürt und gleichzeitig unsere Wertmaßstäbe in einem Maße unterwandert hat, das nur mit der Ära der Prohibition in den Vereinigten Staaten zu vergleichen ist.

Presidencia de la Republica de Colombia

Zur gleichen Zeit ist es der kolumbianischen Wirtschaft trotz vierzigjährigen konstanten Wachstums bis heute nicht gelungen, der Mehrheit der Bevölkerung die Erträge des Wohlstands zuteil werden zu lassen oder die Armut signifikant zu reduzieren. Die Gewalt und Korruption, die durch den Drogenhandel geschürt werden, bewirken Mißtrauen unter ausländischen Investoren und legen Steine in den Weg der Modernisierung, der für die Schaffung von Beschäftigung und die Sicherung einer stabilen und wohlhabenden Stellung Kolumbiens in einer globalisierten Welt von wesentlicher Bedeutung ist.

Die Hoffnungen des kolumbianischen Volkes und die Arbeit der kolumbianischen Regierung wurden durch den Drogenhandel zunichte gemacht. Dies behindert die Regierung in beträchtlichem Maße bei der Erfüllung ihrer verfassungsrechtlichen Pflichten. Ein widerlicher und perverser Kreis von Gewalt und Korruption hat die wesentlichen Mittel für den Aufbau und den Erfolg eines modernen Staates aufgebraucht.

Wir glauben, daß die Erreichung unserer Ziele von einem Prozeß auf gesellschaftlicher und regierender Ebene abhängt, der mehrere Jahre dauern kann – einem Zeitraum, in dem es schwierig sein wird, einen andauernden Konsens innerhalb der kolumbianischen Gesellschaft zu erreichen; einer Gesellschaft, in der die Menschen lernen müssen, ihre Rechte zu verstehen und einzufordern, und zugleich bereit sind, ihrer Verantwortung nachzukommen.

Angesichts all dessen ist meine Regierung fest entschlossen, den Staat zu stärken, das Vertrauen unserer Bürger zurückzugewinnen und die grundlegenden Normen einer friedlichen Gesellschaft wiederaufzustellen. Frieden schaffen ist keine Angelegenheit allein des Wollens. Frieden erfordert Taten; er kann nur durch eine Stabilisierung des Staates erlangt werden und durch die Stärkung der staatlichen Macht, um jedem Bürger innerhalb des gesamten Landes Sicherheit zu gewährleisten und die Freiheit, seine Rechte auszuüben.

Verhandlungen mit den Untergrundkämpfern, die meine Regierung initiiert hat, entsprechen unserer Strategie, weil es ein schwieriger Weg ist, einen vierzig Jahre alten historischen Konflikt zu lösen, der enorme Hindernisse für die Schaffung eines modernen und fortschrittlichen Staates, der Kolumbien so dringend werden muß, birgt. Die Suche nach Frieden und die Verteidigung der demokratischen Institutionen wird große Anstrengungen, Glaube und Entschlossenheit erfordern, um erfolgreich den diesem Prozeß immanenten Druck und die Zweifel meistern zu können.

Der Kampf gegen den Drogenhandel stellt einen weiteren wichtigen Teil des „Plan Kolumbien“ dar. Die Strategie soll eine Partnerschaft zwischen den Konsumenten- und den Produktionsländern weiter vorantreiben, aufbauend auf den Prinzipien der Reziprozität und der Gleichheit. Der Verkehr mit unerlaubten Drogen ist zweifellos eine transnationale und komplexe Bedrohung, die zerstörend auf alle unsere Gesellschaften wirkt, enorme persönliche Konsequenzen für die Konsumenten hat, und zudem Gewalt und Korruption schürt.

Presidencia de la Republica de Colombia

Die Lösung wird nie gefunden werden, indem man seitens der Produktions- oder der Konsumentenländer mit dem Finger auf uns zeigt. Unsere eigenen nationalen Anstrengungen werden nicht ausreichen, solange sie nicht Teil einer wirklichen internationalen Allianz gegen illegale Drogen bilden.

Kolumbien hat seine uneingeschränkte Bereitschaft gezeigt und schwere Opfer gebracht, um eine endgültige Lösung für die Phänomene des Drogenverkehrs, des bewaffneten Konflikts, der Menschenrechtsverletzungen und der durch den Drogenanbau bedingten Zerstörung der Umwelt zu finden. Dennoch müssen wir der Wahrheit halber erkennen, daß mehr als zwanzig Jahre, nachdem der Anbau von Marihuana zusammen mit Kokain und Mohnkulturen auch in Kolumbien begann, der Drogenhandel stetig an destabilisierender Macht gewinnt, die die Wirtschaft zerstört, die Fortschritte bei der Landverteilung zunichte macht, die Bevölkerung korrumpiert, die Gewalt vervielfacht, die Investitionsbereitschaft lähmt und, was am schlimmsten ist, zunehmend die Mittel bereithält, um alle bewaffneten Gruppen zu finanzieren.

Kolumbien hat bisher den globalen Kampf gegen Drogen angeführt: es hat die Drogenkartelle aufgedeckt und bei diesem Prozeß einige seiner besten Bürger verloren. Nunmehr, da der Drogenhandel ein eher zerstückeltes Netzwerk auf zunehmend internationaler Ebene, im Untergrund und folglich schwerer zu bekämpfen ist, setzt die Welt das Erproben neuer Strategien fort. Immer mehr Mittel werden zur Vermeidung des Drogenproblems bereitgestellt, dies schließt auch die Erziehung auf diesem Sektor ein. Durch illegalen Drogenhandel erzielte Gewinne werden zunehmend beschlagnahmt bzw. enteignet. In Kolumbien haben wir kürzlich Operationen durchgeführt, die die Zerstörung der Drogenprozeßlabors und der Verteilungsnetzwerke zum Ziel hatten. Wir sind dabei, die Sicherheits- und Kontrollmaßnahmen auf unseren Flüssen und im Luftraum zu verbessern und zu verstärken, und wir erforschen neue Methoden zur Vernichtung des illegalen Drogenanbaus. Die Faktoren, die mit dem Drogenverkehr direkt in Verbindung stehen, wie z.B. Geldwäsche, Chemikalienschmuggel und illegaler Waffenhandel, sind Teile eines vielschichtigen Problems, das über den ganzen Globus gelöst werden muß, wo immer illegale Drogen hergestellt, transportiert oder konsumiert werden.

Der Erfolg unseres Strebens erfordert auch Reformen im Herzen unserer Institutionen, insbesondere bei den militärischen Streitkräften, um Recht und Ordnung aufrechtzuerhalten und allen Kolumbianern im gesamten Land das Gefühl von Sicherheit zu geben. Dazu bedarf es starker und verantwortungsbewußter militärischer und polizeilicher Kräfte, die sich dem Frieden und der Achtung der Menschenrechte verpflichten. Ebenso brauchen wir ein modernes und wirkungsvolles Justizsystem, das sich der Verteidigung und Förderung der Menschenrechte verschreibt. Wir werden in dieser Frage unnachgiebig sein, in der Überzeugung, daß es für uns als Regierung die oberste Pflicht ist, unseren Bürgern zu garantieren, daß sie ihre Rechte und Grundfreiheiten frei von Angst ausüben können.

Presidencia de la República de Colombia

Kolumbiens Strategie für Frieden und Fortschritt hängt aber auch von der Reform und Modernisierung anderer Institutionen ab, damit der politische Prozeß wirklich als effizientes Instrument für wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit dienen kann. Um hier weiterzukommen, haben wir die gewaltverursachenden Umstände reduziert, indem wir neue Wege zu einer Beteiligung der Gesellschaft geöffnet und ein kollektives Bewußtsein gefördert haben, das von der Regierung meßbare Ergebnisse einfordert. Hier schließt unsere Strategie eine besondere Initiative ein, die garantiert, daß innerhalb von fünf Jahren unser gesamtes Volk vollen Zugang zu Bildung und einem adäquaten Gesundheitssystem hat, unter besonderer Berücksichtigung aller schwachen und mißachteten Mitglieder unserer Gesellschaft. Zusätzlich planen wir die örtlichen Regierungen zu stärken, mit dem Ziel, sie stärker zu sensibilisieren und in die Verantwortung zu ziehen für die Bedürfnisse und Wünsche unserer Bürger. Wir werden außerdem die aktive Beteiligung von ... an unserem Kampf gegen Korruption, Entführung, Gewalt und die Vertreibung von Menschen und Gemeinden fördern.

Schließlich benötigt Kolumbien Hilfe zur Stärkung seiner Wirtschaft und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Unser Land braucht besseren und faireren Zugang zu Märkten, innerhalb derer unsere Produkte wettbewerbsfähig sind. Die Unterstützung der Vereinigten Staaten, der Europäischen Gemeinschaft und der übrigen internationalen Gemeinschaft ist entscheidend für unseren wirtschaftlichen Fortschritt. Dieser Fortschritt ist ein wichtiger Gegenpol zum Drogenhandel, weil er alternative legale Beschäftigung bringt für Personen, die sonst möglicherweise dem organisierten Verbrechen oder den Untergrundgruppen, die den Drogenverkehr antreiben, verfallen würden. Wir sind überzeugt, daß der erste Schritt zu einer weltweiten Globalisierung die Schaffung einer globalen Solidarität ist. Deshalb bittet Kolumbien bei seinen Partnern um Unterstützung. Wir werden keinen Erfolg haben ohne Programme für alternative Entwicklung in ländlichen Gegenden und ohne einen erleichterten internationalen Zugang zu unseren legalen Exporten. Dies ist der einzige Weg, den illegalen Drogenhandel zu unterbinden.

Es gibt Gründe, zuversichtlich in die Zukunft Kolumbiens zu schauen, insbesondere wenn wir eine positive Antwort der Weltgemeinschaft auf unser Bemühen erhalten, einen breitgestreuten Wohlstand in Verbindung mit Gerechtigkeit zu schaffen. Eine internationale Antwort wird den Kolumbianern helfen, den Weg zu einem dauerhaften Frieden zu ebnen. Der spanische Philosoph Miguel de Unamuno schrieb: „Glaube ist nicht, an das Unsichtbare zu glauben, sondern vielmehr das Unsichtbare zu schaffen.“ Heute ist ein friedliches, fortschrittliches, drogenfreies Kolumbien ein unsichtbares Ideal – aber wir sind entschlossen, es zur Realität unserer Zukunft zu machen. Mit voller Entschlossenheit und dem Einsatz all unserer Ressourcen, mit der Solidarität und dem Beistand unserer internationalen Partner im Kampf gegen die Plage des Drogenhandels können und werden wir eine neue Realität eines modernen, demokratischen und friedlichen Kolumbiens schaffen, das nicht nur gerade eben überlebt, sondern im neuen Millenium als ein stolzes und würdiges Mitglied der Weltgemeinschaft auftritt.

Plan Kolumbien:

Plan für Frieden, Wohlstand und Stärkung des Staates

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert steht Kolumbien vor der Herausforderung, die zentralen Staatsverantwortlichkeiten wiederzugewinnen. Es muß unter seinen Bürgern Vertrauen gewinnen und auf diese Weise auch die grundlegenden Regeln des Zusammenlebens in einer Gesellschaft wiederbeleben. Die Regierung verspricht, daß sie die zentralen Staatsverantwortlichkeiten wiedererlangt, wie die Förderung der Demokratie fördert, das Monopol über die Justiz, die territoriale Integrität, die Schaffung von Beschäftigungsvoraussetzungen, die Respektierung der Menschenrechte und der menschlichen Würde und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung.

Die destabilisierenden Kräfte des Drogenhandels haben die Schwächen eines Staates, der sich noch im Prozeß der Konsolidierung befindet, verschärft. Die progressiven Reformen, die in den 90'er Jahren begonnen wurden und große Chancen für die Kolumbianer bargen, wurden durch korrupte Einflüsse in Wirtschafts- und Politikkreisen unterwandert. In der letzten Zeit haben zudem die finanziellen Beziehungen zwischen verschiedenen bewaffneten Gruppen und den Drogenhändlern zu einer Intensivierung des bewaffneten Konflikts beigetragen und dem Staat die Erfüllung seiner wesentlichen Pflichten erschwert.

Die Wiedererlangung der Staatsgewalt erfordert einen Prozeß des Wiederaufbaus der Gesellschaft und eine neue Konsensbildung. In diesem Sinne ist Frieden nicht Frage des politischen Willens allein. Vielmehr muß Frieden stückweise aufgebaut werden; es muß einen Fortschritt in der Institutionalisierung und der Stärkung des Staates geben, mit dem Ziel, Sicherheit und Achtung der Rechte der anderen und Freiheit für alle Bürger in jedem Teil Kolumbiens zu garantieren.

Neben der Strategie sind die Verhandlungen mit der Guerilla von zentraler Bedeutung. Mit diesen Verhandlungen soll den Konflikten, die in den letzten Jahren eine profunde Veränderung durchgemacht haben, ein Ende gesetzt werden. Wenn die Strategie erfolgreich ist, wird sie nicht nur den Prozeß des gesellschaftlichen Wiederaufbaus erheblich erleichtern: ein verhandeltes Friedensabkommen mit der Guerilla auf der Basis territorialer Integrität, der Demokratie und der Menschenrechte würde die Respektierung von Recht und Ordnung fördern und den Kampf gegen die Drogen unterstützen.

Zur gleichen Zeit verlangt Frieden jedoch auch erfolgreiche wirtschaftliche Aktivitäten, damit die Menschen ihre sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse verbessern können, und auf diese Weise ein Umfeld für eine dauerhafte Konsolidierung geschaffen werden kann. Die Regierung hat eine Wirtschafts-Strategie, vervollständigt durch eine alternative Entwicklungsstrategie vorgeschlagen, um diese Ziele zu erreichen und Anreize für die Verringerung des illegalen Drogenanbaus zu schaffen.

Presidencia de la República de Colombia

Mit der Wirtschaftsstrategie sollen neue wirtschaftliche Aktivitäten und der alternative Landbau gefördert werden, wobei das Augenmerk auch auf die Erhaltung der Umwelt und den Schutz der empfindlichen Ökosysteme, die durch den Drogenanbau bedroht sind, gerichtet ist.

Die Strategie besteht aus partizipativen Elementen und bezieht den Privatsektor, Staat und Geber in eine Vorgehensweise ein, die nachfrageorientiert und mit den nationalen und internationalen Märkten verbunden ist.

Ein weiterer Grundpfeiler der Strategie ist die Bildung einer kollektiven Vision zwischen Verbraucher-, Hersteller- und allen anderen Ländern, die in die illegalen Drogenkette einbezogen sind. Sie baut auf den grundlegenden Prinzipien der Reziprozität und der Gleichheit auf. Diese Allianz sollte eine Gesamtverantwortlichkeit im Hinblick auf die Bedrohung durch illegalen Drogenverkehr, eine der ertragreichsten Tätigkeiten in der Welt, begründen. In Kolumbien hat der Drogenhandel nicht nur die Korruption innerhalb der Bevölkerung verbreitet und das Vertrauen in legale wirtschaftliche Aktivitäten zerstört, sondern er nährt auch stetig den Konflikt. Für zahlreiche bewaffnete Gruppen stellt der Drogenhandel eine internationalisierte Finanzquelle dar, die ihnen hilft, wirtschaftlichen und territorialen Einfluß zu nehmen. Sowohl in Kolumbien als auch im Ausland wird die Vorbereitung und Durchführung einer integrierten Strategie zur Bekämpfung der wesentlichen Ursachen des Anbaus von illegalen Drogen für den Kampf gegen den Drogenverkehr positive Ergebnisse zeigen, von denen sowohl Kolumbien wie auch der Rest der Welt profitieren werden.

Kolumbien hat seine Bereitschaft gezeigt, die miteinander in Beziehung stehenden Probleme des bewaffneten Konflikts, des Drogenhandels, der Menschenrechtsverletzungen und der Umweltschädigung in Angriff zu nehmen. Nichtsdestotrotz befindet sich Kolumbien in der schlimmsten Wirtschaftskrise seiner Geschichte. Unglücklicherweise sind die Möglichkeiten der Regierung, die Probleme des Landes zu lösen, besonders limitiert in einer Zeit, in der die Gewalt, noch intensiviert durch den Drogenverkehr, ansteigt.

Bestandteile des Plans sind:

1. **Eine Strategie für die Wirtschaft**, die Arbeitsplätze schafft, das Steueraufkommen steigert, und dem Land eine ausgewogene ökonomische Waffe gegen den Drogenhandel an die Hand gibt. Die Ausweitung des internationalen Handels, der erleichterte Zugang zu fremden Märkten und die Vereinbarung von Freihandelsabkommen, die aus- und inländische Investitionen fördern sollen, sind Schlüssel zur Modernisierung unserer wirtschaftlichen Grundlagen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Solch eine Strategie ist einschneidend in einer Zeit, in der Kolumbien seine schwerste wirtschaftliche Krise seit

Presidencia de la República de Colombia

70 Jahren durchlebt, mit einer Arbeitslosenquote von annähernd 20 %. Die Möglichkeiten der Regierung, gegen Drogenhandel und Gewalt vorzugehen, sind in dieser Zeit deutlich geschwächt.

2. **Eine Strategie für das Finanz- und Steuerwesen**, die harte Einschränkungs- und Anpassungsmaßnahmen einschließt, mit dem Ziel, die wirtschaftlichen Aktivitäten anzutreiben und den historisch gewachsenen, guten Ruf Kolumbiens auf internationalen Finanzmärkten zurückzugewinnen.
3. **Eine Strategie für den Frieden**, deren Ziel es ist, mit der Guerilla auf der Grundlage territorialer Integrität, der Demokratie und der Menschenrechte ein verhandeltes Friedensabkommen zu schließen, das darüber hinaus die Macht des Gesetzes und den Kampf gegen Drogen stärken würde.
4. **Ein Strategie für nationale Verteidigung**, mit deren Hilfe die bewaffneten Truppen und die Polizei umstrukturiert und modernisiert werden, damit sie befähigt werden, gesetzestreue Zustände wiederherzustellen und Sicherheit im ganzen Land zu gewähren, das organisierte Verbrechen und bewaffnete Gruppen zu bekämpfen und die Menschenrechte und das internationale humanitäre Völkerrecht zu schützen und zu fördern.
5. **Eine Strategie für Recht und Menschenrechte** zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung und zur Sicherstellung von gleicher und unparteiischer Rechtsprechung für alle. Bereits initiierte Reformen innerhalb der Institutionen für Recht und Ordnung sollen fortgeführt werden, mit dem Ziel, daß diese Institutionen ihre Aufgabe zur Verteidigung und Respektierung des Rechts und der Menschenwürde sachgemäß ausführen.
6. **Eine Strategie gegen Rauschmittel**, zusammen mit anderen Ländern, die in einige oder alle Teile der Drogenhandelskette einbezogen sind: Produktion, Verteilung, Verkauf, Konsum, Geldwäsche, chemische Vorprodukte und Waffenhandel. Auf nationaler Ebene dient die Strategie dazu, die wesentlichen Gewaltursachen, den Fluß von Drogengeldern zu illegalen und anderen bewaffneten Organisationen, auszumerzen.
7. **Eine Strategie für alternative Entwicklung**, die landwirtschaftliche Modelle und andere gewinnträchtige wirtschaftliche Maßnahmen für Kleinbauern und ihre Familien fördert. Alternative Entwicklung wird außerdem wirtschaftlich meßbare Umweltschutzmaßnahmen fördern, die dazu bestimmt sind, die bewaldeten Gegenden zu schützen und der gefährlichen Ausweitung illegalen Anbaus entlang des Amazonas-Beckens und der weiten Nationalparks Kolumbiens, Gegenden mit immenser Biodiversität und unter Umweltgesichtspunkten von großer Bedeutung für die internationale Gemeinschaft, ein Ende zu machen. Innerhalb dieses Rahmens beinhaltet

Presidencia de la Republica de Colombia

die Strategie nachhaltige, integrative und partizipative Produktions-Projekte, die mit der erforderlichen Infrastruktur ausgestattet sind. Besonderes Augenmerk legt man auf diejenigen Regionen, in denen ein hohes Konfliktpotential bei gleichzeitig geringer staatlicher Präsenz, geringes gesellschaftliches Kapital und ernsthafte Umweltbelastung gegeben sind, wie z.B. im mittleren Magdalena-Tal, dem Zentralmassiv Kolumbiens und dem Südwesten.

8. **Eine Strategie der gesellschaftlichen Beteiligung**, die ein kollektives Bewußtsein fördert. Diese Strategie will größere Verantwortung in den lokalen Regierungen und die Einbeziehung der Gemeinden in Antikorruptionsmaßnahmen, sowie den Druck auf die Guerilla und andere bewaffnete Gruppen fördern, um den Entführungen, der Gewalt und den Binnenvertreibungen einzelner und ganzer Gemeinden ein Ende zu machen. Diese Strategie wird außerdem die Zusammenarbeit mit dem lokalen Handel und Arbeitergruppen einschließen, um innovative und produktive Modelle in einer immer stärker globalisierten Wirtschaft zu entwickeln und auf diese Weise unsere Landgemeinden zu stärken und die Gefahr der Gewalt in ländlichen Gegenden zu reduzieren. Außerdem soll die Strategie Institutionen sowohl formell als auch informell stärken, um ein Umdenken in den kulturellen Mustern, innerhalb derer sich Gewalt entwickelt und immer neu entfacht, zu bewirken. Mit Hilfe der Strategie werden Mechanismen und Erziehungsprogramme zur Förderung von Toleranz, dem wesentlichen Wert für ein friedliches Zusammenleben, und der Einbeziehung aller in soziale Verantwortung entwickelt.
9. **Eine Strategie für die menschliche Entwicklung** zur Förderung von Maßnahmen, die innerhalb der nächsten Jahre eine adäquate Erziehung, Gesundheit und Bildungsmöglichkeiten für alle jungen Kolumbianer gewähren. Hiermit soll den schwachen Gruppen unserer Gesellschaft geholfen werden, wobei nicht nur die Opfer von Gewalt und Vertreibung gemeint sind, sondern all diejenigen, die im Zustand extremer Armut leben.
10. **Eine Strategie der internationalen Orientierung** zur Festigung folgender Prinzipien: geteilte Verantwortung, integriertes Handeln und ausgewogene Behandlung des Drogenthemas. Die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft ist auch im Friedensprozeß von großer Bedeutung, sofern sie sich an den Regeln des internationalen Rechts orientiert und von der kolumbianischen Regierung erbeten wird.

I. Der Friedensprozeß

Der bewaffnete Konflikt belastet Kolumbien seit mehr als 35 Jahren. Die gegenwärtige Regierung hat einen Verhandlungsprozeß mit dem Ziel eingeleitet, ein verhandeltes Friedensabkommen mit der Guerilla auf der Basis territorialer Integrität, Demokratie und der Menschenrechte zu erreichen. Ein solches Abkommen würde eine zügige Wiederherstellung von Recht und Ordnung und den Kampf gegen Drogen im ganzen Land ermöglichen.

Der Friedensprozeß ist deutlich oberstes Ziel des Landes. Präsident Pastrana hat persönlich die Leitung der Rolle der Regierung in diesem Prozeß übernommen. Er wird begleitet vom Hochkommissar für Frieden, der direkt vom Präsidenten ernannt wird. Der Hochkommissar, der eine Stellung auf Ministerebene innehat, arbeitet Hand in Hand mit den Sprechern der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft, die ebenso ihre Energien auf die Lösung des Konflikts verwenden.

Die entmilitarisierte Zone wurde durch Gesetz geschaffen, um die notwendige Sicherheit zur Weiterführung der Verhandlungen mit der Guerilla zu ermöglichen. Das Gesetz erlaubt dem Präsidenten, eine Ausnahmezone zu schaffen bzw. zu eliminieren und ist Ausdruck der Souveränität des Staates. Das Gesetz beschränkt die Präsenz der Armee und der Polizei innerhalb der betreffenden Gegend und nimmt Haftbefehle zurück; es engt nicht die Autorität von gewählten Funktionären auf lokaler oder regionaler Ebene ein.

Der Friedensprozeß ist auch Teil einer strategischen Allianz gegen den Drogenhandel, die Korruption und die Verletzung der Menschenrechte. Damit dies dauerhaft verwirklicht werden kann, bedarf es einer zusätzlichen Unterstützung in den Bereichen von Sicherheit und Verteidigung, einer Partnerschaft gegen Drogenproduktion, -konsum, -verteilung und -verkauf, Geldwäsche und Waffenhandel. Ein Entwicklungsplan wird außerdem Arbeitsplätze schaffen und denen helfen, die dringend der Hilfe bedürfen.

Der bewaffnete Konflikt und die Zivilbevölkerung

Es gibt drei Protagonisten in diesem Konflikt: Auf der einen Seite die Guerilla, d.h. die FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia = Bewaffnete Revolutionäre Truppen Kolumbiens) und das ELN (Ejército Liberal Nacional = Nationales Befreiungsheer), deren Wurzeln in Landbewegungen und besonders im Kalten Krieg liegen. Auf der anderen Seite gibt es die illegalen „Autodefensas“, d.h. Selbstverteidigungsgruppen, die eine bewaffnete Lösung für das Handeln der Guerilla und politische Anerkennung ihrer Organisation wollen. Mitten im Kreuzfeuer steht die dritte Gruppe, der Großteil der kolumbianischen Bevölkerung, die häufig unter den Taten der bewaffneten Akteure zu leiden hat.

Presidencia de la República de Colombia

Die Guerilla-Bewegung hat ihre Wurzeln in dem ländlichen und politischen Antagonismus der kolumbianischen Gesellschaft, teilweise genährt durch die ideologische Rhetorik der Konfrontation von kapitalistischem mit kommunistischem Gedankengut. Mit der Zeit ist die Guerilla immer stärker dazu übergegangen, ihren Kampf zur Ausweitung ihrer territorialen Präsenz und zur Erlangung politischer und militärischer Kraft durch Verschleppung und Entführung zu finanzieren und seit kurzem auch durch Geldeintreibung von Drogenhändlern.

In den vergangenen 30 Jahren hat sich Kolumbien von einer vorrangig landwirtschaftlich orientierten Wirtschaft zu einer städtisch-orientierten gewandelt. 70 Prozent der Bevölkerung Kolumbiens leben heute in städtischen Gebieten. Mit dem Ende des Kalten Krieges fiel die breite öffentliche Unterstützung, die die Guerilla gerade erreicht hatte, auf 4 Prozent ab. Die Guerilla erkennt zunehmend, daß sie unter diesen Umständen nicht in der Lage ist, durch bewaffneten Kampf Einfluß zu gewinnen. Obwohl die Ideen und Methoden der Guerilla von der breiten Bevölkerung abgelehnt werden, hält sie aber daran fest, mit militärischen Mitteln zu kämpfen.

Der Gesellschaft als Ganzes kommt in diesem Friedensprozeß eine wesentliche Rolle zu. Es gibt eine wachsende Übereinstimmung unter den Repräsentanten der Gesellschaft, den wirtschaftlichen Interessensgruppen und sogar unter den Bewaffneten, daß Frieden das unmittelbare Ziel ist. Die Beteiligung der Gesellschaft als ganzes wird deshalb als notwendig erachtet, um Druck auf die bewaffneten Gruppen auszuüben und den Konflikt durch eine politische Lösung und unter Respektierung des internationalen humanitären Völkerrechts zu beenden. Der dynamische Beitrag der kolumbianischen Bevölkerung ist außerdem entscheidend für die Entwicklung von Ideen und Vorschlägen zur Weiterführung des Prozesses, und um die Beibehaltung des Konsenses über einen verhandelten Frieden mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft zu sichern.

Die gegenwärtige Situation

Der Friedensprozeß hat an verschiedenen Fronten wirkliche Fortschritte gemacht. Mit den FARC wurde eine Ausnahmezone geschaffen, um einen sicheren Ort für Verhandlungen zu haben. Dies hat beiden Seiten bei der Entwicklung eines Planes geholfen, einem Prozeß, der im Mai 1999 abgeschlossen wurde. Jetzt, da die Voraussetzungen erfüllt sind, kann die Verhandlungsphase beginnen.

Im Hinblick auf die ELN hat die Regierung eine Gruppe von ausgewählten kolumbianischen Bürgern bevollmächtigt, bei den Vorbereitungen für die Freilassung von Entführten zu helfen. Die Regierung ist auch damit einverstanden, aktive Gespräche zur Vorbereitung auf einen Nationalkonvent zu führen, unmittelbar nachdem die Freilassung der Entführten stattgefunden hat.

Presidencia de la Republica de Colombia

Die Regierung setzt den Kampf gegen illegale „Selbstverteidigungsgruppen“ fort. Falls der Friedensprozeß fortschreitet, ist sie jedoch darauf vorbereitet, alternative und friedliche Wegen zu suchen, die die Infrastruktur und das Handeln dieser Gruppen zu durchkreuzen.

Während des Friedensprozesses müssen die Armee und die Polizei zwangsläufig ihre Kapazitäten weiter erhöhen, um eine wirkungsvolle Präsenz im ganzen Land bieten und eine friedliche Beilegung des Konflikts garantieren zu können.

Die Erreichung des Friedens steht auf drei Säulen:

- a) Fortschritte im Hinblick auf die bereits zwischen der Regierung und den Haupt-Guerillagruppen (FARC und ELN) getroffenen Vereinbarungen, damit die jeweils anderen als legitimierte Vertreter in ernsthaften Friedensgesprächen betrachtet werden
- b) Teilabkommen entsprechend der 12-Punkte-Agenda zwischen Regierung und FARC und Sicherung eines dauerhaften Friedensdialogs vor dem Ende der vierjährigen Regierungszeit Präsident Pastranas
- c) Umsetzung der Vereinbarungen.

Die Rolle der internationalen Gemeinschaft

Die Rolle der internationalen Gemeinschaft ist entscheidend für den Erfolg des Friedensprozesses. Kolumbien benötigt Unterstützung insbesondere in zweierlei Hinsicht: auf diplomatischen und auf finanziellem Gebiet. Die internationale Gemeinschaft kann vermittelnd, überwachend oder, zu einem späteren Zeitpunkt kontrollierend tätig werden. Im übrigen ist es wichtig, daß die internationale Gemeinschaft jegliches terroristisches Handeln und Verletzungen des Internationalen Humanitären Völkerrechts aufs Schärfste verurteilt und Druck ausübt, damit der Friedensprozeß stetig weitergeführt wird.

Im Bereich der bilateralen Beziehungen sind militärische und polizeiliche Operationen von entscheidender Bedeutung. Gemeinsames Handeln der Nachbarstaaten ist nicht nur weniger wirkungsvoll als bilaterales Handeln, es kann auch den Friedensprozeß behindern. Es wäre von großem Nutzen, militärische und polizeiliche Operationen zu koordinieren und die Sicherheit der Grenzen sowie die Ausstattung und die technologische Unterstützung zu verbessern.

In Bezug auf das diplomatische Vorgehen von Nachbarstaaten bevorzugt die kolumbianische Regierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Verhandlungen bilaterale Dialoge und vertrauliche Gespräche mit Ländern, die am Friedensprozeß interessiert sind. Unabhängig davon, wie sich die internationale Beteiligung am Friedensprozeß äußert, ist es unabdingbar,

Presidencia de la República de Colombia

daß sie sich an den Normen des Internationalen Rechts orientiert und von der kolumbianischen Regierung akzeptiert wird. Die internationale Beteiligung muß in jedem Fall mit den Prinzipien der Nicht-Intervention und der Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten des Staates vereinbar sein. Sie darf nur nach vorheriger Absprache mit der kolumbianischen Regierung und deren Zustimmung realisiert werden.

Die Regierung hat einen Friedens-Investment-Fonds gegründet, um die internationale finanzielle Unterstützung zugunsten des Friedensprozesses zu kanalisieren. Dieser Fonds wird der Unterstützung von Projekten zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der am meisten durch den bewaffneten Konflikt betroffenen Gegenden dienen. Deshalb wurde mit Unterstützung der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) eine Experten-Gruppe aufgestellt, die bei der Verwendung der internationalen Gelder berät und überwacht. Der Fonds ergänzt andere nationale Fonds, die bereits von der kolumbianischen Regierung gegründet wurden.

Ein erfolgreicher Friedensprozeß wird auch einen positiven Einfluß auf den Kampf gegen Drogen haben, weil er die Regierung wieder in die Lage versetzt, die Beachtung von Gesetz und Recht durchzusetzen und in den von der Drogenproduktion am meisten betroffenen Regionen alternative Entwicklungsprogramme zu realisieren. Die Guerilla-Aktivitäten und der Drogenhandel sind, obwohl in bestimmter Weise miteinander verwoben, Probleme verschiedenen Ursprungs und mit unterschiedlicher Zielsetzung. Die Guerilla operiert nach einem revolutionären politisch-militärischen Schema, das eine verhandelte Lösung erfordert. Diese Umstände sind im Falle des Drogenhandels nicht gegeben.

II. ZUGANG ZUR KOLUMBIANISCHEN WIRTSCHAFT

Überblick

Die Regierung von Präsident Pastrana mußte sich mit dem Vermächtnis einer sich ernsthaft verschlechternden Wirtschaft abfinden. Die Arbeitslosenquote ist bei dem historisch einzigartigen Wert von 20 Prozent angelangt und das Bruttosozialprodukt weist nun das dritte Vierteljahr in Folge ein Negativwachstum auf. Verschiedene äußere Schocks (fallende Kaffee- und sonstige Warenpreise, schwere Erdbebenschäden) haben Kolumbiens wirtschaftliche Schwäche noch gesteigert (ein wachsendes Steuerdefizit seit den frühen 90' er Jahren und Probleme im Bankensektor). Der andauernde Konflikt und die Sicherheitssituation zerstören das Vertrauen in die Wirtschaft. Während aufgrund der Rezession die Beschäftigungsmöglichkeiten weiterhin abnehmen, bestreiten immer mehr Kolumbianer ihren Lebensunterhalt durch Drogengeschäfte oder andere illegale Aktivitäten.

Das zentrale Element in der Regierungsstrategie ist die Stabilisierung der Wirtschaft und die Rückkehr zu einem steuerlichen Gleichgewicht. Diese Bedingungen werden eine Grundlage für anhaltendes Wachstum im Handel und für Investitionen im privaten Sektor bilden. Ein erneuertes Vertrauen wird neben einem gesunden Banksystem, stabilen Regierungsfinanzen, einer verbesserten Sicherheitssituation, anwachsenden kolumbianischen Exporten und Mitteln zur Verbesserung des Investitionsklimas ein Umfeld schaffen, in dem der wachsende private Sektor Beschäftigung bringen wird.

Vor dem Hintergrund der dringenden Notwendigkeit einer Haushaltskonsolidierung braucht Kolumbien finanzielle Hilfe, um seine Sicherheits- und Anti-Drogen-Budgets zu füllen, wie auch dringend notwendigen sozialen Investitionsmaßnahmen nachzukommen. Während Drogenhändler und Rebellengruppen sich weiterhin durch Einkünfte aus Drogengeschäften finanzieren, ist Kolumbien gezwungen, wegen wachsender Schulden und Kreditzahlungen in besonders betroffenen Regionen des Landes Budgetkürzungen vorzunehmen. (Kolumbiens Gesamtschuldenlast hat sich in den vergangenen fünf Jahren fast verdoppelt, von 19,1 Prozent des Bruttosozialprodukts im Jahre 1995 auf 34 Prozent im Jahre 1999). Im Zuge der Haushaltskürzungen wurden auch die dem Militär, der Polizei und dem Justizsystem zufließenden Gelder drastisch gekürzt (20 Prozent). Hilfe von außen ist zwingend notwendig, um der Regierung die Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Reformen zu ermöglichen und zugleich die finanzielle Unterstützung des Militärs und die Befriedigung sozialer Bedürfnisse zu verbessern. Mit solcher Hilfe wird die Regierung in der Lage sein, eine gute Grundlage für ein privatwirtschaftlich angetriebenes Wirtschaftswachstum zu schaffen und damit sicherzustellen, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Situation keinen Anreiz mehr für weitere Beschäftigung in kriminellen Aktivitäten bietet.

Maßnahmen zur Stabilisierung

Die Regierung arbeitet daran, das makroökonomische Umfeld zu stabilisieren. Sie legt dabei besonderen Wert auf den Ausgleich der Zahlungsbilanz und der Probleme im Bankensektor.

Im vergangenen Jahr wurden die öffentlichen Ausgaben gekürzt, die Umsatzsteuergrundlagen wurden erweitert, es wurde eine besondere Steuer auf Finanztransaktionen erhoben und die Kontrollen von Steuerflucht wurden verschärft. Im nächsten Jahr werden die meisten Gehälter des öffentlichen Dienstes eingefroren. Weitere Kürzungen werden im Bereich der Verwaltung und der Nicht-Investitionsausgaben vorgenommen. Sie sollen das strukturelle Haushaltsdefizit verringern und den Grad der Schuldenfreiheit stabilisieren.

Staatseigene Unternehmen und Banken müssen privatisiert werden, um die Produktivität zu steigern und die Haushaltsanpassung zu finanzieren. ISA und ISAGEN, zwei Stromversorger unter staatlicher Leitung und vierzehn kleinere regionale Stromversorger sind bereits auf dem Markt, ebenso wie CARBOCOL, die staatliche Kohlegesellschaft. Außerdem werden im nächsten Jahr drei staatliche Banken zur Privatisierung anstehen.

Es gibt zwei Aspekte, die bislang die Haushaltsanpassung noch schwieriger gestaltet haben: zum einen erfordert die Zerstörung der Kaffeeregion durch ein gewaltiges Erdbeben im Januar Investitionen in Höhe von nahezu 1 Prozent des Bruttosozialprodukts, zum anderen wird für die finanzielle Strategie, die zur Verhinderung einer Bankenkrise entworfen wurde, fast das Doppelte dieses Betrages benötigt.

Die Regierung koordiniert ihre Aktivitäten in enger Zusammenarbeit mit internationalen Finanzinstitutionen. Zur Zeit führt sie Gespräche mit dem Internationalen Währungsfonds im Hinblick auf ein dreijähriges Programm zur Unterstützung des Regierungsvorhabens einer Haushalts- und Strukturreform. Auch die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank leisten der Regierung bei ihren Bemühungen um eine Reform des finanziellen Sektors und der öffentlichen Finanzen Unterstützung.

Zusätzlich hat die Regierung ein Netzwerk der sozialen Unterstützung aufgebaut, mit dessen Hilfe die negativen Auswirkungen einer Haushaltsanpassung auf die ärmsten Bevölkerungsschichten abgefedert werden sollen. Jeder fünfte der Bevölkerung ist arbeitslos. Dazu gehören in der Regel auch die aus den Konfliktregionen vertriebenen Familien. Die polizeilichen Instrumente ähneln denen, die in vergleichbaren Ländern erfolgreich angewandt werden: gezielte Öffentlichkeitsarbeit, Mittelbereitstellung zur Befriedigung der Grundbedürfnisse (insbesondere für Kinder und alleinstehende Mütter) und gezielte Anleihen. Die Regierung arbeitet zusammen mit den Weiterbildungsinstituten für den Industriesektor, um sicherzustellen, daß das Haushaltsstabilisierungsprogramm nicht die am meisten betroffenen Teile der Bevölkerung gefährdet.

Presidencia de la República de Colombia

Die Regierung benötigt zusätzliche finanzielle Hilfe von außen, um ihre Strategie umzusetzen. Unterstützung ist dringend notwendig, damit die kurzfristigen negativen Auswirkungen der Haushaltsanpassung auf die Arbeitslosigkeit und andere soziale Probleme, die in der letzten Zeit die Kriminalität haben ansteigen lassen, aufgefangen werden.

Förderung von Handel und Investitionen

Während die Wirtschaft Kolumbiens in den 90'er Jahren boomte, konnte die Arbeitslosenquote auf 8 Prozent abgesenkt werden, was den Einfluß gewalttätiger Gruppen in den Großstädten jedenfalls in den frühen 90'ern drastisch einschränkte. Die Rezession ist in diesen Großstadtreionen deutlich spürbar, mit einer Arbeitslosigkeit von 20 Prozent in Bogotá und nahezu 23 Prozent in Cali. Dies hat sich noch dadurch verschärft, daß ein Großteil des Geldes aus Drogengeschäften durch Import von geschmuggelter Ware gewaschen wird. Dadurch wird mehr Gewalt geschürt, die staatlichen Steuereinnahmen verringert und darüberhinaus die Beschäftigung in vergleichbaren Industriezweigen negativ beeinflußt. Die Arbeitslosigkeit ist deshalb ein die Städte Kolumbiens destabilisierender Faktor, dem durch Belebung der industriellen Produktion begegnet werden muß.

Während des letzten Jahrzehnts hat Kolumbien seine traditionellerweise geschlossene Wirtschaft geöffnet und mit großer Geschwindigkeit Ex- und Importe gesteigert. Dennoch hat sein landwirtschaftlicher Sektor schwer gelitten, da sich seine Produktion von Getreide, Korn und Gerste wie auch von Bohnen, Baumwolle und Hirse auf den Weltmärkten als nicht wettbewerbsfähig erwies. Das Ergebnis war ein Verlust von 700.000 Hektar der heimischen Landwirtschaftsproduktion an das Importgeschäft in den vergangenen zehn Jahren, was umgekehrt die Beschäftigung in den ländlichen Gegenden, die vom bewaffneten Konflikt ohnehin stark betroffen sind, beeinträchtigte. Die erwartete Modernisierung der Landwirtschaft vollzieht sich bislang sehr langsam. Die ganzjährigen Getreide, mit denen Kolumbien als tropisches Land sehr wettbewerbsfähig ist, haben eine unproduktive Periode von mehreren Jahren. Sie verlangen deshalb langfristige Investitionen und Kredite.

Da keine Möglichkeit zur Erhöhung, der staatlichen Mittel besteht, sind heimische und ausländische private Investitionen von entscheidender Bedeutung für die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten in legalen Unternehmen. Allerdings zeichnet sich ein Nachlassen des Investitionsvertrauen ab. Ausländische Investitionen sind jedoch nicht allein notwendig, um die finanziellen Bedürfnisse der Wirtschaft zu unterstützen. Sie sind auch entscheidend für die Modernisierung des industriellen Rückgrats des Landes.

Kolumbien hat einen Zehn-Jahres-Strategie-Plan zur Ausweitung des Handels entworfen. Mittels dieses Plans sollen Initiativen des Privatsektors und ausländische wie auch heimische Investitionen in den nicht traditionellen Bereichen gefördert werden.

Presidencia de la República de Colombia

Für die wirtschaftliche Entwicklung Kolumbiens und als Gegenkraft zum Drogenhandel hat dieser Plan eine entscheidende Bedeutung.

Der kolumbianische Plan schließt die Entwicklung von Informationssystemen über den Handel auf weltweite Nachfrage und vorausschreitende regionale und interregionale Integrationsprozesse nach strategischen Gesichtspunkten ein. Mit seiner Hilfe sollen auch Strategien entwickelt werden, die den industriellen, den landwirtschaftlichen und den Dienstleistungssektor innerhalb einer Handelspolitik zusammenführen. Der Plan sieht desweiteren die Schaffung einer Infrastruktur vor, die die Produktivität steigern helfen soll, sowie die Unterstützung angemessener exportorientierter technologischer Innovationen und die Bildung menschlichen Kapitals. Bei diesem Bemühen wird die Regierung besonderes Augenmerk auf die Stärkung der Rolle kleinerer und mittlerer Unternehmen bei der Schaffung neuer Beschäftigungsmodelle im privaten Sektor legen.

Der Plan schließt auch die Implementierung von Methoden ein, die ausländische Investitionen und die Ausdehnung des Handels fördern sollen. Dies bedeutet, daß die notwendigen Schritte zur Erfüllung der Vereinbarungen der Uruguay-Runde vorgenommen werden, insbesondere diejenigen, die die Zollvorschriften, den Schutz geistigen Eigentums und Investitionsmaßnahmen betreffen. Zusätzlich wird Kolumbien die notwendigen Schritte ergreifen, den Handel in der Elektronikbranche attraktiver zu machen, um neue Geschäftsmöglichkeiten zu schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit der bereits bestehenden Branchen zu verbessern. Kolumbien erkennt an, daß Transparenz und Kontinuität im Finanzgebaren der Regierung wesentlich für eine größere Effizienz beim Gebrauch öffentlicher Fonds sind. Dementsprechend sind wir entschlossen, mit der Welthandelsorganisation WTO auf den Abschluß eines Abkommens über Transparenz im Regierungshaushalt hinzuarbeiten.

Eine der Hauptprioritäten der kolumbianischen Regierung ist, sich der Handelsbeziehungen, zu denen Kolumbien Zugang hat, zu bedienen und strategische Allianzen mit ausländischen Partnern, insbesondere mit Unternehmen der Europäischen Union, einzugehen. Dann können 870 Millionen Verbraucher in einigen 50 Ländern kolumbianische Waren unter besonderen Bedingungen kaufen.

Die Gründung einer hochrangigen bilateralen Beratergruppe EU-Kolumbien wird die zeitgemäße Identifizierung von bilateralen Handels- und Investitionsmöglichkeiten erleichtern. Aufbauend auf einem Informationsaustausch zwischen den Regierungen werden die kolumbianischen Geschäftsleute in einen Dialog mit ihren EU-Partnern treten, neue langfristige Vereinbarungen in Bezug auf die Handelswege, Investitionen, Technologie und Management im allgemeinen entwickeln. Die kolumbianische Regierung wird die Realisierung einer solchen Gruppe erleichtern und erhofft eine ähnliche Kooperation seitens der interessierten Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission.

Presidencia de la Republica de Colombia

Eine weitere wesentliche Aufgabe ist die Förderung von Handels- und Investitionserleichterungen. Dazu müssen Investitionshindernisse identifiziert, zu deren Beseitigung angemessene Lösungen gefunden und diese in Handels- und Investitionschancen umgewandelt werden. Offensichtliche Investitionshindernisse sind z.B. technische Normen, Gesundheits-, Hygiene- und Umweltnormen, handelsschädigende Praktiken, Zollabfertigung, Schmuggelgut, Bestechung und Korruption, Schutz geistigen Eigentums und Besteuerung. In diesen Fragen müssen Standardisierungen vorgenommen werden. Nicht tariffähige Handelshemmnisse müssen aufgedeckt und beseitigt werden.

Kolumbien hat bilaterale Investitionsabkommen mit zwei Europäischen Mitgliedstaaten, Spanien und dem Vereinigten Königreich Großbritannien. Es hat Verhandlungen mit drei weiteren Mitgliedstaaten (Frankreich, Deutschland und die Niederlande) begonnen und mit Italien führt es vielversprechende Gespräche. Vor dem Hintergrund, daß unsere Verfassung kürzlich um die Pflicht zur zügigen und ausgleichenden Entschädigung im Falle der Enteignung ergänzt wurde, dürften die Verhandlungen schneller und zufriedenstellender verlaufen. Im Hinblick auf die bereits unterzeichneten Abkommen ist eine überbehördliche Koordinations-Gruppe zur Zeit damit beschäftigt, die alternativen Abläufe zu überprüfen, die in Kolumbien in Kraft gesetzt werden sollen. Eine endgültige gesetzliche Regelung wird vor Ende Oktober erwartet.

Kolumbien hat das Ziel, den Zugang zu den Märkten seiner Haupt-Handelspartner, die Europäische Union eingeschlossen, für wettbewerbsfähige kolumbianische Produkte zu untersuchen. Die fortgesetzte Unterstützung der EU im Hinblick auf einen erleichterten Zugang des Marktes ermutigt Initiativen des privaten Sektors und hilft, die Investitionen in nicht-traditionellen Sektoren zu steigern, Beschäftigung für jene schaffend, die ansonsten im Drogenhandel, in Untergrundbewegungen oder illegalen „Selbstverteidigungsgruppen“ aktiv wären. Die Unterstützung der EU ist damit entscheidend für das wirtschaftliche Wachstum in Kolumbien und die Bekämpfung der Gewalt. Ein wesentlicher Faktor, um sowohl die allgemeinen als auch die Handelspräferenzkriterien der Andengemeinschaft für die Periode der Jahre 2002 bis 2004 abzudecken, ist eine dreijährige Ausnahmeregelung.

Die Antidrogen- und sozio-ökonomische Wirkung der Handelspräferenzkriterien der Andengemeinschaft, wie sie von der Europäischen Gemeinschaft evaluiert wurden, hatte bislang positive Wirkung auf die Vernichtung bestimmter Anbauarten, das Verbot des Drogenverkehrs und den allgemeinen Kampf gegen Drogen und damit zusammenhängende Verbrechen, ebenso wie für die Förderung des Exports und von Investitionen sowie der Beschäftigungsförderung im allgemeinen. Damit diese positiven Auswirkungen weiterhin greifen, muß erwartet werden können, daß im Jahre 2001 die Ausnahme von dem Programm angewandt werden kann. Noch eine weitere Unsicherheit muß ausgeräumt werden: die Frage nach der Anwendbarkeit der verschiedenen Einschränkungen des GSP für den Andenraum wie z.B. der diskriminatorische Schutz von Umwelt- und Arbeitsrechten alleine für die Andenstaaten.

Presidencia de la República de Colombia

Da wir uns dem Ende des in den Handelspräferenzkriterien festgelegten zehnjährigen Horizont nähern, muß geklärt werden, wie unsere biregionale (EU-Anden) Beziehung sich im neuen Millennium gestalten soll. Dies bedeutet, daß ein bevorzugter unilateraler und reziproker Handel, biregionale und bilaterale Kooperation, freie Bewegung von Handel und Dienstleistungen und ein biregionaler Mechanismus zur Streitschlichtung angestrebt wird, ebenso wie eine bessere Politik im Hinblick auf die Koordination. Um in dieser Aufgabe voranzukommen, müssen wir zunächst eine biregionale Arbeitsgruppe mit sehr spezifischen Zielen, eine umfassende Agenda, verfügbares menschliches Potential und Informationsquellen sowie einen realistischen Zeitrahmen haben.

Kolumbien muß Raum öffnen für Alternativen, nicht nur im Hinblick auf illegalen Anbau sondern auch auf solchen, der eine Antwort auf die Herausforderungen des modernen landwirtschaftlichen Sektors darstellt. Dies würde Beschäftigung im ländlichen Sektor schaffen, was für den Erfolg der alles umspannenden Strategie für Frieden und Entwicklung entscheidend ist. Kolumbien braucht technische und finanzielle Hilfe im Gesundheits- und Hygienebereich, um Produktionskosten zu reduzieren und ein größeres Anwachsen der Agroindustrie und der biotechnischen Forschung und Entwicklung zu erreichen. In dieser Hinsicht wird Kolumbien sicherstellen, daß seine allgemeines Regelwerk für biotechnologische Produkte transparent und effizient ist.

III. Anti-Drogen-Strategie

Die kolumbianische Regierung hat den Kampf gegen Drogenproduktion und -handel zu einer seiner obersten strategischen Prioritäten gemacht. Rauschmittel sind eine Bedrohung nicht nur für die innere nationale Sicherheit, sondern auch für die Menschen sowohl in den Verbraucher- als auch in den Produktionsländern.

Drogenhandel ist wegen seiner gewaltigen Gewinne und seiner destabilisierenden Kraft eine der zentralen Ursachen der Gewalt in Kolumbien. Aus diesem Grund muß die Regierung dem Problem besondere Aufmerksamkeit schenken. Sie ist entschlossen, Rauschmittel unter allen Gesichtspunkten zu bekämpfen, das bedeutet in Beziehung auf Drogenhandel, -produktion, -verbrauch und alle anderen Elemente, die dieses illegale Vorgehen unterstützen, das die demokratischen Institutionen und die Integrität unserer Nation erschüttert.

Die Stärkung der Polizei und der bewaffneten Kräfte mittels Modernisierung, Restrukturierung und Professionalisierung ist entscheidend, damit das Gesetz wieder geachtet, Sicherheit wieder gewährleistet und gesetzesfeindlichen Gruppen und dem organisierten Verbrechen, insbesondere dem mit dem Drogenhandel verbundenen, Einhalt gewährt werden kann.

Presidencia de la Republica de Colombia

Die Nationalregierung der Republik Kolumbien sieht sich verpflichtet, eine langfristige nationale Anti-Drogen-Strategie umzusetzen, die folgende Elemente vereint:

Strategie auf Basis humaner Werte

Ziel der Tätigkeit von Armee und Polizei ist die Erhaltung der demokratischen Freiheiten und die Verteidigung der Rechte auf Leben, Würde und Eigentum der Bürger. Die Strategie wird an erste Stelle die Förderung von Achtung und Schutz der Menschenrechte setzen.

Das Phänomen der internen Gewalt führt zu Instabilität. Es wird verursacht durch vier gewaltfördernde Gruppen oder Organisationen, die mit aggressivem Verhalten physische, psychische, wirtschaftliche, soziale und politische Gewalt ausüben: Drogenhandelsorganisationen, Untergrundgruppen, illegale „Selbstverteidigungsgruppen“ und gewöhnliche Kriminelle.

Obwohl die Guerilla-Bewegungen ihre Wurzeln in Kolumbiens ländlichen Gegenden und wenigstens zum Teil in ideologischer Konfrontation haben, finanzieren sie ihren Kampf um Ausweitung der territorialen Kontrolle seit Jahren durch Verschleppung und andere illegale Aktivitäten. Mindestens 30 Prozent ihres Einkommens stammt heute aus Abgaben, die die Guerrilla in den Anbaugebieten auf Koka-blätter und eine durch Zusatzstoffe gewonnene Paste erhebt.

Der Drogenhandel ist gegenwärtig für alle demokratischen Gesellschaften ein destabilisierendes Element, werden doch mit ihm erhebliche Geldsummen für die Finanzierung illegaler bewaffneter Gruppen bereitgestellt. Er hat gefährliche Vervielfältigungseffekte, die in ihrer Gesamtheit zu einer deutlichen Steigerung der Anzahl und Durchsetzungskraft der bewaffneten Gruppen beigetragen haben.

Die Guerilla und illegale „Selbstverteidigungsgruppen“ bedrohen den Staat, indem sie danach streben, eigenständiges Territorium zu kontrollieren und die Ordnung durch Überfälle, Entführungen, Straßensperren und terroristische Angriffe zu zerstören. Die Drogenhändler handeln mit Koka und Opium bzw. Mohn, die in entlegenen Gegenden außerhalb der Regierungskontrolle angebaut werden; sowohl der Handel als auch die Verarbeitung finden im Süden Kolumbiens statt, wo es eine starke Präsenz der Guerilla gibt. Solange diese unabhängige Quelle von Drogen und Einkommen jenseits der Kontrolle der Gesetzesgewalt bleibt, werden die Guerilla, die illegalen „Selbstverteidigungsgruppen“ und die Drogenhändler nur noch stärker wachsen und für den Staat eine immer größere Bedrohung darstellen.

Strategische Ziele

Innerhalb der nächsten sechs Jahre ist es das Ziel, den Anbau, die Verarbeitung und die Verteilung von Drogen um 50 Prozent zu reduzieren.

Ziel Nr.1: Bekämpfung der Drogenorganisationen mittels einer integrativen Anstrengung der Streitkräfte

- Bekämpfung illegalen Anbaus mittels fortgesetzten und systematischen
- Handelns, insbesondere in der Putumayo-Region und in Süd-Kolumbien sowie Stärkung der Nationalpolizei. Die Regierung wird keinerlei Verbindung zwischen einem Mitglied dem Militär oder der Polizei und irgendeiner illegalen Gruppe dulden.
- Militärische Kontrolle der Drogenvernichtung im Süden Kolumbiens. Zerschlagung von Strukturen, die der Koka-Verarbeitung dienen und Verschärfung der Verbote für Land-, Luft-, Ozean- und Flußtransport von Drogen oder illegalen chemischen Vorprodukten.
- Schaffung von Regierungskontrolle über Drogenproduktionsgebiete mit Schlüsselstellung.

Ziel Nr. 2: Stärkung des Justizsystems und Bekämpfung der Korruption

- Stärkung der Institutionen des Staatsanwalts, der Gerichte, der öffentlichen Verteidiger und insbesondere der Menschenrechtseinheiten
- Inkraftsetzung und Schulung des polizeilichen Untersuchungscorps
- Unterstützung von Anti-Korruptionsgruppen, die für die Untersuchung von Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes zuständig sind
- Reformierung des Haftsystems
- Anwendung von Auslieferungsgesetzen
- Erarbeitung eines Vorschlags für mündliche Verhandlungen in Strafsachen und Entwurf von Regelungen für die gegenwärtigen Strafprozesse in öffentlichen Angelegenheiten

Ziel Nr. 3: Neutralisierung des Finanzsystems des Drogenhandels und Beschlagnahme seiner Mittel für den Staat

- Stärkung der Anstrengungen gegen Schmuggel
- Ausarbeitung eines Gewinnbeschlagnahmeprogramms
- Einfrieren und Verbot von Bankkonten und Gewinnen in Kolumbien und im Ausland

Ziel Nr. 4: Neutralisierung und Bekämpfung der in den Drogenhandel verwickelten Gewalttätigen

- Steigerung der Sicherheit für die Bürger gegen Entführung, Verschleppung und Terrorismus
- Mit konzertierter internationaler Anstrengung Unterbindung des Waffenerwerbs seitens derjenigen Gruppen, die vom Drogenhandel profitieren

Presidencia de la República de Colombia

Ziel Nr. 5: Integration nationaler Initiativen in regionale und internationale Maßnahmen

- Austausch von Information mit anderen Sicherheitsstellen des Landes
- Ergänzung und Koordinierung mit regionalen und internationalen Operationen und Anstrengungen.

Ziel Nr. 6: Stärkung und Ausbau von Plänen für alternative Entwicklung in den vom Drogenhandel betroffenen Gebieten

- Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten und Sozialdiensten an Menschen, die in den Drogenanbaugebieten leben
- Förderung von öffentlichen Informationskampagnen über die Gefahren illegaler Drogen

Grundelemente der Strategie gegen den Drogenhandel

Obwohl der Kampf gegen den Drogenhandel eine der vorrangigen Handlungen der Staatspolitik ist, hat die enge Verbindung der Drogenhändler zu illegalen, bewaffneten Gruppen die Streitkräfte gezwungen, ihrerseits einen Beitrag zum Kampf gegen diese Bedrohung zu entwickeln.

Maßnahmen der Strategie

Die Streitkräfte und die Polizei haben eine Reihe von Maßnahmen entwickelt, die diese Verantwortlichkeiten unterstützen sollen:

Menschenrechte und Operationen

Alle Einheiten der Streitkräfte sollten den Schutz der Demokratie und der Menschenrechte als oberste Aufgabe bei ihren Anti-Drogen-Missionen begreifen, ebenso wie es für den Kampf gegen die Guerilla und „Selbstverteidigungsgruppen“ gilt. Die Streitkräfte werden die Schulung in Bezug auf die Menschenrechte vor, während und nach Durchführung jeder Phase intensivieren. Der Schutz der Zivilbevölkerung erfordert ein erhöhtes Maß an Anstrengung im Kampf gegen die illegalen „Selbstverteidigungsgruppen“ in den Drogenanbau- und -verarbeitungsgebieten.

Presidencia de la Republica de Colombia

Verbot der Nutzung des Luftraums

Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln müssen die Kontrollen über den nationalen Luftraum verschärft werden. Hinderung am Gebrauch des Luftraums (Informationssysteme aller Behörden, Luftwaffe). Ausweitung des operationalen Handlungsspielraums der kolumbianischen Luftwaffe hinsichtlich der Verbotsverhängung. Bereithaltung zusätzlicher Unterstützung zur Durchsetzung von Verboten, zur Steigerung des Operationsrythmus und Ausdehnung der geographischen Zuständigkeit. Verbesserung des Luftraum-Verbot-Programms mit besonderem Augenmerk auf Ost-Kolumbien.

Marine, Gewässer und Verbot von Chemikalien

Steigerung und Verbesserung der operationalen Unterstützung für die Marine. Verbesserung der Anstrengungen zur Kontrolle von chemischen Vorprodukten. Verbot dieser Chemikalien in der Luft, auf dem Meer, auf Flüssen und auf dem Land (Armee, Infarmar, Luftwaffe, Polizei). Verbesserung der Kontrollen zur Wahrnehmung der Bodenbewegungen von Drogen durch die Nationalpolizei in Häfen und Flughäfen.

Unterstützung der nationalen Polizei durch die Streitkräfte

Verstärkte Durchführung von kombinierten Operationen mit den Stellen der nationalen Polizei. Stärkung der gemeinsamen Anstrengungen von Kolumbien und den USA. Verbesserung des Schutzes unserer eigenen Streitkräfte. Einbeziehung der Einheiten zur Nachrichtenbeschaffung und -auswertung. Verstärkung der Anzahl der Truppen in den einzelnen Operationen. Steigerung der Mobilität im Dschungel insbesondere zu Wasser und in der Luft. Verbesserung der Kapazitäten der einzelnen Einheiten, um kombinierte Nachtoperationen durchführen zu können.

Operationen gegen Laboratorien und Vorratslager

Zerstörung der Infrastruktur bei der Verarbeitung (Informationsdienste, Armee, Infarmar, Luftwaffe, Nationalpolizei). Bekämpfung der bewaffneten Verteidiger von Drogenhändlern (Armee, Infarmar, Luftwaffe). Verbesserung der Fähigkeit der Nationalpolizei und der Streitkräfte, Laboratorien aufzudecken. Steigerung der Mittel zur Zerstörung der Infrastruktur. Verringerung der Möglichkeiten, mit chemischen Vorprodukten und Drogen zu handeln (Informationsdienste, Polizei, Marine, Armee, Luftwaffe)

Vernichtung illegaler Anbausorten

Anwendung von kombinierten Sicherheitsoperationen während des Vernichtungsprozesses. Unterstützung neuer Strategien im Zusammenhang mit dem Drogen-Kontroll-Programm der Vereinten Nationen, um unter Umweltgesichtspunkten sichere und verlässliche biologische Kontrollmechanismen zu testen und zu entwickeln und dabei neue Vernichtungsmethoden entwickelnd.

Zusammenfassung

Mit dieser Strategie soll der Kampf gegen den Drogenhandel verschärft und die Polizei und die Streitkräfte angeregt werden, alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel für diesen Kampf aufzuwenden. Ziel ist die weitestgehende Eliminierung der Drogenproduktion, der Gewalt und der Gesetzlosigkeit bewaffneter Gruppen, die Förderung der Achtung der Menschenrechte und die Zerstörung der Verbindungen zwischen bewaffneten Gruppen und der Drogenindustrie.

IV. Die Reform des Justizsystems und der Schutz der Menschenrechte

Kolumbien muß eine gerechtes und wirkungsvolles Justizsystem aufbauen. Reformen werden sicherstellen, daß dieses System transparent, zugänglich und unabhängig ist. Eine wirkungsvolle Reform ist der Schlüssel zur Rückgewinnung des öffentlichen Vertrauens in den Staat. Die Behandlung von Drogenhandel und seiner Gewaltkultur, Korruption und Gesetzlosigkeit betrifft das gesamte Justizsystem. Insbesondere der Handel von Kokain, Heroin und anderen Drogen stellt eine Bedrohung für die Zivilbevölkerung dar. Die Strategien im Bereich der Justiz sind deshalb auch eine Antwort auf die Bedürfnisse unserer Bürger. Mit diesem Thema werden eine Reihe von kolumbianischen Institutionen befaßt sein, sowie natürlich die drei Zweige der Regierung. Die Exekutive wird eng mit der Legislative und der Judikative zusammenarbeiten, um die Koordination und die Umsetzung dieser Strategien sicherzustellen.

Garantie von Recht und Ordnung

Kolumbien wird die großen Drogenhändler und andere Kriminelle strafrechtlich untersuchen, anklagen und verurteilen. Diese Kriminellen müssen in Hochsicherheitsgefängnissen untergebracht werden, damit sie ihre Verbrechen nicht weiter von der Zelle aus begehen können.

Presidencia de la Republica de Colombia

Internationale Kriminelle- diejenigen, die die Gesetze anderer Nationen verletzt haben, müssen nach kolumbianischen Recht ausgewiesen werden, um sie der Rechtsprechung des Landes zuzuführen, in dem die Verbrechen begangen wurden. Die Regierung wird sicherstellen, daß diese verstärkten Anstrengungen bei der Drogen- und Gewaltbekämpfung nicht auf Kosten des Schutzes der Demokratie, der Menschenrechte und des Gesetzes gehen.

Kolumbien wird die nationalen und multilateralen Initiativen zur Stärkung von Recht und Gesetz z.B. im Bereich der multilateralen Untersuchungen und gemeinsamen Schulungen und eines wirkungsvolleren Schutzes für Zeugen und Justizangestellte unterstützen. Kolumbien wird internationale Kriminelle in Übereinstimmung mit dem nationalen und dem internationalen Recht ausweisen. Die Situation der Gefängnisse wird verbessert, damit internationale Sicherheitsstandards erfüllt werden. Dies schließt die Bereitstellung der entsprechenden Örtlichkeiten und gut geschultes Personal voraus. Darüberhinaus werden die multilateralen Initiativen zur Kontrolle und Beschlagnahme von Schiffsladungen mit chemischen Vorprodukten ausgeweitet.

Die unerträglich hohe Rate von Entführungen und Gewaltverbrechen in den Straßen, die oftmals mit dem Drogenhandel in Verbindung stehen, muß reduziert werden, damit das öffentliche Empfinden für Sicherheit und Gemeinwohl wieder entsteht.

Die Strategien, mit denen diese Priorität verfolgt wird, umfassen folgende Punkte: die Entwicklung eines Anti-Gewalt-Programms mit dem Schwerpunkt „Drogenbezogene Delikte“ im ganzen Land. Dies betrifft die Durchsetzung des Gesetzes und schließt die Leiter der Justizbehörden und der Gemeinden ein. Darüberhinaus betrifft die Strategie der Entwurf, die Schulung und die Ausstattung einer Anti-Entführungs-Einheit zur Untersuchung und Verfolgung von Entführern.

Die Verantwortung des Justizsystems

Kolumbien muß die Regeln des Gesetz respektieren und wird fortfahren, alle Aspekte seines Justizsystems zu stärken. Es wird die Umwandlung in ein Anklagesystem (mündliche Verhandlungen und wirkungsvolle Untersuchungen) und eine schnellere Bearbeitung der Fälle vorantreiben und auf diese Weise sicherstellen, daß jedem der Zugang zur Justiz ermöglicht wird, unabhängig von der Örtlichkeit oder seinem Einkommen. Die Regierung betrachtet es als ihre Aufgabe, das Justizsystem gerechter und wirkungsvoller zu machen, transparent und zugänglich.

Mit diesem Ziel wird die Regierung versuchen, die Straflosigkeit zu bekämpfen. Sie wird für eine bessere Verfolgung von Straftaten, effizientere Untersuchungen und schnellere Strafverfahrensabläufe eintreten. Sie wird dafür sorgen, daß die Justiz besser koordiniert wird, z.B. durch offene Kommunikation und wirkungsvolle Umsetzung der Politik zwischen

Presidencia de la Republica de Colombia

den verschiedenen für die Justizreform und die Verwaltung zuständigen Bereichen und Behörden des Staates. Die Regierung wird die Schulung von Justizangestellten, wie Richtern, Staatsanwälten, etc. verbessern. Damit sollen ihre Entscheidungen transparenter gemacht und sichergestellt werden, daß die Entscheidungen gerecht sind. Dies gilt auch für die Verfolgung von Militärangehörigen bei den Zivilgerichten. Die Regierung wird auch ein Kern-Curriculum für Justizpolizeibeamte mittels einer einzigen Justizpolizei-Trainingsakademie einführen. Darüberhinaus will sie den Zugang der Öffentlichkeit zur Justiz und eine faire Verteidigung im ganzen Land sicherstellen.

Die Förderung, Achtung und der Schutz der Menschenrechte

Die Regierung hat sich in Erfüllung der Pflichten aus Internationalen Verträgen und Abkommen unter der Leitung des Büros des Vizepräsidenten bedingungslos dem Schutz und der Realisierung der fundamentalen Rechte verschrieben.

Die Regierung erfüllt die internationalen Verpflichtungen, indem sie mittels der Medien ein tieferes Verständnis für die Menschenrechte zu wecken versucht und beispielsweise auf die Streitkräfte ein besonderes „Erziehungsmodell“ anwendet. Darüberhinaus unterstützt sie finanziell die Arbeit der Menschenrechtseinheiten und Schulungen für Journalisten in Menschenrechtsfragen und dem Internationalen Humanitären Völkerrecht. Die kolumbianische Regierung arbeitet im übrigen Hand in Hand mit dem UN-Hochkommissar für Menschenrechte in Kolumbien.

Die Regierung hat sich auf eine Strategie gegen die Straflosigkeit eingelassen. Verschiedene interinstitutionelle Komitees sind im letzten Jahr gegründet worden, um die Untersuchung und Bestrafung der schwersten Menschenrechtsverletzungen zu beschleunigen. Mit Ende dieses Jahres wird die Regierung eine ständige Kommission für Menschenrechte und Internationales Humanitäres Völkerrecht gegründet haben. Die von der Regierung vorbereiteten Gesetzesvorlagen liegen bereits dem Kongress vor, der das Verschwindenlassen von Menschen und Verbrechen gegen die Humanität gesetzlich regeln wird, ebenso wie die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofes.

Es gibt außerdem eine Strategie zum Schutz der Menschenrechtsverteidiger, die folgende Aspekte vereint: Unterstützung des Programms zum Schutz von Zeugen und bedrohten Personen und eine Weisung des Präsidenten an alle öffentlichen Bediensteten, Menschenrechtsverteidiger zu schützen und ihre sowie die Arbeit aller Nichtregierungsorganisationen zu unterstützen.

Beseitigung der Korruption

Das Vorgehen im Zusammenhang mit dem Drogenhandel hat alle offiziellen Stellen in allen Bereichen der Regierung und der Privatwirtschaft korrumpiert und das öffentliche Vertrauen in zivile Institutionen zerstört. Kolumbien wird deshalb in seinen Bemühungen um die Bekämpfung der Korruption fortfahren und sicherstellen, daß die Täter angemessenen administrativen oder strafrechtlichen Sanktionen zugeführt werden.

Dabei wird man auf bereits bestehende Initiativen, wie z. B. das präsidentiale Programm gegen Korruption sowie die besonderen Verfolgungsbehörden, die Anti-Korruptions-Einheiten, aufbauen und eine effiziente Offenlegung von Finanzen sowie rigorose Überprüfung vor Aufnahme der Tätigkeiten sowie während derselben vorschreiben.

Die Regierung wird mittels des Programms des Präsidenten gegen Korruption und mit Hilfe des Generalkontrollbüros die Transparenz des Finanzgebarens der Regierung erhöhen sowie den Geldtransfer zu den Gemeinden überprüfen.

Beschlagnahme illegaler Einkünfte bei Kriminellen

Die Vermeidung von Geldwäschegeschäften und die Reduzierung von Einnahmen aus Drogendelikten soll die Durchsetzung des Gesetzes und andere soziale Initiativen (eingeschlossen die Landreform, alternative Entwicklung und die Stärkung ziviler Institutionen), die für einen dauerhaften Frieden entscheidend sind, unterstützen.

Die diesen Aspekt fördernde Strategie umfaßt folgende Punkte:

- Effiziente Umsetzung der bestehenden Gesetze über die Vermögensbeschlagnahme und Beschleunigung von Enteignungen gegen Kriminelle
- Durchsetzung bestehender Gesetze und Institutionen zur Bekämpfung der Geldwäsche, unter Einschluß der Spezialeinheit der Verfolgungsbehörden und der Einheit zur finanziellen Information und Analyse
- Koordination der nationalen und internationalen Autoritäten zur Sicherstellung eines effizienten Informationsaustausches und erfolgreicher Strafverfolgung
- Zerstörung der finanziellen Verbindungen zwischen Drogenhändlern, der Guerilla und den Paramilitärs mittels wirkungsvoller Programme zur Durchsetzung der Gesetze und multilateraler Kooperationen
- Koordination der Untersuchungsbehörden, Staatsanwaltschaft und Zollbehörden und ihren internationalen Kollegen mit dem Ziel, den Währungsschwarzmarkt aufzudecken
- Entwicklung von Mechanismen zur Teilung von Vermögen, das bei der multilateralen Gesetzesverfolgung eingezogen wurde, in Einklang mit dem Internationalen Recht.

Presidencia de la República de Colombia

Die Regierung wird so zügig wie möglich die formelle Enteignung von Vermögen, insbesondere Ländereien, die von verurteilten Drogenhändlern erworben wurden, durchführen. Das Land wird u.a. für die Wiederansiedelung von Kleinbauern und Arbeitern ohne Land, die die Koka-Anbaugebiete verlassen haben, genutzt werden sowie für die durch Gewalt vertriebenen Familien.

Bekämpfung von Schmuggel und Verschärfung des Drogenverbots

Ein wesentliches Element der Beseitigung des Drogenhandels ist die Blockade der Transitstrecken für Drogen, chemische Vorprodukte und Schmuggelgut, welches oft die Rückführung des Drogengelds darstellt. Dies erfordert koordinierte Maßnahmen an allen Eingangshäfen Kolumbiens und an allen Grenzen.

Die der Blockade dienenden Strategien betreffen folgende Punkte:

- Koordinierung einer effizienten Durchsetzung auf See, die die gemeinsamen Anstrengungen der kolumbianischen Marine, der Verfolgungsbehörde und ihrer internationalen Partner in bezug auf die Einziehung von Drogen und Chemikalien sowie die Verurteilung von Tätern bündelt
- die Verschärfung und Ausdehnung der bestehenden Hafensicherheitsprogramme auf alle Einfahrtshäfen
- die Verbesserung des Informationsaustausches mit internationalen Partnern in Bezug auf voraussichtliche Angreifer, Strecken und aktuelle Praktiken bei der Verschiffung
- die Schulung einer Zollpolizei mit geeigneter Ausstattung, um eine wirksame Kontrolle an Häfen und Flughäfen sicherzustellen
- die Stärkung internationaler Kooperationen im Kampf gegen den Schmuggel
- enge Zusammenarbeit mit anderen Regierungen, damit der private Sektor sich verpflichtet, sinnvolle Maßnahmen der Kontrolle und Vermeidung von Schmuggel umzusetzen, indem er eine Politik des „Kenne deinen Kunden“ umsetzt und besseres Wissen der Kundenpraxis erhält.

Verringerung der Nachfrage

Kolumbien wird oft nur als Hersteller illegaler Drogen gesehen. In Wirklichkeit ist es aber so, daß auch der derzeit noch geringe Konsum rapide ansteigt. Es gibt Kampagnen gegen den Drogenkonsum, die direkt an Jugendliche gerichtet sind und ihnen die Lust auf Drogen ebenso wie auf Alkohol, Tabak und zusätzliche Medikament nehmen sollen. Die Behandlungs- und Rehabilitations-Netzwerke werden ebenfalls erweitert werden, um auch diejenigen zu erreichen, die zum jetzigen Zeitpunkt noch keinen Zugang dazu haben.

V. Plan zur Demokratisierung und zur sozialen Entwicklung

Das alles überspannende Ziel dieser Strategie ist die anhaltende und systematische Reduzierung der Ursachen und Auswirkungen der Gewalt, bei gleichzeitiger Stärkung der zivilen Beteiligung und des kollektiven Bewußtseins. Mit dieser Strategie soll größere Verantwortlichkeit in lokalen Regierungen geschaffen, die Gemeinden in Anti-Korruptions-Maßnahmen einbezogen, und fortgesetzter Druck auf die Guerilla und andere bewaffnete Gruppen mit dem Ziel der Beendigung der Entführungspraxis ausgeübt werden. Die Strategie fördert eine Beteiligung der Gemeinden, um die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen für die Ausrottung illegalen Anbaus unter friedfertigen und indigenen Gemeinden zu fördern.

Hilfe für die Gewaltopfer

Eines der Ziele der Friedensstrategie ist die Bereitstellung adäquater humanitärer Hilfe für die Opfer des bewaffneten Konflikts, in Übereinstimmung mit den Prinzipien des Internationalen Humanitären Völkerrechts und der landeseigenen Gesetzgebung. Dies schließt neben Versicherung und Entschädigung auch die physische und psychische Rehabilitation ein sowie Mechanismen zur Quantifizierung und Festlegung der Eignung der Opfer und besondere Programme für die Schwächsten (Kinder, weiblicher Haushaltsvorstand, die Älteren und ethnische Gruppen). Die Regierung wird einen regulativen Rahmen definieren, der, aufbauend auf progressiven Benchmarks und beobachtenden Indikatoren, Minimalqualitätsstandards und eine institutionelle Verantwortlichkeit festlegt.

Geleitet von der UN-Konvention über die Rechte der Kinder wird die humanitäre Hilfe zunächst auf die psychischen und physischen Bedürfnisse der Kinder abgestimmt sein und ihrer Entwicklung dienen, um zu verhindern, daß sie in das Tun bewaffneter Gruppen hineingezogen werden. Zusätzlich enthält die Strategie Rehabilitation, psychologische Betreuung und spezielle Erziehung und Schulung von Behinderten unter Berücksichtigung ihrer kollektiven und individuellen Bedürfnisse. Schließlich sollen mit der Strategie auch Maßnahmen zur Identifizierung und Zerstörung von Anti-Personen-Minen angeregt werden. Außerdem sollen durch soziale und ökonomische Integration die Risiken für die sich in Konfliktzonen ansiedelnde Bevölkerung reduziert werden.

Hilfe für die Binnenvertriebenen

Es werden Maßnahmen ergriffen, um den Vertriebenen die Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen und ihnen durch soziale Investitionen und produktive Programme Stabilität zu geben. Die Hilfsstrategie der Regierung für die Vertriebenen wird in engem Zusammenhang mit dem Friedensprozeß und dem übergreifenden Ziel der Verbesserung von Möglichkeiten der lokalen Regierungen gesteuert.

Presidencia de la Republica de Colombia

Unter der Leitung des „Red de Solidaridad“ (Organisation „Solidaritätsnetz“) werden Gemeindeverwaltungen und kolumbianische Nichtregierungsorganisationen den Vertriebenen Hilfe zukommen lassen. Die kolumbianische Regierung wird außerdem internationale Organisationen dazu einladen, auf Gemeindeebene zusätzliche Hilfe zu mobilisieren und unabhängige Verifikationsinstrumente zur Beobachtung der lokalen Situation zu etablieren.

Die Maßnahmen der Regierung zielen darauf ab, entlang der bestehenden Leitlinien des Regierungsprogramms zur Bekämpfung der Vertriebenenproblematik gegen die Ursachen, die den Vertreibungen zugrundeliegen, durch die Verbesserung der Sicherheitssituation in den besonders risikoreichen Gebieten des Landes vorzugehen. Um die bestehende Gewalt im Land zu bekämpfen und eine angemessene Antwort darauf zu ermöglichen, wird die Regierung in den Konfliktgebieten ein Frühwarnsystem etablieren. Sollten die Vertreibungen nicht verhindert werden können, wird die Regierung für die Grundbedürfnisse der Vertriebenen sorgen.

Den Rechten der Vertriebenen soll dergestalt Rechnung getragen werden, daß Minimalstandards für humanitäre Hilfe garantiert und angewandt werden; dies vor allem in den Bereichen Wasser und Sanitärsituation, Ernährung, Gesundheit und Obdach. Die zu leistende Hilfe soll zielgruppenorientiert durchgeführt werden, d.h. entsprechend der Bedürfnisse für Kinder, Frauen und ethnische Minderheiten. Wo immer möglich, wird die Regierung die sogenannten Friedensgemeinden unterstützen und fördern, in die die Vertriebenen zurückkehren können und in denen ihnen soziale Dienstleistungen und physischer Schutz gewährleistet werden.

Strategie der alternativen Entwicklung

Diese Strategie zielt darauf ab, den ländlichen Gebieten, die durch eine Kombination von latentem Konflikt, defizitärer Präsenz des Staates, einer schwachen Sozialstruktur, Armut, illegalem Anbau und damit verbundenen Umweltproblemen gekennzeichnet sind, eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zukommen zu lassen. Dabei liegt die Priorität auf einer langfristig wirkenden Nachhaltigkeit der erwirtschafteten Produkte mit einer Konzentration auf nachhaltige Getreidesorten, ohne aber den provisorischen Anbau von Saisongetreide auszuschließen. Unter Berücksichtigung der nationalen und internationalen Nachfrage wird es Mitbestimmung der Bevölkerung an den Anbauformen geben. Die Nachhaltigkeit der Produktion wird durch strategische Allianzen garantiert, die sowohl kleine Produzenten als auch private Investoren, lokale und nationale Regierung und Produktionsgemeinschaften mit einschließen werden. Nachfrageorientierte private Investitionen in kleinen Unternehmen sollen gefördert werden. Diese Projekte werden sowohl durch finanzielle Maßnahmen als auch logistisch unterstützt: Strassen, Flußverbindungen, Bergbau- und Energieprojekte, Hausbau, Wasser und Sanitärsysteme und zusätzliche unterstützende Infrastrukturmaßnahmen.

Presidencia de la Republica de Colombia

Die Strategie zielt ferner darauf ab, die sozialen Bedingungen und Einkommen der Bauern direkt zu verbessern. Sie bildet den Rahmen einer Politik, die zu einer freiwilligen Aufgabe des illegalen Drogenanbaus ermuntern soll. Die Strategie konzentriert sich besonders auf Kleinbauern mit weniger als drei Hektar Produktionsfläche sowie auf Plantagenarbeiter.

Es ist machbar, den illegalen Anbau kleinerer Bauern in den Mohnanbaugebieten ebenso wie in einem Drittel der Kokaanbaugebiete durch eine oder mehrere Getreidesorten zu substituieren. Die Produzenten sollen durch staatliche Unterstützung von legalen Anbauformen, durch eine Beteiligung am Erziehungs- und Gesundheitssystem, durch verbesserte Infrastruktur in Städten und Gemeinden und eine Verbesserung der persönlichen Sicherheit davon überzeugt werden, die illegalen Anbauformen aufzugeben. Gemeindeverwaltungen, Privatsektor und kolumbianische Nichtregierungsorganisationen werden gemeinsam mit der Regierung daran arbeiten, nachhaltige Anbauformen zu etablieren und die Verbindungen zwischen Produzenten und lokalen und städtischen Märkten zu stärken.

Schätzungsweise 60 Prozent der Gebiete, in denen Koka angebaut wird, sind weit entfernt von potentiellen Märkten und für jede Form von nachhaltigem ländlichen Anbau ungeeignet. Die Regierung sieht drei mögliche Wege für legale Einkommensquellen für Kleinbauern und Arbeiter vor:

- a) den Kleinbauern wird die Möglichkeit geboten, sich aus den Kokaanbaugebieten zurückzuziehen und in den von Drogenhändlern zurückgewonnenen und von der staatliche Agrarreformagentur INCORA verwalteten Territorien anzusiedeln,
- b) um die ökonomischen Folgen der Migration zu verringern, werden ehemaligen Kokabauern Arbeitsmöglichkeiten in städtischen Kleinbetrieben angeboten.
- c) die Regierung wird gemeinsam mit Nichtregierungsorganisationen und Gemeindeverwaltungen an ökonomisch rentablen umwelterhaltenden Maßnahmen arbeiten, besonders, um Waldgebiete zu erhalten und das Voranschreiten von landwirtschaftlich genutzten Gebieten in sensible Ökosysteme hinein zu bremsen. Die Arbeit im Umweltschutz bietet ehemaligen Kokabauern ebenfalls Arbeitsmöglichkeiten.

Die Kosten für die alternative Entwicklungsstrategie von 1999 bis 2002 betragen schätzungsweise 570,8 Mio. Dollar. Davon werden 342,5 Mio. Dollar für produktive Projekte und technologischen Transfer, 100 Mio. Dollar für Infrastrukturmaßnahmen in ländlichen Gebieten, 86 Mio. Dollar für die Erhaltung und Restaurierung von ökologisch sensiblen Gebieten und schließlich 42,3 Mio. zur Unterstützung der Entwicklung von indigenen Gemeinschaften verwendet.

Nachhaltige Entwicklung in ökologisch sensiblen Gebieten

Der bewaffnete Konflikt tangiert das natürliche Gleichgewicht genauso stark wie die Expansion von legalem und illegalem Anbau, der allein seit 1974 fast eine Mio. Hektar Urwald zerstört hat. Die Konfliktzonen und illegalen Anbaugelände liegen zu einem hohen Prozentsatz in Naturschutzgebieten und Nationalparks. Es gibt ernstzunehmende Hinweise darauf, daß der Expansionsprozeß des Konflikts und der illegalen Anbaugelände eine gefährliche Bedrohung des restlichen Amazonasgebiets darstellt.

Gegenmaßnahmen gegen diese Entwicklungen sind die Restaurierung von bestimmten Gebieten, wie Nationalparks, sowie die Wiederaufforstung, was der globalen Zielsetzung, das Amazonasbecken zu erhalten (wie sie in der Klimaschutzrahmenkonvention niedergelegt wurde) entgegenkommt. Mehr noch, die Regierung will sich für eine Wandlung von einer nicht nachhaltigen ländlichen Produktion hin zu einer mehr lokalen und regionalen Bedingungen entgegenkommenden ländlichen Produktivität einsetzen. Schließlich sollen diese Maßnahmen kleine Wiederaufforstungsprogramme und die Konsolidierung von legalem Wirtschaften auf lokaler Ebene ermöglichen.

Die Rolle der Gemeinden

Die Bürger erwarten Sicherheit, Ordnung, Arbeit, grundlegende Dienstleistungen und eine bessere Zukunft für ihre Kinder. Nationale Programme, wie das für alternative Entwicklung, Umweltschutz, Vertriebene und Unterstützung der Konfliktzonen tragen dazu bei, daß diese Hoffnungen Realität werden. Sie beinhalten eine Reduktion der Gefahr der Migration von Bürgern oder des illegalen Anbaus von Drogen. Die lokalen Gemeindeverwaltungen spielen eine entscheidende Rolle dafür, daß diese nationalen Programme ihre Bestimmungsort und ihre Ziele erreichen.

Die Stärkung der lokalen Verwaltungen in ihrem Bemühen, zusammen mit lokalen Nichtregierungsorganisationen und der freien Wirtschaft, die sozialen Investitionsprogramme der Regierung umzusetzen, ist ein zentrales Element für Kolumbiens soziales Investitions- und alternatives Entwicklungsprogramm.

Die Regierung wird gemeinsam mit dem „Red de Solidaridad“, Ministerien und Nichtregierungsorganisationen daran arbeiten, den Gemeindeverwaltungen größere technische Möglichkeiten zum Management von Ressourcen, zur Umsetzung von Maßnahmen für Vertriebene, zur alternativen Entwicklung und zur Beseitigung von Armut zu bieten. Es werden 150 Gemeinden ausgewählt, die sich in Gebieten befinden, in denen der bewaffnete Konflikt oder der illegale Drogenanbau die Grunddienstleistungen unterbrochen haben, wo hochgradige Umweltzerstörung stattfindet oder ein hoher Grad an Armut herrscht.

Presidencia de la Republica de Colombia

Die Gemeinden werden während eines Zeitraums von zwei Jahren an einem Programm zur Stärkung der lokalen Gemeindeverwaltungen teilnehmen können. Lokale Funktionäre werden im Regierungsmanagement aus- und fortgebildet. Die lokale Verwaltung wird ferner dazu ausgebildet, Mechanismen umzusetzen, die die Beteiligung der Bürger an Entscheidungsprozessen und bei der Lösung von sozialen und wirtschaftlichen Problemen vor Ort ermöglichen. Die Trainee-Programme für lokale Funktionäre sollen dazu befähigen, Prioritäten für das Gemeinwohl klarer zu identifizieren sowie Initiativen zur Implementierung und Gestaltung von Grunddienstleistungen zu entwickeln, so daß die bestehenden finanziellen Ressourcen in einer effizienteren Art und Weise genutzt werden können.

Um die Effektivität zu maximieren, werden die lokalen Gemeindeverwaltungen eng mit der nationalen Regierung, der lokalen Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten. Gemeindeverwaltungen werden ermutigt, lokale Gelder, Gelder der Nationalregierung und gespendete Gelder zu nutzen, um lokale Organisationen zu unterstützen, die die prioritären Notwendigkeiten in den Gemeinden angehen.

Die vorliegende Strategie soll zur Stärkung einer gesunden institutionellen Entwicklung beitragen und Initiativen, die das Vertrauen, die Legitimität und die Redlichkeit in öffentlichen Institutionen fördert, unterstützen. Als Antwort auf den Gewaltkonflikt sollen formelle und informelle Mechanismen zur Pflege von Toleranz, Gerechtigkeit, Sicherheit und Veränderungen in der Bürgerkultur gefördert werden. Diese Maßnahmen sollen mit einer aktiven Unterstützung von lokalen friedensstiftenden Netzwerken durchgeführt werden.

-/-

LATEIN AMERIKA NACHRICHTEN

Die Monatszeitschrift zu Lateinamerika

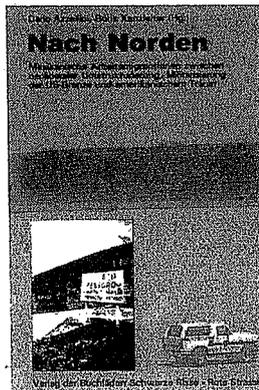
verschenkt ein Buch
für jedes neue Jahresabo*

- Ich abonniere die Lateinamerika Nachrichten...
 Ich verschenke die Lateinamerika Nachrichten...



- ...als Normalabo* DM 70,-...
 ...als Förderabo* DM 85,-...
 ...als Institutionenabo* DM 85,-...

* (Jahresabonnement / 10 Ausgaben)



... und wähle als Buchgeschenk:

- Dario Azzellini, Boris Kanzleiter (Hg.),
Nach Norden, Mexikanische Arbeitsmi-
grantInnen zwischen neoliberaler Umstruk-
turierung, Militarisierung der US-Grenze
und amerikanischem Traum.

oder:

- Hernando Calvo Ospina, SALSA,
Havána Heat - Bronx Beat.

Name

Anschrift

Name

Lieferanschrift
(falls Geschenkabo)

Datum

1. Unterschrift*

2. Unterschrift

*Garantie: Die Abonnementbestellung kann ich binnen einer Frist von einer Woche schriftlich widerrufen gegenüber: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2A, 10961 Berlin. Zur Wahrung der Frist genügt das rechtzeitige Absenden des Widerrufs.

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN, Gneisenaustr. 2A, D - 10961 Berlin,
Fon 030 694 61 00, Fax 030 692 65 90, E-mail ln@ipn.de

Adressen

Kolumbien-Monatsbericht:

Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien.

Postfach 405, CH-6043 Adligenswil

ai - Journal:

Das Magazin für die Menschenrechte

Redaktion ai-journal 53108 Bonn

Ila:

Informationsstelle Lateinamerika e.V.

Oscar Romero-Haus Heerstr. 205 53111 Bonn

Lateinamerika Nachrichten:

Die Monatszeitschrift zu Lateinamerika

Gneisenastr. 2A, D-10961 Berlin
Fon 030 694 61 00, Fax 030 692 65 90.
E-mail In@ipn.de

Lateinamerika Analysen Daten Dokumentation:

Institut für Iberoamerika-Kunde.

Hamburg Alsterglaciis 8 20354 Fon 040-41478227
Fax 040-41478241

Resistencia

Zeitschrift der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens.
Armee des Volkes (FARC-EP)

Leserzuschriften: Verlag 8 Mai GmbH.
Karl-Liebknecht Str. 32, 10178 Berlin. Fon: (030)53 63 55-0
Fax (030)-53 63 55-44

América Latina en Movimiento

Publicación internacional de la Agencia
Latinoamericana de Información

Dirección Postal: Casilla 17-12-877, Quito, Ecuador.
Fon: (593-2) 52 87 16 - 50 50 74 Fax: (593-2) 50 50 73
E-mail: info@alainet.org

Deutsche Welle

Hauptabteilung Monitor-Dienst

D-50588 Köln, Fax: 0221/389-4195
e-mail: bill@dwelle.de

Correos de Centroamérica

Zeitschrift der Nicaragua/El Salvador und
Guatemala-Komitees der Schweiz

Baslerstr.106, 8048 Zürich, Fon: 01/493 18 40,
E-mail: zaszas@compuserve.com

Matices

Zeitschrift zu Lateinamerika, Spanien und Portugal

Melchiorstr. 3 (Alte Feuerwache), 50670 Köln,
Fon: 0221/972 75 95, E-mail: matices@is-koeln.de

Acción Andina

Boletín Internacional
Es una edición de Acción Andina

Casilla 3302, Cochabamba, Bolivia.
Fon/Fax: (591 4) 25 24 01- 29 15 33
E-mail: Postmaster@cedib.org

Informe Latamericano

Es un servicio de cartas informativas (50 anuales)

61 Old Street, Londres EC1V 9HW, Inglaterra

Fon: +44(0) 207251 0012, Fax+44(0) 20 7253 8193

E-mail: IL@latinnews.com

Noticias Aliadas

Publicación alternativa semanal de Información y análisis sobre América Latina y el Caribe

Tomás Ramsey 764-L, Lima 17, Perú

Fon:(511) 261-9469 Fax: (511) 261-4753

Kolumbien Rundbrief

Zeitschrift der Kolumbiengruppe e.V. Nürtingen

Postfach 1347* D-72603 Nürtingen* Fax: 07022/37270 *

Fon: 07022/36242

Lateinamerika Anders Panorama

Österreichs Zeitschrift für Lateinamerika

1090 Wien, c/o WUK, Währingerstr. 59

Postanschrift: Postfach 34, A-1094 Wien. Fon: 01/403 4755

E-mail : igla@compuserve.com

WER WIR SIND

FORSCHUNGS- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM CHILE-LATEINAMERIKA gemeinnütziger e.V.



SOLIDARITÄTSGRUPPEN UND MIGRANTINNEN

Als Treffpunkt und Kommunikationszentrum arbeitet das FDCL eng mit Solidaritätsgruppen, Länderkomitees und MigrantInnengruppen in Berlin zusammen. Einige von ihnen nutzen die Struktur und das Informationsangebot des FDCL, treffen sich hier regelmäßig und prägen mit ihrer Arbeit das eigentliche Leben im FDCL. Entwicklungspolitisch orientierte Gruppen und StudentInneninitiativen finden im FDCL ebenso Raum, wie lateinamerikanische MigrantInnen, für die eine wöchentliche Beratung eingerichtet ist.

ALTERNATIVE MEDIENPROJEKTE

Sich solidarisch mit Lateinamerika verbunden führende Medienprojekte, wie die monatlich erscheinenden LATEINAMERIKA NACHRICHTEN, der alternative Nachrichtendienst POONAL und die lateinamerikanischen KollegInnen von COMCOSUR arbeiten im FDCL, nutzen seine Strukturen und informieren so kritisch und solidarisch aus und über Lateinamerika.

FDCL, im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin, Tel: 030 / 693 40 29, Fax: 692 65 90

Spendenkonto: Postbank Berlin Ktonr. 17 69 66 - 104 (BLZ 100 100 10)

BILDUNGS- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit organisiert das FDCL politische Informations- und Diskussionsveranstaltungen und fördert so den Austausch von Wissenschaft, Kultur, Bildung und Erziehung zu Themen über Lateinamerika. Zu den bekanntesten Aktivitäten des FDCL gehört die Koordination der Lateinamerika-Tage, die alle zwei bis drei Jahre in Berlin stattfinden. Auf Grund seiner vielfältigen Kontakte und langjährigen Erfahrungen kann das FDCL interessierten Gruppen und Organisationen ReferentInnen und Bezugspersonen zu verschiedensten Themenbereichen vermitteln.

PUBLIKATIONEN

In unregelmäßigen Abständen veröffentlicht das FDCL Bücher, Reader und Informationsmaterialien. Seit 1974 bis heute leistet das FDCL einen kritischen und kontinuierlichen Beitrag zur Dokumentation gesellschaftlicher Prozesse in Lateinamerika.

**Mitmachen! Besuchen!
Engagieren!**

Das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile/Lateinamerika ist nach seiner Gründung 1974 zum größten unabhängigen, nicht-staatlichen Lateinamerika-Archiv im deutschsprachigen Raum herangewachsen. Als Anlaufstelle, Treffpunkt und Versammlungsort für Menschen und Gruppen, die sich mit und über Lateinamerika auseinandersetzen, ist das FDCL seit mehr als 20 Jahren Akteur in der deutschen Solidaritätsbewegung. Das FDCL ist einer kritischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu Lateinamerika verpflichtet und will durch seine Aktivitäten einen Beitrag zur Völkerverständigung leisten.

ÖFFENTLICHES ZEITUNGS- UND ZEITSCHRIFTENARCHIV

Das Herzstück des FDCL ist das umfangreiche, öffentlich zugängliche Zeitungs- und Zeitschriftenarchiv. Derzeit werden über 200 Zeitschriften aus und über Lateinamerika EDV-archiviert um sie rasch den BenutzerInnen zur Verfügung stellen zu können. Die Sammlung von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern wird seit vielen Jahren durch die Aufnahme von Flugblättern, Stadtteilzeitungen, Publikationen von Basisbewegungen etc. ergänzt, so daß eine für Europa einzigartige Dokumentensammlung „von unten“ aus und über Lateinamerika vorliegt. Eine Bibliothek, das Zeitschriften-, Bild- und Medienarchiv sind öffentlich und kostenlos zugänglich. Öffnungszeiten bitte telefonisch erfragen.

Tommy, Jule und Angela vielen Dank für Ihre freundliche Unterstützung

Impressum:

Hrsg: FDCL e.V.

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile - Lateinamerika e.V.

Gneisenaustraße 2a

10961 Berlin

Tel: 030/6934029

Fax: 030/6926590

e-mail: fdcl-berlin@t-online.de

Internet: www.fdcl.org

Textzusammenstellung und Layout:

Hernán Gustavo Tirado-Benalcázar

1. Auflage

September 2000

Archivöffnungszeiten:

Mi 14-17 Uhr

Do 10-14 Uhr

Fr 14-17 Uhr